

Sitzungsbericht

53. Sitzung der Tagung 1996/97 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 3. Juli 1997

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 810).
2. Nachruf für den Zweiten Präsidenten a.D. Franz Binder (Seite 811).
3. Mitteilung nach dem Unvereinbarkeitsgesetz und Bekanntgabe von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 811).
4. Mitteilung des Einlaufes (Seite 811).
5. Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes des Bundesrates (Seite 812).
6. Ltg. 610/G-1/11: Antrag des Kommunal-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden, Markterhebung der Gemeinde Grafenbach-St. Valentin.
Berichterstatter: Abg. Uhl (Seite 813).
Redner: Abg. Feurer (Seite 813), Abg. Hrubesch (Seite 815), Abg. Dr. Prober (Seite 815).
Abstimmung (Seite 816).
7. Ltg. 618/S-5/19: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime 1998 bis 2002, Umstrukturierung von Wohn- und Pflegebetten und Standardverbesserungen (Art. 15a B-VG Vertrag).
Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 816).
Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 817), Abg. Auer (Seite 818), Abg. Lembacher (Seite 820), LHStv. Prokop (Seite 821).
Abstimmung (Seite 823).
8. Ltg. 588/B-35/4: Antrag des Kultur-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1996.
Berichterstatter: Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 823).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 824), Abg. Marchat (Seite 825), Abg. Kautz (Seite 828), Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 831), Abg. Hiller (Seite 833).
Abstimmung (Seite 834).
9. Ltg. 445/A-3/28: Antrag des Verfassungs-Ausschusses zum Antrag der Abgeordneten Dr. Strasser, Uhl u.a. gem. § 29 LGO betreffend Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der niederösterreichischen EU-Außengrenze.
Berichterstatter: Abg. Gratzer (Seite 834).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 835), Abg. Preiszler (Seite 836), Abg. Pietsch (Seite 842), Abg. Klupper (Seite 844).
Abstimmung (Seite 846).
10. Ltg. 591/B-20/2: Antrag des Verfassungs-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung

- für den Schutz der Landesbediensteten für die Jahre 1995 und 1996.
Berichterstatter: Abg. Mag. Schneeberger (Seite 846).
Abstimmung (Seite 846).
11. Ltg. 613/B-34/4: Antrag des Verfassungsausschusses zum Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 1996.
Berichterstatter: Abg. Dr. Strasser (Seite 846).
Redner: Abg. Gratzler mit Resolutionsantrag (Seite 847), Abg. Uhl (Seite 849), Abg. Dr. Michalitsch mit Resolutionsantrag (Seite 850), Abg. Gratzler (Seite 852).
Abstimmung (Seite 852).
12. Ltg. 609/B-1/13: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1997.
Berichterstatter: Abg. Rupp (Seite 852).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 853), Abg. Keusch (Seite 854), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 858), Abg. Sacher (Seite 863), Abg. Treitler (Seite 865), Abg. Hrubesch (Seite 869), Abg. Kautz (Seite 872), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 876), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 878), Abg. Dr. Bauer (Seite 879).
Abstimmung (Seite 880).
13. Ltg. 608/V-11/13: Antrag des Gesundheitsausschusses zur Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000.
Berichterstatter: Abg. Wöginger (Seite 880).
Redner: Abg. Rosenkranz (Seite 880), Abg. Gruber (Seite 881), Abg. Breiningner (Seite 884), Abg. Dr. Bauer (Seite 887).
Abstimmung (Seite 888).
14. Ltg. 605/A-3/40: Antrag des Verkehrs-Ausschusses zum Antrag der Abg. Gratzler, Treitler u.a. betreffend Verhinderung des Road Pricing-Systems auf Autobahnen und Schnellstraßen.
Berichterstatter: Abg. Haberler (Seite 888).
Redner: Abg. Gratzler (Seite 888), Abg. Muzik (Seite 890), Abg. Dirnberger mit Resolutionsantrag (Seite 892), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 895).
Abstimmung (Seite 895).
- 15.1. Ltg. 617/H-11/13: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Amstetten, Gesamtausbau (3. Bauabschnitt).
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 896).
- 15.2. Ltg. 619/H-11/14: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Thaya, 4. Bauabschnitt, Sonderfinanzierung.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 896).
- 15.3. Ltg. 620/H-11/17: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Ybbs, Errichtung eines OP-Traktes.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 897).
- 15.4. Ltg. 621/H-11/15: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Gemeindeverband A.ö. Krankenhaus Lilienfeld, Küchenneubau mit begleitenden Umbaumaßnahmen.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 897).
- 15.5. Ltg. 622/H-11/16: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Scheibbs, Bauabschnitt II.
Berichterstatter: Abg. Pietsch (Seite 897).
Redner zu 16.1. - 16.5.: Abg. Keusch (Seite 898), Abg. Hofmayer (Seite 899).
Abstimmung (Seite 900).
16. Schlußworte des Präsidenten Mag. Romeder anlässlich des Endes der Session 1996/97 sowie Dankesworte durch Abg. Gruber (Seite 901).
- * * *
- PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es wurde nicht beanstandet und gilt demnach als genehmigt. Von der heutigen Sitzung hat sich der Herr Abgeordnete Sivec entschuldigt. (*Präsident Mag. Romeder erhebt sich.*)
- Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der langjährige Zweite Präsident Franz Binder ist am 29. Juni nach langer schwerer

Krankheit im 76. Lebensjahr verstorben. Franz Binder wurde am 20. August 1921 in Gansbach, Bezirk Melk, geboren. Er erlernte den Beruf eines Kaufmannes und wie die meisten seiner Generation wurde er zum Reichsarbeitsdienst einberufen und hierauf zur Deutschen Wehrmacht eingezogen. Er leistete Kriegsdienst in Rußland, Südfrankreich und Nordafrika. 1943 geriet er daselbst in Kriegsgefangenschaft, die er in Algerien, Schottland und in den Vereinigten Staaten erlebte. Nach der Rückkehr arbeitete er im Ölgebiet als Schichtführer in einem Förderbetrieb in Zistersdorf-Maustrenk. Im April 1947 begann er als Bauhilfsarbeiter am Flughafen Schwechat und arbeitete sich dort zum Personalchef empor.

1959 wurde er bereits in den NÖ Landtag gewählt, wo er in fast allen Ausschüssen, auch im Finanzkontrollausschuß tätig war. 1970, ich selbst erinnere mich noch daran, wählte ihn der Landtag zum Zweiten Präsidenten und er übte diese Funktion bis 1982 aus. Franz Binder war vor seiner Wahl in diese hohe Funktion auch viele Jahre Oberkurator-Stellvertreter der Landes-Hypothekenbank, er war im Aufsichtsrat der Flughafen Wien-Betriebsgesellschaft und dergleichen mehr für das Bundesland Niederösterreich tätig.

1950 wurde Präsident Binder auch Vizebürgermeister der Gemeinde Enzersdorf an der Fischa, wo er von 1960 bis 1989 als Bürgermeister wirkte. Er übernahm auch zusätzlich Verantwortung für die Gemeinden Niederösterreichs, da er von 1963 bis 1972 als geschäftsführender Obmann des SPÖ-Gemeindevertreterverbandes wirkte. Von 1972 bis 1986 war er dann dessen Obmann. In dieser Zeit übte er aber auch die Funktion eines Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes aus und war damit fraktionell für die Entwicklung der Gemeinden ganz Österreichs mitverantwortlich.

Franz Binder hat sich um seine Heimatgemeinde, ja um alle Gemeinden Niederösterreichs und Österreichs besondere Verdienste erworben und als Mitglied des Landesparlaments von Niederösterreich bzw. als dessen langjähriger Zweiter Präsident sich um dieses Land verdient gemacht. Hohes Haus! Wir werden Franz Binder stets ein ehrendes Gedenken bewahren. - Ich danke für die Trauerkundgebung. (*Präsident Mag. Romeder nimmt Platz.*)

Hohes Haus! Ich darf bekanntgeben, daß hier an den beiden Displays auf Wunsch der Fraktionen in den nächsten Tagen eine Uhr installiert wird. Die entsprechenden Maßnahmen sind be-

reits laut Mitteilung der Hausverwaltung in Vorbereitung. Bezüglich der gewünschten Aufstellung eines Kopiergerätes sind die notwendigen Maßnahmen ebenfalls eingeleitet. Wenn die technischen Voraussetzungen geklärt sind, wird dieser Kopierapparat aufgestellt werden, damit die Mandatare, die Fraktionen in Zukunft bei Vervielfältigung zum Beispiel von Resolutionen und dergleichen mehr nicht unbedingt gegen die Geschäftsordnung verstoßen müssen.

Ich beabsichtige, Hohes Haus, nach Mitteilung des Einlaufes die Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates auf die Tagesordnung zu setzen. Besteht dagegen ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Auf Grund meines an Sie gerichteten Schreibens betreffend § 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes hat Frau Abgeordnete Dorothea Schittenhelm mitgeteilt, daß sie eine leitende Stellung im Sinne dieser Gesetzesbestimmung nicht ausübt. Es war daher keine Notwendigkeit gegeben, den zuständigen Ausschuß damit zu befassen. Ich darf dies dem Hohen Haus zur Kenntnis bringen. Besteht hier eine Gegenmeinung? Das ist nicht der Fall.

Ich darf, Hohes Haus, bekanntgeben, daß in der Sitzung des Verfassungs-Ausschusses vom 26. Juni Herr Abgeordneter Dr. Ernst Strasser zum Obmannstellvertreter und Frau Abgeordnete Désirée Dorfmeister-Stix zur Schriftführerin dieses Ausschusses gewählt wurden. Ich bitte auch hier um Kenntnisnahme.

Ich darf nunmehr folgenden Einlauf zur Kenntnis bringen:

- Ltg. 615/B-13/4 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds - Jahresbericht 1996,
- Ltg. 616/B-8/4 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds - Jahresbericht 1996 und
- Ltg. 625/H-8/4 - Vorlage der Landesregierung betreffend Landes-Finanzsonderaktion für Gemeinden - allgemeine Aktion, Erhöhung der Kredit- und Haftungsermächtigung.

Alle drei Vorlagen weise ich dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zu.

Ltg. 617/H-11/13 - Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Amstetten, Gesamtausbau (3. Bauabschnitt),

fend den Naturpark Gamsstein-Voralpe.

Diese Anfrage habe ich ebenfalls am 26. Juni 1997 dem Herrn Landesrat Wagner zugewiesen.

Ltg. 618/S-5/19 - Vorlage der Landesregierung betreffend Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime 1998 bis 2002, Umstrukturierung von Wohn- und Pflegebetten und Standardverbesserungen (Art. 15a B-VG Vertrag),

Und nun, Hohes Haus, gelangen wir zur Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes des Bundesrates. Das Mitglied des Bundesrates, Prof. Dr. Herbert Schambeck hat sein Mandat per 30. Juni dieses Jahres zurückgelegt. Weiters hat sein Ersatzmitglied, Herr Landtagsabgeordneter Hans Treitler, erklärt, auf das freierwerbende Mandat als Mitglied des Bundesrates zu verzichten, als Ersatzmitglied jedoch verbleiben zu wollen. Der Landtagsklub der ÖVP hat daher anstelle von Herrn Prof. Dr. Herbert Schambeck Herrn Alfred Schöls, Beamter, wohnhaft Mauerbach, Römerstraße 1, als Mitglied des Bundesrates und Herrn Abgeordneten Hans Treitler, Amstetten, wieder als Ersatzmitglied vorgeschlagen. Es liegen die entsprechenden Stimmzettel für die Wahl des Mitgliedes und des Ersatzmitgliedes auf. Ich ersuche nunmehr, die entsprechende Wahl durchzuführen. *(Nach erfolgter Stimmabgabe:)*

Ltg. 619/H-11/14 - Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Thaya, 4. Bauabschnitt, Sonderfinanzierung,

Ltg. 620/H-11/17 - Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Ybbs, Errichtung eines OP-Traktes,

Ltg. 621/H-11/15 - Vorlage der Landesregierung betreffend Gemeindeverband A.ö. Krankenhaus Lilienfeld, Küchenneubau mit begleitenden Umbaumaßnahmen und

Haben alle die Möglichkeit gehabt, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen? Das ist der Fall. Dann darf ich den Wahlvorgang abschließen und ich ersuche die Schriftführer um Vornahme der Stimmenzählung.

Ltg. 622/H-11/16 - Vorlage der Landesregierung betreffend A.ö. Krankenhaus Scheibbs, Bauabschnitt II.

(Nach erfolgter Stimmenzählung:)

Hohes Haus! Ich darf Ihnen das Wahlergebnis bekanntgeben. Es wurden 53 Stimmzettel abgegeben. Von diesen 53 Stimmen entfallen 53 auf Herrn Alfred Schöls und auf das Ersatzmitglied Hans Treitler 52. Somit ist Alfred Schöls zum Mitglied des Bundesrates und Hans Treitler zum Ersatzmitglied gewählt. Ich darf Herrn Alfred Schöls zu dieser Wahl herzlich beglückwünschen und ich darf ihm im Interesse des Bundeslandes Niederösterreich für die Zukunft viel Erfolg wünschen.

Ich darf, Hohes Haus, bekanntgeben, daß ich all diese Vorlagen bereits am 26. Juni dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß vorzeitig überwiesen habe. Die Beratungen sind dortselbst geführt worden, abgeschlossen worden und daher habe ich diese Geschäftsstücke auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

(Beifall im Hohen Hause. - LHStv. Höger sowie die Klubobleute beglückwünschen den neugewählten Bundesrat Alfred Schöls per Handschlag.)

Ltg. 623/A-4/48 - Anfrage des Abgeordneten Treitler an LHStv. Höger betreffend zweckentsprechende Verwendung von Bedarfszuweisungsmitteln in der Gemeinde Hollenstein an der Ybbs.

Ich darf, Hohes Haus, in diesem Zusammenhang mit dieser Nachwahl in den Bundesrat folgende Reihenfolge der ÖVP-Mitglieder und Ersatzmitglieder im Sinne des Art.36 B-VG festhalten. Erstgereihter der Mitglieder: Ing. Johann Penz, Zweitgereihter: Dr. Kurt Kaufmann, hierauf Engelbert Schaufler, Ing. Walter Grasberger, Mag. Karl Wilfing und Alfred Schöls. Die Reihung der Ersatzmitglieder soll lauten: Michael Hülmbauer, Ing. Wolfgang Welser, Herbert Nowohradsky, Dr. Michael Spindelegger,

Ich habe diese Anfrage am 26. Juni 1997 dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter mit dem Ersuchen um entsprechende Beantwortung übermittelt.

Ltg. 624/A-5/65 - Anfrage des Abgeordneten Treitler an LR Wagner betref-

Hildegard Schorn und Hans Treitler. Ist da ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um offizielle Kenntnisnahme.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, zur Verhandlung über das Geschäftsstück LtG. 610/G-1/11. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Uhl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. UHL (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Landtagszahl 610/G-1/11, Gemeinde Grafenbach-St. Valentin - Markterhebung, Änderung von Gemeindefüramen darf ich berichten: Der vorliegende Gesetzestext beinhaltet vier wesentliche Punkte:

Erstens: Im § 1 wird neben der Bezeichnung der Gemeinde Grafenbach-St. Valentin das Wort "Marktgemeinde" eingefügt. Grafenbach, vor 850 Jahren erstmals in einer Tauschurkunde erwähnt, St. Valentin-Landschach vor 793 Jahren erstmals urkundlich erwähnt, haben in ihrer langjährigen Geschichte durch Fleiß, glückliche Hand und durch besonders einsatzfreudige Funktionäre die Voraussetzungen für eine Marktgemeinde mehr als erfüllt.

Zweitens: Im § 1 erfolgt die bereits mit Regierungsbeschluss festgehaltene Änderung bezüglich der Marktgemeinde Hofstetten-Grünau unter Entfall der Wortfolge "Grünau-Marktgemeinde".

Drittens: Im § 1 wird nach den Worten "Hofamt Priel" die Wortfolge "Hofstetten-Grünau - Marktgemeinde" eingefügt.

Viertens: Im § 1 wird das Wort "Tulln" durch die Worte "Tulln an der Donau" ersetzt.

Gerade eine Markterhebung ist für die Bevölkerung, die Gemeindeverwaltung und die Gemeindevertretung eine Bestätigung für die Arbeit in und für ihr Gemeinwesen. Die Aufzeichnungen beginnen 1476 und reichen von der Türkenbelagerung, der Durchreise eines Papstes bis zum Aufbau und zur Gründung der Gemeinschaftseinrichtungen. Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf namens des Kommunal-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden (Markterhebung Gemeinde Grafenbach-St. Valentin).

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden wird genehmigt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Zu diesem Geschäftsstück, die Markterhebung der Gemeinde Grafenbach-St. Valentin betreffend, ist als erster Herr Abgeordneter Feurer zu Wort gemeldet.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Grafenbach-St. Valentin, eine Gemeinde mit rund 2.200 Einwohnern, ist im Siedlungsgebiet des mittleren Schwarztales im Bezirk Neunkirchen gelegen. Diese Gemeinde bildet gemeinsam mit der Stadt Ternitz und mit der Marktgemeinde Wimpassing eine Wohn- und Wirtschaftsregion von 22.000 Einwohnern.

Die Gemeinde ist in dieser heutigen Größenordnung durch zwei Gemeindezusammenlegungen entstanden. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1967 vereinigten sich die Gemeinden Grafenbach und St. Valentin-Landschach zur Gemeinde Grafenbach-St. Valentin. Weiters kam es im Zuge des NÖ Kommunalstrukturverbesserungsgesetzes am 1. Jänner 1972 zur Vereinigung mit den Gemeinden Ober-Danegg und Penk.

Das heutige Gemeindegebiet und die gesamte Region um Grafenbach-St. Valentin ist eigentlich uraltes Siedlungsgebiet, wie uns Funde aus den verschiedenen Epochen unserer Geschichte belegen. Grafenbach wurde vor 850 Jahren in einer Tauschurkunde des Klosters Rein bei Graz erstmals urkundlich genannt, St. Valentin 1204 erstmals urkundlich erwähnt. Papst Innozenz III. hatte mit seiner Unterschrift dem Domstift Gurk den Besitz der Pfarre St. Laurenzen mit seinen Kapellen St. Johann, Würflach, St. Valentin und Wolfsstein bestätigt. In dem folgenden Jahrhundert wurde die Gegend mehrmals von feindlichen Heeren verwüstet und in Angst und Schrecken versetzt.

Matthias Corvinus hatte seinen Stützpunkt in der nahegelegenen Burg zu Pottschach. 1683 kamen im Zuge der zweiten Türkenbelagerung die Türken unter Großwesir Kara Mustafa in den Ort.

Dem Pfarrtotenbuch ist zu entnehmen, daß beinahe ein Drittel der Pfarrkinder von den Türken gefangen und getötet wurde.

Ein wichtiges Datum für die Gemeinde ist das Jahr 1784, da vom Stift Neukloster die "Pfarr- und Trivialschule St. Valentin" erbaut wurde.

Heute präsentiert sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gemeinde als Wohngemeinde mit hoher Lebensqualität. Wie sehr diese Wohnqualität geschätzt wird, zeigt die Bevölkerungsentwicklung des Ortes auf. In den letzten 40 Jahren ist die Bevölkerungszahl um fast 500 Gemeindebürger angewachsen. Bürgermeister Paul Kögler, der über zwei Jahrzehnte in dieser Gemeinde wirkte und der jetzige Bürgermeister Rupert Schwarz haben mit ihrer Gemeindeverwaltung aus Grafenbach-St. Valentin ein wahres Schmuckkästchen für das gesamte Schwarzatal gemacht. Hier vielleicht einige Stationen: 1973/74 wurde ein neuer zweigruppiger Kindergarten gebaut. 1969 wurde die aus dem Jahr 1878 stammende Volksschule einer Erweiterung und Adaptierung unterzogen. 1993/94 wurde das aus dem Jahr 1965 stammende Amtshaus umgebaut und erweitert. 1976 wurde die Musikschule, die in der Volksschule untergebracht ist, gegründet. 1977/78 erfolgte die Errichtung einer Spiel- und Sportanlage auf der Leimnitz. Darüber hinaus befindet sich auch die Sportanlage des SV Pottschach im Gemeindegebiet von Grafenbach-St. Valentin. Von 1958 bis 1968 wurden in Grafenbach-St. Valentin Motocrossläufe durchgeführt, die meistens international besetzt waren. Zu diesen Sportveranstaltungen kamen bis zu 15.000 Besucher. 1973 wurde die Strecke für Autocrossrennen umgebaut.

Durch das Gemeindegebiet führt die Semmering-Schnellstraße und die Bundesstraße 17, sodaß die Gemeinde sehr gut an das überörtliche Straßennetz angebunden ist. Der nächste Bahnhof befindet sich in Pottschach im Stadtgebiet von Ternitz in einer Entfernung von rund 1,5 Kilometer.

Der Großteil der Berufstätigen arbeitet in den Industriebetrieben des Schwarzatales, vor allen Dingen in Wimpassing und in Ternitz. Es muß aber festgestellt werden, daß sehr viele der jüngeren Gemeindebürger verstärkt zum Auspendeln aus dem Bezirk Neunkirchen gezwungen sind, und mangels Arbeitsplätzen in ihren Berufsbildern Wegstrecken nach Wr. Neustadt, Mödling und Wien hinnehmen müssen.

Die Gemeinde verfügt auch über ein vielseitiges und umfangreiches Vereinsleben. Es gibt drei

bestens ausgerüstete Feuerwehren mit insgesamt 150 Feuerwehrmännern. Die Feuerwehr Grafenbach wurde bei den Leistungsbewerben wiederholt Landes-, Bundes- und einmal sogar Weltmeister. Es gibt in der Gemeinde drei Blasmusikkapellen, drei Gesangsvereine und eine ganze Reihe weiterer Vereine, die dafür sorgen, daß es wirklich ein abwechslungsreiches Kultur- und Sportleben in der Gemeinde gibt.

Grafenbach-St. Valentin wird seit 1953 durch den Wasserleitungsverband Ternitz und Umgebung mit bestem Trinkwasser versorgt. Die Abwasserbeseitigung - und da können wir uns ein Beispiel nehmen - ist fast zur Gänze fertiggestellt. Es sind 98 Prozent der Haushalte bereits angeschlossen. Die Abwässer werden in der vollbiologischen Kläranlage des Abwasserverbandes Mittleres Schwarzatal in Ternitz gereinigt.

Das jüngste Großprojekt der Gemeinde war der Neubau der sogenannten Markus Grabner-Brücke über die Schwarza. Die Baukosten dafür betragen 9,2 Millionen Schilling und wurden fast vollständig von der Gemeinde aufgebracht, da es sich um eine Gemeindestraße handelte. Dieses Projekt hat natürlich die Gemeinde vor große finanzielle Probleme gestellt, die aber bewältigt werden konnten. Im Herbst 1996 wurde die Brücke eröffnet und dem Verkehr übergeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seitens der NÖ Raumordnung wird die Gemeinde als allgemeiner Standort für zentrale Einrichtungen eingestuft. Herausragende Bedeutung kann im Gesundheitswesen durch das Erholungsheim Penkerhof, in Kultur, Schule, Fremdenverkehr sowie Freizeit und Sport festgestellt werden. Bei der am 25. Juni 1994 durchgeführten Eröffnung des neuen Amtshauses wurde von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger und dem Herrn Präsidenten Romeder in feierlichem Rahmen das neue Gemeindewappen überreicht. Mit der Erhebung zur Marktgemeinde meine ich, ist ein wichtiger weiterer Meilenstein für die tüchtige Gemeindeverwaltung erreicht. Und ich möchte zu diesem Meilenstein recht herzlich gratulieren und vor allen Dingen für die Zukunft alles Gute wünschen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ sowie Abg. von ÖVP und FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann mich relativ kurz fassen. Der Herr Berichterstatter und mein Vorredner sind ja auf die Gemeinde Grafenbach-St. Valentin schon im Detail eingegangen. Namens der Freiheitlichen freue ich mich, daß diese Markterhebung erfolgt und möchte herzlich gratulieren. Selbstverständlich werden wir Freiheitlichen dieser Vorlage unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Prober.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Es ist auch für mich persönlich heute ein wirklich erfreulicher Anlaß, zur Markterhebung von Grafenbach-St. Valentin sprechen zu dürfen. Dies auch besonders deshalb, weil es meine engste Heimat betrifft, und weil ich zum anderen anfangs der siebziger Jahre bereits durch viele Veranstaltungen das Off-Road-Motorsportgelände Grafenbach-St. Valentin mit aufgebaut habe.

Grafenbach, das hat mein Vorredner schon erwähnt, ist vor über 800 Jahren erstmals urkundlich erwähnt worden und St. Valentin-Landschach vor fast 800 Jahren erstmals erwähnt worden. Beide Gemeindeteile zusammen haben die Jahrhunderte hindurch sehr wechselhafte Schicksale zu erleiden gehabt und es dauerte eigentlich bis tief in die zweite Republik hinein, konkret bis in das Jahr 1966, daß diese beiden Gemeindeteile mit damaligem Beschluß der NÖ Landesregierung auch vereinigt worden sind. Im Jahre 1972 sind zu dieser Kerngemeinde, wenn Sie so wollen, im Zuge des NÖ Kommunalstrukturverbesserungsgesetzes noch die Gemeinden Penk und Ober-Danegg quasi dazugelegt worden. Und seit damals ist hier wirklich eine ständig steigende Bevölkerungsentwicklung bis zum heutigen Tag auf rund zweieinhalbtausend Einwohner zu verzeichnen gewesen.

Die im südöstlichen Schwarzatal gelegene Gemeinde wird - und das wurde auch schon erwähnt - als allgemeiner Standort für zentrale Einrichtungen anerkannt, gilt als Erholungsraum in der Region, gilt im Bereich des Gesundheitswesens vor allem durch den Penkerhof als regionales Aushängeschild. Und sie hat auch, wie bereits erwähnt, eine touristische "Verlängerungsachse" im Motorsportbereich und kulturell in Form von 28 Vereinen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja für den ländlichen Raum lebens- und zum Teil überlebenswichtig, daß sich Menschen in Vereinen zusammenschließen. Mit dem Zweck, sich gegenseitig zu helfen und anderen zu helfen einerseits, Kameradschaft und Gemeinschaft zu entwickeln, gemeinsam Sport zu betreiben, gemeinsam zu musizieren und damit gemeinsame gesellschaftliche Entwicklungen voranzutreiben. Wenn Sie so wollen, Dorferneuerung zu betreiben, aber im besten Sinne des Wortes, nämlich als geistigen Prozeß getragen von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Und ich glaube, meine Damen und Herren, daß genau das alles zusammen auf die Gemeinde Grafenbach-St. Valentin in einem äußerst hohen Ausmaß zutrifft, was auch sicherlich mit entscheidend dafür war, daß dieser heutige Beschluß zur Markterhebung durch den NÖ Landtag zustandekommen kann. Wir wissen, daß auch sehr viele Aktivitäten, oder die meisten Aktivitäten in einer Gemeinde auf Freiwilligkeit aufbauen. Und damit, glaube ich, das hat auch Kollege Feurer schon erwähnt, ist ein Paradestück dieser Freiwilligkeit in dieser Gemeinde auch die Freiwillige Feuerwehr, die weit über 100 Personen in ihrem Einzugsbereich als Aktive hat und die wirklich bei Bedarf immer wieder die Schlagworte "bergen - löschen - schützen - helfen" mit Leben erfüllt.

Ich möchte aus diesem Grunde wirklich allen hier von dieser Stelle aus persönlich danken, die an der Weiterentwicklung und Aufwärtsentwicklung dieser Gemeinde aktiv Hand angelegt haben. Ich möchte aber auch der gesamten Gemeindeführung mit den Verantwortungsträgern, mit den Gemeinderäten, aber auch der gesamten Bevölkerung von Grafenbach-St. Valentin zu diesem heute zu fassenden großartigen Beschluß sehr herzlich gratulieren und eine gute weitere Entwicklung und Gottes Segen für die Zukunft wünschen. Natürlich wird die Volkspartei dieser Markterhebung heute ihre Zustimmung geben. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. UHL (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses): Einstimmig angenommen!*

Ich darf namens des Hohen Hauses, namens des Landtages von Niederösterreich nach dieser Beschlußfassung dem Herrn Bürgermeister, der Gemeindevertretung, aber vor allem der Bevölkerung dieser Gemeinde zu dieser Rangerhöhung sehr herzlich gratulieren. Und wir dürfen den Menschen in dieser Gemeinde für alle Zukunft alles Gute wünschen. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, Umstrukturierung 1998 bis 2002, Geschäftsstück Ltg. 618/S-5/19. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, die Verhandlungen einzuleiten. (*Abg. Dirnberger nicht im Saale anwesend.*) Der Berichterstatter ist nicht da. Dann wird von der Fraktion der ÖVP ein anderer nominiert. Nach der Geschäftsordnung ist der Obmann des Ausschusses zuständig. Das heißt, der Herr Abgeordnete Hoffinger ist eingeladen, über das Geschäftsstück zu berichten.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur Landtagszahl 618/S-5/19, Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime 1998 bis 2002, Umstrukturierung von Wohn- und Pflegebetten und Standardverbesserungen.

Hoher Landtag! Das vorliegende, von der Abteilung Heime erarbeitete Programm basiert auf folgenden Grundlagen:

1. Der Strukturanalyse des Gesundheitswesens NÖ, erarbeitetet von der Firmengemeinschaft Prognos/Humanomed AG vom Dezember 1996.
2. Dem Bedarfs- und Entwicklungsplan von Univ.Prof. Dr. Anton Amann in Zusammenhang mit der Art.15a B-VG-Vereinbarung.

Beide Untersuchungen weisen nach, daß auf Grund der auch bereits in den Landesaltenplänen 1991 und 1994 berechneten Prognosen eine zusätzliche Nachfrage nach Pflegebetten in Niederösterreich vorhanden ist. Das vorliegende Programm beinhaltet daher eine auf den jeweiligen Verwaltungsbezirk abgestimmte Versorgung der alten und pflegebedürftigen Menschen in den Pflegeeinrichtungen des Landes unter Einbeziehung und Einrichtung anderer Träger (Vertrags-einrichtungen gemäß § 47 NÖSHG und private Heime.)

3. Dem NÖ Raumordnungskonzept für Pensionisten- und Pflegeheime aus dem Jahre 1994.
4. Dem Artikel 15a-Vertrag zwischen dem Bund und den Ländern in Zusammenhang mit der

im Jahr 1993 eingeführten Pflegegeldregelung, in dem sich die Länder gegenüber dem Bund verpflichtet haben, Mindeststandards betreffend die Versorgung in stationären Pflegeheimen (überschaubare Größen, primär Einbettzimmer, zugeordnete Sanitätseinheiten etc.) zu befolgen.

5. Unter dem Aspekt der Vorgaben des Landesfinanzreferenten in Richtung zusätzlicher Bemühungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht das vorliegende Programm von folgenden Überlegungen und Vorschlägen aus:
Die Konzentration des Einsatzes der Sozialhilfemittel auf die Schaffung von Pflegebetten zu Lasten der Wohnbetten, die Finanzierung der Baumaßnahmen am Grundsatz der Eigenleistung noch stärker zu orientieren, die zusätzliche Heranziehung von privaten Trägern.
6. Der Landtagsbeschluß vom 20. Oktober 1994 betreffend die Änderung des Ausbau- und Investitionsprogrammes für die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, vor allem im Zusammenhang mit dem Resolutionsantrag der Abgeordneten Egerer, Soukup und Dr. Mautner Markhof, betreffend die Errichtung weiterer NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime.
7. Einer Empfehlung des Rechnungshofes in Zusammenhang mit einer Einschau des Landeshaushaltes im Bereich der Sozialhilfe in den Jahren 1993 - 1995.

Ich stelle daher folgenden Antrag (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Dem Ausbau- und Investitionsprogramm für die NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime wird grundsätzlich zugestimmt. Die Einzelprojekte dieses Programmes sind dem NÖ Landtag entsprechend der Resolution vom 5. Dezember 1990, Ltg. 261/V-8/29-1990, vorzulegen.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Ich ersuche Dich, Herr Präsident, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke dem Obmann des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, daß er sich dieser Aufgabe der Berichterstattung unterzogen hat. Ich eröffne die

Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich meine, daß die Betreuung unserer betagten hilfe- und pflegebedürftigen Mitbürger eine der großen Herausforderungen in der Politik ist. Ich meine daher auch, daß der Organisation der Pflege und Betreuung von älteren und betagten Menschen in der heutigen Zeit ein ganz wesentlicher Stellenwert beizumessen ist. Die heute ältere Generation, die für unsere Gesellschaft, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltige Leistungen vollbracht hat, die unser Land aufgebaut hat, die ihr Leben lang Verantwortung getragen hat, sie hat zu Recht einen Anspruch auf entsprechende Hilfeleistungen im Rahmen der Wohlfahrtseinrichtungen unseres Landes. Es freut mich daher ganz besonders, daß dem ersten Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, welches der Landtag am 2. April 1992 beschlossen hat, nach einer Adaptierung im Jahre 1984 nun ein weiteres folgt und daß geplant ist, dieses in den Jahren 1988 bis 2002 umzusetzen.

Hohes Haus! Mit dieser Vorlage wird erstens dem Umstand Rechnung getragen, daß der Anteil der älteren Bevölkerung auch in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird. Zweitens wird mit dieser Landtagsvorlage der Nachfrageentwicklung gegengesteuert, daß sich in den letzten Jahren das Verhältnis zwischen Wohnbetten und Pflege- und Betreuungsplätzen noch weiter hin zu den Pflegebetten verschoben hat. Und um die Nachfrage nach Pflegebetten in den einzelnen Verwaltungsbezirken abdecken zu können, müssen eben dringend Maßnahmen zur Umstrukturierung einzelner Landesheime gesetzt werden, müssen Wohnbetten zu Pflegebetten umgewandelt werden. Und drittens ist es das erklärte Ziel dieser Landtagsvorlage, die im Artikel 15a-Vertrag zwischen dem Bund und den Ländern festgelegten Mindeststandards in der Altenpflege zu erfüllen bzw. diesen einen Schritt näherzukommen.

Hohes Haus! Ich habe es schon erwähnt, daß dem Anwachsen der Zahl der hochbetagten Bevölkerung in unserem Land Rechnung getragen werden muß, weshalb beim NÖ Pensionisten- und Pflegeheimplan eine Revision vorzunehmen ist. Aus der Humanomed/Prognos-Studie, das NÖ Gesundheitswesen betreffend, die bereits vom Herrn Berichterstatter auch erwähnt wurde, erfahren wir, daß die Bevölkerungsprognosen einen

starken Anstieg älterer Menschen über 50 Jahre als potentielle Nachfrager nach ambulanter, teilstationärer oder stationärer Altenhilfe für den Zeitraum 1991 bis 2011 um etwa 25 Prozent oder plus 57.000 Personen aufzeigen. Dieser Studie kann man weiters entnehmen, daß sich die Struktur dieses Potentials stark verändern wird, daß sich der Anteil der Hochbetagten über 80 Jahre, die im größeren Umfang regelmäßig oder dauernd Hilfestellung benötigen, bis 2011 um plus 31 Prozent oder 16.500 Personen gegenüber 1991 erhöhen wird. Die Studie informiert uns weiters, daß bei diesen Zuwächsen starke regionale Unterschiede bestehen. Während in den nördlichen Randregionen, in denen bereits 1991 ein hoher Anteil über 65jähriger anzutreffen ist, kaum mehr Steigerungen zu erwarten sind, entwickelt der Raum rund um Wien hohe Zuwachsraten, wobei die Bezirke Wien-Umgebung, Mödling, Tulln und Korneuburg mit Zuwächsen von 35 Prozent und mehr hervorstechen sind. Die Entwicklung des Anteils der über 80jährigen bis 2011 ist landesweit mit Ausnahme der Bezirke Horn, Hollabrunn, Gmünd, Waidhofen a.d. Thaya, Mistelbach, Mödling und Baden mit über 25 Prozent zu veranschlagen, wobei in den Bezirken Tulln, Bruck a.d. Leitha, Wr. Neustadt, Lilienfeld, Melk, Scheibbs und Amstetten der Anteil um mehr als 35 Prozent wächst.

Hohes Haus! Angesichts der demographischen Bevölkerungsprognosen für den Bezirk Mödling freut es mich als Abgeordneter dieses Bezirkes natürlich ganz besonders, daß Mitte des nächsten Jahres ein weiteres Landes-Pensionisten- und Pflegeheim in unserem Bezirk in Vösendorf in Betrieb gehen wird. Ich meine aber auch, man muß sich die Frage stellen, wie sieht nun die Gesamtsituation in unserem Lande aus? Tatsache ist, daß auf Grund des nahezu flächendeckenden Ausbaues der mobilen Altenbetreuung sowie der Auswirkungen der Pflegegeldregelungen die Nachfrage nach Wohnplätzen in den bestehenden Einrichtungen nicht mehr gegeben ist und nur mehr pflegebedürftige Menschen in den Landesheimen Aufnahme finden.

Wir erfahren aus dem Motivenbericht zur heutigen Vorlage, daß im Jahre 1997 88 Prozent der 5.958 Bewohner in den Landeseinrichtungen pflegebedürftig sind. Dem steht laut Motivenbericht jedoch lediglich ein Anteil von 67 Prozent an Pflegebetten und Betreuungsbetten, die auch die baulichen und pflegerischen Rahmenbedingungen erfüllen, gegenüber. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heißt doch mit anderen Worten, daß uns nach wie vor etwa 1.200 Pflegebetten

fehlen. Das heißt aber auch, daß die demographische Bevölkerungsentwicklung jene Prognosen überholt hat, die dem Landtagsbeschluß vom 20. Oktober 1994 zugrunde gelegen sind. Denn auch damals war von etwa 1.200 notwendigen und zu schaffenden Pflegebetten die Rede.

Im Jahre 1991 ist man noch von 119.000 hochbetagten niederösterreichischen Landesbürgern, die im Jahre 2011 zu betreuen sein werden, ausgegangen. Heute weiß man, daß es mindestens 135.000 im Jahre 2011 sein werden. Und unter Zugrundelegung des für die Planung von Pflegekapazitäten im stationären Bereich heranzuziehenden Richtwertes von 47 Pflegebetten je 1.000 hochbetagten Einwohnern bedeutet diese Bevölkerungsentwicklung, daß im Jahre 2011 ein Nachfragepotential von rund 6.400 pflegebedürftigen Personen bestehen wird. Das heißt für mich, daß gegenüber dem Ziel der heutigen Vorlage, daß im Jahre 2002 4.925 Pflege- und Betreuungsplätze zur Verfügung stehen werden, in den folgenden neun Jahren noch weitere rund 1.500 Pflegebetten zu schaffen sein werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Steigerung der Lebenserwartung unserer Bevölkerung ist wirklich erfreulich. Ich meine aber auch, daß wir vor dieser Bevölkerungsentwicklung die Augen nicht verschließen dürfen, denn sonst wird über kurz oder lang der von verschiedenen Politikern immer wieder artikulierte Wohlfahrtsstaat an der Unfinanzierbarkeit scheitern. Wir Freiheitlichen meinen, daß die Herausforderung für die Politik von heute darin bestehen muß, zu erkennen, daß immer mehr ältere und pflegebedürftige Menschen immer weniger jungen Menschen gegenüberstehen, daß die Pflege und Betreuung älterer oder kranker Mitbürger im Familienverband aus verschiedensten Gründen stark rückläufig ist. Wenn wir das erkennen, meine ich, sind wir gefordert, sind wir aufgerufen, eine sehr couragierte Familienpolitik, eine sehr couragierte Kinderpolitik mit dem Ziel steigender Geburtenraten zu betreiben. Denn ich meine, Hohes Haus, wenn das Verhältnis zwischen Alt und Jung weiter aus dem Gleichgewicht gerät, dann ist nicht sichergestellt, daß wir alle auch in Zukunft einen anständigen Lebensabend verbringen können. Das gilt sowohl für die Altenhilfe, wie auch für die Pensionen.

Wohin der bisherige Weg in Sachen Pensionen geführt hat, das sehen wir ja am Ruster "Pensionsklaufpaket" von Klima und Schüssel vom 11. Juni diesen Jahres.

Wir Freiheitlichen werden dem vorgeschlagenen Ausbau- und Investitionsprogramm der NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime 1998 bis 2002 mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von zirka 1,3 Milliarden gerne zustimmen, weil durch Neu- und Zubauten sowie durch dringend notwendige Umstrukturierungen und Standardverbesserungen gegenüber dem Stand von heute bis zum Jahre 2002 900 Pflege- und Betreuungsplätze im Rahmen dieses Programmes zusätzlich geschaffen werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Auer.

Abg. AUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich neige dazu, anhand dieses Ausbau- und Investitionsprogrammes festzustellen, es ist einmal etwas sehr Positives, das man hier sehen kann, wenn man zeitgerecht Entwicklungen zur Kenntnis nimmt und ihnen entgegensteuert, daß man wirklich positive Dinge damit erreichen und erzielen kann. Grundsätzlich einmal soviel dazu. *(Beifall bei LH Dr. Pröll.)*

Denn die Altersstruktur, die Entwicklung der Altersstruktur hat zu einer Reihe von Maßnahmen in diesem Bundesland geführt, zu Konzepten, zu Plänen. Aber im Gegensatz zu manchen anderen nicht nur zu der Erstellung von Konzepten und Plänen, sondern auch zur Umsetzung und zur Realisierung. Mein Vorredner hat schon einige Ziffern genannt, ich brauche sie daher nicht zu wiederholen. Vielleicht nur einige grundsätzliche Punkte dazu: Ganz wichtig wird sein im Zuge dieser Entwicklung, die vor uns liegt, daß die Zeitabstände, diese Beobachtungsräume kürzer werden. Unter den verschiedensten Aspekten. Es steht zwar drinnen eine Entwicklung vor allem am Finanzsektor bis zum Jahr 2026, aber paktiert ist dieses Programm nur auf fünf Jahre. Und es wird notwendig sein, daß man auch innerhalb dieser fünf Jahre genau beobachtet, wie diese Entwicklung weitergeht und wohin sie uns führt.

Einige Punkte grundsätzlicher Art vielleicht dazu noch. Wichtig dabei, es steht ja von Haus aus in der Vorlage, in der Begründung, daß all diese Erkenntnisse natürlich auch unter dem Aspekt der Konsolidierung des öffentlichen Haushaltes stehen. Das heißt, man geht davon aus, daß es nicht möglich sein wird, in den nächsten Jahren mehr als 85 Millionen Schilling jährlich dafür zur Verfügung zu stellen. Das heißt, man muß Wege einschlagen, um trotzdem dieses Konzept umsetzen zu können.

Einer der ganz wichtigen Wege, nicht nur von seiten der Finanzierung her, sondern weil es die Realität uns zeigt und vorschreibt, ist die Umstrukturierung vom Wohn- in Pflegebereich. Durch den Ausbau der sozialen Dienste in unserem Bundesland - und wir sind hier ja sehr weit fortgeschritten - ist es nicht mehr notwendig, oder ist der Bedarf nicht mehr gegeben, daß ältere Menschen einfach in ein Altenheim - nicht Pflegeheim, sondern in ein Wohnheim - gehen müssen. Weil sie in Seniorenzentren, Sozialzentren wunderbar in ihrer eigenen Umgebung leben können und durch die sozialen Dienste die notwendige Versorgung haben.

Das heißt, der eine Teil dieses Programmes ist die Umstrukturierung von Wohnbetten in Pflegebetten. Der zweite Teil ist, daß man dazu übergegangen ist, bei der Errichtung dieser Pflegeheime mehr Eigenmittel zu verlangen. Das heißt von derzeit 40,- Schilling Beitrag pro Tag, den jeder bezahlen muß, schrittweise eine jährliche Erhöhung um 5,- Schilling bis zur Zeit maximal auf 85,- Schilling zu gehen. Und der dritte Punkt der Voraussetzung dafür, um diese Finanzierung, so wie sie am Tisch liegt, halten zu können, ist ein Deckungsgrad von 67 Prozent. Und hier glaube ich, wird es etwas schwieriger. Und hier glaube ich, müssen wir in den nächsten Jahren sehr wohl sehr genau beobachten, wie die Entwicklung weitergeht. Ich glaube, daß das noch wesentlicher sein wird als die Entwicklung des Bedarfes. Der natürlich auch. Aber, meine Damen und Herren: Man muß in dem Zusammenhang sehen, daß erstens der Deckungsgrad bis zum Jahr 1993 leicht gefallen ist, von Jahr zu Jahr. Im Jahr 1993 und 1994 ist im Zusammenhang mit der Einführung des Bundespflegegeldes und des Pflegegeldes dann natürlich auch auf Landesebene, der Deckungsgrad gestiegen. Das war aber nur in diesen eineinhalb Jahren direkt nach der Einführung. In Zusammenhang der Umstrukturierung der Verrechnungsmöglichkeiten und Modalitäten der einzelnen Pflegeheime können wir feststellen, daß der Deckungsgrad von Jahr zu Jahr wieder gesunken ist und wir derzeit bei 67 Prozent halten. Und wir nicht wissen können, ob er nächstes Jahr, und 1999 bis zum Jahre 2002 ebenfalls 67 Prozent betragen wird. Ist das nicht der Fall - gleichzeitig geschieht eben die Erhöhung um 5,- Schilling pro Tag bei den Insassen - wobei wir nicht wissen, wie die Entwicklung der Pensionen weitergeht, können wir nicht garantieren, daß diese Finanzierung auch tatsächlich für die kommenden fünf Jahre hält. Sie ist nun einmal paktiert, wohl wissend, daß wir genau beobachten müssen, wie es weitergehen wird.

Ich glaube auch, daß wir uns ein weiteres Investitionsprogramm bzw. Ausbauprogramm genau anschauen müssen. Je mehr Sozialzentren nämlich entstehen, je mehr Seniorenzentren es gibt, je besser die Versorgung dort ist, nicht nur mit Kleinsteinheiten, sondern je mehr darüber hinaus mit Kurzzeitpflege abgedeckt werden kann, umso genauer muß man schauen, ob in Zukunft der Ausbau von großen Pflegeheimen in Größenordnungen, wie wir sie jetzt bauen mit rund 100 Pflegebetten auch in Zukunft notwendig sein wird. Oder ob es vielleicht sinnvoller ist in Zukunft, Ergänzungen bei bestehenden und noch zu bauenden Einrichtungen vorzunehmen. Das heißt, ich könnte mir vorstellen, daß in größeren Städten, die derzeit über kein eigenes Pflegeheim verfügen oder wo es kein Landes-Pflegeheim gibt, daß man dort zusätzlich größere Abteilungen mit Pflegebetten schafft. Ich könnte mir vorstellen, in der Stadt Traiskirchen wäre es möglich, ein Landes-Pflegeheim zu bauen mit einer anderen Größenordnung, aber wenn man den Bedarf sieht im Raum Schwechat, daß man dort eine solche Einrichtung schafft. Wenn man genau sieht, die Entwicklung geht dahin, es wäre Bedarf vielleicht für 40 Betten, für 50 Betten vorhanden, daß man schwerpunktweise in Zukunft solche Einrichtungen schafft.

Wenn ich mir dann noch diese Aufstellung der Finanzierung genau vor Augen geführt habe, allerdings langfristig jetzt über das Jahr 2002 hinaus, so stellt sich mir schon noch die eine oder andere Frage. Nicht nur bezüglich der Finanzierung über diese fünf Jahre. Ich stelle fest, wenn wir bei 85,- Schilling bleiben, wenn wir im Jahr 2006 diesen Betrag erreicht haben bei den Investitionen, dann kommt irgendwann, wenn ich es richtig im Kopf habe, im Jahre 2024, der Zeitraum, wo ich das eigentlich als Rücklage nicht mehr brauche. Der Bedarf steht auf Null. Es ist schon klar, daß ich dann wieder investieren muß, weil natürlich renoviert werden muß, umgebaut werden muß, verschiedene andere Dinge in Angriff genommen werden können. Nur frage ich mich, zur Zeit haben wir - das können wir nachlesen - 188 Millionen an Rücklage. Es steht nirgendwo etwas von Zinsen. Auf Null kommen wir ja nie, weil Rücklagen gibt es immer. Ich denke doch, daß der Zinsendienst dann auch dafür verwendet wird aus diesen Beträgen. Und das sind ja keine Beträge, die man so leicht unter den Tisch fallen lassen kann, die Einnahmen, wenn wir von 85,- Schilling ausgehen, betragen immerhin 167,6 Millionen pro Jahr. Und nicht alles wird immer eingenommen und sofort wieder ausgegeben, sondern die Rücklagen sind ja da. Ich kann mir daher vorstellen, daß da auch eine

Menge an Zinsen anfallen, die verwendet werden können.

Ich glaube, unter diesen Aspekten, wenn man sich dieses Ausbauprogramm anschaut, können wir stolz darauf sein. Weil wir nicht nur uns selbst bewiesen haben sozusagen, wenn man will geht es. Da haben wir es bewiesen, einen Weg gefunden, der gangbar ist. Der tatsächlich Hilfe bringt, der sinnvoll Hilfe bringt, zweckmäßig eingesetzt. Und womit wir, wenn wir auch weiter ständig kontrollieren und beobachten, auch in Zukunft sinn-

volle Ergänzungen für unsere Bevölkerung schaffen können. *(Beifall bei der SPÖ und LH Dr. Pröll.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit dem Ausbau- und Investitionsprogramm für Pensionisten- und Pflegeheime im Ausmaß von 1,3 Milliarden Schilling für die laufenden Jahre wird der Art. 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern Rechnung getragen. Der Herr Vorredner und die Frau Kollegin haben sich ja schon intensiv auch mit diesem Programm beschäftigt und herausgestrichen, wie positiv diese Vereinbarungen und die Verwirklichung dieser Vereinbarungen für unsere alten und pflegebedürftigen Menschen sind und auch in Zukunft sein werden.

Durch dieses Ausbauprogramm werden in wirtschaftlich schwieriger Zeit, und das ist sicher auch mit ein Grund, warum diese Investitionen getätigt werden, auch Impulse für die Bauwirtschaft gegeben und so Arbeitsplätze erhalten. Das Land erteilt ja auch Aufträge und damit wird die Wirtschaft angekurbelt in den einzelnen Regionen, wo eben dieses Investitionsprogramm zum Tragen kommt.

Die Frau Kollegin hat schon das Finanzierungskonzept angesprochen, auch das Mitzahlen der Menschen selber, die Erhöhung der Beiträge. Das geht sicher auch in Richtung Selbstverantwortlichkeit der Einzelnen und Mittragen der Maßnahmen. Dieses Programm ist auch mit den Gemeindevertretern ausverhandelt worden. Die Gemeindevertreter haben dem Programm zugestimmt. So ist dieser Konsultationsmechanismus, der noch nicht gesetzlich verankert ist, in der Praxis bereits zum Tragen gekommen.

Es ist schon angesprochen worden, daß sich die Alterspyramide verändern wird. In Zukunft werden die Menschen älter. Sie werden Gottseidank älter werden. Was aber meiner Meinung nach nicht unbedingt heißen muß, daß man dadurch pflegebedürftiger werden muß. Wir wünschen uns, glaube ich, alle, es kann sich zwar kein Mensch aussuchen, aber wichtig ist sicher auch ein Aspekt, glaube ich, der Aspekt der Gesundheitsvorsorge. Sich mit diesem Thema zu be-

schäftigen, also auch dem Einzelnen bewußt zu machen, daß er oder sie oft doch sehr viel zur eigenen Gesundheit beitragen kann und auch beitragen wird müssen. Wir haben vorigen Sonntag auf einem Fest eine Frau getroffen, 98½ Jahre war sie alt, eine Kanadierin, die jedes Jahr noch selber ihren Flug organisiert nach Österreich. Sie hat gesagt, sie will ihren Hunderter hier feiern. Ich meine, das sind wunderbare Wunschträume und wir vergönnen es dieser Dame. Es wäre sicher zu wünschen, daß es vielen Menschen so geht.

Wichtig ist aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schaffen mit diesen Einrichtungen Rahmenbedingungen, Voraussetzungen, daß die Pflege optimal gestaltet werden kann. Entscheidend ist aber sicher noch immer der Mensch, der die Pflege durchführt. Gute Pflege braucht Fachkenntnis, braucht aber auch Zuneigung. Das ist ganz besonders wichtig. Und an dieser Stelle sei all jenen gedankt, die in öffentlichen Einrichtungen, aber auch in der Familie immer wieder bereit sind, ihre alten, kranken Menschen, ihre Angehörigen zu pflegen. *(Beifall bei der ÖVP, LR Votruba und der Abg. Auer und Gebert.)*

Es ist sicher keine leichte Aufgabe, mitansehen zu müssen, wie jemand leiden muß. Wenn man sieht, daß die Kraft, die Möglichkeit zu helfen zwar da ist, aber daß der Einzelne oft sehr schwer nur Linderung erfahren kann. Gut funktionierende Einrichtungen in Pflegeheimen verbunden mit guter Betreuung helfen eben unseren alten und pflegebedürftigen Menschen, mit ihrem oft schweren Schicksal fertig zu werden und das Alter in Menschenwürde erleben zu können. Und ich glaube, das ist das Wichtigste. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte zuallererst ein ganz herzliches Danke sagen, daß dieses Programm, das heute dem Landtag vorliegt, in so kurzer Zeit beraten wurde und heute noch zum Abschluß kommt. Das heißt, daß wir in diesem Jahr noch Ausschreibungen machen können, daß wir über den Winter dort, wo zum Teil Innenbaumaßnahmen gesetzt werden können, auch im Bereiche der Wirtschaftsbelebung einige Aktivitäten setzen.

Ich möchte nur ganz kurz auf zwei Bereiche eingehen, die angesprochen wurden und die auch beim Rechnungsabschluß schon angesprochen worden sind. Das sind zum einen die hohen Rücklagen, die wir bei den Heimen haben und zum anderen die Frage, was damit geschieht, wie sie angelegt sind oder ob wir sie nicht anderweitig verwenden können. Ich möchte auf den einen Betrag eingehen, den der Herr Abgeordnete Rambossek beim Rechnungsabschluß erwähnt hat, in dem er die hohe innere Anleihe des Landes angesprochen hat, die 169 Millionen. Ich möchte hier einmal klarstellen, daß wir uns geeinigt haben, auf Grund einer einheitlichen gemeinsamen Strukturmaßnahme in Niederösterreich alle in Heimen wohnenden Menschen gleich behandeln zu wollen. Es war der Status so, daß wir früher in alten Heimen höhere Tarife verlangen mußten als in neuen Heimen, weil eine Haushaltsrücklage zu schaffen war, um auch Reparaturmaßnahmen zu setzen. Daher war es fast nicht möglich, alte Heime überhaupt noch zu belegen oder überhaupt zu renovieren, weil diese Form der Finanzierung nicht gepaßt hat. Wir haben daher eine allgemeine Haushaltsrücklage geschaffen, in der ein Ausgleich zwischen "Gewinnern" und "Verlierern" stattfinden soll. Das heißt, zwischen jenen Heimen, die neu gebaut sind, schön und optimal ausgestattet sind und daher einen höheren Grundsatz aufweisen als jene, die eine schlechtere Struktur aufweisen. Wir haben einheitliche Grundgebühren, die in drei Kategorien eingeteilt sind, von "ausgezeichnet" über "mittel" bis zur "schlechteren" Bausubstanz und die Pflegegarife sind einheitlich nach dem Pflegegeld gestaffelt worden. Ich glaube, das ist modellhaft und ich weiß, daß die anderen Bundesländer unser Modell jetzt mühsam übernehmen. Wir haben mit 1994 umgestellt. Die Folge war, daß wir im Jahr 1995 Rücklagen erhalten haben, weil dadurch sehr konsequent auch die Strukturmaßnahmen in den Heimen umgesetzt werden konnten und auch sparsamer umgegangen werden konnte. Man konnte sehr viel deutlicher Vergleiche ziehen und auch die Notwendigkeiten setzen. Und wir hatten auch vor allem durch die Einführung des Pflegegeldes im ersten Jahr eine sehr hohe Rücklage, die über 170 Millionen ausgemacht hat, wobei wir allerdings bis zum Jahr 1994 beim Land laufend Schulden aufgebaut haben. Das Kontrollamt hat ja einige Male darauf hingewiesen, daß diese Schulden abzustellen sind. Das war erst durch diese Umstrukturierung möglich. Das heißt, die Rücklagen aus 1995 betragen 150 Millionen. Und im Jahre 1996 ist wiederum ein Überschuß von 83 Millionen erwirtschaftet worden, das heißt, schon deutlich weniger. Man hat auf Grund der

Erfahrungswerte den hohen Steigerungen bei weitem Einhalt gebieten können. Nur so waren auch die gewaltigen Strukturverbesserungen möglich, wir müssen uns nur den Personalstand in den Heimen ansehen. Trotz deutlich mehr Personal konnten wir die Sätze in dieser Dimension halten.

Im heurigen Jahr werden wir ausgeglichen sein. Und im nächsten Jahr werden wir Probleme des Abganges in den Heimen haben. Nicht, weil wir schlecht kalkulieren, sondern weil durch Baumaßnahmen geringere Belagsziffern entstehen und wir dadurch in einigen Heimen Verluste haben werden. Das heißt, es wird in dieser Form zu einem Aufsaugen dieser Rücklagen kommen.

Zum zweiten, und das möchte ich auch herausstreichen: Wir haben damit die Garantie, daß wir auch in den nächsten Jahren, angepaßt an die tatsächlichen Pensionssteigerungen und auch im Umgang mit dem Pflegegeld die Tarifsteigerungen so adaptieren können, daß sie von den Bewohnern auch zu tragen sind und daß die Frage, die die Frau Abgeordnete Auer mehr oder weniger gestellt hat, ob diese 67 Prozent einzuhalten sind, damit auf Grund dieser absehbaren Zeit, bis diese Rücklage aufgesaugt ist, sehr wohl garantiert werden kann. Um das einmal zu erläutern.

Die zweite Frage, jene der Zinsen für das Anlegen dieser Mittel, die wir als Rücklage haben, auch aus der Investitionsrücklage, die ja in diesem Finanzierungsplan eingebaut ist, das ist eine Frage der Finanzen. Denn tatsächlich muß ja das Land, jetzt haben wir 55 Millionen, da müssen wir 85 Millionen von Landesseite einsetzen, gemeinsam mit den Gemeinden diesen Betrag aufbringen. Wenn wir das anlegen, dann fehlen dem Land die Zinsen. Das Land muß ja dann mehr Geld ausleihen und ausleihen ist immer teurer als wenn wir es veranlagern. Daher ist es von der Rechnung her sicher vernünftig, das als innere Anleihe zu verwenden. Und daher vom Land auch die Forderung oder die Bereitschaft, diese 85 Millionen einzusetzen.

Ich möchte einen Punkt noch herausstreichen: Danke, daß die Frau Abgeordnete erwähnt hat, daß wir, glaube ich, wirklich zeitgerecht erkannt haben, was notwendig ist und die Maßnahmen danach gesetzt haben. Es war zum Teil nicht leicht. Es war zum Teil nicht leicht, Verständnis in den Häusern zu erreichen, daß das nicht mehr Wohnhäuser sein werden, sondern sie tatsächlich notwendigerweise nur mehr auf Pflege umzustrukturieren sind. Wir machen diese Untersuchungen alle drei Jahre. Die dritte Untersuchung liegt jetzt

auch schon vor. Wir haben 1991, 1994 und 1997 Untersuchungen angestellt. Wir werden sie auch weiter in diesem Rhythmus machen, denn diese Beobachtungen müssen gemacht werden um Fehlentwicklungen hintanzuhalten.

Allerdings muß ich schon darauf hinweisen, daß wir natürlich von den Daten, die wir haben, ausgehen müssen. Im Jahr 1991 haben wir daher nicht falsch geschätzt oder schlampig untersucht, sondern Basis war die Volkszählung 1981 für die erste Vorlage hier im Jahr 1992. Jetzt liegt uns die Volkszählung 1991 vor und auf Grund der Volkszählung 1991 sehen wir, daß die Entwicklung, die sich 1981 abgezeichnet hat, noch rasanter eintritt. Aber wir konnten auf Grund der Planung von damals heute schon besser umstellen. Und wir werden bis zum Jahr 2011 die Bedürfnisse, die jetzt ausgewiesen sind, die auch im Bedarfs- und Entwicklungsplan, der jetzt vorliegt, ausgewiesen sind, abstimmen können. In diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan wird eindeutig gesagt, daß wir sehr wohl in den Heimen - und auch die Planung in den Heimen, die jetzt vorliegt, sieht das vor - wir werden bis zur Stufe 3 natürlich die Leute im Wohnbereich haben. Daher stimmt es, wenn man sagt, wir haben nur so und so viele Pflegebetten. Wir haben natürlich auch dann rund 90 Prozent der Menschen, sogar über 90 Prozent pflegebedürftig, jedoch auf Stufe 1, 2 oder 3. Die werden aber nicht im Pflegebett liegen, sondern im Wohnbereich leben. Aber alles, was jetzt umgestaltet wird, wird durchwegs und ausschließlich pflegerecht umgestaltet. Das heißt, daß man auch kurzfristig umstrukturieren kann.

Der Bezirk Mödling wurde angesprochen. Es kommt ein neues Haus. Für Perchtoldsdorf ist bereits die Umstrukturierung in Planung, von dem schönen Wohnheim, das wir stolz vor noch nicht allzu langer Zeit eröffnet haben, auf eine fast 80prozentige Pflegeeinrichtung. Wir sind im Gespräch bei Wr. Neudorf, nachdem dort die Bereitschaft besteht, selbst auch ein Pflegeheim zu errichten. Diese Kooperation, diese private Trägerschaft, die auch im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesen wird, werden wir aufnehmen und den Bedarf um die Jahrtausendwende prüfen, wenn wir die nächste Untersuchung haben. Und wenn es dann notwendig ist, werden wir uns dort mit 30, 40 Betten einkaufen. Dasselbe Thema gilt für den Bezirk Wien-Umgebung, für Fischamend. Genau dort ist diese Frage virulent. Denn auch dort wird in Zukunft sicherlich die Notwendigkeit bestehen. Diese zeitgemäße Anpassung und bedarfsgerechte, flexible Möglichkeiten, die müssen wir uns offenhalten. Denn ein Überangebot kostet wahnsinnig viel Geld und das können

wir uns nicht leisten. Wir wissen aber auch, daß der Wunsch und die Erwartung der Menschen sich ändern wird.

Wir können Gottseidank im ambulanten Bereich heute sehr viele Menschen betreuen. Wir wissen aber, daß eine gewisse Stundenanzahl bereits die Kosten im Heim übersteigt. Daher müssen wir hier genau aufpassen und wir müssen gemeinsam genau diese Wege suchen, die Erreichung der Finanzierbarkeit zu halten und doch die Angebote von Tagesbetreuung, von Kurzzeitpflege bis hin zur Urlaubspflege, all diese Möglichkeiten auszunützen. Das ist bereits alles in diesen Konzepten enthalten.

Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich jetzt zum Schlusse kommen. In diesem Bereich ist so viel in den letzten Jahren geschehen. Ich freue mich, als zuständige Referentin das auch einmal wieder dem Landtag hier präsentieren zu können. Es hat sich hier so viel bewegt. Ein Heim von heute ist nicht vergleichbar mit einem Heim von vor 10 oder 20 Jahren. Es gibt wunderschöne alte Dörfer, die zeigen, was beinahe nicht mehr zu glauben ist. Daß wir dort noch 24-Betten-Zimmer hatten, vor 20 Jahren. Das ist nicht so lange her. Heute gehen wir durchwegs auf Ein- und Zweibettzimmer hin. Also all das hat sich entwickelt bis hin zu der aktivierenden Pflege. Wer in Zwettl mit dabei war bei der Eröffnung des letzten Hauses, das ausschließlich Pflegebetten hat, der muß diese Eröffnung erlebt haben. Herr Abgeordneter Dirnberger war dabei. Dort haben die Heimbewohner, die Pfleglinge haben die Eröffnung gestaltet, vom Chor über die Musik bis zum Solosingen, bis zum Gedicht, bis zur Conférence. Im "Rollwagerl" haben sie das gemacht und es war ein Erlebnis für jeden, der dort dabei war. Also heute sind unsere Pflegeheime, und da können wir alle miteinander stolz sein, nicht mehr diese letzte Station, die halt sein muß. Sondern der Mensch kann tatsächlich menschenwürdig sein Lebensende erleben. Und wenn heute ein hundertster Geburtstag geschildert wurde, ich erinnere mich noch gut, vor wenigen Jahren den ersten "Hundertsten" in Zistersdorf in einem Heim gefeiert zu haben. Heute haben wir jedes Jahr einige "Hunderter". Und in Scheibbs ist es mir passiert, ich habe eine Dame begrüßt und sie hat gesagt: "Erinnern Sie sich noch, wie Sie bei mir zu Hause waren?" - Natürlich habe ich mich nicht mehr erinnert, muß ich fairerweise zugeben. Aber als sie dann gesagt hat, wir haben den Hunderter gefeiert, ist mir das natürlich eingefallen. Eine alte Schuldirektorin, die damals den Hunderter gefeiert hat mit Musikkapelle. Sie hört noch immer gut,

rennt noch immer durch die Gegend und ist jetzt, weil sie nicht mehr alleine wohnen will, in das Scheibbser Heim gegangen, ist jetzt 104 Jahre alt. Also das ist die Tendenz und Gottseidank ist es so. Wir haben die Verpflichtung für diese ältere Generation und, letztlich ist es gar nicht so lange mehr, denn wir reden von 2011 und 2020, für uns selber ein Umfeld zu schaffen, in dem es sich auch lohnt, alt zu werden. Ich danke daher dem Landtag, daß er dieser Vorlage heute die Zustimmung gibt. *(Beifall bei der ÖVP sowie Abg. von SPÖ und FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, Ltg. 588/B-35/4. Die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix ist eingeladen, den Bericht zu geben und den Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. DORFMEISTER-STIX (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über die Landtagszahl 588/B-35/4. Der Landtag von Niederösterreich hat am 2. Juli 1992 die erste Novelle zum NÖ Sportgesetz beschlossen. Der neu angefügte Absatz 3 im § 2 des Gesetzes lautet: Das Land hat jährlich einen Sportbericht zu erstellen. Im Sinne dieses Gesetzauftrages wurde für das Jahr 1996 ein Sportbericht, der neben dem Sporthandbuch auch die erteilten Förderungen enthält, erstellt. Der Förderbericht enthält all jene Projekte, die mit einem Beitrag des Landes ab 50.000,- Schilling gefördert wurden. Namens des Kultur-Ausschusses darf ich daher den Antrag über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Sportgesetz - Sportbericht 1996 stellen *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Sportbericht 1996 wird zur Kenntnis genommen."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe zu diesem Bericht, den ich mir durchgeschaut habe, wirklich auch nur Positives zu sagen. Ich glaube, es geht daraus hervor, daß sehr viele kleine Vereine hier eine Förderung bekommen. Und wer sein ganzes Leben irgendwie dem Sport verschrieben hat, zum Teil so wie ich, der weiß, wie notwendig es ist, daß auch kleine Vereine mit kleinen Summen immer wieder beachtet werden. Weil sie dadurch eine gewisse Belebung erfahren und eine Wertschätzung. Und es macht dann eben Spaß.

Ich möchte aber diesen Bericht und die Möglichkeit hier zu reden zum Anlaß nehmen und darauf eingehen, was man eigentlich auch machen könnte, ohne Geld auszugeben. Wir wissen ja alle, daß Geld knapp ist. Wir wissen, daß wir Budgets kürzen müssen. Es geht auch aus diesen Sportbudgets hervor, daß wieder gekürzt wird. Und da gibt es noch so eine Broschüre vom Land, Sport in Niederösterreich, aus der man auch sieht, daß man sich mit allen Facetten des Sportes in bezug auf Wirtschaft, Tourismus, Gesundheit beschäftigt. Und in der ist auch eine Hitliste der Top ten der Sportarten enthalten. Im Gegensatz zu den von Herrn Landeshauptmann behaupteten Top ten der Regionen gibt es das beim Sport nämlich wirklich, da kann man es machen. Und daraus geht hervor, daß man eigentlich entsetzt sein muß über die letzten Zeitungsmeldungen. Weil nur 14 Prozent beschäftigen sich mit Fußball und wählen den Fußball. Er steht damit an siebenter Stelle.

Trotzdem soll nach dem Muster-Stadion in St. Pölten - der Muster ist wahrscheinlich schon abhanden gekommen, weil er sich zurückziehen wird, jetzt wird man sehen, was mit dem Stadion wird. Daher soll jetzt ein Muster-Fußballstadion entstehen um 200 Millionen. Ich frage Sie, in welcher Relation stehen diese Beträge, die hier ausgegeben werden? In welcher Relation steht das zu den Förderungsmaßnahmen, die wir den Kindern, der Jugend zuführen? Und dabei möchte ich auch auf das eingehen, das in diesem kleinen Büchlein steht. Daß es zum Beispiel klar ist, daß die Masse der Bevölkerung den Vereinssport ablehnt. Das sollte uns auch zu denken geben. Es sind nur ungefähr 30 Prozent von den Sportlern, die bereit sind, in Vereinen Sport zu betreiben. Ich glaube, daß das zum Teil auch damit zusammen-

hängt, daß, wenn man sich die Hitliste der Sportarten anschaut, die sportliche Tätigkeit der Masse sehr stark zu Einzelsportarten geht. An erster Stelle steht mit 50 Prozent der Stimmen das Radfahren. Und hier darf ich auf meine Rede von vor drei Jahren hinweisen, die sicher keiner von Ihnen mehr kennt. Das ist ohnehin normal. Aber ich darf meine Argumente jetzt noch einmal anführen. Ich habe damals schon gesagt, daß man die Forstwege öffnen sollte für Radfahrer. Es ist heute so, daß eigentlich nichts geschehen ist, außer daß man darüber spricht, daß für Gebühren gewisse Wegstrecken befahrbar sein sollten. Will man sich ansehen, was unsere Nachbarn schon gemacht haben, muß man die Schweiz hernehmen, Italien, Deutschland, wo sämtliche Forstwege gesetzlich geregelt für den Radsport freigegeben sind und für die Bevölkerung. Ab einer Mindestgrenze von eineinhalb Metern Breite ist es absolut normal, daß befahren werden darf.

Bei uns will man dafür auch wieder ein Körbchengeld und die Radfahrer sollen das bezahlen. Und ich darf ein besonderes Beispiel gerade hier aus nächster Umgebung anführen, Frau Landeshauptmann, ich darf darauf hinweisen, vielleicht können Sie da etwas unternehmen. Von Obergrafendorf nach Kammerhof hinein wurde ein neuer Forstweg entlang der Au gebaut. Ich betone, entlang der Au, also nicht in der Au. Und dort wurde überall der Fahrstreifen für die Autos betoniert, aber überall steht die Tafel "Reiten verboten". Und ich frage Sie, meine Damen und Herren, Hohes Haus, wie soll das gut gehen, wenn Kinder auf Pferden auf die Bundesstraße abgedrängt werden? Das ist für mich unbegreiflich. (Abg. Kautz: *Wäre nicht logischerweise dort eher Reiten zu verbieten?*)

Auf der Bundesstraße sollte es verboten sein, ich wäre sofort dafür, weil es ja wirklich gefährlich ist. Ich frage Sie: Wenn wir heute sagen, daß der Sport für die Bevölkerung so wichtig ist - und das ist ein Faktum - für die Gesundheit, für den Tourismus, auch für die Wirtschaft sind das wesentliche Faktoren, wieso gehen wir dann nicht den Weg, den zum Beispiel Oberösterreich geht? Die haben ein riesiges Reitwandernetz aufgebaut, ein Mountainbike-Wandernetz aufgemacht. Und man sieht es auch, Frau Landeshauptmann, in den Kilometerangaben. In Salzburg zum Beispiel werden im Salzkammergut 294 Kilometer angeboten, Tirol/Salzburg 200, im Ennstal allein 225 Kilometer. Niederösterreich wird überhaupt nicht angeführt. (LHStv. Prokop: *Es gibt eine eigene Broschüre über Radtourismus in Niederösterreich!*)

Wir haben Radwege, aber es wird nicht angeführt. Ich würde grundsätzlich einmal sagen, daß

hier ein breites Gebiet der Betätigung für die Landesregierung wäre, in Beratung - man kann ja nicht enteignend vorgehen - in einer wirklich vernünftigen Art und Weise ohne Geld auszugeben den Leuten zu helfen, daß sie ihren Sport betreiben können. Da muß man nicht ein Stadion um 200 Millionen bauen. Sicher werden heute noch Redner auf die ganze Fußballaktivität des Herrn Landeshauptmannes eingehen. Ich möchte mich da zurückhalten. Eigentlich teile ich die Meinung dieser Leute, die dazu noch etwas sagen werden. Ich bin überzeugt davon, es ist sicher nicht angebracht, daß der Sport dazu verwendet wird, daß man sich politisch profiliert. Das muß nicht sein. Viel wichtiger wäre, daß man in einer vernünftigen, ruhigen Art und Weise Aufklärung in den Teilen der Bevölkerung betreibt, die etwas beitragen können ohne daß Geld ausgegeben wird. Das ist die Jägerschaft, das sind die Grundbesitzer, das sind die Forstbesitzer, die Bundesforste.

Die Zahlen sind Ihnen ja bekannt, ich will Sie nicht immer mit Zahlen quälen. Aber es ist so, daß der Sport allein heute schon einer der größten Industriezweige ist. Und daß viele, viele Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn man hier aktiv unterstützend tätig ist. Es muß nicht gerade das Skaten sein, wie das der Herr Kollege Dr. Michalitsch betreibt, in der Zeitung habe ich es gelesen, aber hier gibt es große Absatzmöglichkeiten.

Ich würde daher meinen Beitrag so sehen und möchte ihn auch so verstanden wissen als Aufruf an Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreter, daß Sie, daß man hier versuchen sollte, ohne das Budget zu belasten Möglichkeiten zu schaffen. Denn aus dem Budget als solches wird es wahrscheinlich in der nächsten Zeit noch weniger Spielraum geben. Ich bitte daher auch alle Abgeordneten, in ihren Regionen soweit als möglich einzuwirken, daß dieser Breitensport gefördert wird. Und man sieht es hier in dieser Broschüre: Wandern, Radfahren, Laufen steht an der Spitze. Das sind fast 70 Prozent der Sportbetreibenden, die nach diesem Gebiet drängen. Und das ist auch ein Tourismusfaktor. Man sieht es in Oberösterreich, man sieht es in Salzburg: Es füllt die Zimmer der Hotels. Und es gibt natürlich dann auch Feiern nach sportlichen Erfolgen, die auch wieder Umsätze bringen. Hier können wir als Abgeordnete sicher einen Beitrag leisten. Danke. *(Beifall bei Abg. Keusch und Abg. der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich kann dem Kollegen Ing. Dautzenberg wirklich da nur recht geben. Ich glaube, die Freizeitsportarten, er hat das schon angeführt, MOUNTAINBIKEN, Reiten, das wäre, glaube ich, eine Aufgabe gemeinsam für Dach- und Fachverbände, aber auch für die Sportabteilung, daß man wirklich jetzt einmal etwas macht, womit auch die Grundeigentümer leben können. Denn auf einem Standpunkt stehe ich schon: Es ist halt auch nicht einzusehen, daß über Grund, über Privatgrund diese sportlichen Aktivitäten gemacht werden. Und der Grundeigentümer dann soweit sogar zum Handkuß kommen kann, daß, wenn da etwas passiert, er eine gewisse Verantwortung trägt. Also das wäre, glaube ich, wirklich eine Aufgabe, die man demnächst angehen sollte. Bei einem öffentlichen ist es etwas anderes. Aber es gibt viele private Forststraßen und ich glaube, die Eigentümer wären durchaus bereit, diese zu öffnen. Aber das mit dem Versicherungsschutz ist nicht geklärt, und da gebe ich ihm vollkommen recht.

Ich komme damit zum Sportbericht. Ich möchte ebenso wie der Kollege Ing. Dautzenberg - er hat mir das vorweggenommen - wirklich positiv vermerken in diesem Sportbericht, daß wirklich gerade im Jahre 1997 - also das Handbuch ist aus 1997, der Bericht ist über das Jahr 1996 - so viele Sportvereine und auch Gemeinden positive Projekte eingebracht haben und die auch gefördert wurden. Das muß man da auch positiv vermerken, daß das, glaube ich, in Niederösterreich schon eine Selbstverständlichkeit ist und daß da draußen auch unheimlich viel passiert. Positiv zu vermerken ist für mich auch, daß ab 1. Juli, also seit zwei Tagen, das neue Sportgesetz in Kraft ist. Ich glaube, über den Sommer wird ja die Zusammensetzung des neuen Landessportrates dann gemacht werden, daß der dann die Arbeit aufnehmen kann und daß das in einer konstruktiven Arbeit dann ablaufen wird.

Einer der Hauptkritikpunkte ist, und von dem kann ich nicht weg, daß die Dachverbände nach wie vor parteipolitisch organisiert sind. Es ist witzig, wenn der ÖVP-Redner, der Herr Mautner Markhof sich auf der Tribüne noch die letzten Tips vom Chef der Sportabteilung holt, damit er weiß, was er zu sagen hat. *(Abg. Kautz: Und, ist das eine Schande? - Abg. Präs. Ing. Eichinger: Das war wieder eine äußerst sachliche Bemerkung eines Abgeordneten!)*

Nein, ich habe ihm da vorher zugeschaut. Neben-

bei ist er auch noch Präsident vom Tennisverein, oder Tennisverband. Das ist alles Zufall. Wie erfolgreich ÖVP-Politiker im Sport sind, zu dem kommen wir ohnehin noch. Der Kollege Ing. Dautzenberg hat auch das schon vorweggenommen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Er ist Präsident vom Tennisverband, stimmt das nicht? Ich habe es nur vermerkt, weil Ihr immer sagt, die Politik ist nicht im Sport. Der Mautner Markhof ist Abgeordneter und zugleich Präsident vom Tennisverband. Der Herr Landeshauptmann war einmal Präsident von Admira Wacker und von Krems. Warum bestreitet Ihr das? Wie erfolgreich das Engagement dort überall ist, das sieht man ja eh. Aber bitte, ich habe ja gesagt, ich habe ja gar nicht nur die ÖVP gemeint. Ich habe gesagt, parteipolitisch besetzt. Da müßten sich die Roten genauso aufregen. Ich denke jetzt an den ASKÖ. Aber die nehmen das zur Kenntnis, weil es so ist. Sie sind da so empfindlich. (*Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Warum man da so empfindlich ist? Es ist ein Faktum in dem Land, daß der Sport parteipolitisch aufgebaut ist: Da ist der ASKÖ, da ist die Union und so ist das halt. Ich habe keine Freude damit, das werde ich ja sagen dürfen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Weil eben diese beiden Dachverbände einen großen Brocken des Sportbudgets einstreifen. Aber wie gesagt, daß die Politik dort nichts bringt, habe ich schon gesagt: Admira. Aber ich will mich mit dem später beschäftigen und möchte jetzt auf die Nachwuchsarbeit eingehen. Weil ich glaube, daß die Leistungszentren sehr wohl hervorragende Arbeit leisten in dem Land. Meines Erachtens wird für die Nachwuchsarbeit für den Spitzensport noch zu wenig getan. Ich habe versucht, bei der Budgetdebatte eine Umschichtung der Mittel vom SC Landhaus zum Budgetposten Jugendarbeit und Leistungszentren zu beantragen. Das ist abgelehnt worden. Ich nehme es zur Kenntnis. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Er weiß offenbar nicht, wieviel Jugendarbeit dort geleistet wird!*) Der SC Landhaus ist eben keine Jugendorganisation, sondern ein Beamtensportverein und für den habe ich halt nicht so viel über wie für eine Jugendförderung vom Spitzensport, Herr Präsident. (*Abg. Präs. Ing. Eichinger: Sind die Beamten keine Menschen? Der SC Landhaus hat tausende Mitglieder. Dort wird Jugendarbeit gemacht, nur Sie nehmen es nicht zur Kenntnis!*) Nein, da scheiden sich die Geister. Der eine sieht das so, der andere so. Ich weiß nicht, warum man da immer so emotionell werden muß. Es wäre ja für die Jugend gewesen, Herr Präsident. Ich erkläre es Ihnen noch einmal: Wir wollten Budgetposten für die Jugendsportförderung haben, aber Ihr habt es abgelehnt.

Eine weitere Forderung von uns - und das habe ich bei der Budgetdebatte vor einem Jahr schon eingebracht - war die Aufrechterhaltung des Bundesnachwuchszentrums St. Pölten. Dieser Antrag ist ja damals auch durchgegangen. Und da muß man schon sagen, da ist in Wahrheit überhaupt nichts passiert, außer daß wir fadenscheinige Antworten bekommen haben. Frau Landeshauptmannstellvertreter! Ich glaube, daß auch die Unterstützung nicht wirklich da war für diesen Antrag. Es war aber auch die Unterstützung der Stadt St. Pölten nicht wirklich vorhanden, das muß man da auch einmal ganz offen sagen. Da hat es dann diese Zeitungskommentare gegeben, man ist ja gar nicht so unglücklich, weil das kostet nur Geld und dem VSE kostet es Geld. Ja bitte, man sieht doch, wie weit man kommt, wenn man die Jugendarbeit nicht ernst nimmt. Wie gesagt, das ist auch eine Kritik an den Stadtverantwortlichen in St. Pölten, daß da überhaupt nichts geschehen ist. (*Unruhe bei der SPÖ.* - *Abg. Dr. Bauer: Keinen Wahlkampf hier herinnen!* - *Abg. Gruber: Das stimmt so nicht!*) Nein, das stimmt! Ja, bitte, von St. Pölten ist überhaupt keine Unterstützung gekommen in der Frage. Das ist nicht wahlkampfmäßig, das stimmt schon. Wo gab es eine Unterstützung vom Bürgermeister der Landeshauptstadt, der ja Dir nicht unbekannt ist, in der Frage Nachwuchszentrum? Es ist keine gekommen. Wir waren allein auf weiter Flur. Da herinnen habt Ihr zugestimmt und draußen war keine Unterstützung da. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Nein, es war keine da. Das sind keine Wahlkampftöne, aber der Herr Bürgermeister Gruber hat jetzt etwas anderes zu tun als sich um den Sport umzuschauen. Das sehe ich schon ein.

Aber der Herr Landeshauptmann Pröll hat ja großspurig angekündigt, wie er den SC Niederösterreich nach St. Pölten verlegen wollte, daß jetzt auch das Bundesnachwuchszentrum wieder kommt. Da fühlen wir uns irgendwo bestätigt. Wir haben das schon vor eineinhalb Jahren gesagt. Mittlerweile muß man ja lesen, daß der SCN noch nicht nach St. Pölten kommt, weil ihn eigentlich keiner da wirklich haben will. Das heißt, den SCN will man schon haben, man will den Herrn Landeshauptmann als Präsidenten nicht haben. Jetzt hat man das auf ein Jahr verschoben, damit auch die Nachwuchsarbeit wieder um ein Jahr verschoben. Und wenn das Bundesnachwuchszentrum St. Pölten nicht bald wieder die Arbeit aufnimmt, dann werden wir nie wieder eines bekommen. Und das ist halt auch eine Bitte an die Landesverantwortlichen im Sport, da wirklich das weiterzutreiben.

Wie gesagt, im Sportbereich in Niederösterreich taten sich zwei Personen besonders hervor und das ist eben die Frau Landeshauptmannstellvertreter und der Herr Landeshauptmann. Ich will jetzt da keine Hypo-Debatte mehr bringen. Ich muß eines natürlich schon sagen in bezug jetzt auf die zwei Personen: Der Frau Landeshauptmannstellvertreter kann man ja nicht absprechen, daß sie etwas vom Sport versteht. *(Abg. Hiller: Das kannst nicht einmal Du und das heißt was!)* Im Gegenteil! Auch ihr ganzes Verwandtschaftsverhältnis, was ich schon einmal gesagt habe, das sind wenigstens exzellente Fachleute. Das sage ich da auch ganz offen. Es ist halt von der Optik schlecht, wenn im Schulschiheim Hochkar Sykora auftaucht. Das ist von der Optik schlecht. Aber ich will einmal die fachliche Qualifikation da schon hervorstreichen. Nur, daß diese ganzen Verwandten da überall auftauchen, bei Hypo und so weiter. *(LHStv. Prokop: Wir müßten wohl alle "Solisten" sein wie ein "Geistlicher"!)* Frau Landeshauptmannstellvertreter, jetzt wollte ich Sie gerade loben, aber nicht einmal das wollen Sie. *(Heftige und anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich habe gesagt, von der Optik her schlecht, aber die Qualifikation ist wenigstens vorhanden, die man bei der zweiten Person, beim Herrn Pröll, nicht voraussetzen kann. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)* Nun, ich habe noch keinen Verein zugrunde gerichtet, Euer Landeshauptmann mittlerweile schon zwei. Und beim dritten, dort wollen sie ihn ohnehin nicht haben. Ich habe noch keinen Verein zugrunde gerichtet, Herr Schneeberger! *(Beifall bei der FPÖ.)* Euer Landeshauptmann bereits zwei. Ich will das nicht wieder alles vorbringen, weil Ihr kennt es ohnehin schon alle. Ihr habt es ja zur Kenntnis genommen. Doch wenn Du willst, mache ich das schon:

Das Beispiel Kremser SC hat das, glaube ich, schon aufgezeigt. Das war der Beginn seiner sportlichen Aktivitäten, dort hat er als VIP-Präsident sich unheimlich wichtig gemacht. Und wenn Krems gegen St. Pölten gespielt hat, war ich einmal selber Zeuge, wie sich der Herr Landeshauptmann da - nun, er hat noch nicht gewußt, daß St. Pölten Landeshauptstadt wird oder ich weiß nicht, er hat sich auf alle Fälle dort sehr gefreut, wie Krems einmal 1:0 in Führung gegangen ist. Ich habe das gesehen und er war der Kremser Held. Jetzt kommt die Geschichte. Dann war der Verein finanziell kaputt. Er hat selber dort einen Präsidenten eingesetzt, das war sein Wunschmann. Dann ist es dem Verein finanziell schlecht gegangen, der Verein war praktisch am Ruin und der Herr VIP-Präsident Pröll war weg und hat sich

bei der Admira wichtig gemacht. Und das ist genau dasselbe. Dort ist ganz Niederösterreich belogen worden, den Beweis habe ich das letzte Mal angetreten. Ich habe das Gutachten wieder mit, ich stehe auch dazu. Er hat diesen Verein schuldenfrei übernommen und hat ihn jetzt mit einem zweistelligen Millionenbetrag an Schulden hinterlassen. Und das ist, glaube ich, eine sehr ernste Angelegenheit. Es ist nämlich soweit, daß der Vorstand bei diesem Verein nicht entlastet wird. Das heißt, der Obmann Schuhböck, den er ja nach St. Pölten mitnehmen wollte, ist nicht einmal bei der Admira noch entlastet. Und da muß ich schon sagen, solche Leute sollte man eigentlich im Sport, speziell wenn es mit diesem SC Niederösterreich etwas wird, nicht mehr brauchen. Ich fange da gleich mit dem Herrn Landeshauptmann an.

Und ein Schmankerl muß ich noch erzählen von der Admira, weil jetzt erzählen einem ja die Leute schon so viel. Die Admira hat ja Spiele auch in Krems und St. Pölten absolviert. Das ist hochinteressant, wenn die Admira in Krems ein Spiel absolviert, dort bei einem bekannten Gastronom einkehrt, für die Spieler auch Zimmer nimmt, um die Ruhephase dort zu absolvieren. Das ist alles in Ordnung. Und bis heute, bitte, sind die Zimmer und die Zeche nicht bezahlt. Obwohl dieser Gastronom mehrmals bei Obmann Schuhböck interveniert hat und gesagt hat, bitte, zahlt einmal das, ihr seid ja das schuldig. Das heißt, unter einem Präsidenten Pröll hat dieser Verein... *(Abg. Mag. Schneeberger: Also, das ist schon sehr tief, wie Du das bringst. Die Verbindung mit dem Landeshauptmann in seiner Funktion da so herzustellen ist äußerst tief!)*

Bitte, das ist nachverifizierbar. Wenn es nicht wahr ist... War er nicht Präsident zu dem Zeitpunkt, bitte? Was ist da tief? Das ist ganz legitim. Der Chef von dem Verein. Der Verein hat diese Schulden dort und hat sie bis heute nicht bezahlt. Und da sollte man vielleicht wirklich einmal schauen, daß da Ordnung hineinkommt. Und ich kann dem Herrn Landeshauptmann wirklich nur raten, er soll die Finger aus dem Sport lassen. Wo er bis jetzt war, hat er eigentlich verbrannte Erde hinterlassen.

Abschließend möchte ich sagen, daß wir diesen Sportbericht, obwohl uns vieles nicht gefällt, trotzdem zur Kenntnis nehmen. Unser besonderer Dank gilt all jenen Funktionären, die wirklich unentgeltlich für den Sport arbeiten. Ob das in der Nachwuchsarbeit ist, ob das im Meisterschaftsbetrieb ist, im Fußball, egal wo. Die wirklich viel Freizeit investieren. Die für diese Arbeit kein Geld bekommen. Die Vereine, die auch wenig Subven-

tionen bekommen, auf Gemeindeebene wird ja das, ich sehe das in meiner Gemeinde, immer schwieriger und es wird immer weniger, aber die Funktionäre schaffen es trotzdem, daß eben diese Vereine auch wirklich schuldenfrei sind, obwohl sie einen Meisterschaftsbetrieb zu finanzieren haben. Und das sind oft ganz schöne Distanzen, gerade beim Fußball. Jetzt, durch die Reform der Ligen, wird es ein bißchen besser. Und bei der Jugend sowieso, da sind meistens zwei, drei Freiwillige, die die Buben oder die Mädchen, je nach Sportart, halt dann von einem Ort zum anderen immer führen müssen. Wie gesagt, ich glaube, diesen Funktionären gebührt unser Dank. Die es wirklich schaffen, ohne Geld und ohne Subventionen hier für den Sport viel zu tun. Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf beim Kollegen Ing. Dautzenberg beginnen. Ich bin auf seiner Seite, wenn er sagt, man müßte die landwirtschaftlichen Güterwege öffnen, man müßte das Reitverbot teilweise aufheben. Nur, Herr Kollege Ing. Dautzenberg: Es geht auch gegen Dein Klientel, es geht auch um den Großgrundbesitz. Weil die wollen nicht, daß dort Pferde gehen, außer, die eigene Tochter darf damit reiten. Ich habe es am eigenen Leib erfahren, wie es ist, wenn du einen Radwanderweg machst, wenn Millionenbeträge in die landwirtschaftlichen Güterwege hineingebaut werden, und dann sagt die Genossenschaft, die den Güterweg gebaut hat, aber mit dem Rad darfst du nicht fahren. Weil ich paß' mit meinem Traktor auf keinen Radfahrer auf. Und dann kannst parallel zum landwirtschaftlichen Güterweg einen eigenen Radweg bauen. Wir geben zwar Milliarden für die Landwirtschaft aus, aber die Landwirtschaft ist nicht bereit, ein Rad darauf fahren zu lassen. *(Unruhe bei Abg. Marchat und Abg. Lembacher.)* Das ist keine Unterstellung. Bitte, der Radweg von Neunkirchen nach Breitenau mußte extra neu angelegt werden, weil die landwirtschaftliche Genossenschaft nicht bereit war, darauf fahren zu lassen. Das ist Tatsache. Ich war Errichtungsbauherr davon, ich weiß wovon ich spreche. Wenn es andere vielleicht nicht wissen, tut es mir leid, ich weiß wovon ich rede.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren. Die zweite Frage, die hier aufgetaucht ist - Dachverbände. Ich weiß schon, Herr Kollege

Marchat, die Dachverbände sind ein Dorn im Auge. Aber ich würde es einmal damit versuchen, Leistung zu bringen, zu arbeiten. Vielleicht bekommen die Blauen auch noch einmal einen Dachverband. Denn Präsident von einem Dachverband wirst Du nur dann, wenn Du die dementprechende Leistung bringst. Mit Kritik alleine gibt es keine Dachverbände und auch keine Funktionen. Der ASKÖ ist halt eine uralte Organisation. Und wir sind stolz, daß wir sie haben. Und die Union ist auch eine Organisation, wenn sie auch von der anderen Reichshälfte ist. Aber Gottseidank kann man miteinander arbeiten. Und die Fachverbände sind notwendig. Und damit bin ich wieder beim Kollegen Ing. Dautzenberg.

Es ist schon richtig, jeder will außerhalb eines Vereines etwas machen. Aber versuchen wir, die Philosophie nachzuverfolgen. Die Sportstätten, alles muß zur Verfügung gestellt werden, nur beim Verein will er nicht dabei sein. Und wer macht das dann, wenn es keine Vereine gibt? Und dann gibt es noch die Medien. Die fordern immer Leistung - Österreich muß so gut sein wie alle anderen Länder. Egal, ob im Fußball, in der Leichtathletik, wir werden immer mit allen anderen Ländern verglichen. Aber wenn es um die Vereine geht, um den Spitzensport, dann zieht man teilweise die Finger weg. So ist es. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn wir so Sportpolitik betreiben, werden wir nicht weiter kommen. Man muß versuchen, alles unter einen Hut zu bringen. Man muß versuchen, am Boden oder am Teppich zu bleiben. Österreich hat eben eine gewisse Einwohnerzahl, ein gewisses Reservoir an sportbegeisterter Jugend, und da ist eine gewisse Spitze möglich. Das haben unsere Medien allerdings leider auch noch nicht begriffen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich mit dem Sportbericht im besonderen befassen. Mehr als 84 Millionen sind in den Sport geflossen, praktisch in Vollziehung des Sportgesetzes. Was passiert? Was ist damit geschehen? Man hat 385 Vereine gefördert im Sportstättenbau. Man hat 96 Gemeinden im Sportstättenbau gefördert. Man hat 40 Vereine und auch zwei Gemeinden im Sportgeräteankauf gefördert. Und man hat 57 Vereine bei Sportveranstaltungen gefördert und dazu drei Gemeinden. Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Summen aus der Sicht eines Vereinsfunktionärs betrachte - und ich war lange genug Obmann eines Fußballvereines und kenne die Sorgen von Vereinen, und ich war ASKÖ-Vizepräsident, ich war Landespräsident des Radsportverbandes, ich kenne die Sorgen, die die Verbände haben und die Sorgen, die die Vereine haben: Man feilscht

um jeden Schilling, den man bekommen kann und wir, die Vereine sind glücklich, daß wir sie bekommen. Daher, glaube ich, kann man nicht unbedingt nur vom Sparen sprechen - und darauf komme ich dann noch zurück - sondern man muß das Geld dort, wo es vernünftig und angebracht ist, auch ausgeben können.

Wenn ich bei "vernünftig und angebracht" bin, darf ich gleich eine Kritik anbringen. Meine Damen und Herren! Wir haben in Krems, in Wr. Neustadt und auf der Schmelz die Möglichkeit, Spitzensportler untersuchen zu lassen. Nur 135 Sportler nahmen diese Untersuchung an. Meine Damen und Herren, das ist zu wenig! Dann passiert es, daß jemand 'reinrennt auf den Fußballplatz und einen Herzinfarkt erleidet, umfällt und die Sache ist erledigt. Wie es bei uns schon geschah, ich war am Platz. Und, meine Damen und Herren, das ist keine einfache Angelegenheit, wenn ein Fußballer rennt, auf einmal die Hände in die Höhe reißt und tot ist. Doch das kann man teilweise durch Untersuchungen verhindern. Bei 135 Untersuchungen im Jahr glaube ich allerdings, daß diese Fälle immer mehr in den Vordergrund kommen werden. Daher, glaube ich, wäre es notwendig, den Sportlern beizubringen, sich regelmäßig untersuchen zu lassen. Die 800 Schüler der Sporthauptschulen sind vielleicht der richtige Weg dazu. Denn auch die Untersuchung ist gewohnheitsbedürftig. Das heißt, ich muß alle Jahre zur Untersuchung gehen. Und wenn jemand es einmal zwei Jahre gewohnt ist, geht er das dritte Jahr automatisch hin und man muß ihn nicht immer wieder stupsen, bitte, lieber Freund, gehe zur Untersuchung.

Meine Damen und Herren! Darf ich ein anderes Thema ansprechen? Die Vereinsförderung. Hier gibt es vier Kategorien, in die diese eingeteilt ist. So lange ich Landessportler bin, habe ich versucht, vielleicht die eine oder andere Kategorie dazu zu schaffen. Denn es ist schlecht vergleichbar, die Sportarten nur in vier Kategorien einzuteilen. Vielleicht kann man wirklich nachdenken, ob man bei den vier Kategorien bleibt, aber auf Grund der Leistung unter Umständen Zuschläge gibt, um hier eine gezieltere Förderung zu erreichen.

Zu den Jugendtrainingszentren: Herr Kollege Marchat, ich hätte Dir eigentlich zugetraut, mehr vom Fußball zu wissen, wer Leistungszentren betreiben kann, wer Träger ist und wie das funktioniert. Nur, sich hierherstellen und Kritik zu üben, ohne den Hintergrund zu haben, tut mir leid. So soll es auch nicht sein, daß man nur von etwas

spricht, was in Wirklichkeit der Durchführung entbehrt. Und das ist in St. Pölten der Fall. St. Pölten war ein Leistungszentrum bis zum Abstieg aus der Bundesliga, das ist alles miteinander gekoppelt. Und nur weil Weihnachten ist, kann man nicht etwas wünschen. Ich kann mir dann etwas wünschen, wenn auch die Voraussetzungen gegeben sind. Und das war eben in St. Pölten nicht der Fall. Mir tut es leid, doch wenn die Voraussetzungen nicht da sind, kann man eben nicht unbedingt das Gesetz danach ändern.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich darf schon eine Frage stellen, die für mich im Sportbericht nicht entsprechend ausgeführt ist. Es gibt das Jugendleistungszentrum Hollabrunn im Weinland, das bekommt 250.000,- Schilling. Und dasselbe Leistungszentrum beim SVS Schwechat bekommt 100.000,- Schilling. Ich nehme nicht an, daß außer sportlichen Gründen andere Gründe dafür maßgeblich sind. Wenn es sportliche Gründe sind, kann man die sicher aufklären, andere Gründe möge man mir bitte erklären.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit darf ich zu einem Thema kommen, das in der letzten Zeit viel Staub aufgewirbelt hat, wo von den Medien teilweise unverständliche Propaganda betrieben wird und das meiner Meinung nach in die falsche Richtung geht. Wir erinnern uns, Österreich hat sich vor einiger Zeit erworben um die Ausrichtung einer Europameisterschaft im Fußball. Damals war die Stadt Salzburg, Innsbruck, auch Graz im Gespräch. Doch es hieß, brauchen wir nicht, ist alles nicht notwendig, hinausgeschmissenes Geld. Und siehe da, auf einmal war Salzburg österreichischer Meister im Fußball und dann haben die Salzburger, weil sie so gut gespielt haben, in Wien spielen dürfen, weil sie in Salzburg kein Stadion gehabt haben bzw. ein Stadion, mit dem man international nicht reüssieren konnte. Dieselben Zeitungen, die vorher gegen den Stadionbau waren, derselbe Bürgermeister, der vorher dagegen war, ist nachher gekommen und hat gefragt, warum haben wir nicht... und wir brauchen... Graz hat ein Stadion bekommen. Salzburg wird auch eines bekommen. Und jetzt stehen wir wieder vor der Frage der Europameisterschaftsbewerbung. Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht über Sport reden und die Augen verschließen. Jeder, der sich zum Beispiel für Fußballsport interessiert, möge sich bitte in seinem Urlaub ins Auto setzen, nach Holland fahren, nach Belgien fahren, nach Portugal fahren, nach Spanien fahren und sehen, welche Sportstätten es dort gibt und in welcher Anzahl. Und die

Leistungen der Vereine dieser Länder sehen wir. In der Champions League sind stets drei, vier Vereine vertreten. Das kommt ja nicht von ungefähr. Jetzt weiß ich schon, wir brauchen in St. Pölten kein Stadion für 40.000 und 50.000 Besucher. Wir brauchen in St. Pölten ein Stadion mit der Möglichkeit für laufend 10.000 Besucher, das man aber ausbauen kann für verschiedene Veranstaltungen mit zusätzlichen Tribünen bis auf 30.000 Besucher.

Wenn wir nur 500 Besucher haben so wie in der Südstadt - ich komme noch darauf zu reden - sind nicht unbedingt die Sportler alleine schuld daran. Aber ich kann halt nicht in einer Millionenstadt wie Wien, und jetzt rechne ich die Südstadt dazu, vier Bundesligavereine haben, wo ich in Deutschland zum Beispiel für die gleiche Bevölkerungsanzahl eine Mannschaft habe. Und noch dazu, obwohl der Deutsche viel mehr vereinsverbunden ist als der Österreicher. Das heißt, das liegt bei uns in der Struktur der Bevölkerung, in der Struktur der Städte, daß wir einen Zuschauerschwund zu verzeichnen haben.

Und gleich dazu: Die Admira war irgendwann einmal in Floridsdorf angesiedelt. Und Wacker war im 12. Bezirk angesiedelt. Das hat man dann vereint. Man hat die ersten echten Fans vertrieben. Weil von Floridsdorf ist doch keiner nach Meidling gefahren, und von Meidling ist noch keiner nach Floridsdorf gefahren. Und dann sind wir übersiedelt hinaus nach Niederösterreich. Dann hatten wir wieder keine Fans und sind genau dorthin gekommen, wo die starke Mödlinger Mannschaft unmittelbar benachbart war. Und Admira hat es nicht geschafft, sich Anhänger zu organisieren, sich Fans zu organisieren. Das ist das Problem, bitte. Und das nächste Problem, ich nehme nur die Wiener Austria her. Das gleiche Problem: Vom Stadion übersiedelt man in den 10. Bezirk herauf. Dort hat man lange gebraucht, um sich eine Anhängerschaft aufzubauen. Weil der Anhänger nicht bereit ist, weiß ich wohin zu fahren - bzw. nur wenige. Und das ist das Problem. Daher bin ich sehr wohl der Meinung, daß wir auch in St. Pölten, egal, ob in der 1. Division, 2. Division oder woanders, in der Landeshauptstadt ein Stadion brauchen. Es muß nicht nur der heimische Verein spielen, es kann auch andere internationale Veranstaltungen dort geben. Aber die Landeshauptstadt mit einem Fußballplatz mit einer gedeckten Tribüne für 500 Zuschauer, meine Damen und Herren, das ist es nicht, was wir brauchen.

Meine Damen und Herren! Nun darf ich schon noch ein bißchen was zum Herrn Landeshauptmann sagen. Ich will die Sprichworte nicht wörtlich zitieren aus der christlichen Seefahrt, da gibt es eines mit einem Kapitän und ein anderes mit Ratten. Das ist in der christlichen Seefahrt so. Nur, meine Damen und Herren, wenn man als Politiker einem Verein als Präsident vorsteht, so glaube ich, gebietet es der Anstand, nicht nur in guten Zeiten einem Verein als Präsident vorzustehen, sondern auch in schlechten Zeiten! (*Abg. Uhl: Das ist wie in einer Ehe!*) So ist es. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. Ing. Dautzenberg.*)

Aber ich kann sagen, hier ist leider der Herr Landeshauptmann ein schlechtes Beispiel. Wie es Krems gut gegangen ist - das wurde heute schon gesagt - war er in der ersten Reihe zu finden und beim Jubeln. Und als es Krems schlecht gegangen ist, hat er Krems vergessen und ist in die Südstadt gegangen. Und wie es der Südstadt etwas besser gegangen ist, war er auch dort in der ersten Reihe zu finden. Und, was der Herr Obmann Fembeck gemacht hat mit dem Herrn Landeshauptmann weiß ich nicht, ob das mit der momentanen Nicht-Entlastung schon sein Ende gefunden hat. Denn wenn ein Vorstand einen Verein verläßt und momentan einen zweiten irgendwo hineintaumeln läßt, und eine ungeordnete Buchhaltung hinterläßt, unter Umständen sogar mit roten Zahlen, kann das noch Folgeerscheinungen haben. Das müssen sich der Herr Landeshauptmann und der Herr Fembeck selbst ausmachen. (*Zwischenrufe: Schuhböck!*) Schuhböck, Entschuldigung. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

So ist es. Daß das für den Sport kein Renommee ist, glaube ich, darüber brauchen wir uns nichts vorzumachen. Und es wäre besser, nur dann eine Präsidentschaft anzunehmen, wie bei der Ehe, wenn ich durch dick und dünn mit dem Verein gehe. Doch abzuspringen, wenn es dünn wird, das ist nicht unbedingt das Beste. Ich bin jetzt auf einer Autobahn gefahren und da ist eine Tafel gestanden: "Danke, Herr Landeshauptmann Dr. Pröll." Ich glaube, bei der Admira wird die Tafel heißen: "Danke nein, Herr Landeshauptmann Dr. Pröll." (*Beifall bei der SPÖ und Abg. Ing. Dautzenberg.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Mautner Markhof.

Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich möchte zuerst auf meine Vorredner zu sprechen kommen und zum Abgeordneten Ing. Dautzenberg sagen, daß ihm offensichtlich entgangen ist, daß die Anlage von Radwegen derzeit ein ganz großer Schwerpunkt in Niederösterreich ist und daß es derzeit schon über 2.500 Kilometer verbundenes Radwegenetz gibt. Es gibt sogar seitens der ECO-PLUS hier gesonderte Bemühungen und es ist gelungen, für bestimmte Regionen sogar EU-Mittel dafür zu bekommen. Ich würde dem Herrn Abgeordneten Ing. Dautzenberg empfehlen, mit seinem sehr ausgefallenen Sport sich vielleicht doch mehr in Österreich aufzuhalten und in Niederösterreich, und nicht immer nur weit weg von uns in Überseegebieten und in Amerika. Für den Bereich Reiten gibt es sogar einen eigenen Reitführer, woraus man ersehen kann, wo eben in Niederösterreich die Möglichkeiten für Reitwege vorhanden sind. Es gibt auch ein verbundenes Netz im Bereich der Reitwege. Auch das, Herr Kollege Ing. Dautzenberg, haben Sie offensichtlich nicht gesehen bis jetzt.

Zum Kollegen Marchat möchte ich sagen, wenn er mir vorwirft, daß ich als Politiker zum Tennisverbandspräsidenten gekommen bin und das als Beispiel für viele andere auch angeführt hat, daß ich schon Tennisspieler gewesen bin als ich längst von der Politik noch nichts gewußt habe. Und daß kein einziger Vereinsvertreter, meine Damen und Herren, Herr Kollege Marchat, mich deshalb gewählt hat, weil ich Politiker bin. Sondern weil ich vom Sport etwas verstehe. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Uhl.)* Herr Kollege Marchat! Wissen Sie, wie oft Sportvereine oder Vereinsfunktionäre zu uns kommen als Politiker, zu mir kommen und sagen, ich soll zu der und jener Veranstaltung hinkommen? Warum verurteilen Sie diese Verbindung von Politik und Sport? Und warum sehen Sie das so negativ an? Ich glaube, es ist ganz eine wichtige Verbindung, weil Politiker eben sehr tüchtige, geschickte Leute sind, die sehr wohl für den Sport und für die Sportvereine und -verbände gefragt sind. Das ist wie in der Wirtschaft. Ich finde es sehr positiv, wenn Leute, Damen und Herren, die in der Politik tätig sind, sich auch für den Sport engagieren. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Und wenn Sie, Herr Kollege Marchat, immer wieder mit dem Thema Admira und Landeshauptmann Dr. Pröll kommen, da möchte ich Ihnen schon sagen, soweit sollten Sie eigentlich auch rechtlich gebildet sein: Herr Landeshauptmann Dr. Pröll war nicht der Geschäftsführer, sondern er war der Ehrenpräsident des Vereines. Und als Ehrenpräsident, das sollten Sie wissen, ist man

nicht befugt, die Geschäfte zu führen. *(Abg. Gratzner: Deshalb hat er sich auch überall so ehrenhaft verabschiedet!)*

Ich glaube, daß man an den Bemühungen des Herrn Landeshauptmannes gesehen hat, daß er sich für den Fußballsport interessiert und daß er sich immer wieder zur Verfügung gestellt hat und auch interessiert hat. Daß Sie ihm das jetzt vorwerfen, Herr Kollege Marchat, hat sicher nur einen parteipolitischen Hintergrund. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.)* Ich glaube, der Herr Landeshauptmann wird sehr wohl wissen, was er jetzt zu tun hat. Und er wird sich sicher sehr gut überlegen, welche Aktivitäten er setzt und welche Funktionen er in Zukunft im Fußballbereich annimmt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch zum Kollegen Kautz etwas sagen. Herr Kollege Kautz hat sich beschwert, daß es eben da und dort einen privaten Grundeigentümer gibt, der nicht zuläßt, daß ein Radweg über sein privates Grundstück geführt wird. Bitte, ich möchte schon feststellen, daß 95 Prozent sämtlicher Radwege in Niederösterreich auf öffentlichen Wegen verlaufen und daß es natürlich dann und wann einmal vorkommen kann, daß irgendein Privater sagt, ich will nicht, daß über mein Grundstück gefahren wird. Aber ich glaube, das sind doch Einzelfälle, meine Damen und Herren. Und soweit müssen wir doch alle zusammen Privateigentum respektieren, daß, wenn jemand sagt, er will es nicht, daß ihm das dann auch zugestanden wird. *(Beifall bei Abg. der ÖVP. - Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte zum Sportbericht sagen, daß ich vielleicht besonders herausstreichen möchte, daß im Vorjahr eine Sportstudie der NÖ Landesregierung in Auftrag gegeben wurde. Diese Sportstudie sollte die Einstellung der Bevölkerung zum Sport erfragen, Veränderungen innerhalb der letzten 10 Jahre feststellen und eine Grundlage zur Neupositionierung der Sportpolitik bieten. Diese Sportstudie hat als Ergebnis gebracht, daß eine Strategie und eine Kampagne zur Erhöhung des Sportengagements als Fundament einer aktiven Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung bewußt gemacht wird. Daß eine stärkere Kooperation der Sportvereine mit Schulen ins Auge zu fassen ist, daß der Seniorensport als eigene Kategorie der Sportförderung festgelegt werden soll und daß eine viel stärkere Bedachtnahme auf die neuen jugendlichen Trendsportarten wie Beach-Volleyball und Streetball eben stattzufinden hat. Auch das schon von mir angesprochene Radwegenetz ist hier angeführt. Niederösterreich ist ein Radfahrland, das ist eine touristische Leitlinie des

Landes. Es besteht die Absicht, hier für Radfahrer und vor allem für die Grundbesitzer eine Wegehaftpflichtversicherung einzuführen gegen mögliche Schadenersatzforderungen der Erhalter der Wege.

Sport ist für jeden Zweiten ein wichtiger Lebensbereich, sagt diese Studie aus. Die Bedeutung steigert sich. Immerhin 48 Prozent der Bevölkerung halten Sport für wichtig. 1986, also vor zehn Jahren, waren das nur 39 Prozent. Leider ist auch die Abnahme des aktiven Sportengagements durch diese Umfrage festzustellen gewesen. Nur 34 Prozent, also ein gutes Drittel der Bevölkerung statt 46 Prozent vor zehn Jahren. Die Hitliste führt Radfahren an mit 49 Prozent, vor Schifahren, Schwimmen und Tennis. Resümee: Die Bevölkerung mißt dem Sport eine sehr beachtenswerte Bedeutung bei.

Meine Damen und Herren! Die Sportpolitik ist im wesentlichen eine Förderungspolitik. Ich möchte ganz kurz die wesentlichen Förderungsinstrumentarien anführen. Es gibt also als Hauptpunkt die Landessportschule in St. Pölten, die sich einer zunehmend steigenden Auslastung erfreut. Dann möchte ich sagen, die sportärztlichen Untersuchungsstellen sind ganz besonders wertvolle Einrichtungen. Das System wurde umgestellt durch Ausgabe von Gutscheinen zur kostenlosen sportärztlichen Untersuchung in Krems und Wr. Neustadt. Mit diesen Gutscheinen kann man auch in Wien an der Sporthochschule auf der Schmelz sich untersuchen lassen. Der Herr Kollege Kautz hat richtig gesagt, daß nur 135 Sportler diese Untersuchung in Anspruch genommen haben. Es ist hier erforderlich, daß man diese Aktion vielleicht stärker publik macht, damit viel mehr Sportler diese Leistungen in Anspruch nehmen. Die Top-Sportaktion hat das Ziel, NÖ Spitzensportler mit internationalem Standard zu fördern. Davon haben 81 Sportler Gebrauch gemacht.

Besonders erwähnen möchte ich die Sportkollektiv-Unfallversicherung, die hier vom Land und von unserer Frau Landeshauptmannstellvertreterin Prokop vor einigen Jahren eingeführt wurde. 38 Verbände nützen diese Möglichkeit mit immerhin schon 62.000 Versicherten. Das Österreichische Institut für Sportstättenbau, bei dem Niederösterreich auch Mitglied ist, hat eine wesentliche Aufgabe beim Sportplatzbau. Es wurden auch über das Landessportreferat Seminare abgehalten für Tennisplatzpflege und Rasenpflege. Ein wesentlicher Punkt sind aber die Sportstättenförderungen. 385 Vereine und 96 Gemeinden wurden im Bereich der

Sportstättenförderung gefördert. Ich möchte auch auf den vorliegenden Entwurf des Naturschutzgesetzes eingehen. Es gibt hier gerade für die Sportstätten Schwierigkeiten. Wenn nämlich Sportstätten im Grünland errichtet werden, sollten die nach Vorlage zukünftig nicht nur anzeigepflichtig, sondern bewilligungspflichtig sein. Also ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Maßnahme dem weiteren großzügigen Ausbau der Sportstätten dienlich ist und ich fürchte, daß die Bürokratie wahrscheinlich das eine oder andere Projekt abwürgen würde.

Meine Damen und Herren! Wir haben in Niederösterreich auch eine Reihe von Sportveranstaltungen gefördert. Immerhin wurden 57 Vereine und drei Gemeinden subventioniert für überörtliche und internationale Veranstaltungen. Besonders herausstreichen möchte ich die U-16 Fußball-EM und das ATP Tennisturnier in St. Pölten, aber auch eine Unzahl von Europacup-Teilnahmen unserer Mannschaften, die ebenfalls besonders gefördert wurden. Spitzensportförderung ist heute auch schon angesprochen worden. Die Einzelsportler werden eben über diese sogenannte Top-Sportaktion gefördert und die Mannschaften nach einer besonderen Förderungsrichtlinie der Landesregierung. Für Fußball, Handball, Basketball und Volleyball gibt es hier eine Regel, wonach jeweils nach den Ergebnissen der Vorsaison sozusagen leistungsorientiert gefördert wird. 94 Vereine machen hievon Gebrauch, haben die Förderung in Anspruch genommen.

Die Jugend-Sportausbildungs- und Trainingszentren wurden auch schon angesprochen. Es gibt 26 Sporthauptschulen in Niederösterreich und eine Reihe Trainingszentren von Fachverbänden, die eben auch durch Förderungsmittel des Landes sozusagen subventioniert werden.

Das Budget mit 84 Millionen Schilling war durchaus erfreulich, und so möchte ich zum Abschluß sagen, daß Niederösterreich eine ständige Aufwärtsentwicklung der Sportförderung verzeichnen kann. Auf neue Entwicklungen wurde rasch und flexibel reagiert. Dem Prinzip der Subsidiarität wird großes Augenmerk geschenkt. Die Förderung des Spitzensportes bildet einen Schwerpunkt. Ich bin überzeugt, daß die NÖ Sportler und Sportlerinnen mit Hilfe der NÖ Sportpolitik und unserer Sport-Landeshauptfrau Liese Prokop weiter ihren Sport bestens ausüben können und daß unsere Spitzensportler die Botschaft Niederösterreichs hinaus in die Welt tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als vorläufig letzter Redner zu diesem Geschäftsstück gelangt Herr Abgeordneter Hiller zu Wort.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem der Kollege Marchat unsere Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop so gelobt hat, braucht sie selbst nicht das Schlußresümee zu ziehen, sondern ist es mir übertragen, noch einige Dinge hier anzufügen, die sich im Laufe der Diskussion durch Redner der anderen Fraktionen ergeben haben.

Es ist sicher klaggestellt worden von Kollegen Kautz, daß das Bundesnachwuchszentrum St. Pölten keine Landeskompetenz ist, sondern Bundeskompetenz, sowohl bei der Errichtung als auch vom Fußballverband her. Wir sind jederzeit bereit, das zu unterstützen. Wir warten darauf, aber das kann man nicht der Landessportpolitik "umhängen", sondern da ist der Kollege Marchat genauso eingeladen, nicht nur hier die Stimme zu erheben, sondern auch dort vorstellig zu werden, um etwas zu erreichen.

Zum SC Landhaus möchte ich sagen, und das ist auch bei der Budgetdebatte ganz klar herausgekommen, da geht es um fast 3.000 Mitglieder bei diesen Sportvereinen. Noch dazu wird neben Sport hier auch Erholung, Wandern und anderes angeboten. Ich glaube, die Förderung ist angemessen und ist zweckdienlich angelegt. Außerdem betreiben diese Einrichtungen auch Jugendmannschaften. Es ist also nicht so, daß das nur für arrivierte, bestverdienende Schichten oder für irgend jemand ist, sondern das geht quer durch unsere Landesbediensteten, die sich alle dort einbringen und damit auch dem Sport, ihrer Gesundheit und ihrer Erholung entsprechend ausgerichtet sind. Ich orte da ein bißchen ein Feindbild bei den Freiheitlichen gegenüber den Beamten. Das ist sicherlich nicht angebracht.

Ich glaube also, und darauf hat mein Kollege Mautner Markhof schon hingewiesen, bezüglich der Privatgründe für einzelne Sportarten wie Reiten und Radsport, das sind oft nur lokale Probleme. 90, 95 Prozent aller Wege sind im Bereich der öffentlichen Hand, zumeist also der Gemeinden. Die sind zugänglich, nur wenn vor Ort nicht die Sportler mit dem Grundbesitzer reden können, aus welchen Gründen auch immer oder umgekehrt, dort gibt es halt Konfliktstoffe. Die sollen aber nicht herhalten für die ganze kooperative Einstellung, die die Gemeinden und auch andere gutgesinnte Grundeigentümer hier ermöglichen.

Sondern man soll das Ganze sehen. Natürlich haben die Berichte, daß Grundeigentümer verurteilt worden sind zu Schadenersatz, eine gewisse Verunsicherung gebracht, die der ganzen Sache nicht zweckdienlich ist. Ich glaube, hier sollte man sehr vorsichtig vorgehen, damit erreicht man wahrscheinlich mehr.

Nun zum Stadion in St. Pölten. Hier gibt es bereits Verhandlungen, wir wissen aber letztendlich nicht, ob wir tatsächlich den Zuschlag bekommen für die Europameisterschaft 2004. Gottseidank gibt es da auch seitens der Stadt St. Pölten eine bessere Zusammenarbeit und eine geänderte Linie. Ich erinnere mich zurück, es hat ja schon einmal eine Diskussion gegeben über die Abhaltung einer Europameisterschaft in Österreich, wo Österreich mitbeteiligt sein sollte. Und damals war die SPÖ St. Pölten nicht sehr kooperativ. Gottseidank ist das vorbei. Wir leben in der heutigen Zeit und für die heutige Politik.

Ein Wort auch noch zu der Sache Landeshauptmann Dr. Pröll und die Geschehnisse bei Admira Wacker; zweifellos keine rühmliche Sache insgesamt. Wie es heute vielen Fußballmannschaften geht, geht es auch Admira Wacker. Das ist sehr bedauernswert. Nur soll man in der Verantwortung selbst die Dinge nicht vermischen. Das gehört eindeutig klar festgestellt. Dr. Pröll kann man nicht entlasten in dieser Sache, weil er nie belastet war mit einer Funktion und einer Agenda. Er ist Ehrenpräsident, wie viele andere auch. (*Abg. Marchat: Aber er hat den Schuhböck eingesetzt! - Unruhe im Hohen Hause.*) Nein, denn er kann nicht einsetzen. Das kann nur der Vorstand. Ich bin selbst Mitglied bei der Admira Wacker und ich kümmerge mich um die Sachen, so gut es geht. Landeshauptmann Dr. Pröll ist Ehrenpräsident, und ich bitte das auseinanderzuhalten. Daher kann man ihn gar nicht entlasten, weil er nie mit Verantwortung belastet war. Bitte das zur Kenntnis zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Sache wird entsprechend aufgearbeitet und entsprechend ausgeräumt. Es hat der Vorstand ja beschlossen, daß ein beeideter Wirtschaftsprüfer die Sache abchecken wird, inwieweit in welchen Perioden welche Gebarungsstände vorhanden waren. Und das kommt Mitte Juli auf den Tisch und dann wird der Vorstand entlastet, aber nicht Dr. Pröll. (*Abg. Marchat: Das hab' ich nie behauptet! Ich habe gesagt, der Schuhböck wird nicht entlastet!*) Dann bitte das nicht vermischen. Der Herr Landeshauptmann ist erstens selber ein begeisterter Sportler wie viele da unter uns. Zum anderen en-

gagiert er sich dort, aber nicht in verantwortlichen Positionen, sondern wo er unterstützend eingreifen kann. Ich möchte nur lobend hier vorweisen, daß seine private Initiative, der "Club Niederösterreich" schon sehr viel Gutes für viele bedürftige Sportler und andere durch die Aktivitäten im Zusammenhang damit, daß Prominente und Alt-Internationale hier mitwirken, daß sehr viel Positives für den Sport hier abgeleitet werden kann. Das sicherlich auch sein Image wieder zurechtrückt in dieser Sache, wenn man versucht von anderen Parteien, das anzukratzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich glaube, das ist eine Sache, die sicherlich die Verantwortlichen zu tätigen haben, jene, die tatsächlich in der Verantwortung stehen. Man soll nicht versuchen, auf diese Weise verschiedene Dinge zu vermischen.

Ich möchte auch noch recht herzlich danken, daß mit dem Sportbericht 1996 wieder ein Sprung weiter gelungen ist in unserer Sportgeschichte. Daß es eine gute Zusammenarbeit gibt auch mit den Verbänden, die oft kritisiert werden. Ich glaube, sie sind so quasi das Lobbying für den Sport gegenüber der Gesetzgebung und anderen Dingen mehr. Wir brauchen sie. Und in diesem Sinne sollte man hier im Landtag das Wort führen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DORFMEISTER-STIX (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir gelangen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Kultur-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Gratzler, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 445/A-3/28 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Dr. Strasser, Uhl, Böhm, Auer, Friewald, Sivec, Dorfmeister-Stix und Dr. Michalitsch gemäß § 29 LGO zum Antrag der Abgeordneten Preiszler u.a. betreffend Sicherheitspolitik in Niederösterreich betreffend Assistenz Einsatz des Bundesheeres an der NÖ EU-Außengrenze.

Der Antrag der Abgeordneten Preiszler u.a. geht von der Annahme aus, daß es zufolge des Sparpaketes zu Planstellenkürzungen und Überstundenstreichungen kommen werde. Aus diesem Grund wurde der Herr Landeshauptmann von Niederösterreich mit Schreiben vom 15. Mai 1996 seitens des Verfassungs-Ausschusses ersucht, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und die beabsichtigten Maßnahmen und Auswirkungen auf Grund des Sparpaketes auf die Exekutive in Niederösterreich zu erfragen. Daraus geht hervor - aus dieser Antwort eben - daß trotz Budgetkonsolidierung seitens des Bundes Bestrebungen im Gange sind, das Niveau des Sicherheitsdienstes möglichst auf dem gegenwärtigen Stand zu halten und Sparmaßnahmen auf den internen Bereich zu beschränken. Darüber hinaus steht jedoch fest, daß auf Grund des Schengener Abkommens zur Sicherung der in Niederösterreich liegenden EU-Außengrenze rund 870 Bedienstete notwendig sind. Zwar wurden bereits zur verstärkten Überwachung an der grün-blauen Grenze in Niederösterreich entlang der March 110 Gendarmen aus westlichen Bundesländern zugeteilt und weitere Personalerhöhungen vorgenommen, jedoch ist festzustellen, daß derzeit nach wie vor rund 300 Exekutivbeamte fehlen. Eine entsprechende Aufstockung des Personals wäre daher vorzunehmen. Sollte diese unmittelbar nicht möglich sein, so wäre, um einerseits die Kriterien des Schengener Abkommens zu erfüllen, und andererseits dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen, das Bundesheer vorübergehend im Rahmen eines Assistenzeinsatzes beizuziehen. Der Verfassungs-Ausschuß stellt daher den Antrag *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um einen vorübergehenden Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der in Niederösterreich gelegenen EU-Außengrenze zu erwirken.
2. Der Antrag der Abgeordneten Preiszler u.a. betreffend Sicherheitspolitik in Niederösterreich, Ltg. 445/A-3/28, wird durch diesen Antrag gemäß § 29 LGO der Abgeordneten Dr. Strasser, Uhl u.a. erledigt."

Herr Präsident, ich ersuche, in die Debatte einzusteigen und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke für Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Zum

Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, daß es mir relativ leicht fällt, diesem Antrag zuzustimmen, weil ich im Jahr 1995 bereits einen Vorschlag in diese Richtung gemacht habe. Wenn Sie sich erinnern, habe ich darauf hingewiesen, daß es mir nicht zielführend erscheint, nachdem ja auch eine Erweiterung der EU immer wieder besprochen wird, daß Beamte aufgestockt werden, die dann wieder Existenzprobleme bekommen wenn die Grenze verschoben wird. Ich wundere mich, daß die Freiheitliche Partei jetzt da voll mitgeht. Weil der Herr Abgeordnete Preiszler hat mich ja damals noch belehrt, daß das eigentlich Vorstellungen sind, die recht kindlicher Natur sind. Heute hat er sie auch, vielleicht ist er jünger geworden.

Grundsätzlich ist es ja so, daß wir 1.250 Kilometer Grenze bewachen sollen. Und ich glaube, daß gerade die Diskussion, nicht nur in Österreich, sondern international - ich war jetzt in Deutschland, in den Flugzeugen und überall hab ich die Zeitungen gelesen: Es wird allgemein nicht positiv bewertet, daß wir das Schengener Abkommen nicht erfüllen und daß es zumindest zur Diskussion steht. Das ist eine Frage, die wahrscheinlich so wie ich viele hier im Haus nicht bewerten können, ob das zu Recht besteht. Auf der anderen Seite sprechen wir von zusätzlichem Personal - der Antrag spricht davon. Ich sehe die Personalfrage nicht so im Vordergrund, wenn ich der Zeitung entnehme, daß man an der Grenze nach München Bayern 20 Leute aus einem Lastwagen herausfängt, der aus Ungarn kommend über die Grenze gefahren ist. Dort sind ja genügend Beamte. Es muß schon auch an der Sorgfalt oder an der Vorgangsweise oder an den Möglichkeiten der Technik liegen, daß hier mangelhaft untersucht wird. Noch entsetzlicher für uns - und das geht dann schon ins Lächerliche - ist, daß die gleichen 20 Leute 24 Stunden später dort wieder auftauchen, also wieder über unsere Grenze gekommen sind. Das sind Vorfälle, die natürlich dann in der EU Anlaß geben, daß man die Sorgfalt, die wir aufwenden, als nicht genügend ansieht.

Mein Vorschlag damals war, und freut mich, daß der jetzt hier auch so vorgetragen wird, daß das Bundesheer, das ja das Feindbild verloren hat, vielleicht kann es hier ein Aufgabenbild bekommen - das kann ja nicht schaden - daß das Bundesheer dort im Rahmen einer sehr profunden

Ausbildung eingesetzt wird, Steuergelder spart, zusätzlich die Möglichkeit gibt, daß nicht Beamte aufgenommen werden, die eben - ich wiederhole mich jetzt - in kürzester Zeit, weil zehn Jahre, was ist das schon - nicht mehr einen Arbeitsplatz vorfinden, weil sich die EU-Grenze über unsere Nachbarn hinaus verschiebt. Es ist daher dieser Antrag sicher sehr zielführend. Und vor allem würde ich Österreich und der Bundesregierung, die hier ja schwer versagt hat, empfehlen, schnellstens aufzuholen, damit wir aus den Schlagzeilen in Europa wieder verschwinden. Es wird das sicher überbewertet, es wird sicher nicht alles richtig dargestellt. Aber derzeit gibt es sogar Karikaturen - ich habe eine mitgebracht, aber ich will sie nicht herzeigen, das machen andere im Fernsehen - wo eben Österreich in einer gewissen Weise verunglimpft wird. Und das tut mir als Österreicher weh. Das haben wir nicht notwendig! Noch dazu, wo das Bundesheer die Möglichkeit des Soforteinsatzes hat. Die Bundesregierung muß nur entscheiden. Und diese Koalition muß eben einmal eine Aufgabe wahrnehmen. Danke.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (*FPÖ*): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Vorweg zum Kollegen Dautzenberg habe ich mir vorgenommen, heute zu dieser Causa eingehendst zu referieren. Ich glaube, daraus, daß dieser Sicherheitsantrag über zwei Jahre hier im Hohen Haus hin- und hergeschoben wurde und letztendlich aus meinem ursprünglichen Antrag ein ganz anderer geworden ist, ist deutlich sichtbar, wie weit die Sicherheit überhaupt hier im Hohen Haus ernst genommen wird. Schon wiederholt habe ich gesagt, daß Sicherheit nicht in Radlbrunn beginnt, wenn die ÖVP sich dort im Weinkeller trifft und Sicherheitskonzepte ausarbeitet, von denen bis jetzt überhaupt noch nichts sichtbar ist. Außer, daß der Herr Landeshauptmann jetzt persönlich von Gendarmerieposten zu Gendarmerieposten reist, des öfteren in Vertretung - immer kann er ja selbst nicht dort sein - weil es in letzter Zeit sehr viele Eröffnungen gegeben hat, halt Vertreter schickt, die Klubkollegen Klupper, Friewald usw. Und ich persönlich auch wie ein Wanderprediger aber nicht nur zu Gendarmerieposten-Eröffnungen fahre, sondern mich überhaupt mit der Materie seit Jahren, seit Jahrzehnten beschäftige und auch österreichweit einiges vorgegeben habe. Ich werde noch im Primären darauf zu sprechen kommen.

Nur, Kollege Ing. Dautzenberg, Du machst es Dir ein bißchen einfach. Ich assistiere Dir sehr wohl, daß Du starke Wirtschaftskompetenz hast. Nur von der Grenze, von der Sicherheit, es ist nicht böse gemeint, aber man soll immer von dem reden, wo man glaubt, am meisten sagen zu können. (*Unruhe bei Abg. Uhl.*)

Es ist mein Beruf, Herr Kollege Uhl. Ich bin jahrzehntelang draußen an der Grenze gestanden. Das dürfte längst bekannt sein. Und bitte schön, hier geht es wirklich um sehr viel mehr als daß ich mich hier mit solchen Bemerkungen überhaupt auseinandersetze.

Jetzt zu diesem Antrag der Abgeordneten Dr. Strasser, Uhl und Böhm. Meine Damen und Herren! In diesem Antrag heißt es hier: "Darüber hinaus sind für den Grenzdienst 170 Planstellen vorgesehen und könnte es zu einer weiteren Aufstockung von Planstellen der Zollwache und einer späteren Zsystemisierung für die Landesgendarmeriekommanden kommen. Den Intentionen des Antrages der Abgeordneten Preiszler u.a. dürfte daher bereits Rechnung getragen worden sein." In keinsten Weise, meine Damen und Herren! Wenn Sie meinen Antrag genau gelesen haben, den ursächlichen Antrag, dann spricht er von Sicherheitspolitik im allgemeinen in Niederösterreich: Es geht nicht um Systemisierung einiger Planposten, sondern um mehr. Es geht darum, die Belange der internationalen Kriminalität vor Ort zu bekämpfen und dazu gehört eigentlich viel mehr als nur bei Gendarmerieposten-Eröffnungen mit dabei zu sein.

Ich habe ursprünglich diesen Antrag am 20. März 1996 und auch schon 1995 einen ähnlichen eingebracht, wo ich global über die Sicherheit gesprochen habe, wie vorzugehen ist. Ich wiederhole es hier kurz, komme aber dann noch in einzelnen Passagen dazu, wie es vergleichsweise die Deutschen und auch die Amerikaner machen. Wie die beispielsweise die Grenze absichern zu Mexiko. Die einen irrsinnigen Asylantenzustrom zu verzeichnen haben. Wie die wirklich mit Akribie, mit Vorstellung, mit Plänen vorgehen, sodaß nicht so wie bei uns einmal dort ein bißchen was gemacht wird, ein bißchen das, sondern eigentlich da schon viel mehr dazugehört. (*Abg. Dr. Bauer: Das ist aber nicht erstrebenswert wie das die Amerikaner machen, das wissen Sie doch auch!*)

Ich habe bei diesem Sicherheitsantrag, ohne ihn jetzt zur Gänze zu verlesen, hinten als den vorletzten Satz geschrieben: "Auch wurde der Aufbau einer effizienten Grenzschutztruppe bis jetzt nicht einmal konzeptiv ausgearbeitet, obwohl

Niederösterreich mit Abstand die größte EU-Außengrenze hat." Meine Damen und Herren! Ist hier wirklich planlos vorgegangen worden? Und wenn ich immer wiederum von der Bundesregierung höre, auch bei der Tagung der EU, bei Sicherheitstagungen in Brüssel usw. wir seien EU-reif, wir seien Schengen-reif, dann habe ich schon einmal, ich sage jetzt nicht mehr diesen Ausdruck, wir sind kabarettreif. Mehr ist es nicht - leider.

Wenn Sie nur zum Beispiel Deutschland anschauen, wie hier vorgegangen wird. Hier ist das Primäre die Sicherung der Grenze. Wir sind ja um Längen hintennach. Haben Sie noch nicht begriffen, daß eigentlich andere, z.B. Deutschland, auch andere europäische Länder, bereits vor Jahren begonnen haben, mit ihren Sicherheitsdiensten in kooperativer Zusammenarbeit mit den ehemaligen Spionagediensten des Ostens zusammenzuarbeiten, Konzepte auszuarbeiten, die organisierte Kriminalität vor Ort aufzuspüren? In Rumänien, in Rußland, ich weiß nicht, überall im Osten, genauso auch im Westen. Wir haben zwei Heeresnachrichtendienste, die eigentlich keinen richtigen Aufgabenbereich in diesem Sinne mehr haben, den sie früher einmal gehabt haben. Ich habe vorgeschlagen, aus der Staatspolizei und dem HNA ein Instrumentarium zu machen wie den Bundesnachrichtendienst in Deutschland, der mit größtem Erfolg vor Ort die Kriminalität aufspürt, begleitet und schon vor Ort zerschlägt. Oder zumindest avisiert, um sie entsprechend in Empfang zu nehmen. Das sind die Dinge, das ist einmal als erstes zu beachten. Europol ist gut und schön, aber es ist zahnlos. Die hat noch keine Exekutivdienstgewalt. Da müßte man sich wirklich anderer Dinge bedienen.

Die nächste Stufe ist die Grenzsicherung. Alles, was die Grenze passiert, ob Personen oder Waren, ist nicht mehr greifbar, das weiß jeder. Das geht anonym auf in der breiten Masse. Die Kriminalität ist nicht sehbar, ist nicht verfolgbar, wenn wir sie nicht abwehren an den Grenzübergängen und an der grünen Grenze. Nicht umsonst, meine Damen und Herren, ist ein Antrag gestellt worden von den Abgeordneten Klupper und Sivec, die schon etwas näher auf meine Intentionen, die ich genannt habe, eingegangen sind. Nur ist bis jetzt nicht viel geschehen. Ich habe jetzt wirklich so das Gefühl, bevor wir in den Urlaub gehen werden halt die alten Dinge noch irgendwo aus der Lade geholt und einer weiteren Behandlung zugeführt. Man wird kurz darüber reden und dann geht man wiederum zum Tagesgeschehen über. Wir reden draußen wiederum,

wie Schengen-reif wir sind. Erst jüngst habe ich von Minister Schlögl erfahren, auch von einem Sektionschef des Wirtschaftsministeriums, daß es eine Prüfung der Schengen-Kommission gegeben hat über den Zustand unserer Außengrenze. Der wäre fabelhaft. Ich habe ihn gefragt, wo er das eigentlich her hat. Ich lese erst jüngst - vor einigen Tagen - einen Bericht von einem namhaften österreichischen Journalisten, der sich seit Jahren intensiv mit der Sicherheit befaßt. Der sagt keine Spur davon. Im Gegenteil! Das Gegenteil ist der Fall. Weil wir wissen, daß nach wie vor hunderte Grenzgendarmen, Postengendarmen aus Niederösterreich abgezogen werden, zwangszuteilt, zum Teil freiwillig, zum Teil zwangszuteilt aus Salzburg, aus Tirol, um unsere grüne Grenze, die zur Gänze oder fast zur Gänze brach liegt, zu überwachen. Das heißt, hier wird eingeladen! Eingeladen, zu uns zu kommen. Wir laden gerne ein. Aber nicht über die grüne Grenze, anonym, sondern wir laden ein als anständiger Bürger über einen Grenzübergang mit den nötigen Papieren versehen und mit einwandfreien Absichten.

Wir laden aber niemanden ein, über die grüne Grenze zu kommen und hier die organisierte Kriminalität, die es in Österreich zuhauf schon gibt, zu verstärken. Man glaubt es nicht. Man gibt es erst immer dann zu, wenn wir lesen über Mafiamethoden, wie sie in Rußland, in Weißrußland, in der Ukraine üblich sind. Man wundert sich, woher die kommen. Man braucht sich nicht zu wundern. Der Bundes-Nachrichtendienst hat uns einige genau avisiert. Ich weiß nicht, ich verstehe es eigentlich nicht: Wir haben ein Heer - und ich kenne einige persönlich schon seit Jahren - an höchstrangigen Beamten im Innenministerium, gute Leute, die sich eigentlich der Sache halbherzig annehmen oder gar nicht. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir schon vor Jahren mit dem Innenministerium, mit hochrangigen Beamten uns vor Ort einmal angeschaut haben, was die Deutschen eigentlich an ihrer Ostgrenze machen. Wie sie es bewerkstelligen, die Kriminalität, das Schlepperunwesen einigermaßen in den Griff zu bekommen. Aber man lernt nicht davon.

Wenn selbst, und das ist keine Erfindung von mir und auch nicht der Freiheitlichen Partei, die Personalvertretung am 17. Juli 1996 an den Landeshauptmann und an sämtliche Landesregierungsmitglieder herantritt mit dem Hilferuf, endlich auch einmal in Niederösterreich - außerhalb des Radlbrunner Weinkellers - etwas zu tun, wenn sie konkrete Maßnahmen fordert, so ist bis jetzt nichts geschehen. Dieses Schreiben, es ist vom Juli des Vorjahres, wurde gleichzeitig auch dem

ehemaligen Bundeskanzler Vranitzky, wurde Schüssel, Caspar Einem und Mag. Schlögl usw. vorgelegt. Der Fachausschuß der Gendarmerie Niederösterreich hat auf Grund der prekären Personalsituation und des rigorosen Aufnahmestopps in großer Besorgnis den Antrag auf Aufhebung dieses Aufnahmestopps und auf umgehende Einberufung von Grundausbildungslehrgängen gestellt. Ich lese nicht weiter. Das heißt, sie haben dringendst eine Personalaufstockung verlangt, keine Einsparungen mehr, freie Hand bei den Überstunden. Geschehen ist bis jetzt nichts, außer Erklärungen, wie man es machen wird. (*Abg. Böhm: Sie wissen doch, wer dafür zuständig ist?*) Die Bundesregierung wäre zuständig. (*Abg. Böhm: Nein! - Der Innenminister!*) Wer denn? Der Innenminister auch, natürlich. Und die Bundesregierung. Na wer sonst? Es gibt einen Innenausschuß, es sind die Herren des Parlaments, Herr Kollege. (*Abg. Böhm: Nein! Sie haben einen falschen Adressaten genannt!*)

Ich habe nichts davon, wenn bei Gendarmeposten-Eröffnungen immer wieder darauf hingewiesen wird, schaut euch an, so quasi, schaut euch das Haus an, wie viel wir machen. Das ist gut, aber das ist eine Grundversorgung, die wir eigentlich schon um Jahre, um Jahrzehnte früher machen hätten sollen. Es gibt Grenzübergänge, die sind ärger als irgendwo an der rumänisch-ungarischen Grenze, meine Damen und Herren. Die hat es gegeben in Niederösterreich, im gesamten Ostbereich. Mit einer Sicherheitsakademie oder mit einer neuen Greko-Stelle in Berg alleine ist die Sicherheit nicht gegeben. Dazu gehört viel, viel mehr. Das sind die Rahmenbedingungen, damit die Beamten überhaupt einmal eine menschliche Behausung haben. Aber die Ausrüstung, der Personalstand und alle diese Dinge, die kann man mit einer Sicherheitsakademie ergänzen. Es ist überhaupt die Frage zu stellen, ob wir die brauchen oder nicht brauchen. Vielmehr wäre uns geholfen, wenn wir einmal versuchen würden, den Personalstand herzustellen, damit wir lückenlos die Grenze absichern können. (*Abg. Pietsch: Wenn ich ausgebildete Kräfte will, brauche ich eine Akademie!*)

Meine Damen und Herren! Ich habe hier in einer Monatszeitschrift, die stark gelesen wird, einen Artikel lanciert auch mit meiner Mithilfe vom März 1996: "Tarockieren unter dem Schlagbaum." (*Abg. Preisler zeigt Broschüre.*) Hier sind Fotos zu sehen vom Bundesgrenzschutz, Fotos, die ich beigelegt habe, mit dem Besuch im Auftrag von Minister Löschnak vor zwei Jahren. Das war Ende November 1994, wo ich darauf hingewiesen habe,

warum man sich nicht einmal den Bundesgrenzschutz, von mir aus auch die Bayerische Grenzpolizei, von mir aus auch die Schweizer Grenzpolizei ansieht, wie die an die Sache herangehen, Konzepte erarbeiten, wie das wirklich bestens zu machen wäre. Endlich hat dann der Herr Löschnak, damals Minister, eine hochrangige Beamtendelegation mit meiner Person - ich habe die Verbindung gemacht und habe mir das schon privat einmal vorher angesehen. Wir haben drei Tage lang den Bundesgrenzschutz bereist und waren erstaunt und es ist wirklich erstaunenswert, wenn man sieht und vor allem sich vor Ort anschauen kann, wie die das wirklich machen. Da wird nicht lange gefaselt und Papiere ausgetauscht, sondern da wird binnen kürzester Wochen - wir haben uns von Dr. Busch, dem Grenzschutzpräsidenten Ost, der leider nachher abgestürzt ist bei einer Grenzbesichtigung, erklären lassen, wie es war, wie der Bundesgrenzschutz bei der Wiedervereinigung die ehemaligen Stasi-Kasernen der NVA, der Nationalen Volksarmee, Kasernen, Gelände, Geräte, übernommen hat. Auch Personal. Binnen weniger Wochen haben die das auf die Beine gestellt. Und wir sind nicht in der Lage, in Österreich 5.000 bis 6.000 Mann - noch besser 8.000 Mann - an die Grenze abzustellen. Obwohl seit sieben Jahren die Grenzöffnung da ist. Wir sind damals überrascht worden, wir sind heute noch immer überrascht.

Ich frage mich wirklich: Kann man überhaupt so stümperhaft arbeiten, daß man nicht begreift und sich nicht anschaut, wie es die Nachbarländer machen? Dann kommt man zur Verlegenheitslösung. Und die ist nun einmal das Bundesheer, meine Damen und Herren. Es kann ja nicht sein, daß Österreich als einziges westeuropäisches Land seine Grenze mit dem Heer absichert. Wir haben uns mokiert und ich bin selbst jahrelang an dieser Grenze gestanden, wenn drüben Armeeteile patrouillierten. Egal, ob das die DDR, die Tschechen oder die Ungarn waren, es waren Armeeeinheiten, Grenztruppen, die mit allen technischen Raffinessen die Grenzen abgesichert haben. Die auch nicht davor zurückgeschreckt sind, wenn sich jemand erlaubt hat, in die Freiheit zu gehen, Richtung Westen scharf geschossen haben. Wir haben immer wiederum gesagt, ich sehe heute noch die Bilder von der Grenzöffnung 1990, wie der ehemalige Außenminister Mock und alle wie es so üblich ist, den Drahtverhau durchschnitten haben und gesagt haben, so, jetzt haben wir endlich die Freiheit. Wir haben geschimpft und haben immer gesagt, wir sind ein demokratisches Land, haben recht und schlecht mit wenigen hundert Leuten der österreichischen Zollwache die Grenze, den grünen Bereich der Grenze abgesi-

chert. Während beim Ungarnaufstand, bei der Tschechenkrise Tausende mit Armeefahrzeugen und Panzern aufgefahren sind, haben wir recht und schlecht unter Einsatz des Bundesheeres in späterer Folge die Grenze abgesichert. Wir haben immer wiederum gesagt, wir haben Beamte hier. Wir haben Ausgebildete mit allen Rechten, dazu ausgestattete Grenzpolizisten, oder wie immer sie heißen, die von der Republik Österreich vereidigt wurden und die unsere Staatsgrenzen zu schützen haben. Jetzt haben wir dann 1991, nachdem die Bevölkerung äußerst beunruhigt war und verständlicherweise noch immer ist, einfach das Bundesheer hingschickt. Haben gesagt, das Bundesheer übernimmt in Assistenzleistung die Absicherung der Grenze. Eine gute Aktion - keine Frage. Die Bevölkerung hat es goutiert, fühlt sich geschützt. Aber es kann nicht sein, daß das eine Dauerlösung ist. Es ist eine Notlösung, wo man der Regierung gesagt hat, jetzt wißt ihr, wie wir dran sind. Wir wissen, wir gehen in die EU, wir wissen, wir wollen ins Schengen-Land, wir wissen, wo wir hinsteuern. Wir wollen ein schrankenloses, ein grenzenloses Europa. Wir müssen etwas tun.

Und wir haben verdammt wenig getan! Wir haben wirklich äußerst wenig getan. Weil es ist wirklich dilettantisch, wenn man immer wiederum, vor allem von den Leuten draußen hört, wenn Sie heute rausgehen nach Marchegg oder wohin immer zu einem sogenannten GÜP, Grenzüberwachungsposten, und die Salzburger Kollegen von der Gendarmerie oder aus Tirol befragen, wie glücklich sie da im Osten sind, na dann sind sie es nicht. Und wenn sie noch offen reden können, und das ist verständlich, daß, wenn der Herr Minister oder der Herr General Seis oder wer immer oder der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich die Grenze inspiziert, daß der rote Teppich aufgerollt wird und daß natürlich, so wie am Fließband halt auch der kleinste Arbeiter seine Sorgen und Nöte nicht sagen kann, weil er weiß, daß es nicht gut ist für ihn. So ist es leider Gottes. Und das kann es bitte nicht sein.

Wir sind damals zurückgekommen mit einem fertigen Konzept. Wir waren beim Minister und er hat gesagt, meine Damen und Herren, nach Weihnachten gehen wir es an. Und er hatte alle Unterlagen, auch das Bundesgrenzschutzgesetz dazu, und hat versprochen, daß er in der Regierung einmal vorstellig werden wird. Das ist ja auch etwas eigenes, daß wir eigentlich, wenn wir einen Grenzdienst oder einen Grenzschutz machen, dazu ein entsprechendes Gesetz machen sollten. Wir machen für alles und jedes Gesetze. Viel zu viele, das wissen wir. Aber für eine so äußerst

wichtige Institution gibt es nichts. Dort gibt es das Bundesgrenzschutzgesetz, das neue Regelungsgesetz. Der Bundesgrenzschutz in Deutschland besitzt seit 1972 ein Gesetz mit 180 Paragraphen, in welchen genau normiert ist, welche Gliederung, welche Zuständigkeit, was wer zu tun hat, die Abgliederung zu den Länderpolizeien, zu den Sondereinheiten, sein Aufgabenbereich, alles. Bei uns gibt es das nicht. Ja, sind wir nicht fähig, im Parlament ein Gesetz zu machen, wo einmal eindeutig geklärt ist, wofür die Zollwache zuständig ist, wofür das Bundesheer zuständig ist und wofür überhaupt die Grenzgendarmerie zuständig ist?

Draußen herrscht Unbehagen. Es gibt die Vollgendarmen, es gibt die halb ausgebildeten Vertragsbediensteten, in einem Schnellsiedekurs in Zwentendorf ausgebildet. Na wenigstens ist das Atomkraftwerk für irgend etwas zweckmäßig zu gebrauchen, wo schnell im Schnellsiedekurs einfach Paßlesen gelehrt wird und sonst schon nicht viel. Weil in fünf Monaten kann man wirklich nicht sehr viel machen. So, und dann werden sie losgelassen. Dann gibt es die optierten Zöllner, dann gibt es das Bundesheer, dann gibt es die Sicherheitsdirektion und ich weiß nicht, was noch alles.

An den Grenzübergängen, meine Damen und Herren, ich habe mich letzten Donnerstag, Kollege Klupper, Du warst dabei, wieder informiert, da steht man sich gegenseitig auf den Zehen. Man steht sich auf den Zehen und man weiß nicht, und es hat die Absurditäten gegeben, daß in der Ausreise die Zollwache kontrolliert hat, in der Einreise die Grenzgendarmerie, oder umgekehrt. Das ist ja wohl das Dummste. So etwas hat es gegeben in Haugsdorf. Ich sage, es ist mittlerweile abgestellt worden. Nicht wegen mir, aber ich habe das in aller Öffentlichkeit über die Medien kritisiert. Ich

meine, das ist ja wohl das Einfachste für hochrangige Leute im Ministerium, in den Sicherheitsdirektionen. Wofür hat man denn diesen ganzen Stab da drinnen? Letztendlich, wenn die nicht wissen ... *(Abg. Klupper: Herr Kollege Preisler! In Berg, wie Du weißt, stehen deshalb so viele Beamte, weil die Frequenz bei der Ein- und Ausreise so hoch ist. Und da nützt es nichts, wenn Du hier Geschichten erzählst!)*

Freilich hat es eine Frequenz, früher hat es auch eine starke Frequenz gegeben und haben das fünf Zöllner gemacht, genauso gemacht. Nur braucht man heute die technischen Einrichtungen dazu. Und man braucht - und das hat man wieder verabsäumt. Man hat in Berg - Berg ist einer der größten Grenzübergänge, er ist nach wie vor genauso wie Klingenbach - eine Umfahrungsstraße gemacht. Von Prüfzügen, von einem Gefahrgutmobil usw. ist überhaupt keine Rede. Wenn da Aktion scharf gemacht wird wie vor zwei Monaten in Klingenbach - ich habe es mir angeschaut - dann entsteht dadurch ein Stau von Eisenstadt bis nach Šopron und weit darüber hinaus. Weil einfach jedes Frachtfahrzeug, jeder Lkw kontrolliert werden muß auf Menschenschmuggel und weil man keine Ausweichmöglichkeiten hat. Weil man nur eine oder bestenfalls zwei Spuren hat. *(Abg. Klupper: Aber das weißt Du ja auch ganz genau, daß in Berg rechts und links der Zollstation Wasserschutzgebiet ist und ein Ausweichen daher nicht möglich ist!)* Wasserschutzgebiet! Wir haben überall irgend etwas. Dann mache ich keine Halbheiten. Das kann es ja bitte nicht sein.

Und es kann ja auch nicht sein, daß es in Berg, wo sechs Millionen Reisende 'rüberkommen, einfach keine Vorrichtung gibt. Wenn der Grenzgendarm offensichtlich sieht, daß da ein defektes Lkw-Fahrzeug unterwegs ist und sagt, da, fahren sie hinauf auf die Rampe und das wird jetzt technisch überprüft, so besteht keine Möglichkeit. Lediglich der Prüfzug, zwei sind unterwegs in ganz Niederösterreich, und die von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr oder bis 15.00 Uhr. Weil dann muß man die Heimfahrt schon rechnen, weil dann haben die Beamten Schluß. Das kann es ja nicht sein. Das ist wirklich lächerlich. Und wenn man sich anschaut an der Ostgrenze in Deutschland, was die für Einrichtungen dort errichtet haben um Millionen, dann weiß ich, wovon ich rede.

Und jetzt sage ich Ihnen noch ein Beispiel: Wenn man glaubt, daß man mit 5.000, 6.000 Mann die österreichische EU-Außengrenze von 1.400 km einigermaßen kontrollieren kann, dann sitzt man einem gewaltigen Irrtum auf. Der Bundesgrenzschutz, und ich habe hier den letzten

Bericht darüber, besitzt in Deutschland an der Ostgrenze insgesamt 40.000 Mann, meine Damen und Herren. Dazu gibt es die Länderpolizeien, dazu gibt es den zuständigen Zoll, der ebenfalls Kontrollen macht. Und dafür gibt es noch an der bayerisch-österreich-tschechischen Grenze die bayerische Grenzpolizei mit ebenfalls über dreieinhalbtausend Mann. Und die haben ein Budget von sage und schreibe vier Milliarden DM, bitte. Und wir haben bis jetzt lächerliche zwei Milliarden oder nicht ganz drei Milliarden Schilling ausgegeben für das ganze Desaster, das da draußen ist. Meine Damen und Herren, dann darf man nicht umgekehrt immer wiederum reden und große Töne spucken, wir sind das drittreichste oder sechstreichste Land der Welt, wenn wir für diese Dinge kein Geld haben.

Man traut es sich auch nicht zu sagen in der Bundesregierung, doch man wäre gut beraten, wenn man das einmal wirklich auch dort sagen würde, in der EU, in Schengen, dort, wo es Sinn macht. Und wenn Sie die letzten Berichte da über Europol, die letzten Papiere vom Mai 1997 "Europol und Schengen" lesen, von unserem EU-Abgeordneten, obwohl ich das schon lange lanciert habe, dann wäre einmal die berechtigte Frage zu stellen, ob nicht in der EU - und heute habe ich gelesen in der "Kronen Zeitung" weist Herr Kollege Dr. Bauer mit Recht darauf hin, daß wir eigentlich Milliarden Schilling in der EU flach liegen haben. Wir zahlen brav rein, aber wir sind nicht interessiert daran, daß wir überhaupt irgendwelche Gelder wiederum zurückbekommen. Die berechtigte Frage würde sich stellen: Wenn wir schon einen so wesentlichen Beitrag für die Außengrenze von Schengen leisten müssen, ob nicht im sogenannten Kohäsionsfonds der EU, wo 32 Milliarden Schilling im Jahr nicht behoben werden, für unterentwickelte Gebiete, für wirtschaftlich strukturschwache Gegenden, wo nachgezogen wird, ob nicht hier eine Möglichkeit bestünde. Aber man muß einmal bittstellig und vorstellig werden und einmal einbekennen, wie schlecht wir wirklich, finanziell scheinbar nicht in der Lage sind, es selbst zu bewerkstelligen. Ob wir da einige Gelder dafür einmal lukrieren würden, und wo gezwungenermaßen auch diese Gelder dann am schnellsten Weg ausgegeben werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich nur den letzten Artikel da "Verwirrung um Schengen-Beitritt. Sind unsere Grenzen noch löchrig", von Klaus Bandi, den habe ich gemeint. Ich habe mit ihm gesprochen. Und dieser Herr Klaus Bandi, ich glaube schon, daß der sehr viel Ahnung hat von

der Sicherheit, weil er sich auch entsprechend bildet und auch bei wesentlichen Tagungen entsprechende Unterlagen zur Verfügung hat, diese auch liest. Und das ist ja die Grundbedingung. Nicht nur, daß ich sie in der Lade habe, sondern daß ich mich halt einmal wirklich dazu aufraffe und auch lese so wie auch den bayerischen Grenzpolizeibericht, der so dick ist, mit Statistiken, wo genau die Wanderungsbewegungen eingezeichnet sind, die in drei riesigen Strömungen von Weißrußland, Rußland, über die Ukraine, über Polen, über die tschechische Grenze und jetzt zum Teil ausweichen über Österreich, kommen. Die zweite Route führt von der Türkei über die Balkanländer über Österreich, über die burgenländische Grenze. Und die dritte kommt ebenfalls von Albanien über die Balkanländer, geht aber dann über Italien und kommt von der Südgrenze Österreichs. Das sind die Dinge. Und er schreibt hier wirklich: "Vollbeitritt 1997 oder erst 2000?" Die Kritik kommt nicht von ungefähr, wenn der deutsche Bundesminister Kanter immer wiederum darauf hin ... (Abg. Hiller: Herr Kollege Preiszler! Die letzten fünfmal, die ich in Deutschland war, wurde ich kein einziges Mal aufgehalten und kontrolliert! Die winken auch nur durch!)

Herr Kollege, ich rede jetzt vor allem. Daß nicht jedes Fahrzeug kontrolliert werden kann, ist mir vollkommen klar. Ansonsten haben wir einen Stau von Budapest bis nach München, jetzt in der Hauptreisezeit. Was ich meine ist die internationale Zusammenarbeit. Daß man technisch ausgerichtet ist mit den SIS-Informationen, mit Europol. Daß die auch ein Instrumentarium in die Hand bekommen. Und daß man das auch ratifizieren muß. Daß man sagt, daß sie auch Exekutivgewalt haben. Dann kann man operativ vorgehen. Aber solange wir nicht einmal in der Lage sind, eine zusammengewürfelte Einheit an die Grenze zu stellen und keine voll ausgebildete, schon intakte, bestens ausgerüstete Grenzgendarmarie oder Grenzeinheit haben, kann lange davon keine Rede sein. Und die Deutschen werden uns, aber nicht nur die Deutschen, die Belgier und die Holländer genauso, die sind jetzt schon in der zweiten Stufe, während wir die erste noch verschlafen haben. Die haben den sogenannten Sicherheitsschleier hinten. Die machen sich Gedanken darüber, was ist jetzt, wenn wirklich grenzenlos von Amsterdam oder von England von mir aus, wenn es beitrifft, bis runter bis nach Österreich einmal durchgefahren werden kann. Was passiert da? Daß das eine Menge von Kriminalität nach sich zieht, ist logisch, ist selbstverständlich. Auch daran muß man denken: Wie man dann mit modernen Geräten, mit

modernen Informationssystemen diesen Dingen Einhalt gebieten kann.

Jetzt noch zum Bundesheer: Ich habe schon gesagt, der Bundesheereinsatz an der Grenze ist eine Verlegenheitslösung. Ist es, bleibt es - und zwar deswegen, ich habe es schon gesagt, wir sind das einzige Land in Europa, das seine Außengrenze mit Militär absichert. Weil die Bundesregierung öffentlich versagt hat, nicht in der Lage war, etwas Effizientes zu machen. Das Bundesheer ist ja mit rechtlichen Befugnissen bitte nicht ausgestattet. Die bemühen sich redlichst. Die bemühen sich, sind sehr bereit, etwas Positives zu machen. Nur fehlt ihnen halt zum Großteil die Ausbildung. Und es fehlt ihnen dann letztendlich - und da braucht man dann wiederum die Exekutive dazu - das Festnahmerecht und verschiedene andere Dinge. Das ist keine Polizei bitte. Das ist ganz klar. Und es ist auch so, daß die, wenn sie jetzt aus Kärnten oder woher immer kommen, an der burgenländischen Grenze oder vielleicht auch bald in Niederösterreich sein werden, daß die in drei Monaten bestenfalls einmal Ortskenntnisse haben, sodaß sie bei finsterner Nacht wirklich wissen, ohne Fokus, wo sie sich bewegen. Und daß sie einmal die Geländekenntnisse bekommen, von den Orts- und Personenkenntnissen keine Spur. Das braucht Jahre. (*Abg. Schittenhelm schüttelt den Kopf.*) Nein, das ist nicht von mir, weil Sie den Kopf beuteln, Frau Kollegin, sondern das sagen die Leute, die sich seit Jahrzehnten damit befassen. Und die werden das sicher wissen. Das ist ja nicht so, weil da müssen sie ein menschliches Wunder sein, wenn sie glauben, jetzt, wenn sie irgendwo hinkommen, daß sie sich binnen ein paar Tagen dann zurechtfinden bei Nacht und Nebel, ohne mit der Taschenlampe zu gehen. Das alles sind die Dinge, worum es geht.

Und es gibt auch noch zwei Rechnungshofberichte, bitte, die auch sagen, weil immer wiederum die Rede davon ist, das Bundesheer wäre so billig. So billig ist es nicht. Da gibt es zwei Rechnungshofberichte. Ich habe einen schon einmal vor zwei Jahren, glaube ich, präsentiert, nur auszugsweise. In diesem wird genau festgehalten, daß eigentlich die ganze Sache gar nicht so billig ist. Und daß letztendlich durch den militärischen Aufbau vor Ort viel Struktur verlorengelht, weil das Bundesheer eben militärisch gestaffelt ist und die Infrastruktur fehlt.

Meine Damen und Herren! Ich persönlich sage, daß es eine Notlösung ist. Daß die Regierung baldigst aufgefordert wird, jetzt endlich einmal etwas zu machen. Und daß auch wir im Land nicht nur immer davon reden und beteuern bei

Festreden, wie gut wir eigentlich sind, sondern den Tatsachen ins Auge sehen. Um endlich einmal das nachzuholen, was andere schon Jahre vor uns gemacht haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Pietsch zu Wort.

Abg. PIETSCH (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! In Kenntnis der Unterlagen, die der Herr Kollege Preiszler hier gezeigt hat, darf ich doch ein etwas positiveres Bild über die Grenzsicherung und über die innere und äußere Sicherheit Niederösterreichs hier bringen.

Der Bereich Sicherheit wurde in diesem Haus schon einige Male thematisiert. Ich verweise hier auf Anträge vom 15. Mai 1996, 9. Oktober 1996 und 19. Juni 1997 sowie auf den Inhalt einer Aktuellen Stunde. Durch die Ostöffnung, die Budgetkonsolidierung, aber auch die Diskussion über eine allgemeine Wehrpflicht bzw. über ein Berufsheer wird der Begriff Sicherheit immer häufiger in den Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen gerückt. Der Begriff umfassende Sicherheitspolitik hat den Fragen der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Stabilität ebenso Bedeutung beizumessen, wie die Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Die derzeitige Situation sowohl für den Bereich innere als auch äußere Sicherheit erfordert neue Strategien. Sicherheit für einzelne Staaten kann es nur im Rahmen gesamteuropäischer Sicherheit geben und kann dies nicht länger ausschließlich als militärisches Problem alleine betrachtet werden.

Da der heutige Antrag "Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der NÖ EU-Außengrenze" auch gravierende Auswirkungen auf die innere Sicherheit haben wird, darf ich erstens Aspekte bezogen auf die innere Sicherheit und zweitens bezogen auf die äußere Sicherheit für das Bundesland Niederösterreich Ihnen darlegen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf den Antrag des Abgeordneten Preiszler eingehen, der durch den heutigen Antrag der Abgeordneten Dr. Strasser und Uhl u.a. als erledigt anzusehen ist. Die Vorsorge für die Erhaltung der inneren Sicherheit Niederösterreichs ist primär Aufgabe des Innen- und Justizressorts. Es ist aber gerade unsere Aufgabe, durch Anträge und Resolutionen auf Maßnahmen hinzuweisen, die eine Verbesserung dieser inneren Sicherheit bringen sollen. Die Erhaltung der inneren Sicherheit ist in der jüngeren Vergangenheit zu einer immer komplexeren Aufgabe geworden, die immer weniger auf innerstaatliche Maß-

nahmen beschränkt werden kann. International organisierte Kriminalität kann nur gemeinsam mit anderen Ländern wirksam und erfolgversprechend bekämpft werden.

Trotz der Budgetkonsolidierung des Bundesministeriums für Inneres ist man bestrebt, das Niveau des Sicherheitsdienstes möglichst auf dem gegenwärtigen Stand zu halten und die Sparmaßnahmen auf den internen Bereich zu beschränken. Allerdings inkludiert gerade dieses Bestreben das Umsetzen von Maßnahmen, mit denen durch Straffungen und Umschichtungen im innerdienstlichen Bereich zwar die Einsparungsvorgaben erfüllt werden können, ohne daß dies sich aber nach außen hin nachteilig auswirkt.

Das Landesgendarmeriekommando Niederösterreich hatte für 1996 zwar 50 Planstellen einzusparen, die Einsparung wurde unter Zugrundelegung einer Belastungsstudie durchgeführt. Aber aufbauend auf diese Studie ist ein auf die tatsächliche Belastung abgestimmter Planstellenausgleich möglich gewesen. Das heißt, Anpassung des systemisierten Personalstandes von Dienststellen an deren tatsächlichen Arbeitsanfall, dem regionalen Bedarf entsprechend. Dieser Einsparung von 50 Planstellen stand aber die Zuspensierung, wie es der Antragsteller schon gesagt hat, von 170 Planstellen für den Grenzdienst gegenüber. Der Aufbau des Grenzdienstes im Rahmen der Gendarmerie liegt nach wie vor im Zeitplan. Weiters wurde das Dienststellenstrukturkonzept 1991 mit der Zusammenlegung von 44 Gendarmerieposten abgeschlossen. Es erfolgt weiterhin eine kontinuierliche Anpassung an sich ändernde Verhältnisse, die gewährleisten sollen, daß mit den vorhandenen Mitteln eine Optimierung an Sicherheitsdienstleistung zustande gebracht wird. Auf Grund der Aussagekraft der polizeilichen Anzeigenstatistik, der gerichtlichen Verurteilungsstatistik und der Statistik der Rechtspflege ist es ersichtlich, daß die Gesamtsumme aller gerichtlich strafbaren Handlungen in Niederösterreich um etwa 12,4 Prozent zurückgegangen ist. Interessant ist hier auch die Tatsache, daß in Niederösterreich der Anteil an Fremdenkriminalität ebenfalls um 13,4 Prozent zurückgegangen ist. Ich meine, daß die verstärkten Grenzkontrollen im Bereich des Burgenlandes auch nach Niederösterreich schon durchgeschlagen haben und Wirkung gezeigt haben.

Wenngleich bei den traditionellen Erscheinungsformen der Kriminalität die Situation etwas entspannt scheint, sind die zukünftigen

Aussichten im Hinblick auf das organisierte Verbrechen weltweit wenig beruhigend. Als Ursache dieser Entwicklung können die politischen Veränderungen des Ostens, die Öffnung der Ostgrenzen, die damit verbundene zahlenmäßige hohe Immigration - Kollege Preiszler hat es hier in einem Schaubild dargestellt -, die weitere Liberalisierung des Reiseverkehrs in den Ländern Europas und der Wegfall der europäischen Binnengrenzen genannt werden. Und der rasante Anstieg in der Kriminalität weltweit ist auch, zumindest was die geographische Lage Österreichs und Niederösterreichs betrifft, hier zu beurteilen.

Ich bin nicht der Meinung, daß eine Sicherheitsakademie nicht notwendig wäre. Ich meine, daß eine Sicherheitsakademie sehr wohl notwendig ist. Denn wenn ich allein diesen Aspekt betrachte, Herr Kollege Preiszler, nur wenn ich bestens ausgebildetes Personal habe, kann ich im Bereich dieser Kriminalität bestehen und mich auch dagegen wehren. Das Geld, das muß man aufbringen, das ist keine Frage. Aber die Akademie abzulehnen finde ich nicht für richtig.

Wesentliche Erscheinungsformen dieser Kriminalität, die man im Zusammenhang mit der Grenzsicherheit sehen kann, sind das Schlepperwesen, der illegale Waffenhandel, Handel mit Munition und sonstigem Kriegsmaterial, die Suchgiftkriminalität wie auch kriminelle ethnische Gruppierungen, die einsickern, und dieser auch immer mehr in Mode gekommene Kraftfahrzeugdiebstahl und das Verschieben von Kraftfahrzeugen. Und daher ist, meine ich, eine effiziente Grenzsicherung natürlich unumgänglich notwendig. Um gegen diese Erscheinungsformen mobilisieren zu können, reichen die sehr guten nationalen Sicherheitseinrichtungen nicht mehr aus, sondern es muß länderübergreifend - wie Du gesagt hast, Interpol, Europol etc. - vorgegangen werden.

Nun zur äußeren Sicherheit, nämlich zum Grenzdienst der Bundesgendarmerie und einem möglichen Assistenzinsatz des Bundesheeres an der niederösterreichischen EU-Außengrenze. Ich bin nicht der Meinung des Kollegen Preiszler, daß man hier von einem Kabarett zu sprechen hat. Dieser Einsatz des Bundesheeres im Burgenland ist vielmehr harte Realität. Fest steht, daß auf Grund des Schengener Abkommens - entsprechend jüngster Meldungen erst ab Beginn 1998 wirksam - zur Sicherung der in Niederösterreich liegenden EU-Außengrenzen rund 870 Bedienstete notwendig wären oder sind. Zwar wurden im Jahr 1996 110 Beamte aus den westlichen Bundesländern dienstzugeteilt und weitere Perso-

nalerhöhungen vorgenommen, aber es fehlen zur Erfüllung des Auftrages derzeit rund 300 Exekutivbeamte. Niederösterreich hat 414,3 Kilometer EU-Außengrenze - davon zu Tschechien 333 Kilometer und zur Slowakei 80 Kilometer - zu überwachen. Nach Vollausbau soll Niederösterreich mit 21 Grenzdienststellen, davon 9 Grenzkontrollstellen und 12 Grenzüberwachungsposten bestückt werden. Derzeit sind davon 19 realisiert, wobei aber der Personalstand noch zu wünschen übrig läßt. Es sind derzeit etwa 550 Beamte an der Grenze eingesetzt. Bisher wurden im Bereich Niederösterreich im Zeitraum 1991 bis 1996 4.008 Aufgriffe verzeichnet. Diese Aufgriffe wurden im Zuge der Überwachung der grünen Grenze durch eine ständige Präsenz mobiler Streifen erreicht. Seitens meiner Fraktion darf ich feststellen, daß ein Einsatz des Bundesheeres an der niederösterreichischen Grenze für äußerst notwendig und effizient anzusehen ist und wir diesen Assistenzeinsatz äußerst begrüßen.

Der Einsatz des Bundesheeres, Kollege Preisler, ist sicherlich keine Dauerlösung. Man muß diesen Einsatz in Form eines Beispiels kommunizierender Gefäße sehen. Wenn ich das Bundesheer eingesetzt habe, so lange eingesetzt habe, bis das Innenministerium in der Lage ist, die Grenzsicherung durchzuführen, dann kann ich das Bundesheer von dieser Aufgabe wieder entbinden. Und ich glaube sehr wohl, wenn Du meinst, daß man nicht weiß, warum das Bundesheer einzusetzen ist, daß dieser Einsatz des Bundesheeres genau im § 2 des Wehrgesetzes geregelt ist. Wenn man hier nachliest, weiß man, für welche Aufgaben das Bundesheer in Österreich einzusetzen ist.

Um die Effizienz dieser Grenzsicherung erheblich zu steigern meine ich, daß auch in Niederösterreich dieser Assistenzeinsatz notwendig ist. Ich darf hier als Beispiel auf den Einsatz im Burgenland verweisen. Dort werden ebenfalls etwa 400 Kilometer Grenze mit zwei Bataillonen in der Stärke von 2.100 Mann gesichert. Die Koordination unterliegt dem Militärkommando Burgenland. Es wäre vorstellbar, daß man in Niederösterreich genauso verfährt und etwa dieselbe Anzahl an Personal durch das Militärkommando Niederösterreich im Assistenzeinsatz an der Grenze führen läßt.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, wie erfolgreich dieser Einsatz des Bundesheeres im Burgenland ist. Im Zeitraum vom 1. Jänner 1996 bis 27. Oktober 1996, das heißt, in nicht einmal knapp einem Jahr, gab es durch das Bundesheer 2.800 Aufgriffe. Wenn ich dagegenstelle, im Zeit-

raum 1991 bis 1996 in Niederösterreich 4.000 Aufgriffe, so kann man sehr wohl sagen, daß dieser Einsatz gerechtfertigt und effizient wäre. Obwohl, wie Du meinst, die Soldaten zu wenig ausgebildet wären. Vielleicht ist das so. Aber ich glaube, auch hier kann man Ausbildungsdefizite durch entsprechende Ausbildung nachholen. Bis zur Erreichung des Sollstandes des Grenzdienstes der Bundesgendarmerie müssen eben diese Sicherheitsdefizite durch den Einsatz des Bundesheeres in Form dieses Assistenzeinsatzes ausgeglichen werden, um andererseits dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in den grenznahen Regionen Niederösterreichs Rechnung zu tragen.

Um einen ähnlichen Überwachungsdienst wie im Burgenland zu erreichen, ist es, glaube ich, notwendig, auch an niederösterreichischen Grenzen zur Überwachung der Bewegungslinien und des Zwischengeländes eine ähnlich starke Anzahl von Soldaten einzusetzen. Weiters darf ich bemerken, daß für eine optimale Sicherung der Grenzen gegen illegale Übertritte nicht nur Personal, sondern auch eine fachspezifische Ausbildung und modernstes Gerät - ich weiß, das kostet Geld - wie Terminals, Paßlesegeräte, Wärmebildkameras, Nachtsichtgeräte, Restlichtverstärker usw., notwendig sind. Und da ja die Truppe auch beweglich sein soll, muß man zur großräumigen Steuerung des Kräfteinsatzes und zur Überwachung des Zwischengeländes bei Tag und Nacht vermehrt Luftfahrzeuge und geländegängige Kraftfahrzeuge - ich denke hier an den "Pandur", ein ausgezeichnetes Gerät österreichischer Herstellung - mit Nachtsichteinrichtungen einsetzen.

Ein europäisches Sicherheitssystem für das Ende der neunziger Jahre und für den Beginn des kommenden Jahrhunderts wird wegen der reduzierten Bedrohung nicht die Gestalt eines Militärbündnisses haben. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß ein künftiges Sicherheitsmodell sehr flexible Strukturen - als Beispiel "partnership for peace" da sind wir bereits dabei, oder auch die berühmten "Petersburger Aufgaben", die ja definiert sind - aufweisen wird, sodaß für große wie auch für kleine Staaten vielfältige Sicherheitsstrategien möglich werden. Österreich kann bei solchen Aktionen als gleichberechtigter Partner mitwirken, sich solidarisch an Aktionen beteiligen, ohne Garantien einer kollektiven Verteidigung einzufordern. Das europäische Sicherheitssystem der Zukunft wird nicht darin bestehen, daß alle Staaten einem Militärbündnis angehören. Sondern Staaten mit einem Bündnis werden mit Staaten ohne militärische Bindung im Bereich der Sicherheit kooperieren. Trotzdem gilt es auch für uns,

neue Entwicklungen innerhalb des derzeitigen europäischen Militärbündnisses zu beobachten, die erkennen lassen, daß dieses Bündnis nicht nur auf der Basis kollektiver Verteidigung operiert, sondern mit Hilfe flexiblerer Strukturen um neue Antworten auf Fragen der europäischen Sicherheit bemüht ist. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als vorläufig letzter Redner gelangt Herr Abgeordneter Klupper zu Wort.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte auf einige Ausführungen von Herrn Kollegen Preiszler eingehen. Einerseits habe ich bei ihm herausgehört ein Defizit an Möglichkeit, über Sicherheit in diesem Haus zu reden und den Vorwurf, daß Anträge im Bereich Sicherheit hier verschleppt werden oder nicht entsprechend behandelt werden. Herr Kollege! Ich glaube, es gibt kein Thema, über das in diesem Haus so viel debattiert wurde in den letzten zwei Jahren wie die Sicherheitsfrage. Es ist berechtigt. Ich stehe dazu, weil diese Frage natürlich die Menschen in unserem Land berührt und weil es in diesem Bereich Probleme gibt. Aber ich glaube, daß gerade wir in diesem Haus uns mit diesen Fragen sehr stark auseinandersetzen. Daß wir diese Fragen sehr intensiv debattieren. Daß wir Anträge gestellt haben, die auch an den Bund gehen und daß wir, glaube ich, damit beigetragen haben und beitragen, daß im Sicherheitsbereich etwas weitergeht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu einem anderen Punkt, den Du immer wieder bringst. Und zwar bringst Du Vergleiche mit anderen Staaten in Frage Kriminalitätsbekämpfung und der Kriminalität. Und Du nennst in diesem Zusammenhang oft auch Staaten des ehemaligen Ostblocks hier in der Debatte. Ich glaube, egal ob im Westen oder im Osten, viele der Staaten, die Du nennst - ich möchte nicht sagen alle, aber ein Großteil dieser Staaten - wären froh, wenn sie einen solchen Sicherheitsstandard hätten wie wir in Österreich ihn aufzuweisen haben. Ich glaube, das ist auch klar: Denn alles andere, was hier kommt, geht in den Bereich von Panikmache. Geht in den Bereich von Verunsicherung. Und die Frage der Sicherheit ist ein sehr sensibles Thema, das man wirklich sachlich behandeln soll und wo man nicht versuchen soll, vom Rednerpult herab Unsicherheiten hinauszuposaunen. *(Beifall bei der ÖVP sowie den Abg. Uhl und Pietsch.)*

Und die Frage von Schengen, Schengen-Staaten, Schengen-Abkommen: Natürlich haben wir derzeit noch gewisse Probleme und es gibt Schwierigkeiten im Grenzbereich. Aber bitte, diese Schwierigkeiten haben auch die Staaten, die Du so oft nennst. Deutschland bitte kann auch nicht verhindern, daß über die tschechische Grenze Illegalität hineinkommt. Natürlich bekämpfen sie das, wie wir das auch machen. Aber sie können es nicht völlig verhindern. Die Franzosen können nicht die Küste dicht machen und können nicht verhindern, daß in Frankreich Illegale über die Häfen in das Land kommen. Trotz aller Maßnahmen, die sie setzen, ist es nicht möglich. Und es wird auch bei uns, wenn wir alles einsetzen, nicht möglich sein, wirklich lückenlos zu verhindern, daß es da oder dort Versuche gibt und daß auch Versuche manchmal gelingen, über die Grenze illegal in unser Land zu kommen. Wir müssen diese Dinge realistisch sehen, alles andere, glaube ich, wäre ein Vorgaukeln von Möglichkeiten, die es in Wirklichkeit nicht gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich muß man sagen, daß im Zusammenhang mit der Überwachung der Grenze Maßnahmen notwendig sind. Sinnvolle Maßnahmen. Zum Beispiel ist eine der Maßnahmen natürlich die Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten. Ich muß sagen, daß hier ein gewisses Defizit herrscht. Wenn ich unsere Leute, die im Grenzdienst eingesetzt sind, an der Grenze frage, habt ihr Kontakt mit den slowakischen Grenzpolizei- oder den Zollbehörden auf der anderen Seite, so kann man das im Abfertigungsbereich noch feststellen, nicht mehr aber bei der Überwachung der grünen Grenze. Ähnliches passiert in Ungarn. Ich glaube, hier wäre es notwendig, weil im Interesse beider Staaten gelegen, daß hier eine gemeinsame Vorgangsweise Platz greifen muß. Und da muß ein Hemmnis beseitigt werden, das ist das Sprachhemmnis. Die können einander meistens nicht verstehen. Die Slowaken, die Tschechen und die Ungarn können noch ein bißchen deutsch. Aber unsere an der Grenze können die Sprache nicht. Und daher ist es auch schwierig, die Kontakte und die Auskünfte und die Beobachtungen dementsprechend zu koordinieren. Ich glaube daher, daß zur Ausbildung der Grenzgendarmarie eine Sprachausbildung mit dazu gehört, damit in Hinkunft auch tatsächlich hier eine Verbesserung eintreten kann.

Zum gemischten Einsatz, zum Einsatz Bundesheer im Assistenzeneinsatz und Grenzgendarmarie möchte ich sagen, dort, wo dieser Einsatz gemischt erfolgt wie im Burgenland aber auch

zum Beispiel in einem kleinen niederösterreichischen Teil, nämlich in Berg - hier erfolgt so ein gemischter Einsatz - dort stellen wir fest, daß dieser Einsatz sehr effizient ist. Denn es gibt dort die meisten Anhaltungen und Aufgriffe. Und ich habe schon bei der letzten Budgetdebatte gesagt, man soll sich nicht täuschen. Man soll nicht glauben, wenn es in einem Bereich wenige Aufgriffe gibt, daß es dort keine Kriminalität und kein Schlepperwesen gibt. Aufgriffe sind ein Zeichen, daß dort verhindert wird. Wir haben zum Beispiel im Raum Berg - im heutigen "Kurier" können wir das wieder feststellen - wirklich die meisten Aufgriffe, in einer guten Zusammenarbeit dort zwischen der Grenzgendarmerie und dem Bundesheer. Und so soll man das auch, glaube ich, sehen. Das Bundesheer kann die Aufgabe der Grenzüberwachung der Grenzgendarmerie nicht abnehmen. Aber solange wir nicht den notwendigen Stand - 665 oder 685, jetzt fällt mir die Zahl nicht genau ein, die fixiert ist - solange wir diesen systemisierten Stand, der ohnehin ein Minimum darstellt, denn es gibt so eine Schengen-Faustformel die sagt, ein Kilometer grüne Grenze - drei Personen, die kriegen wir sowieso nicht zusammen, da müßten wir bedeutend mehr haben, solange also dieser Mindest-Personaleinsatz nicht möglich ist, solange sollten wir auf die Möglichkeiten des Assistenzeinsatzes durch das Bundesheer zurückgreifen.

Ich möchte betonen, daß im Grenzbereich in der letzten Zeit vieles geschehen ist. Es hat sich bei der Ausstattungen der Posten, es hat sich bei der Geräteausstattung zweifelsohne vieles verbessert. Was uns nicht gelungen ist, das ist die Frage der personellen Besetzung. Da gibt es Nachholbedarf, da gibt es Versäumnisse, darüber sind wir uns alle im klaren. Wir haben auch hier in diesem Haus darüber gesprochen, man soll die Ausbildungskapazität nützen, weil die Ausbildungsstätten der Gendarmerie eigentlich leer gestanden sind einige Zeit, obwohl wir wußten, daß wir Personal brauchen werden. Und wenn heute Personal aufgenommen wird, dann wissen wir, daß dieses Personal bei der Grenzgendarmerie frühestens in einem Jahr zum Einsatz kommen kann. Es kommt eben niemand als ausgebildeter Gendarmeriebeamter auf die Welt. Er muß ausgebildet werden. Und wir können rechnen, die Aufnahmen von heute bedeuten einen echten vollwertigen Einsatz an der Grenze in einem Jahr. Daher glaube ich, gilt es, diesen Zeitraum zu überbrücken. Die Maßnahmen, weitere Zuteilungen aus anderen Bundesländern vorzunehmen, werden wahrscheinlich nicht greifen. Das kann nur eine kurzfristige Maßnahme sein. Ich glaube, daß wir bis zur Erreichung des

Personalstandes bei der Grenzgendarmerie ganz einfach den Assistenzeinsatz des Bundesheeres als eine vorübergehende aber sinnvolle Aufgabe wahrnehmen sollten. Und das sollten wir beim Bund beantragen. Dazu steht unsere Fraktion. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Pietsch.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. GRATZER (FPÖ): Ich verzichte.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Er verzichtet. Wir gelangen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 591/B-20/2 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Landtagsvorlage 591/B-20/2 befaßt sich mit der Tätigkeit der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung für den Schutz der Landesbediensteten in den Jahren 1995 und 1996. Diese Vorlage besteht aus fünf Teilen, einem allgemeinen, einem Teil, in dem die Prüfungsinhalte angeführt sind, die wesentlichsten Ergebnisse, einem Beratungsteil und einem mit statistischen Angaben. Ich darf aus den wesentlichen Ergebnissen nur einige wenige anführen. Nämlich die Beanstandung, daß bei Maschinen häufig das Fehlen von Schutzschaltern beanstandet wurde. Daß bei Baumängeln - es wurden nur die wesentlichen Baumängel angeführt, so vor allem fehlende Brandabschnitte in der landwirtschaftlichen Fachschule Edelhof. Aber hier darf ich gleich, und das ist auch im Bericht enthalten, feststellen, daß die Umbauarbeiten dieses problematischen Punktes zwischenzeitlich bereits begonnen wurden. Festzustellen wäre am Schluß noch die Tatsache, daß die Kommission in diesen beiden Jahren 1.336 Mängel aufgezeigt hat. Damit darf ich den Antrag des Verfassungs-Ausschusses vorlesen betreffend den Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung für den Schutz der Landesbediensteten für die Jahre 1995 und 1996 *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der Kommission beim Amt der NÖ Landesregierung für den Schutz der Landesbediensteten für die Jahre 1995 und 1996 wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Danke für Bericht und Antrag. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses)*: Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Strasser, die Verhandlungen zur Landtagszahl 613/B-34/4 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zu Ltg. 613/B-34/4 betreffend Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates für das Jahr 1996.

Der Unabhängige Verwaltungssenat im Land Niederösterreich hat sich im Berichtszeitraum darum bemüht, seinen gesetzlichen Auftrag und seine Aufgaben im Sinne einer bürgernahen Verwaltung wahrzunehmen. Mit dem Betrieb der Außenstellen wurde ein Beitrag zur Dezentralisierung geleistet. Er legt dar, daß vor allem beim weiteren Ausbau in personeller und materieller Hinsicht zusätzliche Aufwendungen notwendig seien. Ich darf dazu den Antrag des Verfassungs-Ausschusses einbringen, der lautet *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 1996 wird zur Kenntnis genommen."

Ich möchte den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke auch hier für Bericht und Antrag. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Unabhängige Verwaltungssenat hat uns wieder einen Jahresbericht vorgelegt. Und es ist ganz interessant, die Entwicklung der Tätigkeit, die hier sehr umfangreich beschrieben wird. Im Detail geht es darum, wieviel Arbeit anfällt und in welchen Sparten gearbeitet wird. Und ich glaube, man sollte von dieser Stelle auch einmal jenen, die dort tätig sind im UVS herzlich danken. Weil sie ja immer unter sehr erschwerten Personalbedingungen ihre Arbeit verrichten.

Und wenn man sich ein bißchen anschaut, was da so erledigt wird, dann möchte ich doch auf einen Punkt zum Beispiel eingehen, der uns etwas zu denken geben soll. Wenn da steht auf Seite 14: Folgende Mängel mußten zusätzlich festgestellt werden oder kamen noch immer häufig vor. Da gibt es zum Beispiel einen Punkt, da steht, was anscheinend häufig vorkommt: Wenn während des Verwaltungsstrafverfahrens festgestellt wird, daß nicht die ursprünglich verfolgte Person, sondern eine andere der Täter ist, dann ist das eingeleitete Strafverfahren gegen die ursprünglich verfolgte Person einzustellen. Dies erfolgt nicht immer. Das ist eigentlich schon etwas, wo man ein bißchen erschüttert ist, wenn man das liest im Jahr 1997. Daß jemand unschuldig verfolgt wird, und daß das öfter vorkommt, daß das Verfahren gegen den nicht eingestellt wird. Und daher denke ich, sollte vielleicht UVS auch bei seiner Berichterstattung in Zukunft eine Methode anwenden, die zum Beispiel die Volksanwaltschaft verwendet oder auch der Finanzkontroll-Ausschuß. Daß er direkt jene Stellen im Bericht anspricht, wo so etwas vorkommt. Ich denke, daß man damit vielleicht dem Abstellen gewisser Mängel etwas näher kommt. Wenn zum Beispiel im Bericht detailliert ausgeführt wird, welche Behörde zum Beispiel Strafverfahren gegen Unschuldige nicht einstellt. Genauso wie bei der Volksanwaltschaft natürlich personenmäßig anonymisiert, auf die Dienststelle beschränkt. Aber trotzdem weiß man, wo derartige Mängel bestehen. Und daher glaube ich, könnte man mit dieser Methode einen Schritt weiter kommen in Richtung der Verbesserung der Verwaltung, aber natürlich auch mehr demokratische Rechte für die Bürger.

Ich habe bei der Budgetdebatte einen Resolutionsantrag eingebracht zur Personalsituation. Heute haben wir den Bericht, den wir diskutieren, der an und für sich zum Zeitpunkt der Budgetdebatte schon vorhanden war, also man hätte ihn

damals schon lesen können. Aber ich möchte den Bericht noch einmal vortragen, nämlich auf Seite 7.3 die Personalsituation, weil das schon sehr ernst ist, was da steht. Im Berichtszeitraum waren 24 Mitglieder im Dienst. Trotz der bereits angeführten Maßnahmen bei den Verhandlungen, welche vor allem Arbeitszeit der Mitglieder einsparen, ergab sich mit Rücksicht auf die aus den Vorjahren noch vorhandenen unerledigten Aktenrückstände ein dringender Personalbedarf. Durch das leichte Zurückgehen der Eingangszahlen im Jahr 1996 und durch den Fleiß der Mitglieder konnten im Jahr 1996 mehr Akten erledigt werden als einlangten. Trotzdem ergibt sich noch immer ein Gesamtrückstand von rund 11 Monaten bzw. aufgerundet von einem Jahr. Zum Abbau dieses Rückstandes und zur Erreichung kürzerer Entscheidungszeiten, welche einen wesentlichen Beitrag zur Bürgernähe und zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Unabhängigen Verwaltungssenates als Kontrollinstanz bedeuten, ist die Zuweisung weiterer Mitglieder unbedingt und dringend erforderlich. Trotz intensiver Bemühungen des Vorsitzenden erfolgte im Berichtszeitraum keine Personalaufstockung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Bericht in dieser Form lesen wir ja nicht zum ersten Mal. Diese Feststellung ist ja nicht das erste Mal getroffen. Und trotzdem wird der Bericht meistens zustimmend zur Kenntnis genommen. Man dankt dem UVS, aber es kümmert sich eigentlich niemand darum, wie man hier wirklich Abhilfe schaffen könnte. Wie man hier, wie das drinnen steht, die Bürgernähe fördern könnte. Der Herr Landeshauptmann propagiert ja immer, die Landeshauptstadt bedeute, näher zum Bürger, näher zur Sache. Hier wäre es doch wichtig, wenn man dem Bürger näher käme. Hier geht es nämlich um demokratische Rechte und Bürgerrechte.

Wenn man sich einmal anschaut, wie viele Planstellen macht denn das wirklich aus? Das bewegt sich in dem Bereich um zwei, drei Planstellen, mit denen man wirklich das Problem lösen könnte. Um den Bürgern zu ihrem Recht zu verhelfen, daß die Bearbeitung nicht mit einem Jahr Rückstand geschieht, sondern daß man langsam aufarbeiten könnte und dann irgendwann einmal wirklich die Arbeit zeitgerecht zur Zufriedenheit aller erledigen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Landtages! Ich ersuche daher, weil ich den Resolutionsantrag noch einmal einbringe, diesen Antrag auch unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, daß das lösbar ist. Daß es überhaupt kein Mirakel ist, auf einen längeren Zeitraum zwei, drei Planstellen - vielleicht sind es auch vier - zu schaffen, um hier wirklich jene Bür-

gernähe, die immer propagiert wird, auch in die Tat umzusetzen. Ich bringe daher folgenden Resolutionsantrag ein (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Gratzler zum Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 1996, Ltg. 613/B-34/4, betreffend Unabhängiger Verwaltungssenat - Personal.

Die jährlichen Berichte des Unabhängigen Verwaltungssenates dokumentieren eindrucksvoll die Notwendigkeit dieser Einrichtung und den großen Arbeitsumfang. Stets wird darauf hingewiesen, daß mit dem derzeitigen Personalstand nicht das Auslangen gefunden wird. Die Volksanwaltschaft hat in ihrem Tätigkeitsbericht 1996 diesen Zustand bestätigt und darüber hinaus an Hand von Beispielen festgestellt, daß durch diesen Personalmangel Bürger in ihrem Recht beschnitten werden, wobei vornehmlich der Erledigungszeitrahmen angesprochen wurde. Im Sinne der demokratischen Weiterentwicklung unseres Landes sollte diesem Umstand Rechnung getragen werden.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung insbesondere der Herr Landeshauptmann wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung tätig zu werden und innerhalb von zwei Jahren die Personalprobleme beim Unabhängigen Verwaltungssenat zu lösen."

Ich darf daher noch einmal zusammenfassen. Wenn hier steht, und ich glaube, diesen Satz des Berichtes sollte man schon sehr ernst nehmen: Trotz intensiver Bemühungen des Vorsitzenden erfolgte im Berichtszeitraum keine Personalaufstockung, dann geht es nicht um irgend etwas. Sondern es geht wirklich um ernsthafte Bemühungen. Und da geht es auch nicht um die Einführung eines unheimlich riesigen Personalapparates, sondern ganz einfach um die Bewältigung einer wichtigen Aufgabe. Und daher suche ich um Ihre Zustimmung.

Wenn es aber heute und hier um den Verfassungs-Ausschuß geht und gerade die letzten Tage im Licht einer Wahlanfechtung gestanden sind, so möchte ich schon ein paar Worte dazu sagen. Weil es glaube ich wichtig ist, auch von hier aus Stellung zu nehmen. Der Verfassungsgerichtshof hat einer

Wahlanfechtung, die von den Freiheitlichen in dem Fall eingebracht wurde, stattgegeben. Er hat ihr Recht gegeben. Hat erkannt, daß hier falsch gehandelt wurde. Hat erkannt, daß ein Bürgermeister, so wie es drinnen steht, gesetzeswidrig gehandelt hat. Und jetzt muß man sich einmal anschauen, wie in diesem Lande mit der Feststellung des Verfassungsgerichtshofes einer gesetzeswidrigen Handlung umgegangen wird. Wir können nicht erwarten und wir haben auch nicht erwartet, daß der Herr Bürgermeister in Demut und Reue bekennt, daß er fehlgehandelt hat. Das wäre wahrscheinlich zu viel verlangt. Aber es hätte schon gereicht, wenn er sein Handeln eingesehen hätte und erkannt hätte, daß es falsch war. Aber er macht genau das Gegenteil. Er sieht in dem Gerichtsurteil den geworfenen Fehdehandschuh, als wäre das ein Streit zwischen FPÖ und SPÖ. Als wäre das, ja, eine Banalität, als wäre das nicht immerhin die Feststellung des Höchstgerichtes. Und wenn der Herr Dr. Brader, der Vizebürgermeister der ÖVP, dem Herrn Bürgermeister Unfähigkeit vorwirft, so möchte ich mich dem nicht anschließen. Denn der Bürgermeister Willi Gruber ist kein unfähiger Mensch. Aber was ich feststelle: Er ist nicht mehr fähig, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden. Weil er nicht in der Lage ist, das Verfassungsgerichtshofurteil als das anzuerkennen, was es ist: Nämlich, daß es eine Gesetzeswidrigkeit festgestellt hat. Und ich glaube, das ist wirklich das Schlimmste, wenn in einer derartigen Situation in der Landeshauptstadt der Chef der Regierung, der Bürgermeister, sich selbst vom Täter zum Opfer erklärt und nicht mehr erkennt, daß schon noch die Täter zu verfolgen sind und nicht die Opfer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Uhl zu Wort.

Abg. UHL (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir hatten in diesem Haus, nämlich im Landtag von Niederösterreich, einen Dauerbrenner von seiten der Freiheitlichen. Das war damals eine Gemeindegemeinschaft. Scheinbar wird jetzt die Wahlanfechtung wieder so etwas. Es dürfte dem Herrn Klubobmann Gratzler auch entgangen sein, daß ich bereits bei der Budgetdebatte zu dem heute im Hause zu beratenden und beschließenden Antrag, also zum Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates gesprochen habe. Weil wir bereits die Unterlagen in Händen hatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser vorliegende Tätigkeitsbericht aus 1996 des Unabhängigen Verwaltungssenates wurde gemäß § 15 dieses Senates bei der 40. Vollversammlung am 13. Mai 1997 beschlossen. Das Aufgabengebiet und auch die gesetzliche Grundlage dieses Unabhängigen Verwaltungssenates ist die Bundesverfassung. Im Landesgesetz ist der Zweck genannt, die Sicherung der Gesetzmäßigkeit in der öffentlichen Verwaltung. Und dies umfaßt:

1. die Verfahren, außer Finanzstrafsachen, auf Grund von Verwaltungsübertretungen.
2. Beschwerden, wieder Finanzstrafsachen ausgenommen, von Personen, die sich in ihren Rechten verletzt fühlen.
3. Angelegenheiten, welche dem Unabhängigen Verwaltungssenat zugewiesen sind und
4. Beschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht.

Im vorliegenden Berichtszeitraum wurden keine zusätzlichen Aufgaben zugewiesen, keine zusätzliche Betrauung an den Unabhängigen Verwaltungssenat zugeführt. Sehr wohl geschah dies in den vorangegangenen Jahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir haben uns über diese schwierige Situation in diesem Bereich Gedanken gemacht. Und ich glaube, einige Ansatzpunkte, dies abzuändern bzw. hier eine spürbare Erleichterung herbeizuführen, wäre erstens einmal, daß dieser Unabhängige Verwaltungssenat neue Räumlichkeiten zur Verfügung erhält. Das nächste ist, die beiden Außenstellen haben sich wirklich mehr als bestens bewährt. Der Aktenanfall ist 1996 um 500 Fälle auf immerhin noch 3.900 zurückgegangen. Wieso diese meine Feststellung? Die Freiheitlichen haben bei der Budgetdebatte und auch heute wieder einen Resolutionsantrag über die Lösungsmöglichkeit durch Erhöhung des Personalstandes eingebracht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Unabhängigen Verwaltungssenat bereits bei Gesetzesentwürfen mit einzubeziehen, finde ich persönlich nicht sehr sinnvoll. *(Abg. Gratzler: Wer fordert das?)*

Ich weiß schon. Wenn Sie diesen Bericht, Herr Klubobmann, aufmerksam lesen, dann werden Sie sehen, daß das dort sehr wohl angeführt ist. Denselben Umstand der Begutachtung haben wir bereits bei der Volksanwaltschaft. Und wenn hier bereits im vorhinein Denkschulen festgesetzt werden, dann fürchte ich persönlich dabei wirklich um die Unabhängigkeit. Denn wenn hier bereits von einer Organisation, von einer Institution irgendwelche Richtlinien festgesetzt werden, dann

wird sicherlich nach diesem Richtlinien-Denkmu-ster die Entscheidung in Zukunft getroffen.

"Mehr Rechte für die Bürger" - da sind wir nicht nur Mitstreiter, da sind wir ganz vorne. Vom Verwaltungssenat wissen wir, und das ist auch im Bericht angeführt, daß sehr viel Zeit durch die einzelnen Verhandlungen vor Ort, das heißt, näher beim Bürger, aufgeht. Doch wir sind dafür. Wir sollten aber vielleicht versuchen, auf einer ande-ren Basis eine Entlastung herbeizuführen, die sinnvoll ist und ohne daß der Bürger in seinen Möglichkeiten, diesen Unabhängigen Verwal-tungssenat anzurufen, beschnitten wird. Ein An-satz zu dieser Entspannung ist sicherlich einmal die Anhebung, nicht die allgemeine, aber die sinn-volle Anhebung der sogenannten "Bagatellgren-ze", die derzeit bei 3.000,- Schilling liegt. Und das zweite ist sicherlich die Änderung der sogenann-ten generellen Kammerzuständigkeit. Der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch wird dann einen diesbezüglichen gemeinsamen Resolutionsantrag einbringen.

Hier wird auf Seite 12 des Berichtes entspre-chend ausgeführt: Zusammenfassend kann ge-sagt werden, daß die in dankenswerter Weise im Gesetz getroffenen Verbesserungen der Rah-menbedingungen für die Arbeit der Mitglieder - wobei neben der Gestaltung der Arbeitszeit die Möglichkeit der vorzeitigen Ernennung auf Dauer ebenfalls als besonders wichtig betont wird - zu einer beachtlichen zusätzlichen Motivation der Mitglieder führt. Dies wiederum war sehr wesent-lich für die im Probetrieb erzielte Leistungsstei-gerung um rund 20 Prozent. Die im Probetrieb erzielte Zahl der Erledigungen pro Mitglied und Jahr wurden im Berichtszeitraum gehalten bzw. geringfügig überboten (Leistungssteigerung um etwa drei Prozent). Daraus ersieht man, daß die erzielten gesetzlichen Rahmenbedingungen eine nachhaltige, positive Wirkung zeigen. Ausdrück-lich anzumerken ist allerdings, daß jede Lei-stungssteigerung ihre Grenze hat und daher wei-tere nennenswerte Steigerungen der Erledigungs-zahlen pro Mitglied bei gleichbleibenden Rahmen-bedingungen voraussichtlich nicht mehr zu erwar-ten sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Beschlußfassung des noch durch Abge-ordneten Dr. Michalitsch zu stellenden Resolu-tionsantrages wird auch das Problem Personalbe-darf geklärt werden. Einen wesentlichen Beitrag werden die neuen Büroräumlichkeiten und die entsprechenden technischen Einrichtungen, sprich EDV, bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die gute und vor allem sehr engagierte Einsatz-

freudigkeit und getane Arbeit aller Mitarbeiter des Unabhängigen Verwaltungssenates darf ich hier, so wie alle Jahre, ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön sagen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als näch-ster Redner gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch zu Wort.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehr-ter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der sechste Tätigkeitsbericht dieser jungen Rechtsschutzinstitution liegt uns heute vor. Eine Rechtsschutzeinrichtung, für die wir verantwortlich sind, weil wir der Gesetzgeber dafür sind. Der Bundesverfassungsgesetzgeber hat das ja vorge-sehen, gemeinsam mit dem Verwaltungsgerichts-hof, um die Sicherung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

Der UVS sichert diese Gesetzmäßigkeit un-weit von hier, derzeit am Neugebäudeplatz, bald im neuen "Tor zur Landeshauptstadt". Und er hat uns einen sehr interessanten, aufschlußreichen Bericht vorgelegt, woraus die Kollegen ja schon die Aufgaben des UVS hinreichend erörtert haben. Dezentral arbeiten 24 Mitglieder im Interesse der Bürger. Und es ist ganz interessant zu sehen, daß von den 3.900 Fällen, die der UVS im Jahr 1996 behandelt hat, 3.700 Strafverfahren sind. Das heißt, das ist nach wie vor die Hauptaufgabe.

Natürlich ist es so, daß in diesem Bereich eine ganz detaillierte Aufschlüsselung der Tätig-keiten vorliegt, wie das für kaum ein anderes Rechtsorgan vorliegt. Sei es die Aufstellung über die Gesetze, die hier angewendet wurden, sei es über die Zahl der Einlangungen. Hier ist alles ganz transparent und glasklar. Und daher verstehe ich auch, Herr Klubobmann Gratzner, daß Sie hier eine Anregung aufgreifen und sagen, da gibt es einen gewissen Rückstand, der mit einer Personalaufstockung bewältigt werden soll. Ich darf Ihnen allerdings sagen, daß es Steigerungen des Aktenanfalles und vermehrte Aufgabenstellungen in weiten Bereichen der Verwaltung gibt, wo ebenfalls eine bürgernahe Verwaltung im Interesse der Bürger vorhanden ist. Ob das im Gewerberecht ist, bei den Behörden erster Instanz, im Wasserrecht, im Naturschutzrecht, überall gibt es Steigerungen bis zu 200, 300 Prozent. Und wir sind, und bei der Budgetdebatte bot sich ja Gelegenheit, das auch zu betonen, wir sind im Bereich der Hoheits-verwaltung mit der gleichen Anzahl von Beamten

ausgekommen. Es ist ja nur ein geringer Teil, der hier tätig ist. Wir müssen diesen Punkt auch für den Bereich des UVS einhalten. Doch es gibt eine Reihe von Dingen, wo der UVS seine Effizienz gesteigert hat. 20 Prozent mehr Leistung durch Motivation, durch ein günstiges Dienstrecht und durch verfahrensmäßige Verbesserungen. Wenn Sie die Personalsituation herausgegriffen haben, so darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf Seite 13 des Berichtes lenken, wo der UVS sagt, daß es auch auf der Gesetzgebungsebene Ansätze gäbe. Nicht nur immer mehr Personal, sondern überlegen, was ist wirklich notwendig! Und es gibt ein umfangreiches Papier der Präsidenten aller Landes-Verwaltungssenate, das ich jetzt nicht verlesen will um die Redezeit nicht über Gebühr zu strapazieren. Aber ich sage eines: Es kann nicht angehen, schon von der Verfassung her, daß immer die Kammer als Ganzes angesprochen ist und wir als Landesgesetzgeber, wenn wir Aufgaben übertragen, gar nicht anders können als das der Kammer zu geben. Wir haben das in sechs Gesetzen gemacht. Doch wir müßten auch die Möglichkeit haben, Einzelrichter anzusprechen. Und es ist nicht einzusehen, daß über eine Schubhaft innerhalb einer Woche ein Mitglied entscheiden kann, aber über ein Alkoholdelikt auf Grund der hohen Strafgrößen dort immer die Kammer zuständig ist. Und daher haben wir diesen Ansatz besonders betont und einen Resolutionsantrag formuliert in dem von mir geschilderten Sinn. Die Kammersache wird darin angesprochen. Es soll darum gehen, die effiziente Arbeitsweise ohne Qualitätsverlust zu ermöglichen. Zur Bewältigung des Mehranfalles werden auch organisatorische Umstrukturierungen gefordert, die eine effiziente und bessere Aktenerledigung nach sich ziehen würden. Diese Vorschläge sollten geprüft und umgesetzt werden. Ich darf daher den Antrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Michalitsch und Uhl zum Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates für das Jahr 1996, Ltg. 613/B-34/4.

Der Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates im Land Niederösterreich für das Jahr 1996 umschreibt die Aufgabengebiete und die gesetzlichen Grundlagen des Unabhängigen Verwaltungssenates. Aus den Angaben über die zu bearbeitenden Akten ergibt sich, daß der Aufgabenbereich weiterhin im Steigen begriffen und somit der Arbeitsanfall umfangreich ist. Zur Bewältigung des Mehranfalles werden auch organisatorische Umstrukturierungen gefordert, die eine

effizientere und bessere Aktenerledigung ermöglichen würden. Darunter fällt beispielsweise die Regelung über die Zuständigkeit zur Bearbeitung von Beschwerdefällen. So sieht derzeit die Regelung eine generelle Kammerzuständigkeit vor, während nur dort, wo dies besonders vorgesehen ist, ein Einzelmitglied zur Bearbeitung zuständig ist. Eine Änderung dahingehend, daß grundsätzlich eine Zuständigkeit des Einzelmitgliedes und nur in Ausnahmefällen, wo dies besonders gefordert erscheint, der Kammer vorgesehen wird, würde eine raschere und effizientere Arbeitsweise

ermöglichen, ohne dadurch einen Qualitätsverlust zu erleiden. Gleichzeitig könnten in verschiedensten Materien die Wertgrenzen, die für die Zuständigkeit der Kammer maßgeblich sind, angehoben werden, um auch hier eine Zuständigkeit des Einzelmitgliedes zu erwirken. Darüber hinaus werden eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie die Arbeitsweise beim Unabhängigen Verwaltungssenat erleichtert und effizienter gestaltet werden kann. Es wäre daher angebracht, diese Vorschläge zu überprüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden und um Maßnahmen im Sinne der Antragsbegründung zu ersuchen, die die Organisation und Arbeitsweise im Unabhängigen Verwaltungssenat im Sinne einer besseren Effizienzsteigerung ermöglichen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Es ist dem UVS zu danken, daß er in diesem Spannungsverhältnis zwischen Aktenanfall und Erledigung erstmals eine positive Bilanz geschafft hat. Er hat mehr erledigt als eingegangen ist in diesem Spannungsverhältnis von Genauigkeit und "Output". Daß er da einen vernünftigen Weg gefunden hat. Daß die Mitglieder des UVS sehr engagiert arbeiten, man sie auch bei verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen und juristischen Treffen, etwa im Rahmen der Juristischen Gesellschaft treffen kann. Daß sie im Spannungsverhältnis zwischen Verwaltungsgerichtshof mit einem nicht immer verständlichen Formalismus und der Notwendigkeit, in erster Instanz die Dinge rasch zu erledigen, eben vermittelnd wirken. Und darum auch die Aufzählung von Mängeln: Weil in der ersten Instanz die Dinge eben manchmal ganz anders ausschauen. Einen herzlichen Dank an den UVS und an seine Mitglieder für diesen detaillierten Bericht, für ihre Arbeit. Und ich bitte um Ihre Zustimmung dafür, daß wir einen Weg gehen, den Aufgaben der Hoheitsverwaltung nicht mit Personalvermehrung zu begegnen. Sondern daß der Gesetzgeber bei sich selbst ansetzen soll und einen vernünftigen Weg gehen soll, daß die Mittel und die Kräfte, die wir haben, auch optimal im Sinne unserer Bürger eingesetzt werden. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist natürlich in der Kürze gar nicht möglich, diesen Antrag genau durchzusehen. Aber alleine der Satz: Darüber hinaus werden eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, wie die Arbeitsweise beim Unabhängigen Verwaltungssenat erleichtert und effizienter gestaltet werden kann. Ich bin ja neugierig, wann das erfolgt. Weil derzeit gibt es das nicht. *(Abg. Dr. Michalitsch: Doch! Das liegt vor, das Papier des UVS!)*

Ja, nur, Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch: So leicht kann man es sich nicht machen. Entweder sind wir für das Personal in diesem Bereich verantwortlich oder nicht. Und wenn es in unserer Hand liegt, daß wir sagen, der Unabhängige Verwaltungssenat braucht Personal, um die Aufgaben zu bewältigen, dann ist das wirklich - entschuldigen Sie, wenn ich den Ausdruck jetzt verwende - ein "Abputzer-Antrag", wenn ich in dem Fall bei der Bundesregierung vorstellig werde. Denn wir sind gleich lang in diesem Landtag tätig, aber Sie wissen genau, dieser Antrag hat null Auswirkung. Wir hätten es in der Hand, wir hätten es in der Hand, das heute zu lösen. Es tut mir leid, daß Sie dazu keine Bereitschaft zeigen, sondern eine derartige Form wählen.

Ich komme gerne in einem Jahr auf diesen Antrag zurück. Und dann werden wir uns darüber unterhalten, was da 'rausgekommen ist. Ich glaube, daß der Antrag nichts bewirkt und daher werden wir diesem Antrag auch nicht die Zustimmung geben. Weil uns unserer Verantwortung einfach zu entledigen und abzuputzen und zu sagen, irgendein anderer soll es machen. - Oder Sie gehen heute her und stimmen dem Bericht des UVS nicht zu, weil wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen, dann müssen Sie auch den Bericht ablehnen. Dann müssen Sie in konsequenter Weise die Vorstellung des UVS ablehnen, daß er Personal haben will. Wenn Sie dieses Ansinnen des UVS ablehnen, dann ist das Ihre Angelegenheit. Aber dann stimmen Sie auch dem Bericht nicht zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Ich nehme das Schlußwort gerne und möchte nach intensivem Studium des Tätigkeitsberichtes sagen, daß man sehr wohl dem Tätigkeitsbericht zustimmen kann, ohne dem Antrag Gratzner zustimmen zu müssen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir gelangen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verfassungs-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Zu diesem Geschäftsstück liegen zwei Resolutionsanträge vor. Ich lasse zunächst über den Resolutionsantrag des Abgeordneten Gratzter abstimmen. Er betrifft Unabhängiger Verwaltungssenat - Personal. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Abgelehnt! *(Zustimmung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, SPÖ.)*

Es liegt weiters zur Abstimmung der Resolutionsantrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch und Uhl zu diesem Geschäftsstück vor. Er betrifft diesen Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Verwaltungssenates. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef.)*

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Rupp, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 609/B-1/13 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zum Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen.

Hoher Landtag! Die Finanzkontrolle des Landes wird vom Finanzkontrollausschuß gemäß Artikel 51 bis 56 der NÖ Landesverfassung 1979 ausgeübt. Ich darf zum Teil 1 und seine zehn Punkte ganz kurz berichten:

- Punkt 1. Hollabrunn - NÖ Landwirtschaftliche Fachschule.
- Punkt 2. Grimmenstein - Öffentliche NÖ Landeskrankenanstalt und Heilstätte; Dienstzeit - Ärztlicher Dienst.
- Punkt 3. Grimmenstein - Öffentliche NÖ Landeskrankenanstalt und Heilstätte; Beschaffung von Anlagen.
- Punkt 4. Mauer bei Amstetten - NÖ Landesnervenlinik West, Strukturbereinigung Landwirtschaft und Werkstätten; Nachkontrolle.
- Punkt 5. Mauer bei Amstetten - NÖ Landesnervenlinik West - Küchenumbau; bautechnische Prüfung.

Punkt 6. NÖ Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, Querschnittsprüfung Einweisungen.

Punkt 7. Mostviertel-Management.

Punkt 8. Abteilung Sport; Trainereinsatz.

Punkt 9. NÖ Umweltschutzanstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Punkt 10. Kurhotelbetriebsgesellschaft Bad Schönau, GesmbH.

Im zweiten Teil gibt es die Überprüfung "Landeshauptstadt St. Pölten, Errichtung Landhausviertel".

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf den Antrag stellen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses betreffend den Bericht des Finanzkontrollausschusses über die in Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1997 *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Bericht I/1997 des Finanzkontrollausschusses über die bei Ausübung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen Sorge zu tragen, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Finanzkontrollausschusses entsprochen wird."

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich darf bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich eröffne die Debatte zum Bericht I/1997 des Finanzkontrollausschusses. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (LIF): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die vorliegenden Berichte des Finanzkontrollausschusses zeigen wieder wie immer dieselben Mängel auf. Und es ist mir unvorstellbar, daß wir es nicht zustande bringen, daß zum Beispiel im Schulbereich und im Pensionsanstellenbereich das einmal so gemacht wird, daß Vorschriften erlassen werden, daß dort keine Diskussionen mehr bei Prüfungen durch den Finanzkontrollausschuß entstehen. Das schafft jeder Betrieb. Jeder Kleingewerbetreibende muß nach gewissen Grundsätzen seine Abrechnung und seine Bewertung durchführen. Und es ist daher für mich un-

faßbar, daß eine Abteilung mit der Qualifikation, mit der Größe nicht ernster genommen wird. Daß diese Vorlagen ständig kommen und daß immer wieder, wenn man sich das durchliest, hier Mißstände drinnen sind, die überhaupt keine Folgen für die haben, die sie verursachen. Und noch weniger für die Arbeit auslösen, die eigentlich die Verantwortung tragen, daß es abgestellt wird.

Ich möchte mich grundsätzlich aber beschränken auf den Teil 2, die Landeshauptstadtsache, unser Regierungsviertel. Und ich möchte dazu sagen, das, was sich hier drinnen abspielt, ist für mich eigentlich der Gipfel einer Ignoranz an Umgang mit Steuergeldern. Es ist unfaçbar, daß der Finanzkontrollausschuß Vergehen bei der Vergabe vorwerfen kann, daß dann Diskussionen darüber entstehen, ob man die ÖNORM anwendet oder nicht. Daß Diskussionen darüber entstehen, ob überhaupt aufzuschlüsseln ist, was das Ganze kostet. Daß man fragt, warum die Finanzierungskosten, die brauchen wir nicht nachzuweisen. Das sind Sachen, die eigentlich bei jeder Investition in jedem Bereich, auch im Bundesbereich, gang und gäbe sind. Und ich verstehe daher nicht, daß das Land, die Landesregierung sich traut, hier Einspruch zu erheben und zu sagen, Nein, das machen wir nicht. Das ist ein Vergehen bei einer Investition von 5,1 Milliarden netto. Mit den Zinsen dazu kommen Beträge zustande, die den Steuerzahler sicher berechtigen, nachzufragen. Und es wäre ja für alle Beteiligten, glaube ich, eine sehr angenehme und einfache Sache, wenn dieses Bild vorliegt, wenn ein Heft da ist, wo man genau sieht, was die Investition kostet, was für Folgekosten entstehen, was sind die Betriebskosten. Die Betriebskosten zum Beispiel, das möchte ich auch festhalten, übersieht der Finanzkontrollausschuß vollkommen. Wenn er hier schreibt von der Darstellung der Gesamtkosten des Projektes sowie der Angaben der Folgekosten. Und dann führt er nur an die Laufzeit und die jährlich den Landeshaushalt belastenden Raten, aber nicht die Betriebskosten. Auch die Betriebskosten müssen da hinein, weil sie sehr wohl eine schwere Belastung des Landeshaushaltes darstellen. Wiewohl ich auch mit der Formulierung nicht einverstanden bin, daß die Raten den Landeshaushalt belasten. Denn dieses Hohe Haus hat ja einen Beschluß gefaßt - das ist Gesetz -, daß hier ein Fonds zu gründen ist und daß diese Umschichtung an Anlagewerten eigentlich dazu führt, daß der Landeshaushalt nicht belastet wird. Daher verstehe ich die Formulierung des Finanzkontrollausschusses in dem Fall nicht. Denn hier wird ja eigentlich unterstellt, daß das aus dem Budget bezahlt wird. Das wäre zu hinterfragen.

Ich glaube, daß ein ganz wesentlicher Punkt der Konzentration der Leute sein muß, die sich für die Wahrheit interessieren, was mit diesem Geld erreicht wird. Wir hören immer wieder von der ÖVP, der Herr Abgeordnete Dr. Strasser hat das sehr schön erklärt letztesmal und der Herr Dr. Michalitsch, daß da jetzt viel mehr geleistet wird. Darum haben wir die EDV. Bitte, warum wird das nicht spezifiziert? Der Steuerzahler hat ja ein Recht darauf, daß spezifiziert wird, was durch diese hunderten Millionen an Investition in die EDV an Mehrleistung für ihn erbracht wird. Denn es muß eine Mehrleistung sein. Weil eingespart ist nichts worden. Das, was grundsätzlich bei jeder Investition festgehalten wird, daß man sagt, bitte, wir investieren so viel Geld und das ist der "Return of Investment", wird hier sträflich unterlassen, bewußt unterlassen. Man glaubt, mit politischen Schlagwörtern wie "mehr Leistung", "näher zum Bürger", sich darüber hinwegturnen zu können.

Das werden Sie auf die Dauer nicht durchstehen! Auch der Herr Abgeordnete Dr. Strasser, weil er mir vorhält, daß ich nicht lesen kann. Mag schon sein, daß ich nicht sehr intelligent bin. Aber eines kann ich feststellen: Daß man festhält, daß die 26 Millionen, die er als Betriebskosten bezeichnet hat, schon seit 1995 im Budget vorhanden sind. Das heißt, daß schon im Jahre 1995 man die Betriebskosten für dieses Haus hier geplant hat, für diese Gruppe von Häusern. Das halte ich auch wieder für vermessen. Das heißt, es wird genau das entstehen, was ich bei der Budget-Generaldebatte gesagt habe, daß eine Umschichtung erfolgt. Es wird stillschweigend, weil es nicht attraktiv ist, die Position Betriebskosten nicht ausgewiesen. Und es wird das Geld von anderen Positionen weggenommen werden. Von Leuten, die glauben, sie haben es schon, weil sie sich ja im Wissen um das Budget sagen, na gut, da ist ohnehin ein Voranschlag, da habe ich schon meine Finanzierungen wieder.

Ich möchte weiter darauf hinweisen: 22 Millionen hat man schön budgetiert für den Nationalpark, weil da kann man sich ja brüsten damit. Das ist attraktiv. Diese Sache wird nicht budgetiert. Ich verlange daher, daß man wirklich versucht, eine Aufstellung zu machen, welche Vorteile hat der Bürger von dieser enormen Investition in die EDV, welchen Vorteil haben die Beamten und welcher Vorteil wird nicht konsumiert, weil man parteipolitisch motiviert der Beamenschaft nicht nahetreten will. Das ist nämlich die Kernfrage bei dem ganzen Thema.

Und wir - ich sage jetzt wieder "wir", weil das unsere Auffassung ist - sind der Meinung, daß man den Bürger besser betreuen soll, daß man näher zum Bürger gehen soll. Aber besser betreuen bedeutet auch Einsparung von Steuergeldern. Und die Verantwortung, daß derartige Investitionen so gehandhabt werden, daß man sich mit den Zahlen in die Öffentlichkeit trauen kann. Das tun Sie derzeit nicht, daher stimmt etwas nicht. Danke.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Keusch.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Abg. KEUSCH (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch ich habe mir einige Bereiche aus dem Ihnen vorliegenden Bericht I/1997 des Finanzkontrollausschusses ausgewählt, um einen Debattenbeitrag zu bringen, um einige Gedanken dazu einzubringen. Es sind dies die Bereiche der Landesnervenklinik West, nämlich die Strukturbereinigung in der Landwirtschaft, die Werkstättenbereiche und auch die bautechnische Prüfung des Küchenneubaues. Und zwangsläufig, weil es nahe liegt, den Kontrollbericht über das Regionalmanagement Mostviertel.

Ich möchte vorwegnehmen, bezüglich Mauer ist sozusagen der Stein des Anstoßes die Verwaltung und nicht der medizinische Bereich. Nur einige Sätze zur Vorgeschichte: Die der Nervenklinik West angeschlossene Landwirtschaft stammt aus der Gründerzeit dieses Hauses, um das Jahr 1902. Die Philosophie, die dahinter steht, war eigentlich, diese Landwirtschaft zu Therapiezwecken zu verwenden, andererseits aber auch - und das gilt auch für die Werkstätten, die errichtet wurden - um einen möglichst hohen Eigenversorgungsgrad zu bekommen. Und damit auch eine möglichst hohe Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit dieses Krankenhauses, dieser damals psychiatrischen Anstalt zu gewährleisten.

Diese Überlegungen waren damals zweifelsohne wichtig und auch sehr richtig, nur haben sich die Gegebenheiten mittlerweile im Verlauf der Jahrzehnte gravierend verändert. Doch die erforderlichen Anpassungsschritte sind leider nicht vorgenommen worden. Und da bin ich zweifelsohne mit dem Kollegen Ing. Dautzenberg einer Meinung, daß durchaus im Verwaltungsbereich die Möglichkeit, sparsamer mit Steuergeldern umzugehen, gegeben wäre. Auch in diesem Fall

ist das nicht der Fall. Und daher ist dieses Thema "Landesnervenklinik West, Landwirtschaft und Werkstätten" auch ein Dauerbrenner bezüglich der Kontrolltätigkeit des Finanzkontrollausschusses, ich würde fast meinen, die sogenannte unendliche Geschichte. Jedenfalls beschäftigt dieses Thema den Finanzkontrollausschuß schon seit 1989. Und zu diesen Grundsätzen, zu dieser Philosophie, die sich bezüglich der Errichtung der Landwirtschaft und der Werkstätten ergeben hat, ist, was die Eigenversorgungsquote betrifft, festzustellen, daß damals, bei der ersten Prüfung durch den Finanzkontrollausschuß die Eigenversorgung durch die Landwirtschaft nur mehr bei knapp über 31 Prozent lag. Und außerdem hat die Landwirtschaft in den Jahren 1985 und 1986, also in diesen beiden Jahren insgesamt über vier Millionen Schilling Abgang verursacht, der zu Lasten des Krankenhausbudgets ging. Und was sich im Krankenanstaltenbereich heute abspielt, und auch damals nicht sehr viel anders war, brauche ich ja nicht besonders zu betonen. Wir haben ja heute noch einmal dieses Thema auf der Tagesordnung.

Kernpunkte der Kritik des Finanzkontrollausschusses waren daher, daß die an das Krankenhaus angeschlossene Landwirtschaft auf ein für die Therapie erforderliches Ausmaß zu reduzieren ist. Und daß die Patienten des Meierhofes, also die im Meierhof stationiert sind, auf einen der Pavillons im Anstaltsgelände zu verlegen sind, weil der bauliche Zustand des Meierhofes, die sanitären Einrichtungen für die Patienten einfach unzumutbar waren. Und außerdem hat der Finanzkontrollausschuß eindeutig festgestellt, daß die Umstrukturierung der Landwirtschaft nicht zu Lasten des Krankenhausbudgets gehen darf.

Die Nachkontrolle hat allerdings ergeben, daß trotz der Zusage, diese Landwirtschaft auf ein für die Therapie erforderliches Ausmaß zu reduzieren, dies nicht eingehalten wurde. Daß die Landwirtschaft im bisherigen Umfang weitergeführt wurde. Und ich meine, daß das doch eine gewaltige Ignoranz ist, die da seitens der Verwaltung an den Tag gelegt wird. Es blieb auch die Anzahl der Beschäftigten seit 1992 unverändert. Und auch die zugesagte Umstrukturierung der Landwirtschaftsflächen innerhalb des Anstaltsbereiches wurden nicht auf Park- und Forstpflanze umgestellt. Das einzige, was passiert ist: Die Patienten sind, allerdings auch erst nach 1996, als schon fast keine andere Wahl mehr geblieben ist, aber ich gebe zu, durch Umbauarbeiten usw. in den Pavillons war es auch nicht leicht möglich, sie sind also evakuiert worden. Also dieser Anforderung wurde

entsprochen. Trotzdem, die generelle Feststellung des Finanzkontrollausschusses und nicht eine böartige Haltung meinerseits ist, daß trotz der Zusage von vielen zuständigen Stellen, von der Fachabteilung, von der Landesregierung usw., noch nicht sehr viel in diesem Bereich unternommen wurde.

Nun scheint also doch Bewegung in die erstarrten Verwaltungsstrukturen gekommen zu sein, nachdem man sich sehr erfolgreich in einer jahrelangen Verzögerungstaktik geübt hat. Ich meine, nicht zuletzt auch durch den Druck der leistungsorientierten

Krankenanstaltenfinanzierung hat man sich doch zum Handeln entschlossen. Oder doch zum Handeln entschließen müssen. Die 200 Hektar große Landwirtschaft wurde verpachtet, wie mir berichtet wurde, und zwar an den bisherigen Landwirtschaftsverwalter. Zu diesem Kapitel möchte ich mir einen ausführlichen Kommentar ersparen. Ich hoffe nur, daß dem neuen Pächter der Landwirtschaft mit Hilfe der EU-Förderungen das gelingen möge, was ihm als ehemaliger Verwalter nicht gelungen ist, nämlich die Landwirtschaft erfolgreich zu führen. Und ich hoffe, daß dann, wenn die EU-Fördergelder, wenn diese Geldquellen versiegt sind, wir nicht wiederum vor dem Beginn stehen und darüber philosophieren müssen, was wir mit der Landwirtschaft tun sollen. Es hätte nämlich auch eine andere Möglichkeit gegeben, die Landwirtschaft zu veräußern. Und es ist nicht so, daß es keine Bewerber gegeben hätte. Ich behaupte, die ganze Ausschreibung ist ein bißchen "mickrig" über die Bühne gegangen. Es waren natürlich Inserate in der Zeitung, daß die Landwirtschaft zu pachten ist. Es kommt halt immer darauf an, wie man das Ganze darstellt und plaziert.

Und in etwa die gleichen Gegebenheiten kann man für die der Landesnervenklinik West angeschlossenen sehr zahlreichen Werkstätten voraussetzen, die ebenfalls der Arbeitstherapie und der Eigenversorgung gedient haben, die allerdings auch für den Therapiebereich an Bedeutung verloren haben. Das geht unzweifelhaft aus den Unterlagen des Finanzkontrollausschußberichtes hervor. Und auch in dem Bereich hat man es nicht der Mühe wert gefunden, den Empfehlungen des Finanzkontrollausschusses wie auch den Auflagen der vorgesetzten Dienststelle zu entsprechen und den Personalstand anzupassen. Das Erfordernis des Finanzkontrollausschusses aus dem Jahre 1988 war schon, eine Strukturbereinigung der Werkstätten mit dem Ziel herbeizuführen, daß nur jene Betriebe, und die mit

vermindertem Personalstand, weiterzuführen sind, soweit sie ausschließlich zur Aufrechterhaltung des Krankenhausbetriebes erforderlich sind. Und daß die Hauptaufgaben der Werkstätten in der Wartung, in der Instandhaltung und in den Reparaturen in Eigenregie zu sehen sind. Unzweideutig wurde festgehalten, daß Neuanfertigungen grundsätzlich an Fremdfirmen zu vergeben sind. Und auch hier wird festgestellt, daß die empfohlenen Einsparungen, die Personalanpassungen im Zeitraum von neun Jahren sehr bescheiden ausgefallen sind. Und auch 1996 war trotz einer Reduktion des Solldienstpostenplanes der Dienstpostenplan tatsächlich um vier Dienstposten überbesetzt.

Aber das ist alles noch nicht so tragisch. Brisant wird die Thematik dann, wenn man näher hinsieht und erkennt, daß die Werkstätten in den Jahren 1994 und 1995 - die Tischler, die Maurer, die Maler, die Installateure, Elektriker, Tapezierer, Zimmerer und Schlosser - Professionistenleistungen für Neuanfertigungen und für Herstellungen - also genau das Gegenteil von dem, wozu sie eigentlich da sind, nämlich zur Wartung, Instandhaltung und Reparatur - daß sie für die Generalsanierung von Pavillons, zur Neuerrichtung des Pferdestalles, zum Zubau bei der Materialverwaltung, für Sanierungsarbeiten im Meierhof, zur Renovierung der Personalwohnungen und auch für Leistungen im Sport- und Freizeitbereich Leistungen im Ausmaß von insgesamt 33,4 Millionen Schilling erbracht und verrechnet haben. Und da bin ich der Meinung, daß das eigentlich nicht im Sinne des Erfinders ist und eigentlich - das wurde umgerechnet - eigentlich fast keine Kapazität für Wartung, Instandhaltung und Reparatur, also für die ureigenste Aufgabenstellung dieser Werkstätten, übrig geblieben ist. Und ich meine, das ist symptomatisch dafür, wie in Mauer, man kann es nicht anders nennen, wie in Mauer, unter Anführungszeichen, "regiert" wird.

Ein Beispiel: Für das Klubhaus der Betriebs-sportgemeinschaft wurden Umbauarbeiten im Wert von 1,2 Millionen Schilling verrechnet. So einen Sponsor würden sich wahrscheinlich viele Vereine wünschen. Das Problematische daran ist nur, daß es für diese Umbauarbeiten, für diese 1,2 Millionen Schilling keine Rechtsgrundlage gibt. Es gibt angeblich eine Aktennotiz, die offensichtlich von den Prüfern des Finanzkontrollausschusses, vom Kontrollamt nicht als ausreichend empfunden wurde. Das sind alles keine Bosheiten meinerseits, sondern das sind Fakten. Und ich meine hier, daß es einfach unstatthaft ist, wenn man Beauftragungen durchführt und diese zu

Lasten Dritter ausführen läßt, daß man sich auf Kosten anderer einen Vorteil erwirtschaftet. Und dazu kommt, daß dieser Vorteil, den sich die einen erwirtschaftet haben, eigentlich eine unerlaubte Schmälderung des Landesbudgets darstellen. Daß diese Mittel, zumindest, wenn man es sehr eng betrachtet, zweckentfremdet verwendet wurden. Und daß natürlich nach wie vor die Frage offen ist, ob und wie hier eine Bereinigung dieses Sachverhalts erfolgt. Und damit meine ich, wie diese 1,2 Millionen Schilling wiederum dem Landesbudget zur Verfügung gestellt werden. Das wirft alles kein gutes Licht auf die Verwaltung.

Aber wieder einmal ist es so, wie schon vielfach, daß der, auf dessen Konto das geht, schon in Pension gegangen ist und jetzt ein anderer natürlich nicht dafür zur Verantwortung gezogen wird, der aber im Schatten dieser Entwicklung steht. Für die Zukunft sei allerdings klargestellt, daß die landeseigenen Werkstätten nicht für Fremdleistungen heranzuziehen sind und daß solche Dinge nicht mehr vorkommen sollen.

Ein weiteres Kapitel ist der Küchenumbau, ein 160 Millionen Schilling-Projekt, durchaus wert, daß man sich dieses Projekt etwas näher anschaut. Da gibt es eine bautechnische Prüfung. Und ich muß leider wieder sagen, der Kollege Ing. Dautzenberg hat nicht Unrecht. Ich lasse es allerdings damit bewenden, weil ich mich nicht in Details ergehen möchte. Nämlich Details, wie daß zum Beispiel der Raumbedarf nicht exakt erhoben worden ist, daß Unklarheiten über die Verwendungsmöglichkeit von vorhandenen Räumlichkeiten gegeben waren, daß Schlafräume zum Beispiel, weil genügend Platz war, im Keller untergebracht wurden. Das ist fast schizophoren. Daß mangelnde Planung zusätzliche Lieferungen und Leistungen erforderlich gemacht hat. Daß aus organisatorischen Änderungen sich Folgeprobleme ergaben, die nicht rechtzeitig umgesetzt werden konnten. Daß es Probleme mit der Bauordnung gab. Daß einige Male keine ÖNORM-gemäße Ausschreibung passiert ist, daß freihändig vergeben wurde. Und all die Dinge, die wir aus vielen Berichten kennen, die sich immer wieder ergeben.

Ich möchte mich einem handfesten Problem zuwenden: Da hat ein Kapitel unter dem Titel "großzügige Ausstattung" den Vogel abgeschossen. Und zwar wird das so dargestellt, daß die Planer den Jugendstilcharakter des gegebenen Pavillonbestandes eigentlich auch im Inneren des Gebäudes darstellen wollten und daß die Ausstattung der Räumlichkeiten im Obergeschoß, näm-

lich der Speisesaal, der auch als Festsaal genutzt wird und ein Gästespeiseraum, daß die sehr großzügig ausgestattet wurden. Daß man sehr tief in die Taschen gegriffen hat und daß man zum Beispiel einen etwa zehn Personen fassenden, 23 Quadratmeter großen Gästespeiseraum um 420.000,- Schilling eingerichtet hat. Und ich darf da ein paar Beispiele bringen: Eine Wandverkleidung um 100.000,- Schilling oder 12 Stück Sessel, von denen ein Sessel 8.363,- Schilling kostet. Man hat also 100.000,- Schilling für diese 12 Sessel ausgegeben. Oder zwei Stück Innentüren, die konnten wir uns bei der Einschaunkontrolle persönlich anschauen, Türen mit einer Giebelverkleidung, die 56.000,- Schilling kosten. Schön sind sie, gar keine Frage. Aber auf Kosten des Steuerzahlers behaupte ich, ist das Luxus. Weil da hätten es ordentliche, neue, schöne Türen auch getan. Ich habe das umgerechnet, ich habe mich der Mühe unterzogen, ist ja kein besonderes Problem, das auszurechnen. Zehn Personen und 23 Quadratmeter, das heißt 18.000,- Schilling pro Quadratmeter Einrichtungskosten oder 42.000,- Schilling pro Person. Ich glaube kaum, daß jeder von uns zu Hause so fürstlich wohnt. Aber auf Kosten anderer kann man sich natürlich wohl fühlen. Ich sage das nur, weil es für Mauer symptomatisch ist, wie man dort vorgeht. Da ist wirklich einiges passiert und da kann man nicht stillschweigend darüber hinweggehen, sondern das gehört gesagt. Auch die Ausstattung des Baubüros ist - es ist natürlich eine längere Baustelle gewesen - um 747.000,- Schilling gewaltig. Zuzüglich zu den 747.000,- Schilling finden sich 116.000,- Schilling für einen Stabparkettfußboden. Und da sind wieder 18 Sessel um 8.363,- Schilling gekauft worden, also insgesamt 150.000,- Schilling ausgegeben worden. Sessel, die dem Jugendstil entsprechen.

Meine Damen und Herren! Es ist verblüffend, wirklich immer wieder verblüffend, einen Finanzausschussbericht zu lesen und festzustellen, welche Stilblüten die Verwaltung treibt. Und es ist haarsträubend, mit welcher Zähigkeit man sich gegen angeordnete Strukturbereinigungen und Veränderungen, leider muß ich sagen erfolgreich zur Wehr gesetzt hat und diese Veränderungen verzögert hat. Und es ist auch erschreckend, wie wenig Gedanken man sich darüber gemacht hat, daß man äußerst locker mit Steuergeldern umgeht, wenn man eine Landwirtschaft, die eigentlich schon Jahre niemand mehr braucht, künstlich weiter führt, noch dazu defizitär. Und daß man zum Beispiel anstehende Strukturbereinigungen - und ich behaupte, zum Schaden des Landes - Strukturbereinigungen der Werkstätten

zum Schaden des Landes nicht umsetzt, nicht durchführt. Oder anstaltseigene Werkstätten zu teuren Neuanfertigungen oder Generalsanierungen heranzieht. Es wundert mich ein bißchen, daß die ÖVP, die sich ja so gerne als Wirtschaftspartei bezeichnet, nicht mehr darauf drängt, daß diese Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben werden. Wobei sich meiner Meinung nach mancher privater Unternehmer und Kleingewerbetreibende freuen würde, wenn seine Werkstatt mit so viel Mann Besatzung ausgestattet wäre. Vor allem weil ich überzeugt bin davon, daß die Privatwirtschaft diese Leistungen qualitativ zumindest genauso gut erbringt und mitunter auch vielfach kostengünstiger herstellt.

Noch einige Sätze zum Mostviertelmanagement: Auch hier möchte ich nicht ins Detail gehen. Ich möchte nur betonen, das Mostviertelmanagement ist das jüngste aller Regionalmanagements und es kann natürlich in der Anfangsphase passieren, daß hier organisatorische Mängel geortet werden. Wie gesagt, aus meiner Sicht sind das Anfangsschwierigkeiten. Nämlich deshalb, weil unmittelbar nach der Gründung und Konstituierung des Regionalverbandes auch der EU-Beitritt Österreichs gekommen ist und hier eine Neuanpassung der Organisationsstruktur erforderlich war um die EU-Konformität zu gewährleisten.

Im Zuge dieser Prüfung wurden auch vier Projekte einer näheren Kontrolle unterzogen. Und hier wurde zu Recht Kritik geübt, wie ich mir als Insider festzustellen erlaube. Ich darf mich "outen", ich bin so wie manche der hier anwesenden Mandatäre Mitglied des Vorstandes des Regionalverbandes. Und ich glaube, daß es

durchaus feststellbar ist, daß sich die Mandatäre, die dort im Regionalverbandsvorstand mitarbeiten, mit dem Regionalverband voll identifizieren. Und daß wir auch, wie wir hoffen, verantwortungsvoll agieren.

Ich möchte festhalten, daß der Regionalverband als Institution zur regionalen Entwicklung des Mostviertels wertvolle Initiativen gesetzt hat und für die Zukunft noch große Ziele hat. Jetzt nach der Bewältigung der Aufgabenstellung der Aktivitäten für die Millenniumsfeierlichkeiten, auf dem regionalwirtschaftlichen Konzept aufbauend gibt es einige zukunftsorientierte Projekte. Wir haben im Regionalverband Mostviertel vor, ein regionales Innovationszentrum zu entwickeln oder zu gründen, verbunden mit einer Betriebsansiedlungszone. Wir wollen Aus- und Weiterbildungsinitiativen setzen. Das alles steht in etwa in der Konzeption. Die Umsetzung ist natürlich etwas komplizierter. Das Mostviertel plant den Anschluß an den Datenhighway. Sie wissen ja, daß die NÖKOM, die Niederösterreichische Telekom Gesellschaft gegründet wurde, die sich zum Ziel gesetzt hat, mit ihren Lichtwellenleitungen bis zum Jahresende in allen Bezirkshauptstädten zu sein. Und darauf aufbauend wollen wir diese Vernetzung des Mostviertels herbeiführen. Und es gibt vielfältige Initiativen im Bereiche der Landwirtschaft und des Tourismus.

Ich möchte dieses Kapitel damit beenden, daß der Finanzkontrollausschuß festgestellt hat, daß viele Kritikpunkte während der Prüfung abgestellt oder bereinigt wurden. Beziehungsweise daß er ausführt, daß nunmehr, nach Bewältigung dieser organisatorischen Probleme und auch dieser organisatorischen Veränderungen das Regionalmanagement über die volle Handlungsfähigkeit zur erfolgreichen Projektumsetzung verfügt. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Mein heutiger Debattenbeitrag wird die Kurhotelbetriebsgesellschaft Bad Schönau GesmbH, und, wie Sie sicherlich auch erwarten, die Errichtung des Landhausviertels in der Landeshauptstadt St. Pölten umfassen.

Zum Kurhotel Bad Schönau muß einmal generell festgestellt werden, daß dieses Unternehmen bis vor kurzem in hohem Maße durch eine hierarchische Betriebsführung geprägt wurde, die ansonsten im Wirtschaftsbereich kaum anzutreffen ist. Folgen dieser Betriebsführung waren Interessenskonflikte, die Verquickung von Interessen eines Bürgermeisters auf der einen Seite mit jenen eines Hoteldirektors bzw. Prokuristen auf der anderen Seite, aber auch Eigeninteresse der handelnden Personen über jene des Mehrheitseigentümers, des Landes Niederösterreich hinweg. Ich möchte auf diese Tatsachen gar nicht so sehr im Detail eingehen. Aber einige Fakten müssen schon aufgezeigt werden. Mit der Geschäftsführerin wurde bis September 1992 kein Dienstvertrag abgeschlossen, in dem ihre Rechte und Pflichten festgeschrieben sind, obwohl dies vom Finanzkontrollausschuß bereits im Jahre 1982 - bitte 1982, vor zehn Jahren, wenn ich 1992 rechne - verlangt bzw. angeregt wurde. Ich halte diese Feststellung deshalb für sehr wesentlich, weil durch das Nichtvorhandensein eines Dienstvertrages die Pflichten der Geschäftsführerin aus den handelsrechtlichen und gesellschaftsrechtlichen Normen abzuleiten sind. Gerade diese Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, konterkariert unter anderem seit 1982 die beharrliche Weigerung der Landesregierung, in der Gesellschaft einen Aufsichtsrat zu installieren. Eine Weigerung, die aus heutiger Sicht rückblickend eigentlich unverständlich erscheinen muß. *(LR Gabmann: Das ist alles schon passiert!)*

Nachdem es bereits, Herr Landesrat, Du bist etwas zu spät gekommen, seit 1982 verlangt wurde. Und heute schreiben wir bitte 1997. Da kann ich meinem Vorredner, Kollegen Keusch wirklich recht geben, der gemeint hat - ich weiß nicht, ob Du das mitgehört hast - es ist wirklich verblüffend, welche Stilblüten manchmal die Verwaltung setzt und treibt. Ich meine, daß gerade wegen des hohen Kapitaleinsatzes der öffentlichen Hand, des Landes, von derzeit fast 110 Millionen Schilling ein Aufsichtsrat zur Überwachung der Geschäftsführung schon seit langem ein Gebot der Stunde gewesen wäre. Ich möchte diesbezüglich aber wörtlich aus dem Bericht des Finanzkontrollausschusses zitieren. Ich bin froh, daß jetzt drei Mitglieder der Landesregierung hier sind, das sollte nämlich eine generelle Aufforderung an die Mitglieder der Landesregierung sein und auch so verstanden werden, Ihrer Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern nachzukommen. Und ich zitiere: "Der Präsident des Rechnungshofes hat die Ansicht vertreten, daß in den öffentlichen Verwaltungen und in den öffentlichen

Unternehmungen ein hoher Kontrollbedarf angesichts der verhängnisvollen Neigung, mit anderer Leute Geld sorglos umzugehen, besteht. Bereits die Prüfungsergebnisse der Finanzkontrolle aus dem Jahre 1982 und 1989 wären dazu geeignet gewesen, die eingetretenen Fehlentwicklungen hintanzuhalten." Hohes Haus! Dem müßte eigentlich gar nichts mehr hinzugefügt werden. Aus dem Bericht des Finanzkontrollausschusses erfährt man aber weiters, und ich zitiere das wirklich wörtlich: "Wenn auch die Führung und die wirtschaftliche Lage des Hotels durchaus positiv bewertet werden können, kann nicht darüber hinweggesehen werden, daß in der Geschäftsführung Fehlleistungen festgestellt werden mußten, die darauf zurückzuführen sind, daß Verantwortlichkeiten der Organe der Gesellschaft nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen wurden." Zitat Ende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was heißt das? Nicht mehr und nicht minder, als daß die Organe der Gesellschaft, also auch die Generalversammlung und in dieser das für die Verwaltung der Geschäftsanteile des Landes an Unternehmungen zuständige Regierungsmitglied ihre Verantwortung nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen haben. Daß es zu wirtschaftlichen Fehlleistungen gekommen ist. Und wirtschaftliche Fehlleistungen kosten in jedem Fall Geld. Eine Verantwortung, so meine ich, Hohes Haus, kann grundsätzlich nur dort eingefordert werden, wo sie angesiedelt ist. Als Verantwortungsträger wäre meines Erachtens - und das wurde vom Finanzkontrollausschuß bereits seit 1982 gefordert - wäre ein Aufsichtsrat vorzusehen gewesen. *(LR Gabmann: Aber da war ich noch nicht in der Regierung!)*

Du mußt zuhören. Ich habe nicht gesagt, daß Du das nicht installiert hast, sondern generell wäre seit 1982 dieser Aufsichtsrat ganz einfach einzurichten gewesen. Dann könnte man die Verantwortung einfordern. Denn ein Mitglied der Landesregierung, das gleichzeitig die Förderungen vergibt und gleichzeitig hier die Eigentümerfunktion wahrnimmt, ist einfach befangen und kann nicht einmal als Mitglied der Landesregierung bei der Förderungsvergabe mitwirken und einmal als Eigentümervertreter des Landes. Das wurde auch ganz klar im Bericht des Kontrollausschusses herausgearbeitet. Mir ist bekannt, daß Landesrat Gabmann erst seit 1993 dieses Ressort führt. Aber wir kommen auch noch zu gewissen Feststellungen des Finanzkontrollausschusses, die dann in Deine Amtszeit hineinfallen.

Ein paar Details zu den sogenannten wirtschaftlichen Aspekten, die in Zusammenhang mit

Bad Schönau aufgezeigt wurden. Das ist schon interessant, wenn man das Ganze verfolgt. Da lesen wir: "Dem Hoteldirektor wurde eine Dienstwohnung unentgeltlich zur Verfügung gestellt." Wir lesen weiter: "Ihm und seiner Familie wurde kostenlos volle Verpflegung zugestanden." Wir finden die Feststellung, im November 1992 wurde sein Dienstvertrag dahingehend ergänzt, daß er nach Aufgabe der Dienstwohnung eine Wohnungszulage in Höhe von 240.000,- Schilling brutto pro Jahr ausbezahlt erhält. *(LR Gabmann: Wann war das?)* Im September 1992.

Wir lesen weiter: Ein nicht betriebsnotwendiger Dienstwagen für ihn wurde um 470.000,- Schilling angeschafft. Wir erfahren weiters, eine Überstundenpauschale im Umfang von 40 Normalüberstunden pro Monat, 14mal jährlich - also auch für die Urlaubszeit - wurde mit ihm vereinbart. Das ist eine Regelung, Hohes Haus, über die sich jeder Landesbedienstete freuen würde. Wir können weiter hören bzw. lesen: Ab 1. Jänner 1991 ließ sich der Hoteldirektor nicht 40, sondern 42 Überstunden ausbezahlen. Hohes Haus! Das alles ist aber mit Zustimmung der Generalversammlung, mit Zustimmung des jeweils im Amt befindlichen Wirtschafts- und Tourismuslandesrates erfolgt.

Oder ein weiteres Detail - jetzt ist Landesrat Gabmann angesprochen: Die Generalversammlung vom 18. Juni 1996 genehmigte dem Bürgermeister und Hoteldirektor für die Übernahme der Bauleitung vor Ort bei der Neuadaptierung der Hotelbäder eine einmalige Prämie von 20 Prozent der Investitionskosten von 12,8 Millionen Schilling. Hohes Haus! Diese Prämie von insgesamt 2.560.000,- Schilling wurde auch 1996 zur Auszahlung gebracht und abgabenrechtlich behandelt. Und, meine Damen und Herren, ich kann wirklich annehmen, daß die Prüftätigkeit des Kontrollamtes Wirkung gezeigt hat. Und darüber bin ich sehr froh. Denn der Bürgermeister und Hoteldirektor von Bad Schönau hat diese Prämie im Jänner 1997 wieder zurückbezahlt, mußte sich dann auf Grund eines Beschlusses einer außerordentlichen Generalversammlung vom 10. Februar 1997 mit einer Prämie - und jetzt hören Sie gut zu - von 150.000,- Schilling zufriedengeben. Zuerst wollte man ihm zweieinhalb Millionen bezahlen, auch mit Zustimmung der Generalversammlung, und dann sind es Gottseidank "nur" 150.000,- Schilling, mit denen er sich zufriedengeben mußte. *(LR Gabmann: Das stimmt nicht! Eine Zustimmung der Generalversammlung hat es bitte nicht gegeben, das weißt Du genau! Das steht in den Protokollen!)*

Herr Landesrat! Aus dem Bericht des Kontrollausschusses und aus der Stellungnahme der Landesregierung ist das praktisch ersichtlich. Na dann ist es umso schlimmer, wenn Du jetzt behauptest, da hat die Generalversammlung nicht zugestimmt. Weil dann frage ich mich, was dort noch alles passiert ist, was vielleicht im Bericht noch gar nicht drinnen steht, weil das ist eine Vernachlässigung praktisch der Kontrollpflicht gewesen, wenn derartiges festgelegt wurde. Es kann sich doch nicht ein Hoteldirektor und Bürgermeister 2,5 Millionen Schilling bitte ausbezahlen, ohne daß der Mehrheitseigentümer, der 18 Jahre keinen Groschen Gewinn erzielt hat, irgendwann dem zustimmt. Das ist ja dann noch viel ärger, bitte. *(LR Gabmann: Ist für die Auszahlung die Generalversammlung zuständig? Glaubst Du, daß die Generalversammlung für den operativen Geschäftsbereich zuständig ist?)*

Es geht doch nicht um einen operativen Geschäftsführer, wenn man hier eine Prämie für die Bauleitung vor Ort, bitte Herr Landesrat, auszahlt und abgabenrechtlich behandelt. Es steht doch bitte alles da drinnen: Daß der Steuerberater dann ein Ansuchen manchen mußte, um die abgezogene Lohnsteuer wieder zurückzuerhalten. Aber da hat, und darüber bin ich glücklich, das Kontrollamt Wirkung gezeigt, daß das Geld wieder zurückgeflossen ist. Das sind doch bitte die Tatsachen.

Wenn man für eine Bauleitung vor Ort 20 Prozent der Investitionskosten ausbezahlt, der Steuer unterwirft, das ist doch eine Ungerechtigkeit gegenüber den Steuerzahlern in diesem Land, bitte. Das ist doch in diesem Land eine Ungerechtigkeit. Und auch Du, Herr Landesrat weißt es, weil Du ja alle Briefe bekommen hast: Was war denn die Reaktion auf diesen Kontrollbericht? Die Reaktion war, daß sowohl der Hoteldirektor als auch der Betriebsratsvorsitzende wutentbrannt Briefe an den Herrn Landeshauptmann, an Dich und an alle geschrieben haben, in denen - und das möchte ich jetzt betonen, und das tut mir am meisten weh - Unterstellungen gegenüber den bediensteten Beamten des Kontrollamtes gemacht worden sind. Ich habe die Briefe alle da, wenn Du willst, wo Unterstellungen auch gegen meine Person formuliert wurden. Du hast die Kopien bekommen, bitte, Du bist überall erwähnt. Ob Du zurückgeschrieben hast, weiß ich ja nicht. Ich habe auf jeden Fall zurückgeschrieben, daß ich das bekommen habe. Und da sage ich wirklich, da sollen sich beide Herren, sowohl der Betriebsratsvorsitzende als auch der Hoteldirektor, einmal lieber ihrer Privilegien besinnen, soll sich der Herr Betriebsratsvorsitzende auch besinnen, daß er

bisher - hoffentlich nicht mehr lang - in einem geschützten Unternehmen tätig ist und daß der Mehrheitseigentümer 18 Jahre für seinen Kapitaleinsatz keinen Groschen Gewinn erhalten hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Erwähnenswert, Hohes Haus, erscheint mir schließlich noch eine Förderungsvergabe an die Kurhotelbetriebsgesellschaft Bad Schönau. So wurde zwischen Oktober 1991 und April 1992 das Investitionsvorhaben Aufstockung 6. Stock, Schaffung von Appartements, Hallenbad, Sauna, CO₂-Trockenbäder, mit Gesamtkosten von 27 Millionen Schilling durchgeführt. Dazu muß kritisch angemerkt werden, daß die Geschäftsführung den Antrag auf Förderung im Rahmen der Aktion "pro Fremdenverkehr" zu spät gestellt hat, damit ihrer finanziellen Verantwortlichkeit nicht im erforderlichen Ausmaß gerecht geworden ist. Das Ansuchen hätte aber auch nach den Förderungsrichtlinien abgelehnt werden müssen, wurde jedoch dann erst im zweiten Anlauf mit der Begründung "Verstärkung des Eigenkapitals" vom Herrn Landeshauptmann genehmigt. Diese Begründung, Hohes Haus, wenn ich an andere Mitbewerber in der Gastronomie, in der Hotellerie denke, spricht einen gewissen Hohn aus. Aber auch die Tatsache, daß der zuständige Sachbearbeiter der Tourismusförderung zum damaligen Zeitpunkt dienstlich der antragstellenden Geschäftsführerin unterstellt war, ergibt für mich gelinde gesagt einen bitteren Beigeschmack. Der Kontrollausschuß hat auch zum Finanzmanagement der Geschäftsführung sowie zur Beschlußfassung der Generalversammlung, daß der Geschäftsführung jährliche Prämien ausbezahlt werden, sehr kritische Worte und sehr kritische Anmerkungen gefunden.

Ich möchte abschließend zu diesem Bericht doch noch sagen, weil immer die Investitionen der Jahre 1988 bis 1994 in der Höhe von 105 Millionen Schilling hervorgehoben werden, daß es für diese Geschäftsführung sicherlich nicht schwierig war, diese Investitionen aus eigener Kraft zu finanzieren. Ich wiederhole es noch einmal: Das Land Niederösterreich hat ja eigentlich zu Lasten der Steuerzahler in den vorausgegangenen Jahren auf jeden Schilling Gewinn verzichtet. Landesrat Gabmann hat ja schon am 28. Februar die Privatisierung des Kurhotels Bad Schönau angekündigt. Ich bin da voll und ganz seiner Meinung, daß das raschest erfolgen soll unter Wahrung aller Landesinteressen, damit die in Form der Beteiligung eingesetzten Steuergelder wieder dem Landeshaushalt zurückgeführt werden, weil, glaube ich, hier jeder Schilling auf der Einnahmenseite bitter nötig ist. Es spricht, glaube ich, auch nichts gegen eine Privatisierung. Denn

das seinerzeitige Ziel, in der Buckligen Welt eine touristische und die regionale Entwicklung anzukurbeln, ist seit längerem erreicht. Und wenn ich heute gelesen habe in der Zeitung, in den "NÖ Perspektiven", daß Du Dich entschlossen hast, diese Privatisierung anzugehen, daß Du darüber in der Landesregierung schon gesprochen hast, so freue ich mich darüber. Was mich nicht freut: Daß das hier so dargestellt wird, daß der Ball jetzt wieder beim Landtag liegt. Das heißt, der Landtag muß erst einen Beschluß fassen, daß das Kurhotel Bad Schönau international europaweit angeboten wird. Dann frage ich mich wirklich - keine schlechte Sache - aber seit 28. Februar hast Du Zeit gehabt, eine derartige Vorlage geschäftsordnungsmäßig dem Landtag zuzuleiten. Ich glaube, es hätten heute die meisten Mandatare einer derartigen Vorlage zur Privatisierung sicherlich zugestimmt. Die Mehrheit wäre gesichert gewesen. Du bist ja Landesrat der ÖVP und ich habe erklärt, wir werden das begrüßen, die Privatisierung. *(LR Gabmann: Sag' doch abschließend etwas Positives, etwa über das Betriebsergebnis!)*

Das Positive habe ich ja gesagt. Daß es nicht sehr schwierig war für die Geschäftsführung, das hervorzukehren. Wir haben aus eigener Kraft zwischen 1988 und 1994 105 Millionen Schilling finanziert. Ich stehe aber hier auch als Anwalt der Steuerzahler. Und wenn man, Herr Landesrat, in einer Förderungszusage sagt, wir geben die "pro-Fremdenverkehrsförderung", um die Eigenkapitalbasis noch zu steigern, dann meine ich, daß man auch schon klipp und klar sagen muß, daß das Land 18 Jahre praktisch keinen Schilling Gewinn aus diesem Betrieb trotz eines großen Kapitaleinsatzes gezogen hat. *(LR Gabmann: Aber das ist ja im Betrieb verblieben, und wem gehört der Betrieb?)*

Mehrheitlich dem Land Niederösterreich, zu einem Prozent der Gemeinde Bad Schönau und ein kleiner Teil gehört der Giro-Kredit. Und wenn vielleicht weniger Privilegien gewesen wären, wäre noch ein besseres Betriebsergebnis zustande gekommen. Und wären vielleicht noch ein paar Schilling auch dem Landesrat Mag. Freibauer zugekommen. Der hätte sich sicher gefreut. Der sagt mir immer, wir sollen schauen, daß es besser wird.

Das war nun einmal Bad Schönau. Ich komme jetzt noch zu St. Pölten, zur Errichtung des Landhausviertels St. Pölten. Zu einem Bericht, der 140 Seiten umfaßt. Ich meine, daß für die Erstellung dieses umfangreichen und ausführlichen Kontrollberichtes dem Herrn Kontrollamtsdirektor Hofrat Dr. Schoiber und

seinen Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön gesagt werden muß. Dies vor allem deshalb, da vom Kontrollamt das wohl umfangreichste und schwierigste Gewerk, die Haustechnik unter die Lupe genommen wurde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! Am Anfang meiner Ausführungen einige grundsätzliche Anmerkungen: Insgesamt hat der Finanzkontrollausschuß 58 Ergebnisse formuliert. Zu sieben davon hat die NÖ Landesregierung eine Stellungnahme abgegeben, der Finanzkontrollausschuß hat jedoch nur zwei Stellungnahmen zur Kenntnis nehmen können. So gesehen, bedauere ich es wirklich sehr, daß jetzt, wo über St. Pölten gesprochen wird, kein Regierungsmitglied mehr im Saale ist. Zu vier Ergebnispunkten hat die NÖ Hypo-Leasing Stellung bezogen. Alle vier Stellungnahmen konnten vom Finanzkontrollausschuß zur Kenntnis genommen werden. Zu den restlichen 47 Ergebnispunkten hat die NÖPLAN Stellung bezogen. 18 Stellungnahmen der NÖPLAN wurden vom Finanzkontrollausschuß zur Kenntnis genommen. 29 Stellungnahmen konnten vom Finanzkontrollausschuß nicht zur Kenntnis genommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein derartiges Mißverhältnis bei der Kenntnisnahme der Stellungnahmen muß doch einfach nachdenklich stimmen. Das wirft doch Fragen auf! Einmal für mich die Frage, ob sich die NÖ Landesregierung mit den Stellungnahmen der NÖPLAN überhaupt noch identifiziert, auch wenn diese in einer Sitzung der NÖ Landesregierung beschlossen wurden. Weitere Frage: Welche Maßnahmen die NÖ Landesregierung nun setzen wird, daß den in diesem Bericht dargelegten Auffassungen des Finanzkontrollausschusses entsprochen wird.

Dieser Bericht, Hohes Haus, ist sicherlich angesichts der installierten Primärkontrolle und Sekundärkontrolle leider nur ein "nachlaufender" Bericht, der aber deutlich macht, daß bei der NÖPLAN nicht immer die ausreichende Bereitschaft vorhanden war, Prüfergebnisse der Kontrollinstanzen auch umzusetzen. Das ist das Bedauerliche, Hohes Haus, weil diese Ignoranz der NÖPLAN den Steuerzahlern Geld kosten wird. Wieviel, das wird erst die Endabrechnung von St. Pölten ergeben.

Im Detail, Hohes Haus, mußten vom Kontrollausschuß hinsichtlich der Prüfung der Vertragswerke unter anderem kritisiert werden, daß für die zweite Baustufe des Kulturbezirkes, Archiv und Bibliothek, keine vertragliche Regelung zwischen dem Land Niederösterreich und den Projektgesellschaften im Bereich der NÖ Hypobank, und

das für ein budgetiertes Investitionsvolumen von rund 360 Millionen Schilling, besteht. Es wurden weiters auch vertragliche Defizite bei der Öffentlichkeitsarbeit festgestellt, die bis Mai 1996 rund 128 Millionen Schilling verschlungen hat. Die Kritikpunkte des Kontrollausschusses beginnen weiters bei der Vergabep Praxis und reichen bis zu fehlerhaften Kostenschätzungen bei Haustechnik und Garagenestrich. Bei den Vergaben wurde von der NÖPLAN von wesentlichen Vergabegrundsätzen der ÖNORM A 2050 abgewichen. Durch Nachverhandlungen wurde der freie und lautere Wettbewerb, der den Grundsatz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bilden sollte, mißachtet. Weiters mußte das extreme Ausreizen der Planungs- und Bauzeiten durch die NÖPLAN bemängelt werden, weil wegen des Fehlens jeglicher Zeitreserven einfach die Gefahr hoher Risiken gegeben war und auch noch ist, deren Folgen, meine sehr geehrten Damen und Herren, erst zu einem viel späteren Zeitpunkt zutage treten können. Der prognostizierte Kostenvorteil für die 18monatige Bauzeitverkürzung von rund 125 Millionen Schilling ist nämlich, so meine ich, noch lange nicht realisiert und wird erst die Endabrechnung zeigen, ob wir die mit Risikobauen verbundenen Risiken nicht doch noch sehr teuer bezahlen werden müssen.

Wie weit aber Kostenprognosen und die Realität auseinanderklaffen müssen, zeigt der Bericht beim Gewerk Haustechnik auf. Der zum Zeitpunkt des Haustechnikwettbewerbes bekannte Leistungsumfang wurde vom Wettbewerbssieger im März 1991 mit 278 Millionen Schilling angesetzt. Im August 1991 hat die Planungsfirma wegen der im Wettbewerb nicht berücksichtigten Leistungen die Gesamtkostensumme auf 562 Millionen Schilling revidiert. Der Landtagsvorlage vom 2. Juli 1992 wurden abermals korrigierte Gesamtinvestitionskosten für die Haustechnik von 680 Millionen Schilling zugrunde gelegt. Die neueste und jüngste Kostenprognose für die Haustechnik per 30. Dezember 1997 liegt derzeit bereits bei 1,027 Milliarden Schilling. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Realität! Da kann man doch wirklich dann nur mehr hoffen, daß es eine derartige Kostenexplosion nur beim geprüften Gewerk Haustechnik geben wird, denn sonst kommt der gesamte Kostenrahmen aus dem Gleichgewicht.

Und wie die Kostenprognose momentan per 30. Dezember 1997 aussieht, möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Es werden Gesamtkosten von 6,494 Milliarden Schilling erwartet, dem steht ein auf Grund der

Landtagsbeschlüsse valorisiertes Budget von 6,558 Milliarden Schilling gegenüber. Das heißt, daß gemäß der Kostenverfolgung mit Stand 15. Mai ohne Berücksichtigung der Skonti rund 64 Millionen Schilling weniger benötigt werden. Das heißt aber auch, daß die NÖPLAN auch unter Berücksichtigung der Skontoerträge von der Einsparungsvorgabe von 350 Millionen Schilling, wenn man den Zahlen der Kostenverfolgung Glauben schenkt - und ich schenke diesen Zahlen Glauben - sehr weit entfernt ist. Wenn ich mich dann noch daran erinnere, daß wir vor noch nicht allzu langer Zeit hier im Hohen Haus die Errichtung des Landesmuseums debattiert haben, daß uns der Herr Landeshauptmann hier über die NÖ Landeskorespondenz am 14. Mai 1997 wissen ließ, daß die Finanzierung der Errichtung eines NÖ Landesmuseums dadurch möglich wird, weil bei der Realisierung des Regierungsviertels bisher beträchtliche Einsparungen erzielt wurden, dann frage ich mich schon, ob man diese vom Herrn Landeshauptmann artikulierten Einsparungen bei der Kostenverfolgung auch finden kann. Ich finde sie jedenfalls nicht. Und die Kostenverfolgung des Controllings gibt wirklich keinen Hinweis auf Einsparungen in einer Größenordnung von 360 Millionen Schilling.

Zum Schluß kommend, Hohes Haus, halte ich zur Finanzierung des Landhausviertels in St. Pölten fest, daß das Theoretisieren von Landesrat Mag. Freibauer über den Wundertopf genannt Landeshauptstadtfonds mit dem Rechnungsabschluß 1996 als reines Planspiel endgültig in sich zusammengebrochen ist. Denn für die Bezahlung der Hauptstadtleasingraten werden entweder Steuergelder der Zukunft oder Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt, die ebenfalls Steuergeld kosten, herangezogen werden müssen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet und gelangt Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Aus dem umfangreichen ersten Teilbericht des Kontrollamtes habe ich jenen Teil herausgegriffen, der sich mit der Situation der NÖ Umweltschutzanstalt befaßt. Und ich möchte vorausschicken, daß ich nicht im Detail genau auf die Istsituation eingehen werde, sondern bei dieser Gelegenheit einen Blick in die Zukunft der NÖ Umweltschutzanstalt machen möchte. Der Bericht des Finanzkontrollausschusses kommt nämlich zu

einem Zeitpunkt, da absehbar ein Ende der bisherigen zentralen Aufgabenstellung im Laufe des kommenden Jahrzehnts zu erwarten ist. An die Spitze, sehr geehrte Damen und Herren, ist daher die Aussage zu stellen, daß die NÖ Landesregierung gefordert ist, rechtzeitig ein Konzept für die Zukunft der NÖ Umweltschutzanstalt nach der grundsätzlichen und tiefgreifenden Veränderung in der NÖ Abfallwirtschaft durch die Entscheidung zur thermischen Abfallverwertung zu erstellen. Das gilt natürlich insbesondere für die Fachabteilungen und den politischen Referenten, Herrn Landesrat Blochberger. Mit den Entscheidungen des Landtages von Niederösterreich zur thermischen Abfallverwertung ist klar, daß das wesentlichste Standbein der NÖ Umweltschutzanstalt, nämlich die Deponie von Restmüll, zurückgehen und schließlich bis auf einen kleinen Rest wahrscheinlich ganz wegfallen wird. Vor allem aber ist das gerade jener Sektor, der die wirtschaftliche Grundlage bildet. Die anderen Teilbereiche, wie zum Beispiel laborgebundene Tätigkeiten im Analyse- und Gutachterbereich usw. werden sicher nicht in der Lage sein, die tragfähige Basis der bisherigen Struktur zu bilden.

Dennoch ein Blick auf die wesentlichsten derzeitigen Wirtschaftsdaten, Hoher Landtag. Ende 1995 wurden von der NUA 195 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Bilanzsumme am 31. Dezember 1995 betrug 707 Millionen Schilling. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 581 Millionen Schilling. Allerdings, und das ist nicht erfreulich, der Jahresfehlbetrag stieg von 1994 auf 1995 von 2,4 Millionen Schilling auf 27,4 Millionen Schilling. Dem muß man entgegenhalten, daß 1994 noch ein buchmäßiger Gewinn von 16 Millionen Schilling ausgewiesen werden konnte. Die Ursa-

che dafür ist vor allem die notwendige Dotierung von Rückstellungen für die zu erwartenden Sanierungs- und Nachsorgemaßnahmen. Zugleich mußte aber auch die NUA durch die Übernahme des Bilanzverlustes der erworbenen CONUA eine große Belastung übernehmen. Würde es also in Zukunft nicht zu geeigneten flankierenden Maßnahmen kommen, dann hätte das wahrscheinlich auf die NUA und ihre Existenz katastrophale Auswirkungen.

Hoher Landtag! Zur derzeitigen Situation, wie sie der Finanzkontrollausschuß im vorliegenden Bericht aufzeigt, einige Worte. Wie erwähnt, stieg der Jahresfehlbetrag im Jahr 1995 auf 27 Millionen Schilling. Der Finanzkontrollausschuß weist in dem Zusammenhang mit der Gebarung, mit der gesamten Kostensituation auch darauf hin, daß grundsätzlich ein verbessertes Kontrollrecht verankert werden sollte. Die Landesregierung sollte dazu demnächst dem Landtag einen Vorschlag übermitteln.

Es wurde zum Beispiel auch im Zusammenhang mit dem Kuratorium kritisiert, daß Fragen der Vertretung des Vorsitzenden nicht entsprechend geregelt sind. Es kann nicht sein, wird hier aufgezeigt, daß zum Beispiel die Geschäftsführung den Kuratoriumsvorsitzenden im Verhinderungsfalle vertritt. Das ist sicher keine zufriedenstellende Lösung. Auch hier hat die Landesregierung Satzungsänderungen zugesagt, wie überhaupt im Gegensatz zu dem vorhin von Herrn Abg. Dkfm. Rambossek hier angeführten Bericht, wo viele Punkte von der Landesregierung nicht zufriedenstellend beantwortet wurden im Zusammenhang mit dem von Dir Erwähnten, in diesem Bericht, soweit ich mich eingelesen habe, jeder Empfehlung des Finanzkontrollausschusses zumindest mit einer Absichtserklärung Rechnung getragen worden ist. Zu den Satzungsänderungen hat man sich also auch bekannt. Es wird hier auch vorgeschlagen, daß man diese Änderungen nicht in Einzelschritten machen sollte, wie das bisher erfolgt ist, sondern daß es besser wäre, einen einzigen größeren Reformschritt auf einmal zu setzen. Das empfiehlt der Bericht.

Zur Buchhaltung nimmt er auch Stellung. Teile der Buchhaltung, die früher ganz ausgelagert war, sind mittlerweile hausintern. Der Vorschlag des Finanzkontrollausschusses lautet, daß die gesamte Buchhaltung von der NUA selbst gemacht werden sollte, um hier Kosten zu sparen.

Kosteneinsparen, das ist auch ein Stichwort, wenn man den Personalaufwand und seine Entwicklung betrachtet. Der Personalaufwand der

NUA stieg von 1993 auf 1994 um 12,6 Prozent, liegt also doch deutlich über der durchschnittlichen Rate. Bis 1995 stieg er wiederum um 7,8 Prozent. Es wird das allerdings auch begründet. Und zwar begründet durch die Anlage in Hohenruppersdorf. Wir hatten ja Gelegenheit, diese Anlage zu besichtigen und uns zu überzeugen, daß dort wirklich auf dem neuesten Stand der Technik gearbeitet wird. Vor allem die Einführung mehrerer zusätzlicher Schichten, es wurde zum Teil zeitweise sogar mit einer dritten Schicht, mit Nachtschichten gearbeitet, hat hier natürlich zu Personalvermehrungen geführt. Dennoch muß appelliert werden, vor allem mit Blick auf die Zukunft, wenn die Müllmengen immer geringer werden, daß eine Kostensituation auf dem Personalsektor nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Es sind immerhin Gebühren, die die Bevölkerung, also die Steuerzahler aufzubringen haben.

Ganz wesentlich ist, Hoher Landtag, wie weit es der NUA immer wieder gelingt, Mittel für diese erwähnte Risikovorsorge in einem ausreichenden Ausmaße zu erwirtschaften und zurückzustellen. Diese Rücklagen nehmen in letzter Zeit naturgemäß ab. Sie gingen zum Beispiel zum Kontrollzeitpunkt um 39,5 Millionen Schilling auf nunmehr 290 Millionen Schilling zurück. Deshalb hat auch der Finanzkontrollausschuß empfohlen, eine Neuberechnung, eine Neuschätzung der Nachsorgemaßnahmen zu erstellen, da die alte Schätzung aus dem Jahre 1993 stammt, als es noch ganz andere gesetzliche Grundlagen, zum Beispiel im Bereich des Wasserrechts gegeben hat. Es geht darum, das neu anzupassen, um einen realistischen Überblick über zu erwartende Kosten für die Nachsorge zu erzielen. Auch dieser Empfehlung hat die Landesregierung in einer Neubewertung dieser zu erwartenden Nachsorgekosten bis zum Jahr 2000 bereits Rechnung getragen.

Ein wichtiger Punkt der Feststellungen des Finanzkontrollausschusses, des Kontrollamtes ist auch, daß der Erwerb des Regionalen Abfallverbandes Mostviertel durch die NUA eigentlich unwirtschaftlich war und daher eine Belastung darstellt. Natürlich ist hinzuzufügen, daß es im Sinne der Umwegrentabilität und vor allem im Hinblick auf die Situation in der Region vertreten werden mußte. Auch das hat die Landesregierung hier festgestellt, daß diese Kritik an und für sich gerechtfertigt war. Es ist also hier bei diesem Punkt des Kontrollamtsberichtes zu sagen, daß hier sehr weitgehend die Empfehlungen umgesetzt worden sind. Es ist nicht nur der Mostviertelverband, abgekürzt heißt er RAM, in die NUA integriert worden, sondern auch diese nunmehrige Tochter-

gesellschaft diese CONUA, Consulting und Abfallmanagement GesmbH. Diese Tochtergesellschaft sollte nach Ansicht der Fachleute ein besseres Eindringen in den Abfallwirtschaftsmarkt ermöglichen, das heißt also, eine bessere Behauptung auf dem Markt durch die NUA bringen. Ob dieses Ziel wirklich erreichbar ist, das ist auch in dem Bericht mit einem sehr sehr großen Fragezeichen versehen, sehr geehrte Damen und Herren.

Ein Wort zu den Erlösen, die die NUA erzielt hat: 85 Prozent, also der allergrößte Teil der erzielten Erlöse stammen aus dem Sektor Abfallwirtschaft. Und hier kommen wir zum Problem der Zukunft. Durch deutlich rückgängige Müllmengen und stagnierende Preise ergibt sich hier laufend eine deutliche Umsatzverringering. Die Ursachen liegen in einem verstärkten Konkurrenzkampf, ausländische Entsorgungsfirmen, inländische Entsorgungsfirmen, und in einem ungeheuren Preiskampf auf diesem Sektor. Daraus ergibt sich also für die NUA die Herausforderung nach noch stärkerer Akquisition und die Herausforderung und der Auftrag, noch stärker in die Märkte einzudringen, um sich hier behaupten zu können. Und damit auch natürlich das Landesbudget zu entlasten, denn die Fehlbeträge müssen ja aufgebracht werden.

Durch die Reduktion der Müllmengen ist logischerweise auch eine Reduktion der Deponiestandorte eine klare Tatsache. Es gibt zu viele Deponiestandorte in Niederösterreich und es gibt zu große Deponien in Niederösterreich. Die NUA ging diesbezüglich einen richtigen Weg, das soll hier wirklich festgestellt werden, in der Form der Konzentration auf weniger Standorte. Man hat hier fünf Entsorgungsregionen geschaffen, in diesen fünf Regionen werden sieben Deponiestandorte betrieben. Dieser Weg ist in der Zukunft fortzusetzen. Technisch sind diese Deponien dem Stand der neuesten Technik anzupassen. Diese technisch entsprechenden zentralen Anlagen sind dann wesentlich wirtschaftlicher zu führen und sind natürlich auch im ökologischen Sinne wesentlich sicherer.

Ein Wort noch zu den Kompostanlagen: In dem Bericht wird aufgezeigt, daß sie immer ein wirtschaftliches Problem darstellen und daher hier auch eine Konzentration sinnvoll ist. Die Betriebsergebnisse der Biomüllkompostierung müssen weiter verbessert werden. Hier gibt es einige Marktchancen und einige Hoffnung, daß es besser wird, im Gegensatz zur Situation beim Restmüll. Die Übernahme von Biomüll durch die NUA stieg zum Beispiel im Berichtszeitraum um

23 Prozent. Der Absatz des hier verarbeiteten oder erzielten Kompostes stieg um 35 Prozent. Man sieht schon, daß hier eine Ausweitungsmöglichkeit gegeben ist. Vor allem aber, was wichtig ist, die Erlöse aus diesem Bereich der Tätigkeit sind um rund 22 Prozent gestiegen.

Zum Schluß möchte ich noch einmal sagen, Hoher Landtag, Herr Präsident: Die Zukunft der NÖ Umweltschutzanstalt muß dem Land Niederösterreich ein Anliegen sein. Die thermische Müllverwertung ist die wirksamste Methode und ökologisch notwendig. Sie bringt Einsparung von Deponieflächen, sie bringt eine Restmüllreduktion auf ein Zehntel, sagt man voraus. Ökonomisch allerdings wird sie somit zum größten Problem der NUA. Daher, Hoher Landtag, muß diese NÖ Umweltschutzanstalt in eine zu schaffende neue Struktur der Abfallwirtschaft mit einbezogen werden. Ansonsten drohen Verluste in hundertfacher Millionenhöhe. Der Finanzkontrollausschuß ortet sogar in seinem Bericht, wenn er in das Jahr 2003 blickt, über 600 Millionen Schilling Verluste. Diese Verluste könnte die NUA logischerweise nie tragen. Das heißt, sie würden zu einer enormen Belastung des Landesbudgets werden. Die derzeitige Konzeption kann also klarerweise in absehbarer Zeit für die Zukunft nicht mehr beibehalten werden. Nochmals: Die Landesregierung ist daher dringend gefordert, ein neues Konzept zu erstellen, soll nicht die Horrorvision, die auch in dem Bericht nachzulesen ist, vom Jahr 2014 Realität werden, für das der Finanzkontrollausschuß prophezeit, wenn es so weiter betrieben würde und die Müllmengen nicht mehr vorhanden sind, dann würde die Finanzierungslücke in diesem Jahr 2014 möglicherweise eine Milliarde Schilling betragen. Daher ist höchster Handlungsbedarf gegeben. Dieser Bericht zeigt das auf, er hält das nachdrücklich fest. Und im Wissen, wie wichtig die Bewältigung dieser aufgezeigten Probleme ist, nimmt meine Fraktion im Landtag diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die unüberhörbare Feststellung, daß die Anmerkungen des Finanzkontrollausschusses mangelnde Konsequenzen bewirken, sind zu relativieren. Aus mehrfachen Gründen: Erstens ist die Tätigkeit des Finanzkontrollausschusses eine nachfolgende und meist keine begleitende Kontrolle, sodaß hier zwischen Prüfergebnis und dem

Tatsachenbestand schon einige Zeit klafft. Zweitens erachte ich diese Tätigkeit im Finanzkontrollausschuß nicht für so umsonst, genauso wenig wie die Tätigkeit der Kontrollbeamten, daß nicht doch Konsequenzen als Ergebnis zustande kommen. Ich glaube vielmehr, daß diese Tätigkeit sehr wohl auch hinsichtlich der Konsequenzen erfolgreich ist. Wir sollen diese eigene Tätigkeit nicht abwerten. Und zum dritten: Die überwiegende Anzahl der Feststellungen führt seitens des Finanzkontrollausschusses und des Kontrollamtes zur Stellungnahme, daß die Rechtfertigung zur Kenntnis genommen wird. Wobei wir annehmen müssen, daß mit dieser Kenntnisnahme auch die Konsequenz verbunden ist, aus diesen Prüfergebnissen entsprechende Ableitungen vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein zentrales Thema ist das Krankenhaus Mauer mit einem, wie es Kollege Keusch bezeichnet hat, Dauerbrenner, der aber jetzt doch zu Ende gegangen ist. Für viele war das, was Du hier expliziert hast, neu. Für einen Mostviertler stand die Kurzfassung ja schon in der Regionalzeitung. (*Unruhe bei Abg. Kautz.*) Aus seiner Feder oder aus seinem Mund sind diese Ergebnisse in Kurzfassung zu lesen gewesen. Nur, Herr Kollege Kautz, was die Landwirtschaft betrifft, ist zumindest jetzt vorläufig dieses Kapitel abgeschlossen. Und ich bin sogar überzeugt, daß nach langwierigen Verhandlungen und Gesprächen eine Lösung mit einem Pächter gefunden wurde, der sein Handwerk in Theorie und Praxis versteht. Und daß zumindest jetzt eine Trennung vom Krankenhaus durch eine selbständig betriebene Landwirtschaft erfolgt ist.

Ebenso wurde urgiert eine Strukturbereinigung im Werkstättenbereich, eine Aufforderung, die wir gemeinsam getragen haben. Wobei ich aber in letzter Zeit vielfach orte, daß man wieder beginnt, privatwirtschaftliche Überlegungen zurückzunehmen. Auch aus beschäftigungspoliti-

schen Gründen. Ich denke zum Beispiel daran, daß auch die ÖBB Aufträge, die sie bereits außer Haus vergeben hat, wiederum in die eigene Werkstatt zurückgeholt hat. Ich beurteile das nicht negativ und nicht kritisch, sondern ich meine, daß es neben einer Strukturbereinigung auch darum geht, soziale Momente nicht außer Acht zu lassen. Und daß gerade auch in dem Bereich der strukturellen Werkstättenbereinigung in Mauer vor allem hinsichtlich des natürlichen Abganges keine Nachbesetzungen erfolgen dürfen. Und das ist ja auch geschehen. Die letzte Werkstätte, die geschlossen worden ist durch die Pensionierung des Leiters, ist die Schuhmacherwerkstätte. Dieser Posten wurde nicht nachbesetzt.

Die Einbindung der Betriebssportgemeinschaft in die Therapie ist ein Faktum. Zwar nicht wesentlich begründbar, aber doch ein Teil der Therapie, die andererseits woanders sogar verlangt wird. Aber ich bekenne mich zu dem, daß das Verhältnis zwischen Krankenhaus und Betriebssportgemeinschaft auf eine ordentliche, rechtliche Basis mit Rechten und Pflichten zu stellen ist. Und ich wurde informiert, daß es hier bereits Vereinbarungen mit Unterschriftenleistungen gibt und alles das soll dann - und wir hoffen, in absehbarer Zeit - in einen gültigen Vertrag übergeführt werden.

Herr Kollege Keusch hat auch die Ausstattung im Küchenneubau kritisiert. Ich habe keine Ursache, hier jetzt als Pflichtanwalt aufzutreten. Nur besteht für mich sehr wohl eine Kombinationsnotwendigkeit zwischen dem Baustil und der Einrichtung, die natürlich nicht in jenem hohen Ausmaß zu rechtfertigen ist. Da gebe ich Dir recht. Und ich halte meine Hände frei und, Kollege Keusch, muß mich nicht so, wie Du das angedeutet hast, jetzt rechtfertigen. Das ist richtig. Nur eines: Es waren keine einsamen, keine isolierten Entscheidungen, sondern das alles basiert auf gültigen Beschlüssen. Und daher ist nicht ein einzelner zur Verantwortung zu ziehen, sondern es sind alle zur Verantwortung zu ziehen, die hier mitgetragen haben. Es wurde auch festgestellt, daß der Raumbedarf nicht mit der Notwendigkeit übereinstimmt. Dazu stelle ich auch fest, daß manchenmal die Kritikpunkte nicht zur notwendigen Konsequenz führen. Denn seit meiner Tätigkeit im Finanzkontrollausschuß stelle ich mehrmals fest, daß wir immer wieder diese mangelnde Vorplanung und Vorbereitung festgestellt haben und daß im Laufe der Bauphasen immer wiederum nicht unbedeutende Korrekturen erfolgt sind. Und ich meine daher, es soll darauf gedrungen werden, daß eine exakte Planung mit einem tatsächlich auf den Bedarf

abgestimmten Raumerfordernis die Grundlage sein soll und nicht so sehr manchenmal der Zeitfaktor in den Vordergrund zu stellen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde bereits erwähnt, daß dieser Bericht I/1997, bestehend aus zwei Teilen, sich in 11 Wahrnehmungsberichte teilt. Und ich möchte mich vor allem konzentrieren auf jene 140 Seiten des Teiles 2, in dem die Errichtung des Landhausviertels analysiert wird.

Der Finanzkontrollausschuß ist im Umfange eines umfassenden Kontrollsystems eigentlich die Tertiärkontrolle. Eine externe Kontrolle im Rahmen eines umfassenden Kontrollsystems, das noch ergänzt wird durch den Rechnungshof. Zwei Personen, ohne daß ich jetzt Namen nenne, finden sich immer wieder irgendwo zwischen den Zeilen. Und in Zusammenhang mit ihren Funktionen orte ich auch manchenmal die Konfliktsituationen. Ich halte aber zugute, daß der Name des Architekten bis zu diesem Regierungsviertel kaum jemandem bekannt gewesen ist, daß er damit in die Fachliteratur und in die internationalen Fachzeitschriften Eingang gefunden hat, damit in das internationale Rampenlicht getreten ist. Und es ist psychologisch durchaus verständlich, daß sich dadurch ein nicht immer von uns aus zu verstehendes Selbstbewußtsein entwickelt hat. Daß die subjektive Entscheidungsfreudigkeit vielleicht da und dort überzogen wurde und daß auch von außen eine Autorität zugeschrieben worden ist, die in der Person vielleicht manchenmal auch den Nimbus der Unfehlbarkeit aufkommen hat lassen. Manche Hinweise in diesem Bericht bestätigen diese sehr vorsichtige Formulierung. Wenn ich nur an die Kostenschätzung für den Garagenestrich denke, wo Mengenermittlung und Einheitspreis sich gar nicht mit den Fakten gedeckt haben. Aber es sei zugestanden, daß diese Erkenntnis schriftlich mitgeteilt worden ist und daß mit dieser Mitteilung an die NÖPLAN auch ein Schuldbekenntnis verbunden gewesen ist.

Der zweite Teilbereich ist die NÖPLAN, die nach außen durch eine Person repräsentiert und präsentiert wird, die durch die Managementanforderungen, die in diese Tätigkeit gestellt worden sind, eine Dynamik entwickelt hat, die auf Grund der Verantwortungsfülle schon eine gewisse Eigenständigkeit aufkommen ließ und wo es von der Struktur her schon sehr schwer geworden ist, Anregungen von außen auch in die eigene Handlungsweise zu übernehmen und zu Konsequenzen zu führen.

Ich habe das deshalb so deutlich gemacht, weil ich in diesem Spannungsfeld auf der gegenwärtig größten Baustelle Europas manchen Kritikpunkten auch verständnisvoll gegenüberstehe. Und ich konzentriere mich nur auf einige Ergebnisse. So zum Beispiel auf den Hinweis, daß Skontoerträge gesamtkostenmindernd wirken sollen. Bedauerlicherweise ist das kein Vorwurf, der allein hier in diesem Bericht steht. Dem sind wir schon mehrmals begegnet, auch im Zusammenhang mit dem Küchenumbau im Landeskrankenhaus Mauer findet sich dieselbe Formulierung. Offensichtlich ist es doch gang und gäbe, daß die Skontoerträge nicht zur Gesamtkostenminderung vereinnahmt werden, sondern zur Umsetzung nicht enthaltener Vorstellungen eingesetzt und investiert werden. Es wurde in dem Zusammenhang auch der kritisierten Stelle vorgehalten, daß sie ein Grundsatzübereinkommen zu erarbeiten hat. Sie weist darauf hin, daß dieses Grundsatzübereinkommen existiert. Und diese Feststellung und Rechtfertigung der geprüften Stelle wird auch durch den Finanzkontrollausschuß zur Kenntnis genommen.

Ein weiterer Ergebnispunkt befaßt sich mit der Bauzeit. Es ist meiner Ansicht nach letztlich ein mathematischer Konflikt hinsichtlich des Ausgangstermins und der Gesamtzeit. Faktum ist, daß der ursprüngliche Fertigstellungstermin, der beabsichtigt gewesen ist, tatsächlich um einen bedeutenden Zeitraum verkürzt worden ist. Man hat sich hier also von dem Grundsatz leiten lassen, daß eben Zeit Geld ist. Dieses Faktum soll positiv vermerkt werden. Und das ist keine neuere Erkenntnis, auch keine Erkenntnis, die von einem Architekten und einem Repräsentanten der NÖPLAN getragen wird, sondern das ist schon eine Erkenntnis, die mehrere Jahrhunderte alt ist. Wenn zum Beispiel Franklin schon meinte, daß die Zeit der Arbeitsmesser ist, daß das Geld der Warenmesser ist und daß die Arbeit teuer wird, wenn man sich nicht sehr eilt. Die Problemsituation könnte sich ergeben, wenn unter dieser Eile auch die Qualität dann leidet.

Es wurde in den vorhergehenden Wortmeldungen auch der Vergabepaxis breiter Raum gegeben und festgestellt, daß man sich durch Nachverhandlungen ein wenig von der ÖNORM entfernt hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch aus kommunalen Bereichen und überall dort, wo Leasingfinanzierungen gewählt werden, kenne ich diese Art, ein wenig in Distanz zur ÖNORM A 2050 zu handeln. Das geschah auch hier, sicherlich nicht nur zum Nachteil der Gesamtkosten, aber solange, bis wir nicht eine eindeutige Bindung durch die Novelle des Verga-

beigesetztes festgelegt haben. Und ich hoffe, daß jetzt diese ÖNORM Anwendung findet und daß der Billigstbieter auch erwarten kann - und das gilt für den Auftraggeber genauso - daß er zugleich auch als Bestbieter qualifiziert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Finanzkontrollausschuß faßte seine Anmerkungen in insgesamt 58 Ergebnispunkten zusammen. Durch die vorhergehenden Wortmeldungen wurde mehr oder weniger der Eindruck erweckt - vor allem der Herr Kollege Dkfm. Rambossek hat sich sehr mit Negativkritik beschäftigt - daß es nur negative Anmerkungen gibt, die in diesen Berichten enthalten sind. Deshalb erlaube ich mir, auch auf positive Anmerkungen in diesem Kontrollamtsbericht hinzuweisen. Die gesamte Grundstücksbeschaffung erfolgte durch die NÖPLAN. Standortuntersuchungen, Strukturanalysen und Koordinierungen der befaßten Stellen sind kritikfrei. Und ich zitiere aus dem Bericht, der diese Behauptung rechtfertigt. Ich zitiere: "Dazu kann festgestellt werden, daß es der NÖPLAN gelungen ist, sehr kostengünstige Quadratmeterpreise zu erreichen." Bestätigt wird diese Ansicht durch einen Prüfbericht des Rechnungshofes. Also durchaus eine positive Feststellung und nicht nur negative Kritik, die aus diesen Berichten erfließt.

Auch die Projektkosten liegen derzeit einschließlich der Einsparungsvorschläge innerhalb des bewilligten Budgetrahmens. Das stellt auch die externe Kontrolle auf Seite 284 fest. Und ich zitiere hier auch aus diesem Bericht: Die Kostenverfolgung wird vom Projektcontroller wahrgenommen. Aus dessen Unterlagen geht hervor, daß die Projektkosten derzeit innerhalb des bewilligten Budgetrahmens, einschließlich Einsparungsvorgabe, liegen. Einmal mehr wird dadurch auch bestätigt, daß sich das blaue Zahlenspiel sehr oft von den Tatsachen entfernt. Ebenso wird auf Seite 293 ganz klar und unmißverständlich festgestellt, daß die Antipropaganda der F zu demaskieren ist, wenn es... *(Abg. Hrubesch: Entschuldige! Da gibt es einen Kontrollamtsbericht! Da geht es nicht um Propaganda! Das sind die Zahlen des Kontrollamtes!)*

Herr Kollege Hrubesch, Du kannst nach mir reden, und ich werde dazu noch Stellung nehmen. Aber Du mußt aufpassen, denn ich freue mich hier festzustellen, daß auch bei diesen positiven Anmerkungen die Unterschrift des Obmannes des Kontrollausschusses vermerkt ist. Ich darf aus dem Bericht zitieren: "Die finanzielle Bedeckung erfolgt durch die Umschichtung von Landesvermögen. Veräußerungserlöse, Zinserträge und Mieteinnahmen werden dem sogenannten 'Hauptstadtfonds' zugeführt, der dann zur Bedeckung

der jährlichen Rückzahlungsraten herangezogen wird. Das dem Landtag vorgelegte Konzept wurde von der Begleitenden Kontrolle/kaufmännischer Bereich überprüft und von dieser positiv begutachtet." Es darf doch auch gestattet sein, positive Anmerkungen aus einem Bericht, auch wenn es der F nicht paßt, zu zitieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ich habe Ihnen ja schon einmal gesagt, wie bei Ihnen die Mathematik abläuft. Auf der Theorie der alten Mengenlehre. Und ich wiederhole mich, wenn ich hier gemeint habe, daß dann, wenn in einem Bus fünf drinnen sitzen und sieben aussteigen, zwei noch dazukommen müssen, daß keiner drinnen ist. Auf dieser Basis scheinen Sie auch die Hauptstadtfinanzierung zu kalkulieren. *(Abg. Haberler: Sind wir hier denn in der Schule?)* Ja, zu dieser Zeit, in der die Mengentheorie unterrichtet wurde.

Auf Seite 337 wird auch die örtliche Bauaufsicht beurteilt. Die personelle Ausstattung der örtlichen Bauaufsicht beurteilte die Begleitende Kontrolle/Technischer Bereich als ausreichend und die Organisationsform als zufriedenstellend. Zusätzlich wurde bemerkt, daß die Ausarbeitung der Monatsberichte samt Kosten und Terminverfolgung in einer guten und effektiven Form erfolgte. Auch eine positive Anmerkung. Wenngleich zum Beispiel auch Mengen- und Kalkulationsdifferenzen beim Garagenestrich festzustellen gewesen sind, so gibt es auch, hier nachzulesen in diesem Bericht, positive Feststellungen. *(Abg. Dr. Bauer: Aber bei einem anderen Garagenabschnitt!)* Nein, bei dem hier! *(Abg. Dr. Bauer: Also das verstehe ich nicht! Entweder es paßt etwas oder es paßt etwas nicht!)*

Herr Klubobmann! Wir können uns tagtäglich überzeugen, daß die Qualität der Ausführung kaum zu wünschen übrig läßt. Ich werde aber darauf noch kurz zu sprechen kommen.

Eine Milliardeninvestition zum Vorteil unseres Bundeslandes und seiner Landsleute wurde zu einem insgesamt gelungenen Projekt Landhausviertel. Und zwar aus mehrfachen Gründen: Erstens, ich habe das erwähnt, gab es ein mehrfaches Kontrollsystem, das hinsichtlich der Optimierung bei der Finanzierung, Planung und Errichtung die Erwartungen erfüllt hat. Zweitens: Die dreistufige Kontrolle und die Verantwortung aller Beteiligten verhinderte, daß selbst einseitige und mißliebige Kritikaster nicht einmal ein "Skandalchen" auf dieser großen Baustelle ausfindig machen konnten. Beinahe einmalig, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß es heute noch Verhandlungen auf Grund von Verfehlungen bei anderen Großbaustellen gibt.

Drittens: Es erfolgte eine EU-weite Ausschreibung. Auch Firmen aus dem EWR-Raum konnten sich bereits vorher bewerben. Und trotzdem ist es gelungen, durch die Leistungsfähigkeit der NÖ Wirtschaft, daß 80 Prozent des Auftragsvolumens in Niederösterreich verblieben sind. Und nicht nur im Zentralraum, sondern auch an kleine und mittlere Unternehmungen im gesamten Land sind Aufträge erteilt worden.

Natürlich soll damit nicht verwischt werden, daß es im Detail Fehler gegeben hat. Aber ich vergleiche das immer mit dem eigenen Hausbau. Niemand, ob er jetzt in eine Wohnung eingezogen ist oder ein Haus gebaut hat, blieb je von Ausbesserungen, Ergänzungen und kleinen Pannen verschont. Und ich glaube, daß sich bei dieser Großbaustelle diese hier feststellbaren Mängel in sehr bescheidenen Grenzen halten. Für mich ist aber wichtig, was die Bevölkerung dazu sagt. Und ich stelle fest, daß sich die Zustimmung unserer Landsleute auch in jenen Regionen zunehmend positiv zeigt, die jetzt östlich oder im Wiener Umland leben. Das ist dokumentiert. *(Abg. Haberler: Da waren Sie aber schon lange nicht da unten.)* Herr Kollege Haberler! Ich bin gebürtiger Wiener Neustädter, ich kenne auch die Problemsituation des südlichen Umlandes. *(Abg. Haberler: Aber sicher nur aus Erzählungen.)* Ich kenne auch den Osten, ich kenne das auch. Nur, die Umfrageergebnisse bestätigen auch dort eine wachsende Zustimmung. Was aber für mich noch wichtiger ist, und das ist ein Faktum, daß wir im September des heurigen Jahres den 450.000. Besucher der Landeshauptstadt im Regierungsviertel begrüßen können werden. Eine Zustimmung, die sich auch durch das Interesse dokumentiert.

Ich meine, daß dieser Bericht kritische Anmerkungen enthält, daß aber auch die positiven Beurteilungen nicht außer acht gelassen werden sollen. Und daß bei aller Kritik, die berechtigt ist, sich das 1:1-Modell tatsächlich sehen lassen kann. Und daß dieses Regierungsviertel eine erfolgreiche Baustelle für das gesamte Land Niederösterreich und St. Pölten als Landeshauptstadt gewesen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte mich mit dem Finanzkontrollausschuß I/1997 mit den Prüfberichten 4 und

5, die uns der Finanzkontrollausschuß vorgelegt hat, beschäftigen. Darauf ist ja zum Großteil schon der Kollege Keusch aber auch teilweise der Kollege Treitler eingegangen. Daß nämlich der Finanzkontrollausschuß in drei Prüfungen, in drei Wahrnehmungsberichten 1989, 1992 und 1993 auf die Strukturbereinigung der Landwirtschaft und der Werkstätten in der NÖ Landesnervenklinik West hingewiesen hat. Darauf brauche ich nicht mehr einzugehen, das hat ja schon der Herr Kollege Keusch entsprechend erörtert.

Tatsache ist, eine Feststellung, die wurde nicht getroffen: Daß laut Systemisierungsbescheid am 21. Februar 1992 der Meierhof laut einer Meldung des ärztlichen Direktors nicht mehr als Krankenabteilung geführt wurde. Aber der Kontrollausschuß oder die Kontrolloren haben zum Stichtag 20. Mai 1996 festgestellt, daß trotz allem noch immer 38 Patienten im Meierhof wohnten. Das möge man auch bitte feststellen. Vier Jahre vorher hat man gesagt, dieser Meierhof wird nicht mehr für Patienten zur Verfügung gestellt. Und dann kommt der Kontrollausschuß und stellt fest, vier Jahre später sind noch immer 38 Patienten dort untergebracht. Hier würde ich schon meinen, ist es sinnvoll, daß es eine Kontrolle gibt, Herr Treitler. Und daß es wirklich auch - das ist keine negative Kritik, sondern ich finde das richtig - daß das aufgezeigt wird. Und ich finde, wir, der Landtag und die Landesregierung, sollten sich nicht gefallen lassen, daß der ärztliche Direktor von dort uns eine Meldung gibt, 1992 ist niemand mehr drinnen und wir stellen dann vier Jahre später fest, daß sehr wohl noch jemand drinnen ist. Und das, meine ich, ist eine falsche Information des ärztlichen Direktors der Landesregierung und dem Landtag gegenüber. Und diese Dinge müssen doch aufgezeigt werden.

Über die Werkstätten, die Strukturbereinigungen und all diese Dinge brauche ich auch nichts mehr sagen. Es ist nur interessant - ein Detail - daß festgestellt wird, Neuanfertigungen sind grundsätzlich Firmen zu übergeben. Nur passieren tut das ja auch wieder nicht. Und hier kann man nur sagen, daß die Nachkontrolle festgestellt hat, daß ein Großteil der Tätigkeiten der Werkstätten noch Neuanfertigungen sind. Obwohl man neun Jahre vorher festgestellt hat, das sollte nicht passieren. *(Abg. Treitler: Habe ich das in Zweifel gezogen?)* Du sagst ja, die Freiheitlichen tun nur kritisieren. Wir nehmen nur die Kontrollamtsberichte ernst und lesen daraus vor, damit auch unsere Leute, die ja die Kontrolle, die ja Tag und

Nacht - und da muß man ja wirklich einmal diesen Leuten ein Kompliment machen, daß sie alle diese Dinge aufzeigen. *(Abg. Treitler: Warum schaust Du mich dabei an? Du tust so, als sei ich verantwortlich dafür!)*

Ja, bitte, Herr Kollege Treitler! Bei Dir schaut das so aus, man soll das alles unter den Teppich kehren. Ungefähr so kommt mir das vor. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Aber eines ist zum Beispiel von Dir, und da habe ich Deine Kritik vermißt, ist von Dir nicht erwähnt worden. Das ist auch vom Kollegen Keusch nicht erwähnt worden: Daß in Mauer insgesamt 85 Dienstwohnungen zur Verfügung stehen. Und hier ist es so: Für diese Personalwohnungen wurden in den Jahren 1994 und 1995 insgesamt 3,5 Millionen Schilling für Instandhaltungen, Adaptierungen und all diese Dinge ausgegeben. Und jetzt, Hoher Landtag, was glauben Sie? Wurde das verrechnet an die Mieter, die da drinnen sitzen? Hoher Landtag! Ihr habt ja das alles gelesen, oder? *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ach so. Ich bestelle mir in meine Wohnung die Maler von Mauer, sage, kommt nach Krems hinunter und malt mir die Wohnung aus. Und ich brauche nichts zu bezahlen. *(Abg. Uhl: Das kannst Du nicht, nach dem Mietrechtsgesetz! Es kommt darauf an, was im Mietvertrag steht!)*

Ja, richtig, lieber Freund Uhl. Tatsache ist bitte, daß die Dienstwohnungen von den Bediensteten entsprechend adaptiert und instandgesetzt wurden. Und das, was einen Wert von 3,5 Millionen Schilling in den Jahren 1994 und 1995 ausmacht, wurde nicht weiter verrechnet. Im Mietvertrag steht drinnen, daß die normalen Adaptierungs- und Instandhaltungsarbeiten vom Mieter selber zu tragen sind. Es kann doch bitte nicht angehen, daß ich mir irgend jemanden kommen lasse um 3,5 Millionen Schilling, Kollege Uhl. Ich meine, wenn Du das einfach so wegkehren möchtest, dann kann man ja das nicht machen. Tatsache ist, daß diese 3,5 Millionen Schilling nicht verrechnet wurden. Das ist eine Kritik. *(Abg. Treitler: Und wie hat die geprüfte Stelle darauf reagiert?)*

Die geprüfte Stelle, warte einmal, Moment. *(Abg. Treitler: Ich helfe Dir: "...wird in Zukunft verrechnet werden!")*

Nein, Herr Kollege Treitler! Die geprüfte Stelle, die Landesregierung meint dazu, ab sofort sind Instandsetzungsarbeiten oder Adaptierungen, die bei Mietwohnungen vom Bestandnehmer zu tragen sind, durch den Dienstwohnungsbenützer zu tätigen. Ab sofort, na gut. Und die 3,5 Millionen, die tun wir nicht aufrechnen. Der Finanz-

kontrollausschuß zeigt etwas auf, und diese 3,5 Millionen Schilling, das kann man ja bitte noch nachfordern. Man kann ja das nachfordern bitte. Ich meine, daß man das nachfordern kann. Und ich stelle sogar hier fest, die Landesregierung und der zuständige Landesrat soll hier alles in die Wege leiten, um die Möglichkeiten zu prüfen, diese 3,5 Millionen Schilling von den Mietern nachzufordern. *(Abg. Kautz: Die sind doch bereits ausgezogen, bitte! - Abg. Treitler: Hat das der Finanzkontrollausschuß festgestellt?)* Diese Feststellung treffe ich, bitte. Und das steht mir auch zu. Schau, Du ziehst alles ins Lächerliche. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*

Aber was ja sehr interessant ist, meine Damen und Herren, und wie auch mit unseren Steuergeldern umgegangen wird, sagt der Bericht aus auf den Seiten 79 bis 106. Dort wird das eindeutig dokumentiert. Auch dieser Bericht befaßt sich ebenfalls mit der NÖ Landesnervenklinik West in Mauer. Und zwar geht es hier um den Küchenumbau und wurde der einer bautechnischen Prüfung unterzogen. Die NÖ Landesregierung hat am 25. April 1989 den Neubau der Anstaltsküche samt Bäckerei mit Gesamtkosten von 143 Millionen Schilling beschlossen. Im Detail brauche ich hier auch nicht mehr darauf einzugehen, der Kollege Keusch hat ja die Baubeschreibung teilweise schon vollzogen. Die Betriebsorganisation sah vor, daß zum Zeitpunkt der Planung etwa 800 Personen und 200 Bedienstete verköstigt wurden. Die Gesamtkapazität wurde auf 1.200 Personen ausgelegt und beinhaltet somit eine Reserve von 20 Prozent. Der gesamte logistische Bereich wird nun über die EDV geführt. Und hier möchte ich Ihnen doch einige Dinge auch kundtun, was die EDV alles kann. Das ist ganz interessant, das zu hören. Und zwar, wenn ich zitieren darf: Die EDV kann entsprechende Grundsatzspeisepläne für beliebige Perioden sowie Wochenspeisepläne mit individuellen Abänderungsmöglichkeiten erstellen. Das ist deshalb von Bedeutung, weil die Erfassung entsprechender Speiserezepturen - unter besonderer Berücksichtigung der ernährungsphysiologischen Daten und Werte - Voraussetzung für einen medizinisch und geschmacklich bestmöglichen Speiseplan sind. Das kann alles die EDV, das ist ganz interessant. Was noch interessant ist, und man kommt ja da auf Sachen drauf, was die EDV alles kann, und da muß man ja sogar ein bißchen schmunzeln: Nebst der schnellen und fehlerlosen Erfassung der täglichen Speisenvielfalt von zwei Wahlmenüs und Sonderessensformen wie Breikost, Diabetikerkost und diverse andere Verköstigungsarten ist es nun auf Grund der EDV möglich, das Frühstücksmenü genauso wie die

Wahlmenüs komponentenartig zusammenzustellen. Was das bedeuten soll, das weiß niemand. Aber trotz allem, die Menüs werden komponentenartig zusammengestellt.

Tatsache ist, daß die EDV-Anlage bitte, und das ist auch ein Kritikpunkt von mir, insgesamt 2,2 Millionen Schilling ausmacht. Für eine Anstaltsküche eine EDV-Anlage mit 2,2 Millionen Schilling. Und da sind wir schon bei der Küche. Apropos Küche: Hier wurde in den Ausschreibungen festgestellt, daß ein Geschirrwashautomat angeschafft werden sollte in einer Größenordnung von 1,3 Millionen Schilling. Jetzt sollte man meinen, mit einem Geschirrwashautomaten von 1,3 Millionen Schilling wird wohl das Auslangen zu finden sein. Doch nein, dem ist nicht so. Es wurde ohne Beschluß und ohne daß die Abteilung gefragt wurde, zusätzlich eine zweite Großgeschirrwashanlage gekauft. Damit das Geschirr innerhalb von zwei Stunden in diesen zwei Geschirrwashanlagen gewaschen werden kann. Ich habe mir das angeschaut. Mir ist vorgekommen, die Bediensteten wollen das rasch hineingeben, damit sie früher nach Hause gehen können. Für das tut man noch zusätzliche 1,3 Millionen Schilling investieren. Ich glaube, all diese Dinge, Kollege Treitler, sollte man schon auch aufzeigen und sollte das einmal sagen. *(Abg. Treitler: Das steht nicht im Bericht, daß aus der Absicht heraus, den Dienst früher zu beenden, die zweite Maschine angeschafft wurde!)* Das tu ich mit hineininterpretieren, aber bitte. Daß man da insgesamt zwei Washanlagen anschafft für 2,8 Millionen Schilling, für eine Kücheneinrichtung, also das finde ich an und für sich ein bißchen hoch.

Aber es ist ja interessant, wenn ich mir den nächsten Punkt unter anderem, die Planungsunterlagen anschau. Darauf wurde auch eingegangen. Die Planenden, die waren ja ziemlich viel unterwegs. Um die neuesten Erkenntnisse über Küchenabläufe zu gewinnen, wurden Exkursionen zu den Krankenhäusern Scheibbs, Waidhofen, Gmünd, St. Pölten, Linz, Braunau, ins Sozialmedizinische Zentrum Ost und in das psychiatrische Krankenhaus nach München durchgeführt. Jetzt muß man sich vorstellen, für diesen Küchenausbau sind insgesamt acht Stationen, acht andere Krankenhäuser besucht worden, und Exkursionen sogar bis nach Deutschland wurden durchgeführt, um für die Nervenheilstätte eine neue Küche zu bauen. Interessant, daß man das alles braucht.

Erwähnt wurde vom Kollegen Keusch schon, daß zum Zeitpunkt der Baueinreichung die Kelleräumlichkeiten um zirka 655 Quadratmeter zu groß geplant worden sind. Erst im Zuge des Bau-

geschehens wurden für diese 655 Quadratmeter Verwendungszwecke gesucht. Und hier sind dann Büroräumlichkeiten, aber auch Abstellräumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden.

Ein weiteres Schmankehl, und das wäre vielleicht einmal ganz interessant, zu hören, ist für mich gewesen, als ich gelesen habe vom Bau einer Lkw-Garage. Und zwar heißt es da im Kontrollamtsbericht, ich zitiere, und das müssen Sie sich anhören: Da es bereits bei geringen Minustemperaturen Probleme mit dem Lkw gab, die ihre Ursache in der Versteifung des Öles für die Hydraulik der Ladebordwände hatte, wurde die Errichtung einer Garage beschlossen. Kostenpunkt für die Garage sage und schreibe 2,5 Millionen Schilling. Da möchte ich an und für sich gar nicht mehr viel dazu sagen. Ich frage mich nur, was alle Autos, die im Freien in ganz Niederösterreich, in ganz Österreich stehen, was die machen. Wie heißt das? Versteifung des Öles! Da müssen wir für diesen Lkw, bitte eine eigene Garage bauen. Also mit unseren Steuergeldern, da wird schon gepußt. Man wundert sich nur.

Auf die Bauzeit und das Behördenverfahren möchte ich im Detail gar nicht eingehen. Erwähnenswert wäre, daß für viele Baumaßnahmen keine behördlichen Genehmigungen vorlagen. Und da kommen wir wieder zurück auf den Bau der Garage. Die haben es sich noch einfacher gemacht. Obwohl bei der Bauverhandlung festgelegt wurde, daß erst nach Rechtskraft des Bescheides mit dem Baubeginn begonnen werden darf, wurde schon im Februar 1995 begonnen. Obwohl festgelegt wurde, daß erst, wenn der Bescheid zugestellt wird, begonnen werden darf. Und der ist im November 1995 gekommen. Daß sich Behörden an all diese Dinge nicht halten, das ist für mich überhaupt unverständlich. Ich meine, wenn das ein privater Hausbauer macht, der bekommt einen Baustopp. Der bekommt eine Anzeige und all diese Dinge. Das muß man doch endlich einmal aufzeigen. Überrascht bin ich, daß der Kollege Treitler sagt, daß die Skontoerträge, die insgesamt fünf Millionen Schilling betragen haben - normalerweise nimmt man an, das verringert den Gesamtkostenpreis - selbstverständlich. Kollege Treitler meint aber, diese fünf Millionen Schilling, wenn er so ein Skonto bekommt, die kann ich gleich wieder für andere Dinge mitverwenden. Ich bin nicht dieser Meinung. *(Abg. Treitler: Genau das habe ich nicht gemeint! Du hast nicht aufgepaßt. Ich habe gesagt, daß es eine bedauerliche, geübte Praxis ist!)* Nein, Kollege. Ich habe schon aufgepaßt, was Du gesagt hast. Aber diese fünf Millionen Schilling

hätten schon kostenvermindernd eingesetzt werden müssen.

Daß die Vergabeordnung und das Vergabeverfahren nicht eingehalten wird und wurde, das sei auch nur am Rande erwähnt. Das ist ja interessant. Ich würde übrigens empfehlen, was nur alles falsch zu machen ist, das ist da drinnen passiert, bei Mauer. Ich würde wirklich empfehlen, lesen Sie diesen Bericht, denn man glaubt das alles nicht.

Im Detail noch einmal auf den Innenausbau und auf die Einrichtungen eingehend möchte ich auch wie der Kollege Keusch schon gesagt hat, folgendes erwähnen: Am gravierendsten zeigt sich dies beim Gästespeiseraum, der insgesamt 23,3 Quadratmeter groß ist und für 10 Personen eingerichtet ist. Meine Damen und Herren! Jetzt hören Sie sich das an: Für 10 Personen ein Speiseraum von 23,3 Quadratmeter. Die Einrichtung kostet sage und schreibe 420.000,- Schilling. Bitte, wenn Sie das heute in der Bevölkerung, wenn Sie da mit der arbeitenden Bevölkerung reden und Sie geben diese Zahlen bekannt, die sagen ... (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Sicherlich, das muß ja gesagt werden. Dafür gibt es ja Gottseidank den Kontrollausschuß. Das ist doch eine Frechheit, daß man so etwas überhaupt akzeptieren kann. Oder würdest Du sagen, daß das richtig ist, bitte, Kollege Schneeberger? Du ziehst das ins Lächerliche. Man kann doch nicht bitte für eine Kücheneinrichtung, für einen Speisesaal von 23,3 m² 420.000,- Schilling ausgeben, für die Sessel 8.300,- Schilling ausgeben, für eine Tür, die Eingangstür zur Küche, 56.000,- Schilling ausgeben. Bitte, ich weiß nicht, wahrscheinlich lebe ich in einer anderen Welt. Ihr findet das alles richtig, daß diese Summen ausgegeben werden. Und Ihr nehmt das alles zur Kenntnis. Aber gut, Kollege Uhl, ich werde weiterhin da hinschauen. Wie gesagt, ich meine schon, daß diese Verschwendungssucht zu weit geht. So kann ja das bitte nicht sein. Nein, meine Damen und Herren, so kann das nicht sein! (*Nach wie vor heftige Unruhe im Hohen Hause.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Am Wort ist Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (FPÖ): Ich würde schon meinen, erzählen Sie das bitte Familien, die sich heute eine Wohnung einrichten. Erzählen Sie das: 23 Quadratmeter - 420.000,- Schilling. Und jetzt kommt das Beste. Für das Baubüro wurden noch einmal 747.000,- Schilling, für drei Zimmer, ausgegeben. Ich weiß nicht, ob das alles so lustig und so richtig ist. Die kaufen sich bitte

Schreibtische, Sesseln, wieder pro Stück 8.000,- Schilling. Joka-Möbel, Couchtisch, Kippcouch. Wofür man das braucht, weiß ich auch nicht. Aber dann kommt noch dazu, bitte, dann kommt noch dazu, habe ich mir noch herausgeschrieben, ein elektrischer Schuhreiniger und vieles andere mehr. Bitte, das ist doch Wahnsinn! Ein elektrischer Schuhreiniger! Das ist gigantisch. Und der Holzfußboden, wenn man das alles gesehen hat, ich war mit dabei, meine Damen und Herren, ich habe mir das angeschaut. Ich habe mich geniert, wie ich 'rausgegangen bin. Ich habe mir gedacht, das kann doch bitte nicht gebaut und da hineingebracht werden. Wirklich, ich verdiene viel Geld. Aber das, was da drinnen in den Baubüros so alles installiert worden ist, das kann mir nicht einmal ich leisten als Unternehmer. Also das muß ich schon dazu sagen. Und da setzen sich unsere Bediensteten des Baubüros hinein und lassen sich Büroräumlichkeiten für eine Million Schilling einrichten. Ich habe selber ein Unternehmen, aber daß ich mir für meine 130 Quadratmeter Büroräumlichkeiten, geschweige denn, ich glaube, maximal 300.000,- Schilling habe ich ausgeben können. Aber das war schon viel. Aber die nehmen drei Räumlichkeiten, Bedienstete des Landes gehen mit den Mitteln herum und finanzieren eine Million Schilling, daß sie auf einen Sessel von 8.000,- Schilling sitzen können. Sitzen wir auf einem Sessel von 8.000,- Schilling? (*Zwischenruf bei Abg. Sacher.*) Warum? Es ist ja keine Schande, viel zu verdienen. Es ist ja keine Schande. Ich sage ja, es ist ja keine Schande, viel zu verdienen. Aber, lieber Kollege Sacher, ich glaube nicht, daß Dein Büro hier herinnen im Landtag so eine super Ausstattung hat wie diese Baubüros unten. (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Trotz allem, ich denke, all diese Berichte sind schon Grundlage, daß hier diskutiert und daß das auch aufgezeigt wird. Und ich meine, für diese Tätigkeit, für dieses Aufzeigen muß man dem Kontrollamt schon auch einmal ein herzliches Danke aussprechen und muß sie bitten, in diesem Sinne so weiterzuarbeiten. Denn es ist nicht so einfach, hier so zu formulieren.

Ich würde zum Abschluß meinen, diese Berichte sind interessant. Der Bericht Mauer, Küchenbau sollte von jedem Abgeordneten noch einmal zusätzlich gelesen werden. Es ist so, ich sehe das nicht ganz ein. Wir haben ein Belastungspaket. Die Bevölkerung wird so belastet und hier werden unsere Steuermittel einfach mir nix dir nix, werden Millionen ausgegeben. Ob das zusätzliche Bauten sind, ob das für Einrichtungsgegenstände ist. Hier sollte der Landtag dement-

sprechend auch aufpassen und das Kontrollamt aufpassen, aber vorderhand natürlich einmal die NÖ Landesregierung und der zuständige Landesrat. Sie sollten den Anregungen, die der Finanzkontrollausschuß hier tätigt, sollten diesen Berichten meines Erachtens schon ein bißchen mehr Augenmerk zollen. Und für diese Verschwendungspolitik, die da betrieben wurde, sollte man doch einmal auch die verantwortlichen Personen zur Verantwortung ziehen. Ansonsten, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hoher Landtag, werden wir diesen Bericht des Finanzkontrollausschusses zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ *(SPÖ)*: Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf mich auch ein bißchen mit einigen Problemen des Finanzkontrollausschusses oder des Berichtes beschäftigen. Ich verspreche aber gleich, ich werde dort, wo schon vieles gesagt wurde, entweder verstärken oder nichts mehr dazu sagen, denn die Zeit, um diese Berichte durchgehen zu können, reicht sicher nicht aus. Bevor ich mich aber mit meinen vier Punkten beschäftige, glaube ich, einiges zum Herrn Kollegen Hrubesch sagen zu müssen. Ich bin auch einer, der sehr kritisch verschiedene Sachen betrachtet. Zwischen Kritik, berechtigter Kritik, und Kleinlichkeiten möchte ich allerdings einen Unterschied ziehen.

Und dort, wo er kleinlich ist, glaube ich, müßte man darüber nachdenken. Ich sage Ihnen zwei Beispiele: Er dürfte noch immer irgendwo daheim bei der lieben Mutti sein in der Küche. Und nicht wissen, was es heißt, eine Großküche, einen Großbetrieb zu führen. Wir kennen alle das weitläufige Gelände in Mauer. Wenn ich dort ein EDV-System habe, so bestellt der Patient oder die Schwester auf der Station über EDV das Mittagessen - und es gibt dort verschiedenste Diäten - direkt in der Küche. Es gibt die zweite Möglichkeit: Ich kann ein, zwei, drei Beschäftigte mit einem Zettel durch die Gegend laufen lassen und das aufschreiben. Aber in Zeiten wie diesen ist die EDV notwendig und die Bestellung wird so durchgeführt. Das ist eine Arbeitserleichterung. Das zweite: Das weitläufige Gelände in Mauer. Und da dürfte er auch nicht ganz aufgepaßt haben, wie wir oben waren. Die Lkws sind dazu da, um das Essen auszuführen, und sind daher mit Ladebordwänden ausgerüstet. Und jeder weiß, daß die Ladebordwände, wenn man das

Auto über Nacht im Freien stehen hat, in der Früh bei niederen Temperaturen nicht funktionieren. Und wenn ich schon einen Zubau tätige, so darf es auf die kleine Summe von 2,5 Millionen Schilling nicht ankommen, wenn das dann in Ordnung ist.

Ich weiß schon, ich kenne es, Du hast Dich zum Schluß entlarvt. Deine letzten Sätze zeigen genau die Politik der Freiheitlichen: Neid zu schüren und immer zu sagen, das ist Steuergeld. Ob es notwendig ist oder nicht, danach fragst Du nicht! Die F stellt keine Frage, sie schürt nur Neid, um alles in Mißkredit zu ziehen. Ich sage noch einmal, berechnete Kritik ja - und ich werde heute noch zur Kritik kommen. Aber nicht Kritik um jeden Preis. Und Deine Rede war Kritik um jeden Preis. Etwa, wenn Du die Sessel ansprichst. Einverstanden! Doch dann seid Ihr eben schon so wie Euer Landesrat, der Herr Landesrat Schimanek: Daß wir hinüber fahren nach Tschechien einkaufen. Weil da drüben bekommst Du Sessel um 150,- Schilling auch noch, für die Du bei uns um die 4.000,- Schilling bezahlst. Das ist der Unterschied. Vielleicht ist es so, ich weiß es nicht. Wenn Ihr mit diesen Preisen rechnet, wie Herr Landesrat Schimanek, einverstanden. Dann ist die Kritik berechtigt. Nur, wir kaufen in Österreich, bei österreichischen Firmen. *(Abg. Marchat: Damit bist Du auf dem Niveau der ÖVP!)* Ich habe mein eigenes Niveau und das kannst Du beurteilen wie Du willst. Ich kenne mein Niveau und ich kaufe in Österreich. Und ich kaufe das, was in Ordnung ist. Und ich übe dort Kritik, wo ich es für richtig finde. Ich will aber nicht kleinlich sein. *(Abg. Marchat: Und Du warst auch in Brünn mit dem Wieselbus!)* Lieber Freund, wenn Du mir das sagen kannst, wann ich in Brünn war, einverstanden. Ich kann mich nicht erinnern daran. *(Abg. Marchat: Dann war es eben Prag!)* Weder Brünn noch Prag. Das ist typisch F. Unterstellungen herausrufen, die nicht stimmen. Das ist typisch Eure Politik! Wir wissen es, wir nehmen es zur Kenntnis, es gibt Euch. Nur Unterstellungen herausrufen. Als ich das letzte Mal in Prag war, war das bei der Europameisterschaft im Radrennfahren. Da war ich mit dem eigenen Pkw draußen. So war es.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich einmal grundsätzlich mit Grimmenstein beschäftigen. In Grimmenstein haben wir eine uralte Anlage, die jetzt neu gebaut wird, Pflegeheim, Orthopädie, Pulmologie. Und dort geht es grundsätzlich um die Anschaffungen. Ich darf mich dann noch beschäftigen mit dem Trainereinsatz, mit der Hotel GesmbH Bad Schönau und auch mit der Landeshauptstadt. Hier wurde schon so viel

gesagt, ich will es kurz machen. Meine Kritikpunkte richten sich dahin, daß die Unterlagen für die Landeshauptstadt unvollständig waren. Und das muß man auch in das richtige Lot rücken. Dieses Bauprojekt war eines der wenigen in Österreich in dieser Größenordnung. Daher habe ich etwas Verständnis dafür. Aber trotzdem sei kritisch angemerkt, daß die Unterlagen über das Bauvorhaben, die Gesamtkosten mit Folgekosten und die Laufzeit der Kredite bei der Beschlußfassung unvollständig waren. Es war unvollständig. Es war vielleicht Neuland für alle Beteiligten. Und daß es Neuland für den Architekten war, haben wir heute schon gehört. Für den war viel Neuland. Und wenn ich heute durchs Haus gehe und einmal die Tür so und einmal anders aufgeht oder gar nicht aufgeht, so weiß ich, daß er es vielleicht gut gemeint hat, aber mit einem Ablauf wenig zu tun hat.

Daß natürlich - und hier trifft die Kritik schon, egal, ob großes oder kleines Bauvorhaben - für alles Verträge da sein hätten müssen, das ist leider ein schwarzer Faden. Denn seit 17 Jahren weiß ich, daß immer wieder vom Land mit Dienstgebern, mit Dienstnehmern, mit anderen Firmen etwas ausgemacht wird und Verträge dafür irgendwann oder gar nicht gemacht werden. Und das ist auch hier passiert. Daß die Berechnung über die Bauzeitverkürzung geschönt wurde, ich will gar nicht sagen, daß sie falsch war. Nur, wenn ich kein Geld ausbebe, sondern nur theoretisch berechne, schaut das schön aus. In Wirklichkeit haben wir uns weit weniger erspart.

Meine Damen und Herren! Was ich nicht tolerieren kann von meiner Warte aus, das ist die Vergabe. Ich habe schon einmal hier gesagt, daß das Land Niederösterreich bei der Vergabe die ÖNORM 2050 genauso fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Nicht anders kann es sein, wenn alle Vergaben nicht nach der ÖNORM 2050, oder fast alle nicht so durchgeführt werden. Ich habe nichts dagegen, wenn man das allgemein gestattet. Wenn man zum Beispiel den Gemeinden und den Genossenschaften Nachverhandlungen gestattet. Weil dann kommt das dem kleinen Mann, zum Beispiel dem Wohnungseigentümer zugute, durch den billigeren Baupreis. Aber wir beschließen ein Vergabegesetz, in dem wir beinhart fordern, die ÖNORM 2050 einzuhalten, doch das Land Niederösterreich baut über Sub- oder Leasingfinanzierungen, verhandelt nach. Und was dann rauskommt, haben wir auch gesehen. Denn ich komme dann noch auf die Garage zu sprechen. Die Gründe von Nachverhandlungen sind zum Teil, der will unbedingt den Auftrag haben,

und dann fehlen halt auf einmal 20.000 oder 30.000 m². Weil im Nachhinein wird nach Masse abgerechnet und dann zahlen wir das ohnehin. Die Präpotenz des Herrn Architekten gründet sich darin, daß 20.000 m² fehlen und er sagt dann einfach, das ändert am Gesamtpreis nichts. Umsonst hat er sie sicher nicht hergestellt, diese 20.000 m² Estrich in der Garage. Und dann zu sagen, das ändert am Gesamtpreis nichts, das ist Präpotenz, meine Damen und Herren.

Und was ich als ungerecht empfinde - ich habe es schon gesagt - ist, daß Kommunen und Genossenschaften nicht preisverhandeln dürfen, das Land zu seinen Gunsten sehr wohl. Gibt es zwei verschiedene Kategorien von Bauherren oder gibt es ein demokratisches Österreich? Darüber müßte man einmal nachdenken. Meine Damen und Herren, ich will schon aufhören mit den Estrichen. Ich darf Sie nur auf zwei Zahlen aufmerksam machen. Wir bauen zur Zeit Autobahnen, wo der Quadratmeter 360,- Schilling kostet. Für die Hauseinfahrt in dieses Haus hat der Quadratmeter 957,- Schilling gekostet. Die nächste Kategorie wäre eine goldene Einfahrt. Das heißt, hier wurde schon irgendwie gerechnet, irgendwie geschätzt oder es wurden bei der Hauseinfahrt andere Kosten hineingerechnet. Noch einmal: Eine Autobahn 360,- Schilling pro Quadratmeter, die Hauseinfahrt in die Garage hier 957,- Schilling. (*Abg. Friewald: Da ist aber auch ein Unterschied!*)

Ja aber was für ein Unterschied? Auf der Autobahn fahren Lkw und da fahren nur Pkw. Auf der Autobahn muß ich mehr armieren und besser betonieren. Aber das ist eine Angelegenheit des Architekten.

Eine andere Frage, von der ich glaube, man müßte schon einmal darüber nachdenken, wie weit der Bauherr zu gehen hat. Da gab es verschiedene Angebote verschiedener Firmen zu einem möglichen Projekt, hier bei diesem Landeshauptstadttau. Und dann sind die Beamten bzw. die NÖPLAN hergegangen und haben unter den Bietern selbst eine Arbeitsgemeinschaft initiiert. Und das ist, glaube ich, gegen alle Regeln, die es in Österreich gibt. Das ist nicht Aufgabe des Bauherrn. Wenn eine Arbeitsgemeinschaft gegründet wird, so kann sie sich freiwillig gründen, aber nicht auf Initiative des Bauherrn. Das wollte ich noch dazu sagen. Daß der Bericht 140 Seiten umfaßt, zeigt ja schon, daß viele Probleme gegeben sind. Ich will es ein bißchen abschwächen: Bei so einem großen Bauvorhaben passiert natürlich etwas. Ein Architekt, der relativ jung im Geschäft ist und neue Leute in der NÖPLAN - all das muß

man ins Kalkül ziehen. Trotzdem sind Sachen passiert, die nicht passieren dürften.

Trainereinsatz: Hier wird kritisiert, daß die Unterlagen der Abrechnungen spät gekommen sind, ja gar nicht gekommen sind. Das ist berechtigt, vollkommen berechtigt. Nur darf ich einwerfen, daß bei vielen Verbänden, speziell bei kleinen Verbänden, ehrenamtliche Mitarbeiter diese Abrechnungen durchführen. Daß ehrenamtliche Mitarbeiter diese Unterlagen zu erstellen haben und die dann nicht punktgenau, datumsgenau das eben machen können. Daß man hier etwas fordert, das ist korrekt. Daß hier eine Toleranz sein muß, ist, glaube ich, auch notwendig.

Was ich nicht verstehe, ist die Kreditsperre. Ich verstehe sie in Summe. Wenn aber die Subventionen vom Sportschilling oder Kulturschilling kommen und wir dann eine Kreditsperre haben und die Subvention 45.000,- Schilling ausmacht oder 29.000,- Schilling und die Kreditsperre dann 500,- Schilling beträgt, und dann der Förderwerber nicht 29.500,- Schilling bekommt, sondern nur 29.000,- Schilling, und zwar bekommt er das im Oktober und wenn im November die Kreditsperre aufgehoben wird, bekommt er 500,- Schilling nachüberwiesen, meine Damen und Herren, da, glaube ich, müßte sich der Herr Landesfinanzreferent überlegen, ob man wegen dieser 500,- Schilling den Verwaltungsapparat noch einmal bemüht. Oder ob man nicht besser sagt, in diesen Größenordnungen gibt es keine Kreditsperre. Hier kostet die Verwaltung oder besser gesagt, die Suppe mehr als das Fleisch.

Nun, meine Damen und Herren, zu Grimmenstein. Wir haben 102 Betten für Lungenkrankheiten, 33 Betten für die Orthopädie und 30 Betten für multiple Sklerose. Das Haus ist in einem furchtbaren Zustand, muß und wird bereits neu gebaut. Für mich ergibt sich die Frage, ob die Orthopädie in diesem Ausmaß notwendig ist. Ich stelle sie nicht in Frage, ich frage nur, wenn Niederösterreich die Nachbehandlung der Uni Wien durchführt, wie das in Zukunft mit dem LKF-System funktioniert. Denn die Uni Wien wird die LKF-Punkte kassieren und wir Niederösterreicher werden in Grimmenstein zahlen, wenn nicht entsprechende Verträge abgeschlossen werden. Das sind natürlich Arbeitsplätze, darüber brauchen wir überhaupt nicht zu diskutieren.

Viel kritischer ist es für mich, daß wir eine multiple Sklerose-Betreuung haben, aber auch die Orthopädie, und am Wochenende ist kein Arzt oben. Für die Lungenabteilung fehlen uns ebenfalls Oberärzte. Das heißt, wir sind hier ärztlich

unterversorgt, sind am Wochenende gar nicht versorgt, nur mit einer Rufbereitschaft. Und wenn man weiß, wo Grimmenstein liegt und daß es zum Beispiel im Winter fast unmöglich ist, wenn Schnee liegt, mit einem normalen Auto hinaufzufahren. Und wenn dann ein Arzt Rufbereitschaft hat, der in Wr. Neustadt wohnt oder in Neunkirchen oder in Warth, so glaube ich, ist das nicht der richtige Weg. Da müßte man nachdenken, ob man a) nicht den Dienststellenplan, den Dienstpostenplan erfüllen kann oder zumindest die Rufbereitschaft vom Ärztezimmer in Hohegg aus durchführt. Nicht im Tal herunter und dann den Berg hinauf. Im Winter funktioniert das Ganze nicht. Darüber glaube ich, müßte man nachdenken.

Was mich stört und auch im Bericht steht, daß bei jedem kleinsten Bediensteten auf Landesebene, bei einer Nebenbeschäftigung sofort eine Nebenbeschäftigungsmeldung verlangt wird. Aber die "Götter in Weiß", Entschuldigung, die Herren Ärzte von Hohegg brauchen das nicht zu tun. Da gibt es keine Meldung über Nebenbeschäftigungstätigkeit. Erst der Kontrollausschuß mußte draufkommen, daß hier Nebenbeschäftigungen vorliegen. Daß die teilweise tagelang von der Anstalt abwesend sind, eben der Nebenbeschäftigung nachgehen. Aber Meldung hat es keine gegeben.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Anschaffungen. Ich habe schon gesagt, es ist ein altes Haus, das neu gebaut wird, wo natürlich eine Ersatzbeschaffung teilweise total unvorhergesehen passieren kann. Das nehme ich zur Kenntnis und das ist auch ausgeführt. Alles, was passiert ist, kann man allerdings unter dieser Ausrede nicht definieren. Wenn man den Herrn Verwalter kennt, seinen Arbeitsstil kennt, so weiß man, daß hier - ich will nichts unterstellen - das alte Haus dort so benutzt wird, um auch das zu bekommen, was nicht bewilligt wurde oder wo um eine Bewilligung gar nicht angesucht wurde. Denn im Voranschlag sind für ärztliches Personal Neuanschaffungen von 86.000,- Schilling enthalten. Angeschafft wurde um 1.600.000,- Schilling. Für Pflegebereich 300.000,- Schilling; angeschafft wurde um 682.000,- Schilling. Im Wirtschaftsdienst sind 380.000,- Schilling im Voranschlag, angeschafft wurde um 940.000,- Schilling. Und wenn man nachher das Ganze noch prüft im Hinblick auf die Zuordnung, so kommt man drauf, daß für den ärztlichen Bereich von den 1.600.000,- Schilling tatsächlich 400.000,- Schilling ausgegeben wurden und für den Wirtschaftsdienst 1.200.000,- Schilling. Das heißt, intern ist noch einmal umgeschichtet worden. Und das, glaube ich, ist nicht richtig. Und

noch dazu - selbstverständlich - ohne Ausschreibung, freihändige Vergabe ohne Bewilligung der Abteilung. Das ist alles in Hohegg geschehen. So soll es und darf es bitte nicht sein!

Nun, meine Damen und Herren, darf ich schon zum Abschluß kommen und zu einem Thema, das heute schon ausgeführt wurde und wozu ich in diesem Hohen Haus das dritte Mal bereits die Möglichkeit habe, dazu Stellung zu nehmen: Kur- und Betriebsgesellschaft Bad Schönau. Nachdem der Herr Landesrat momentan anwesend ist und hie und da auch positive Worte gern hört, darf ich mit dem Positiven beginnen. Alles, was in diesem Bericht steht, stimmt teilweise nicht mehr, weil der Herr Landesrat versucht hat, das, was 15 Jahre nicht passiert ist, umzusetzen. Ich wünsche ihm viel Glück dabei, daß nicht aus den eigenen Reihen die Querschüsse kommen. Denn seit dem Jahr 1981 fordern wir einen Aufsichtsrat, fordern wir verschiedene Sachen, die in beiden Berichten, 1989 und jetzt wieder, aufgezeigt werden. Geschehen ist bis jetzt nichts. Zwischen Bericht und der heutigen Sitzung hat der Herr Landesrat allerdings einiges veranlaßt. Ich danke dafür. Es gibt offenbar auch die Möglichkeit, sich in den eigenen Reihen durchzusetzen. Ich wünsche nur, wie gesagt, noch einmal, daß die Querschüsse aus den eigenen Reihen nicht so stark sind, daß es unter Umständen einen neuen Landesrat gibt und daß alles wieder zurückgedreht wird.

Ich habe den Ausführungen des Kollegen Rambossek nichts hinzuzufügen. Alles, was er gesagt hat, stimmt. 15 Jahre Millionen hineingebuttert, kein einziger Schilling zurückgekommen. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung bis zum Geht-nicht-mehr. Selbst das Heim "Landsknechte", das wenige Meter daneben steht, die müssen wirtschaftlich arbeiten, zum gleichen Preis. Und ein paar Meter weiter gibt es die Landesgesellschaft, die 102, 105 Millionen investiert hat, keinen Schilling herausbekommen hat, zum gleichen Preis. Ist ja klar. Wenn ich in ungerechtfertigter Weise unqualifiziert eine Bauaufsicht vergebe mit 2,5 Millionen Schilling so als Hobby - in Wirklichkeit sind nicht einmal 150.000,- Schilling zugestanden, aber okay, das hat er sich verdient. Aber, Herr Landesrat, was wäre gewesen, gäbe es nicht diesen Bericht? Was wäre gewesen? Sie hätten sicher nie erfahren, daß dort das Geld von einer Tasche in die andere wechselt, vom Herrn Geschäftsführer zum Bürgermeister, noch dazu unter falschen Berechnungsmodalitäten. Ich habe bereits 1981 hier ausgeführt, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß für mich unvorstellbar ist, daß am Vormittag

das Förderungsansuchen in Bad Schönau ausgefüllt wird und nachmittags wird es in Wien beschlossen. Von ein und derselben Person. Das hat gedauert von 1981 bis 1996. Eine Unvereinbarkeit, die es normalerweise nicht geben darf. Die zum Himmel schreit! In Niederösterreich war es so. Es war sicher für die Person eine schwere Belastung, diese Unvereinbarkeit ausführen zu müssen. Und was herausgekommen ist, wenn man in zwei Booten sitzt, auf der einen Seite das Geld bekommt, auf der zweiten Seite das Geld so verteilt, auf der dritten Seite Lohnempfänger davon ist und selbst die Prämien mitbeschließt, mitbestimmt, das haben wir ja erlebt.

Oder eine Vergütung der Dienstwohnung: 240.000,- Schilling Abgeltung dafür. Ich frage nur, was ist in den zwei Jahren mit dieser Dienstwohnung passiert, zwischen der Aufgabe der Dienstwohnung und dem Zeitpunkt, ab dem sie wieder vergeben wurde. Ich nehme an, es hat nach wie vor der Herr Bürgermeister mit seiner Familie drinnen gewohnt, nur ohne zu bezahlen. Denn erst nach zwei Jahren wurde bestätigt, daß diese Dienstwohnung, dieses Appartement auch wieder vergeben wurde. Zwei Jahre lang ist kein Nachweis dafür vorgelegen, daß die Dienstwohnung des Herrn Bürgermeisters, Entschuldigung, des Herrn Hoteldirektors, vergeben wurde. Er wurde nur abgefertigt davon.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich will schon zum Schluß kommen. Es haben sich auch andere Institute nicht korrekt verhalten. Damit meine ich die Sparkasse Wr. Neustadt. Zwischen Sparkasse Wr. Neustadt und der Kurhotel GesmbH wurden Verträge abgeschlossen, die an der Grenze dessen sind, was man in der freien Wirtschaft tun darf. Ich weiß es, die Sparkasse Wr. Neustadt ist dafür bekannt, daß sie nicht einmal, nicht zweimal, sondern des öfteren schon in diese Richtung gewirkt hat. Es wurden auch schon einige Direktoren ausgewechselt. Es haben schon einige andere Banken die Verluste der Sparkasse Wr. Neustadt mitgetragen. Und dieses Geschäft zwischen Sparkasse Wr. Neustadt und Hotel- und KurgesmbH Bad Schönau wurde auch auf Grund des Kontrollamtsberichtes annulliert und rückgängig gemacht. Ich kann nur wünschen, daß der Weg, der nach 15 Jahren eingeschlagen wurde, jetzt wirklich gegangen wird zum Wohle des Landes Niederösterreich. *(Beifall bei der SPÖ. - Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte mich bei diesem Kontrollbericht nur an ein paar grundsätzliche Bemerkungen orientieren, weil ich meine, daß es wirklich eingerissen ist, daß man Kontrollberichte als Verurteilung sieht und nicht als das, als was sie eingesetzt sind. Nämlich eine Kontrolle, die man sehen sollte, verifizieren sollte: Trifft sie zu, soll man Änderungen herbeiführen, trifft sie nicht zu, die gerechtfertigte Kritik, dann sollte man das auch aufzeigen.

Wenn ich nur einen Bereich herausnehmen darf, dann ist es der Bericht, der jetzt auch vom Kollegen Kautz angeschnitten wurde, über die Bad Schönauer Kur-Gesellschaft. Richtig ist, und das wurde nicht erwähnt, das steht aber auch im Bericht und ich finde, das gehört genauso erwähnt, weil es die Leistungen derer, die dort gearbeitet haben - und letztlich besteht der Betrieb nicht nur aus einem Direktor und einer Geschäftsführerin oder hat aus diesen bestanden, sondern aus 123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wenn also hier steht in einem Urteil von der Tourismusberatungsgesellschaft Edinger, daß "... unserer Einschätzung und Kenntnis nach dieser Betrieb zu den Spitzenbetrieben in der österreichischen Kurhotellerie" zählt, dann gehört das auch erwähnt. Weil das ist die Anerkennung derer, die dort gearbeitet haben. Und wenn man von einem 30prozentigen "Cash-flow" ausgeht, dann gehört das auch erwähnt. Und wenn man hier gerade von der freiheitlichen Seite sagt, ein Skandal wäre, daß die 145 Millionen, die in den letzten Jahren seit 1989 investiert wurden, nicht rückgefließen sind quasi zum Eigentümer, muß ich folgendes sagen: Dieselbe F hat hier bei der Budgetdebatte verlangt, daß nicht entnommene Gewinne nicht versteuert werden. Und nichts anderes ist das. Das ist eine Vermögenserhöhung, meine Damen und Herren von der F! (Beifall bei der ÖVP.)

Richtig ist, daß das Unternehmen ein Leit- und ein Pilotprojekt war, das dieser Region geholfen hat. Das gehört auch erwähnt. Richtig ist allerdings auch, und das soll nicht verschwiegen werden, daß eben die "social benefits", wie sie so schön heißen, überzogen wurden. Das wurde aber abgestellt. Hier hat der zuständige Landesrat die Problematik erkannt, die Kritik als richtig angesehen und unverzüglich gehandelt. Besser kann man einen Kontrollbericht nicht mehr behandeln, meine Damen und Herren. Und das gehört auch aufgezeigt und entsprechend bewertet.

Richtig ist auch, daß nunmehr ein Aufsichtsrat bestellt wurde, obwohl er - und das gehört auch erwähnt - rechtlich nicht zwingend vorgeschrieben ist. Es ist sinnvoll, einen Aufsichtsrat hier einzusetzen auf Grund der Bilanzsumme, auf Grund der Anzahl der Mitarbeiter, auf Grund des Umsatzes. Aber es ist vom Gesetz her nicht zwingend vorgeschrieben. Nunmehr wurde es durchgeführt und daher auch entsprechend freiwillig eingesetzt.

Richtig ist auch, daß hier in der Form gehandelt wurde, daß eben eine neue Geschäftsführung installiert wurde, daß neue Dienstverträge, die den Anforderungen von heute entsprechen, ausgearbeitet wurden. (Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege Mag. Schneeberger! Wie hoch würden Sie den Verkaufserlös ansetzen?) Da kommt jetzt die Problematik, Herr Kollege Dr. Bauer. Die Problematik ist nicht eine Frage allein des Vermögenszuwachses, da bist Du viel zu sehr ein wirtschaftlicher Fuchs, sondern hängt auch von der Marktsituation ab. Und wenn ich mir die Marktsituation ansehe... Aber eines ist schon klar: Wenn ich alle meine Gewinne in mein Vermögen hineinstecke, dann ist das ein Vermögensaufbau. Das wirst Du mir als wirtschaftskundiger Mann durchaus bestätigen. (Abg. Dr. Bauer: Aber nur, wenn ich das realisieren kann. Daher ja meine Frage, wie hoch ist das anzusetzen?)

Also, wenn ich das wüßte, Herr Kollege Dr. Bauer, stünde ich nicht hier, sondern dann wäre ich wahrscheinlich irgendein "Vermögensguru", der ich nicht bin. Ich glaube, da soll man seriös bleiben und sagen: Wir haben ein Unternehmen, das gut geführt ist, wo der zuständige Landesrat auch hinterfragt hat, ob es Sinn macht, ob nunmehr, nachdem es dieser Leitfunktion hier gerecht wurde, eine Privatisierung sinnvoll ist. (Abg. Keusch: Ich würde das nicht so über den grünen Klee loben! Der Herr Landesrat hat Feuerwehr gespielt zu einem Zeitpunkt, da es absolut notwendig war. Es wäre durchaus gut und notwendig gewesen, hätte er früher eingegriffen! - In der Folge anhaltende heftige Unruhe.)

Herr Kollege Keusch! Ich würde auch den Feuerwehreinsatz positiv sehen. Ich sehe gerade in der Feuerwehrfunktion eine positive Funktion. Und daher meine ich, meine Herren, ich verstehe die Aufregung nicht. Ich verstehe die Aufregung überhaupt nicht. Ich sage, das Unternehmen ist von den Daten her gut und Ihr stellt das in Abrede! (Abg. Dr. Bauer: Nein! Aber so in die Superlative loben ist auch nicht in Ordnung!) Gerade einer, der auch federführend im Finanzkontrollausschuß sitzt wie Du, muß doch das gelesen haben. Da steht auf der ersten Seite, daß

es ein gutes Unternehmen ist, oder? (Abg. Dr. Bauer: *Ich habe es sehr genau gelesen, aber so in rosa zu verpacken, brauchst Du das wirklich nicht!*) Dann hast Du ein Kurzzeitgedächtnis. Ich will auch keine Leseübung halten. (Weiterhin *Unruhe im Hohen Hause.*)

Also ich finde noch unmöglicher, wenn man alles madig macht. Man soll Fehler aufzeigen. Herr Kollege Dr. Bauer, ich habe nichts anderes gesagt als daß das Unternehmen in den letzten Jahren 145 Millionen investiert hat, daß 123 Menschen dort Beschäftigung finden und die Beschäftigung gut geleistet haben. Daß 30 Prozent Cashflow kein "Flockerl" ist, sondern zeigt, daß eine Leistung dahintersteckt. Und daß Fehler gemacht wurden, die unverzüglich ausgebessert wurden. Und da sehe ich den Sinn darin. Die unverzüglich vom zuständigen Landesrat ausgebessert wurden. Darin sehe ich den Sinn einer entsprechenden Kontrollfunktion des Kontrollamtes. Und ich meine, daß hier gut kontrolliert wurde und auch gut gehandelt wurde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Einige Wortmeldungen haben mich veranlaßt, doch dazu Stellung zu nehmen. Ich fange beim Kollegen Schneeberger an, der gemeint hat, daß diese Berichte des Finanzkontrollausschusses in einer Art verwendet werden, daß sie eine Verurteilung sind. Ich sehe darin absolut keine Verurteilung. Wenn man allerdings mehrere Berichte verfolgt, so ziehen sich bei den Prüfungen manche Feststellungen immer wie ein roter Faden durch. Und das sollte eigentlich dazu dienen, die Landesregierung zum Handeln aufzufordern. Und wenn der Herr Kollege Schneeberger gemeint hat und hier so schemenhaft einen Vergleich mit unserem Antrag bezüglich der nicht entnommenen Gewinne gestellt hat, so möchte ich darauf schon antworten, mit Steuergeldern und mit der Haftung der Steuerzahler läßt sich leichter wirtschaften als wenn man als Bäcker, Fleischer oder Trafikant auf sich allein gestellt ist und von diesen Gewinnen auch den Lebensunterhalt bestreiten muß.

Und dem Herrn Landesrat darf ich vielleicht wortwörtlich aus dem Bericht vorlesen: Für die Neoadaptierung der Bäder hat auf Grund der extrem kurzen Bauzeit der Hoteldirektor die Bauleitung vor Ort übernommen. Die Generalversammlung stimmt auf Grund einer eingeholten Stellung-

nahme eines anerkannten Tourismusexperten einer einmaligen Prämie von 20 Prozent der Investitionskosten der Hotelbäder - 12,8 Millionen - zu. (LR Gabmann: *Das stimmt nicht! Das Generalversammlungs-Protokoll wurde berichtigt! Bitte sich ordentlich zu informieren!*) Dann stimmt der Bericht nicht.

Bitte, am 18. Juni 1996 hat das die Generalversammlung mit Deiner Zustimmung beschlossen. Und das wurde dann am 10. Februar 1997 zurückgezahlt. Und dafür muß man den Beamten des Kontrollamtes danken, weil die waren die Auslöser, daß das zurückgezahlt und auf die 150.000,- Schilling reduziert wurde. (LR Gabmann: *Herr Kollege! Informieren Sie korrekt! Lesen Sie den Edinger-Bericht!*)

Ich lese es nochmals vor: 18. Juni 1996, Generalversammlung: Für die Neoadaptierung der Bäder hat auf Grund der extrem kurzen Bauzeit der Hoteldirektor die Bauleitung vor Ort übernommen. Die Generalversammlung stimmt auf Grund einer eingeholten Stellungnahme eines anerkannten Tourismusexperten einer einmaligen Prämie von zwei Prozent der Investitionskosten der Hotelbäder - 12,8 Millionen Schilling - zu. (LR Gabmann: *In dem Bericht steht, "... 20 Prozent der Ersparnis". Seien wir doch seriös!*)

Was heißt seriös? Aber, Herr Kollege Mag. Schneeberger und Herr Landesrat, Ihr werdet alle beide nicht wegdiskutieren können, daß die 2.560.000,- Schilling ausbezahlt worden sind, versteuert worden sind und weil das Kontrollamt tätig geworden ist, sage ich korrekt noch einmal, im Jänner zurückgezahlt worden sind. Und im Februar hat dann die Generalversammlung jene 150.000,- Schilling genehmigt. (LR Gabmann: *Du zitierst bewußt den Edinger-Bericht nicht!*)

Welchen Edinger-Bericht? Bitte, was interessiert mich der Edinger? Mich interessiert der Generalversammlungsbeschuß! (*Beifall bei der FPÖ.*) Hättet Ihr den Edinger-Bericht vorher gelesen und hättet Ihr nachher den Generalversammlungsbeschuß gefaßt, Punktum!

Zum zweiten möchte ich schon dem Kollegen Treitler auch noch antworten. Ich habe sehr wohl gesagt, daß zu 47 Ergebnispunkten, was die Errichtung des Landhausviertels betrifft, die NÖPLAN Stellung genommen hat. Ich habe sehr korrekt gesagt, daß 18 Stellungnahmen der NÖPLAN auch sofort vom Finanzkontrollausschuß zur Kenntnis genommen worden sind. Ich habe aber gesagt, 29 Stellungnahmen sind nicht zur Kenntnis genommen worden. Und das ist für mich schon ein Mißverhältnis, 18 zu 29.

Was mich verwundert hat, Kollege Treitler, ist die Meinung, die Sie zu Mauer vertreten haben. Daß - so habe ich es herausgehört - es ein bißchen üblich ist, daß Skontoerträge nicht das Budgetvolumen, das zur Verfügung gestellt wurde, mindern. Das wären halt wünschenswerte Sachen. (*Abg. Treitler: Das ist ein Faktum, das gehört geändert!*) Das ist das Faktum, aber dem kann man ganz einfach nicht zustimmen. Dann sind wir uns einig: Das soll wirklich das Bauvolumen vermindern.

Und darf ich jetzt noch einmal das Wort "blaue Zahlenspielereien" aufgreifen. Also diese Zahlen, die ich zur Gesamtkostenprognose per 30. Dezember 1997 genannt habe, das sind die offiziellen Zahlen des Controllings bitte. Und daraus geht ganz eindeutig hervor, daß die Einsparungsvorgabe von 350 Millionen Schilling ganz einfach um rund 285 Millionen Schilling nicht erreicht wurde. Und wenn Kollege Treitler schon von Zahlenspielereien gesprochen hat, so meine ich, daß die "schwarzen Zahlenspielereien" im Zusammenhang mit dem Hauptstadtfonds noch zu einem Gewitter führen werden. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Einige Wortmeldungen haben mir als Wirtschaftsfachmann eigentlich sehr weh getan. Nämlich, wenn da manche so tun, als könnten sie eine Bilanz interpretieren oder errahnen und eine Beurteilung abgeben. Da muß man dem schon entgegenhalten, daß, wenn man das vorgibt, das auch tatsächlich können muß. Das ist einmal die erste Feststellung.

Es wird zum Beispiel auf Seite 230 gesagt: "Die erforderliche Abgrenzung der Aufgabengebiete und Zuständigkeiten zwischen Geschäftsführung und Direktion, welche auch die Verantwortlichkeiten präzisieren würde, liegt nicht vor." Also eine Geschäftsverteilung und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten sollten von der Generalversammlung beschlossen werden. Das war lange Zeit nicht der Fall. Ich zitiere nur einige Dinge. Abgesehen von den Verlustvorträgen, die hier sichtbar sind und die auch keiner bestreitet, weil sonst müßte man ja nicht sozusagen Investitionen immer von außen leisten. Ich habe überhaupt nicht gesagt, daß ich nicht zu Bad Schönau stehe. Es ärgert mich nur, daß manche Interpretationen treffen, in zuckerrosa Papier

eingepackt, und davon ausgehen, daß das niemand auspacken kann. Und das ist etwas, was mich ärgert.

Noch etwas, zum Beispiel: "Die Geschäftsführung hat künftig Beschlüsse der Generalversammlung so vorzubereiten, daß die administrative Umsetzung der gefaßten Beschlüsse auf Grund des Beschlusses eindeutig vorgegeben wird." Was glauben Sie, warum wer so etwas schreibt? Weil das offensichtlich bisher nicht eingehalten wurde oder in dieser Form durchgeführt wurde! Weiter: "Durch ein besseres Finanzmanagement - eine der Schwachstellen des betrieblichen Managements - könnten finanzielle Aufwendungen minimiert und damit die Ertragslage positiv beeinflusst werden." Also ist das nicht nur immer in rosa Zuckerpapier gewickelt, wie ich hier lese. Jahresüberschuß ist als Überschuß bezeichnet; vielleicht ist das entgangen, daß da ein Minus davor steht. Es kann ein bißchen eine Irreführung sein, wenn man nicht so bilanzkundig ist.

(*Abg. Mag. Schneeberger: Es ist die Frage, ob ein Volkswirt oder ein Betriebswirt bilanzkundiger ist!*) Entschuldige! Ich bin von der Zentralsparkasse ausgebildeter Kreditprüfer. Und bekannterweise hat die Zentralsparkasse die anderen Banken erworben und nicht umgekehrt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Also daher kann dort keine schlechte Ausbildung vorliegen, nur damit das einmal klargestellt ist. Das ist ein Zeichen, daß die Leute dort nicht so schlecht gearbeitet haben, weil sonst wären die *take overs* von der anderen Seite erfolgt und nicht so.

Auf Seite 263 steht: "Diese Vorgangsweise widerspricht nicht nur gröblichst den Prinzipien einer wirtschaftlichen und zweckmäßigen Führung der Geschäfte sowie der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes, sondern auch den Interessen der Gesellschaft und deren Eigentümer." Ich meine, ich will nicht weiter zitieren, weil aus all dem Gesagten kommt dann die große Frage der Rekapitalisierung. Und daher sollte das Land eben entsprechend versuchen, erstens einmal die Rekapitalisierung zu erreichen. Und im letzten Satz: "In Anbetracht dieser Überlegungen des Landes insgesamt sollte man sich um eine Privatisierung kümmern." Und daher habe ich einen einzigen Zwischenruf gemacht, nämlich den: Was glauben Sie, wie hoch der Verkaufserlös sein kann? Und das ist die Antwort auf die Vermögensschaffung, die Sie so hervorragend dargestellt haben, die aber bedauerlicherweise wahrscheinlich nicht zu rekapitalisieren ist. Danke. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. RUPP (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, Geschäftszahl Ltg. 608/V-11/13. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Wöginger, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. WÖGINGER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf zur gegenständlichen Vorlage berichten. Bund und Länder haben die für die Jahre 1991 bis 1994 getroffene Vereinbarung gemäß Art.15a B-VG über die Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung durch zwei Änderungen bis 31. Dezember 1996 erstreckt. In einer weiteren abschließenden Vereinbarung sind Bund und Länder unter Verzicht auf ihr Kündigungsrecht übereingekommen, die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 zu regeln und notwendige Strukturreformen einzuleiten, umzusetzen und weiterzuführen. Wesentliche Punkte der neuen Vereinbarung, deren Abschluß zu genehmigen wäre, sind unter anderem: Die Erstellung eines österreichweiten Gesundheitsplanes, die Einrichtung und Finanzierung von Landesfonds, die Neuregelung der Beziehungen der Sozialversicherungsträger zu den Trägern der Krankenanstalten und den Ländern bzw. Landesfonds, die Regelung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung und die Finanzierung von Strukturreformen etc. Ich stelle nun folgenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses betreffend Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 wird genehmigt."

Herr Präsident, ich ersuche, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ (FPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Wir sollen heute hier, wie wir gehört haben, die Vereinbarung gemäß Artikel 15a über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung beschließen. Ich möchte vorab kritisieren, daß wir damit ein bißchen spät dran sind. Wir haben ja den Gesundheitsfonds, der auf ebendieser Vereinbarung gegründet, schon im Dezember beschlossen. Eigentlich ist er, so ich das richtig verstehe, bis jetzt im rechtsfreien Raum gestanden.

Ich darf also kurz wiederholen, was der zentrale Inhalt dieser Vereinbarung ist. Im Bericht können wir dazu lesen: Nach zahlreichen Verhandlungsrunden zwischen dem Bund und den Ländern konnte schließlich am 29. März 1996 eine politische Einigung erzielt werden, die im Sinne der genannten Absichtserklärung nicht nur - und das ist jetzt eben interessant - die Krankenanstaltenfinanzierung auf Grund des leistungsorientierten Finanzierungssystems ab dem Jahr 1997 regelt, sondern entscheidende Impulse auf das gesamte Gesundheitswesen ausübt. Und das ist also jetzt genau der Punkt, wo ich meine, daß man sich den ein bißchen näher anschauen soll. Es geht eben hier nicht nur um die Krankenanstaltenfinanzierung, sondern auch darum, daß eben diese neue Art der Finanzierung Impulse auf eine Strukturreform des gesamten Gesundheitswesens ausüben soll. Das wird dann noch etwas näher erläutert.

Von dem neuen Finanzierungssystem wird, bei gleichzeitiger Umsetzung struktureller Maßnahmen, die Optimierung des Ressourceneinsatzes im Gesundheitsbereich und damit eine langfristige Eindämmung der derzeit überproportionalen Kostensteigerungsraten im Krankenanstaltenbereich erwartet. Wie soll das passieren? Dies soll durch eine nur den medizinischen Erfordernissen entsprechende kürzere Verweildauer im Krankenhaus, durch vermehrte Leistungserbringung im ambulanten und extramuralen Bereich usw. erreicht werden. Also diese kürzere Verweildauer haben wir, so viel ich sehe, erreicht, obwohl das nicht nur positiv zu sehen ist. Denn gleichzeitig, so hört man, ist die Anstaltshäufigkeit gestiegen. Also die Leute werden ganz offensichtlich doch manchmal etwas vorschnell entlassen und müssen nach ein paar Tagen das Krankenhaus wieder aufsuchen. Aber der zweite Punkt, daß es darum geht, eine Umschichtung vom stationären in den extra-

muralen Bereich zu erzielen und daß die LKF nur die Voraussetzung dafür bieten soll, daß das auch passiert, das ist hier eindeutig festgehalten. Das haben wir genauso auch hier schon immer wieder diskutiert. LKF nur als Voraussetzung - Kostentransparenz usw. - wird aber keinerlei Kosteneinsparung bringen, wenn es uns nicht gelingt, gleichzeitig diese Umschichtung hinaus zu den niedergelassenen Ärzten zu erzielen.

Wir haben da eben wie gesagt öfter darüber geredet und am 25. Jänner 1996 hat der Landtag dazu auch eine Resolution verabschiedet, in der ganz klar ausgedrückt wird, was außer dieser LKF noch Voraussetzung dieser Umschichtung sein muß. Und das haben wir gemeinsam beschlossen. Wir haben damals den Rechnungshofbericht diskutiert und anlässlich dieses Berichtes kam dieser Beschluß. Der gegenständliche Bericht des Rechnungshofes zeigt auf, daß auch bei Einführung der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung die in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens aufgesplitterte Finanzierung in einem hohen Maße reformhemmend ist, da - und da wird jetzt eben der Rechnungshof zitiert - jeder Beitragszahler seinen Beitrag zu Lasten der anderen zu verringern versucht. Es erscheint daher erforderlich, eine einheitliche Finanzierung von Gesundheitseinrichtungen anzustreben. Das ist jetzt, glaube ich, genau der Punkt. Für eine Reform ist es notwendig zu verlagern, von den Spitälern hinaus in den extramuralen Bereich. Das wird nur passieren, wenn gleichzeitig vorher eine einheitliche Finanzierung aller Gesundheitssysteme, nämlich des stationären und des niedergelassenen Bereiches garantiert ist, denn klarerweise steht sonst dem "betriebswirtschaftlichen Nutzen" - unter Anführungszeichen - der einzelnen Institutionen natürlich eines nahe: Ich verringere mein Defizit, indem ich der anderen Institution die Kosten zuschiebe. Wir haben diese Diagnose gestellt, wir wollten auch dagegen arbeiten. Wir haben mittlerweile erfahren, daß es auch passiert - ich habe das schon einmal hier gesagt. Sie kennen wahrscheinlich den Brief der Krankenkassen an die ärztlichen Leiter der Spitälern und gleichzeitig an die niedergelassenen Ärzte, wo die Krankenkassen aus ihrer Sicht berechtigt darauf dringen, daß keinesfalls Leistungen aus den Spitälern hinaus in die niedergelassenen Praxen ausgelagert werden dürfen. Denn die Krankenkassen zahlen pauschaliert in den Spitalsbereich hinein immer dieselbe Summe, ganz egal, wie viele Leistungen dort erbracht werden, während sie im niedergelassenen Bereich zu 100 Prozent abgelten müssen. Das heißt, sie können es einfach gar nicht wünschen, das, was bei der Reform

notwendig wäre: Daß in den niedergelassenen Bereich hinausverlagert wird.

Und wie löst nun die von uns heute zur Kenntnis zu nehmende Vereinbarung dieses Problem? Nämlich gar nicht. Und damit ist sie in sich widersprüchlich. Im Artikel 9 wird festgehalten, daß der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einen Pauschalbetrag zur Krankenanstaltenfinanzierung zu leisten hat. Das heißt eben, ganz egal, was in den Spitälern getan wird, die Krankenkassen zahlen immer dasselbe. Sie können also ihr betriebswirtschaftliches Interesse, möglichst viel im Spitalsbereich zu erhalten, wirklich voll ausleben. Und ich meine, daß eine Vereinbarung, die eben in sich widersprüchlich ist, die einerseits diese Reform postuliert, andererseits in ihren Artikeln Bestimmungen hat, die dieser Reform entgegenwirken müssen, so nicht bleiben kann. Wir haben also dem Gesundheitsfonds damals zugestimmt, weil er immerhin die LKF enthielt. Wir haben aber bei der letzten Budgetdebatte einen Weiterentwicklungsvorschlag gemacht, der kein Gehör gefunden hat. Und insofern denke ich, werden wir uns hier der Zustimmung enthalten. Wir werden die Zustimmung nicht geben. Denn ich denke, so wie diese 15a-Vereinbarung, ohnehin ein halbes Jahr später als es hätte sein können, so wie die jetzt dasteht, sollte sie eigentlich schon als unvollständig und entwicklungshemmend erkannt sein und novelliert werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. GRUBER (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es ist keine Seltenheit, wenn die F-Abgeordneten ankündigen, daß sie etwas ablehnen. Dieser Vertrag ist sicherlich nicht der idealste Vertrag, den es überhaupt gibt. Aber er ist immerhin eine Voraussetzung für die Sicherheit der Finanzierung des Gesundheits- und Sozialfonds. Deswegen werden wir Sozialdemokraten auf jeden Fall dafür stimmen.

Das bisherige Finanzierungssystem mit 10 Prozent und mehr Kostensteigerung pro Jahr ist stark ausgeufert und hat natürlich eine Neuregelung dringend erforderlich gemacht. Zu befürchten ist, daß durch die finanzpolitische Expedition ins Neuland ein großer Verwaltungsaufwand sowie eine äußerst komplizierte und komplexe Verrechnungssituation für so manche Krankenanstalten entstehen wird. Bisher sind wir noch immer im Diskussionsprozeß bzw. durchlaufen wir ein

Erprobungsstadium. Dieses wirft bereits viele Fragen auf, die noch immer nicht geklärt sind. Wir erleben derzeit im Krankenanstaltenabrechnungssystem ein typisch österreichisches Provisorium. Provisorien sind bisher nicht das Allerschlechteste gewesen, auch der KRAZAF war dies nicht. Aber immerhin, wir haben uns zu etwas Neuem durchgerungen.

Der NÖ Gesundheits- und Sozialfonds hat sich zeitgerecht konstituiert und wie wir erleben, er funktioniert. Er funktioniert so gut es geht und möglich ist. Landesrat Mag. Freibauer hat sich mit Vorarlberg seinerzeit für die Ländertöpfe sehr stark gemacht. Auch hier zeigt sich wieder, die Politik ist irrational. Und ich frage mich, wo bleibt dann letzten Endes die Ratio. Die gesetzlichen Grundlagen fehlen jedoch. Heute nehmen wir im Landtag wenigstens die Vereinbarung über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000 beschlußmäßig zur Kenntnis, die bereits auf Regierungsebene geschlossen wurde. Also es ist schon alles abgeschlossen.

Die gesetzliche Grundlage für das neue Krankenanstaltenverrechnungssystem ist noch in Begutachtung, wie wir wissen. Damit ist das LKF-Problem schnellstens, wie wir glauben, zu klären. Leider wird das vor Oktober nicht mehr möglich sein. Die Novelle des Krankenanstaltengesetzes für Niederösterreich soll eine grundsätzliche Umgestaltung bringen. Durch das Verhalten, das muß ich betonen, des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes und maßgeblicher ÖVP-Landespolitiker kommt es zu keinem Initiativantrag, sodaß das geplante Krankenanstaltengesetz auf die lange Bank geschoben wird. Obwohl der ÖVP-Gemeindevertreterverband in alle Verhandlungsphasen, das muß ich auch betonen, über das Krankenanstaltenwesen eingebunden war, gab es im letzten Moment keine Zustimmung. Da fragt man sich, warum? Wenn dauernd gemeinsam verhandelt wurde. Betroffen sind die Spitäler, welche in Zugzwang kommen und erst im Spätherbst wissen, wie sie dran sein werden. Innerhalb kürzester Zeit und weniger Tage müssen jetzt die Spitäler neue Voranschläge nach dem LKF-Wesen vorlegen, bis zum 10. Juli, wenige Tage noch. Die Verantwortung der Spitäler und der Bürgermeister der Trägergemeinden ist enorm. Natürlich gab es schon Voranschläge. Aber man muß jetzt auf das neue System akkordieren, synchronisieren, damit es funktioniert. Wir brauchen einen vollständigen NÖ Krankenanstalten- und Großgeräteplan, der auch jene Krankenanstalten beinhaltet, die aus der heute zu genehmigenden Vereinbarung ausge-

nommen sind. Am 23. Juni 1997 wurde in einem Resolutionsantrag durch den Landtag ein rasches Vorgehen gefordert, um die Finanzierung durch den Bund für Gesamt-Niederösterreich nicht zu gefährden. Laut der getroffenen Vereinbarung zwischen Bund und Land soll sich der NÖ Gesundheitsfonds möglichst bald mit den Fragen der Fächerstruktur, mit Kooperationsmöglichkeiten und Wirtschaftlichkeit der aus der Vereinbarung ausgenommenen Krankenanstalten bzw. einzelner Abteilungen von diesen befassen. Die Entscheidungen über Standorte, Fächerstrukturen und Bettenhöchstzahlen sind im Einvernehmen zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bund zu treffen.

Das gilt auch für die vorgeschlagenen Änderungen in den Krankenhäusern Allentsteig, Eggenburg, Korneuburg und Stockerau. Wir bekennen uns zu diesem Paket, das habe ich bei der Budgetrede schon betont. Diese Entscheidungen dürfen nicht durch einseitige Handlungen, das steht im Vertrag, präjudiziert, also vorentschieden werden. Für Allentsteig soll eine Anstalt für Rehabilitation und Remobilisation entstehen. Es ist für uns keine Glaubensfrage, da wird es keinen Glaubenskrieg geben. Wir nehmen jede Fassung an, welche den Standort und die Arbeitsplätze dort garantiert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Durch das neue System der Verrechnung und der Zuordnung von medizinischen Leistungen dürfen die Patienten aber nicht die Leidtragenden sein. Sparen ja, aber nicht krank- oder gar kaputtsparen. Derzeit ist die Bereitschaft zu sparen in den Spitälern nachvollziehbar. Der Bogen darf aber nicht überspannt werden, um das Gesundheitswesen an und für sich nicht zu gefährden. Der Mut zur Umschichtung zum Wohl der Bevölkerung Niederösterreichs muß, wie bereits erkennbar, noch deutlicher aufgebracht werden. Daran führt kein Weg vorbei. Dieser Mut wird gebraucht und wir brauchen auf jeden Fall für unsere Spitäler mehr Geld. Das spüren wir, jeder, der sich damit beschäftigt. Das haben wir von Anfang an gewußt. Es wurde viel gespart. Aber 337 Millionen, die stehen hier im Raum. Wer bringt das zuwege, die auch noch einzusparen? Das wird sehr schwierig werden, wenn wesentliche Forderungen noch im Paket zu verwirklichen sind. Durch die Deckelung der Ausgaben ist dem Gesundheitswesen sicherlich ein Korsett verpaßt worden. Wir brauchen mehr Kreativität und auf jeden Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine Erneuerung gerecht. Und die ist gerecht und muß die hohen medizinischen Leistungen für unsere Patientinnen garantieren. Momentan haben wir im

Ausbildungswesen den Sättigungsgrad an Jungärzten, medizinisch-technischem Personal und Diplomkrankenpflegepersonal erreicht. Die Bildung und Ausbildung für unsere Jugend muß weiterhin Vorrang haben. Ich habe gehört dort und da, dann sperren wir halt das eine und das andere im Bildungswesen zu. Bei der Bildung darf nicht gespart werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Denken wir doch an die Jugend. Eine radikale Abkehr von diesen Ausbildungseinrichtungen bringt eine vermehrte Jugendarbeitslosigkeit, die, wie ich glaube, hier niemand will. Kurzsichtigkeit im Ausbildungswesen rächt sich eines Tages. Wer die Ausbildung eindämmt, nimmt der Jugend ihre Chance. Ein junger Arzt oder eine Krankenschwester aus Österreich wird mit Sicherheit auch woanders Arbeit finden und gebraucht werden.

Unser Land ist mit Wien fast einwohnergleich - und damit komme ich auf einen sehr wesentlichen Punkt - Niederösterreich erhält aber lediglich 14,4 Prozent der vorgesehenen Finanzierungssumme für den Gesundheits- und Sozialbereich. Niederösterreich hat jedoch rund 20 Prozent der Einwohner Österreichs. Es ist daher meiner Meinung nach nicht einzusehen, daß Wien 31,4 Prozent der Summe erhält. Diese Diskrepanz, ja diese extreme Diskrepanz als Ergebnis offenbar danebengegangener Verhandlungen muß jetzt mit eigenen Mitteln ausgeglichen werden. Leider, kann ich nur sagen. Wir müssen über das Land und über die Gemeinden hereinbringen, was zuerst nicht geschafft wurde. Trotz der Bedeutung der Lösung des Fremdpatientenproblems bis zum Jahr 2000 und der universitären Einrichtungen in der Bundeshauptstadt hätte man sich für Niederösterreich ein besseres Verhandlungsergebnis erwarten können. Es hat sich so vieles geändert. Niederösterreich hat inzwischen aufgeholt. Wir können heute nicht mehr so behandelt werden, wie das seinerzeit geschehen ist vor einem Vierteljahrhundert. Die Geldknappheit für die Gesundheit ist eklatant. Weil wir nur die Brosamen verteilen können, hat unser Land große finanzielle Verteilungsschwierigkeiten. Ich betone, Brosamen: 14,4 Prozent gegenüber mehr als 31 Prozent, bei rund gleicher Bevölkerungszahl. Federführend ist Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll - das steht im Vertrag - der Niederösterreich, wie man dauernd hört, angeblich so gut vertritt. In Wirklichkeit ist das ein mageres Verhandlungsergebnis, mit dem wir uns nicht abspeisen lassen können. In Zukunft muß Niederösterreich deutlich Flagge zeigen! Wir haben in einigen Schwerpunktspitälern mit Maximalversorgung

bereits den Stand der Spitzenmedizin erreicht. Deswegen betone ich, wir brauchen künftighin auch diese entsprechenden Geldmittel. Es hat sich hier in der Struktur etwas geändert. Ich denke nur an die Herzchirurgie, an die Kardiologie in St. Pölten und demnächst an die Strahlentherapie in Wr. Neustadt. Das ist Spitzenmedizin.

Ich habe schon in meiner Budgetrede vorige Woche darauf hingewiesen, daß in Niederösterreich die meisten Krankenanstalten von Gemeinden betrieben werden. Diese regionale Struktur darf kein Zentralismus zerstören. Zentralismus ist immer schlecht. Wer immer das probiert, wird auf Granit beißen. Österreich zeichnet sich zwar durch eine sehr hohe Zahl an Spitalsaufenthalten pro Bürger aus, dafür ist aber die Liegedauer im internationalen Vergleich sehr kurz. Durchschnittlich liegt jeder vierte Österreicher einmal pro Jahr im Krankenhaus. Dagegen steht die kurze Verweildauer der österreichischen Patienten von 10,3 Tagen einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in der Europäischen Union von 12,5 Tagen gegenüber.

Die Gesundheitsausgaben, die Spitalskosten und die Spitalsfinanzierung sind nach wie vor das heiße Eisen. Solange das Eisen aber heiß ist, kann man es schmieden. Diesen Zustand müssen wir jetzt ausnützen. Die große Frage ist, wie soll das LKF-System tatsächlich funktionieren? Jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt jeder Patient einen Fall dar. Bestimmt wird die Fallpauschale im wesentlichen durch die erbrachten Leistungen und die gestellten Diagnosen. Jede Fallpauschale entspricht einer bestimmten Punkteanzahl. Der Wert der einzelnen Punkte wird auf Grund der Dotation des Landesfonds festgelegt. Das Spital erhält sein Geld für die abgerechneten Punkte aus dem Landesfonds. Dieser wird von den Trägern der sozialen Krankenversicherung, dem Bund, dem Land und vom NÖKAS gespeist.

Das von der ÖVP vielgelobte Vorarlberger Modell besitzt einen Personalfaktor, der gefällt mir, der für größere Spitäler auf Grund ihrer medizinisch speziellen und Mehrleistungen den höheren Personaleinsatz berücksichtigt. Zum Beispiel teure Ausstattungen und hohe qualitative Leistungen des Zentrallabors, welche bei Herzoperationen oder anderen komplizierten Fällen in der Verrechnung berücksichtigt werden. Das gleiche gilt auch für den Dauereinsatz einer eigenen Blutbank im Spital. In Niederösterreich gibt es nur eine einzige und die ist hier in St. Pölten. Das andere wird über das Rote Kreuz betreut. Der Personalfaktor ist eine Möglichkeit

der Steuerung für einen finanziellen Ausgleich. Eine Kommission müßte prüfen, ob der Personaleinsatz und die Ausstattung im Spital tatsächlich einen Personalfaktor rechtfertigt. Eine Tatsachenfortschreibung, wie das immer wieder praktiziert wird aus Bequemlichkeit, kann nicht hingenommen werden. Eine Tatsachenfortschreibung ist keine Reform. Was wir brauchen ist eine echte Reform. Die LKF-Verrechnung ist lediglich eine andere Art der Krankenanstaltenfinanzierung. Das einzig gute daran ist, daß über verkru-stete Strukturen nachgedacht wird. Nur wer die Kraft besitzt, meine sehr Verehrten, sein Krankenhaus objektiv zu analysieren, wird in der Lage sein, einer echten Strukturänderung zum Durchbruch zu verhelfen. Entscheidend ist der jeweilige Versorgungsauftrag. Sowohl stationär als auch ambulant muß jedes Spital die ihm zugeordnete medizinische Rolle voll erfüllen.

Der Landes-Krankenanstaltenplan muß über die Zuständigkeiten einschließlich der Schulen klare Aussagen treffen. Daß die Spitalsambulanzen von der Rednerin der Freiheitlichen Partei mehr oder weniger so als Nebensache beurteilt wurden, weil alles jetzt in den extramuralen Bereich abgeschoben werden soll, halte ich für falsch. Die Ärztekammer fordert das. Und wir wissen, daß die Ärztekammer eine sehr gute Standsvertretung ist und daß es dort immer wieder nur darum geht, wieviel Geld bekommt wer. Wie können wir noch besser verdienen? Ich habe nichts dagegen. Aber wir wissen doch, in der Zeit des Sparens und der bescheidenen Lohn- und Gehaltsabschlüsse kann sich nicht ein Berufsstand aufschwingen und sagen, wir wollen jetzt die "gemähte Wiese" haben. Das kann es nicht sein. Die Spitalsambulanzen erfüllen eine bessere Notfallversorgung. Außerdem sind sie durchgehend erreichbar. Bitte, sie sind durchgehend erreichbar, auch am Freitag, am Abend. Oder wenn der niedergelassene Arzt gerade am Tennisplatz ist. Auch das ist es. Da gibt es doch viele Geschichten, die uns Leute erzählen. Die niedergelassenen Ärzte haben sehr eingeschränkte Öffnungszeiten. Spitalsambulanzen müssen aufrecht bleiben. In den USA nimmt man bereits vom Punktesystem wieder Abschied. Hoffen wir, daß es bei uns in Österreich positive Effekte zeitigen wird. Nur wenn es möglichst gerecht gestaltet wird, kann dieses Ziel erreicht werden. Wir Sozialdemokraten geben unter diesen Gesichtspunkten der Vorlage 608 vom 3. Juni 1997 unsere Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter August Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Genesis des LKF-Systems wurde erzählt, vom Berichtstatter geschildert und von den Vorrednern auch beleuchtet. Die Gliederung dieser Vereinbarung, die wir jetzt beschließen sollen, stellt einen vorletzten Schritt zur fast endgültigen Entscheidung dar. Und ich darf diese Umsetzungsschritte des gesamten LKF-Systems und seiner Geschichte kurz in Erinnerung rufen.

Begonnen hat alles mit der Tatsache, wie die Vorredner zweifellos richtig geschildert haben, daß auf diese Art und Weise das Gesundheitssystem nicht länger finanzierbar geworden wäre. Man mußte beginnen, leistungsbezogen zu denken, man mußte Schluß machen mit der Abgangsfinanzierung, mit der reinen, nicht transparenten Durchleuchtung der Positionen und sozusagen mit der Honorierung der Liegetage. Aber auch ich sage - und darum spreche ich heute als Betroffener - daß man sehr wohl die Interessen derer im Auge behalten muß, die nicht "deckeln" können. Und das sind die Gemeinden. Aber lassen Sie mich eines sagen: Nach dieser Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, ein solches LKF-Modell zu entwickeln, die Vereinbarung währte von 1991 bis 1994, beschloß man eine Erstreckung dieser Vereinbarung durch zwei Änderungen bis Ende 1996. Und seit 1. Jänner 1997 trat bereits de facto, wenn auch bei uns noch nicht de jure, aber de facto, aber bundesweit auch de jure, das LKF-System in Kraft.

Heute sollen wir, wollen wir und werden wir sicherlich auch diese Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für 1997 bis 2000 als Grundlage dafür schaffen, daß wir dann im Herbst, im Oktober 1997 die KAG-Novelle beschließen werden. Eine Novelle, die wir durch den zuständigen Referenten Landesrat Wagner im Herbst erwarten. Diese KAG-Novelle wird der wichtigste Eckpfeiler und vorläufige Schlußakt für diese Phase der NÖ Gesundheitspolitik darstellen. Der Entwurf sollte, und diese Aufforderung muß ich an den zuständigen Referenten richten, rasch in die Begutachtung gehen, wenn er nicht schon in Begutachtung ist, damit wir ihn Anfang Oktober dem Landtag vorlegen können, beraten können und beschließen können. Das KAG müßte dann mit 1. November bzw. 1. Dezember 1997 in Kraft treten.

Ich sage nochmals, als Bürgermeister und Rechtsträger einer spitalerhaltenden Gemeinde bin ich heute froh, daß dieses neue KAG - und da

stehe ich im Widerspruch zur Aussage meines Vorredners - bin ich heute froh, daß dieses KAG mit seinen 145 Punkten heute nicht ohne ausreichende Begutachtungsfrist als Initiativantrag durchgezogen wurde und wird. Sondern daß auf Grund der vernünftigen Haltung und meinetwegen sagen wir auch des Einspruches des ÖVP-Klubs und des ÖVP-Klubobmannes, dann ergänzt auch durch die Meinung des SPÖ-Klubs, wofür ich danke, der Sommer zur Durchrechnung des Punkte- und Kostensystems auf Grund der bis Juli vorzulegenden Budgetprovisorien, sprich Teilabrechnungen oder Zwischenbilanzen der einzelnen Krankenanstalten benützt wird. Diese Sommerfrist wird genützt, die notwendige Deckungssumme für den Topf Krankenanstaltenfinanzierung zu ermitteln und aufzubringen, damit dieses wichtige und richtige System auch greifen und starten kann. Ich sage das trotz immer noch vorhandener Provisoriums-Schwäche. Das teile ich alles, kein Modell ist von vornherein ideal und perfekt. Die Zwischenbilanz bzw. die sogenannten Erfolgsrechnungen aller Spitäler, ob Gewinner oder Verlierer, liegen dann - und das ist der Vorteil unseres weisen und richtigen Aufschubs in den Herbst - nämlich bereits zu zwei Drittel bis zu drei Viertel einer Jahresrechnung vor. Und wir haben dann Betriebsergebnisse, die man sehr leicht auf hundert Prozent hochrechnen kann und haben sie genauer und können die Auswirkungen dieser Maßnahmen, die wir zum Schluß setzen wollen, dann ziemlich genau kalkulieren und steuern.

Weil angesprochen wurde, warum die ÖVP einen Initiativantrag verhindert hätte, nur deshalb sage ich es, schon heute, am 3. Juli, wäre es ja geplant gewesen. Ich weiß es, von einigen Politikern war es so geplant. Doch da muß man darauf sagen, wir oder das zuständige Referat hätte ja fast ein Jahr Zeit gehabt, die Begutachtungsfrist laufen zu lassen. Das ist nicht geschehen. Daher ist es uns lieber, wenn diese KAG-Novelle nicht übereilt beschlossen wird. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege, wann war der Bundesbeschluß?)* Der Bund hat es Ende 1996 beschlossen. Ich sage ja, fast ein Jahr. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist allerdings kein Jahr!)*

Nein, Ende 1996 war es nicht, Anfang Dezember, es war ja früher. Ich sage noch einmal: Uns ist das lieber. Außerdem seid Ihr ja mitgegangen, Ihr habt es ja auch gewollt. Letztlich hat der SPÖ-Klub auch der Beschlußfassung im Herbst zugestimmt. Es ist einfach klüger und richtiger. *(Abg. Dr. Bauer: Aber mehr, um Euch einen Gefallen zu tun!)*

Wenn es bis jetzt nicht gebrannt hat, sind diese zwei Monate gut angelegt dafür und darum braucht man jetzt nicht zu "hudeln". Ich repliziere

ja nur, weil das angesprochen wurde. Und darum muß man sich die Antwort gefallen lassen.

Eine Anmerkung zum Thema Konsequenz und Überbringen von guten Nachrichten, muß ich jetzt auch anbringen: Herr Klubobmann Dr. Bauer! Voller Freude las ich heute und mit mir auch andere im "Kurier" von Deiner Einigung mit Frau Minister Hostasch über die "Gesundheitsmilliarde", und ihre Forderung, Schluß mit der Dauerdiskussion der eingefahrenen, angeblich eingefahrenen, Standpunkte bezüglich Allentsteig und anderer Standorte, Korneuburg, Stockerau, Eggenburg, Gänserndorf; laut Presseaussendung, wo Du, Herr Klubobmann, Flexibilität von der ÖVP Niederösterreich bezüglich der Wünsche des Bundes einforderst. Aus unserer Sicht muß man das nicht einfordern. Das ist nämlich alles geregelt und längst ausgemacht und auch mehrfach zwischen allen Fraktionen hier im Hause oder den meisten Fraktionen abgesprochen und geplant. Ich möchte das untermauern: Gemeinsame Resolution im Landtag am 24. Juni 1997 - auch Eure Resolution war das, von ÖVP, SPÖ und dankenswerterweise auch der F. Heute wundert mich fast oder stimmt mich verwunderlich, daß man nicht mitstimmen kann. Aber das ist eine andere Sache. Diese Resolution, unsere gemeinsame vom 24. Juni 1997 verlangt eindeutig innerhalb der Budgetdebatte die Umsetzung des kompletten Viererpaketes, von dem auch Abgeordneter Gruber gesagt hat, daß er dazu steht. Ein Fünferpaket mit dem ÖKAP, Österreichischer Krankenanstaltsplan, laut Humanomed/Prognos-Studie. Weiters gibt es gleichlautende Parteienvereinbarungen, Regierungsbeschlüsse und NÖGUS-Beschlüsse. Auch uns bitte kommt es nicht darauf an, wie Allentsteig heißt, was für eine Aufschrift das hat. Uns kommt es aber auf den Inhalt an! Und der sollte derselbe sein, der dort hingehört und der geplant wurde. Daher verstehe ich nicht, warum man Allentsteig wieder aktualisiert, obwohl schon besprochen und abgeschlossen. Wobei mich die Überbringung guter Botschaften nicht stört, solche kann es gar nicht genug geben. Aber warum man heuer wieder eine neue Sommerrunde bei Frau Minister Hostasch braucht für etwas, das man ohnehin schon besprochen hat und vor hat. Das widerspricht unserer Meinung nach eigentlich Eurem eigenen Resolutionsantrag vom 24. Juni. *(Abg. Dr. Bauer: Aber überhaupt nicht! Das ist im Gegenteil die konsequente Umsetzung!)*

Noch einmal, doppelt, "doppelkonsequent". Also fordern wir das zuständige Referat auf, Landesrat Wagner, die KAG-Novelle rasch in die Begutachtung zu schicken, - das hat er schon gemacht -

damit sie eben im Herbst verabschiedet werden kann.

Um noch auf die Vorredner einzugehen, die die Zustimmung angekündigt haben oder auch nicht angekündigt haben. Bei Frau Abgeordneter Rosenkranz bedauere ich es, weil ich im NÖGUS ihre Ansichten gehört habe und auch hier im Hohen Haus oft gehört habe, weil sie durchaus konstruktiv und mit gesundem Hausverstand an die ganze Problematik heranging. Aber es war schon erkenntlich bei der Resolution der F am 25. Juni - das war ein reiner F-Antrag - daß man hier, ich will das ein bißchen geschmackvoll sagen, daß man hier unbedingt sich an die Ärztekammer anschmiegen wollte oder bei der Ärzteschaft anschmiegen wollte, die uns ja auch nahesteht. *(Abg. Rosenkranz: Nein, überhaupt nicht!)*

Aber bitte, Frau Abgeordnete, das wollen wir ja ohnehin. Es ist ja in dem Papier auch der extramurale Bereich als nächster Schritt drinnen. Wir wissen genau, daß noch die Ambulanzen fehlen - das kann man im zweiten Schritt machen - und daß die Schulfrage noch nicht gelöst ist. Das steht da drinnen.

Aber der privatwirtschaftliche Bereich der Ärzte ist sehr schwer reglementierbar, weil er wirklich privatwirtschaftlich und natürlich als Privatunternehmen auch auf Gewinn ausgerichtet ist, was ich auch gar nicht anprangere. Aber das verpflichtend einzubauen, da muß ich Kollegen Gruber recht geben, daß wir wahrscheinlich auf Ambulanzen ganz sicher auch künftig nicht verzichten werden können. Aber auch sie müssen ein Punktesystem erhalten. Das steht auch überall drinnen, ist auch der nächste Schritt. Und auch sie müssen berechnet werden.

Zum Abschluß muß ich eines noch sagen: Kollege Gruber kündigt namens der SPÖ die Zustimmung an, was gut ist. Nur in einem Punkt hat er sicherlich Landeshauptmann Dr. Pröll Unrecht getan. Nämlich, indem er sagt, Landeshauptmann Dr. Pröll hat ein schlechtes Ergebnis von den Verhandlungen nach Hause gebracht. Wasserkopf Wien 31 Prozent, glaube ich, ich habe die Prozente nicht so genau gewußt, Niederösterreich angeblich nur 14 Prozent. Erstens einmal sind wir die zweitstärksten, also das zweitstärkste Stück vom Kuchen haben wir sicherlich nach Hause gebracht. Aber erstens einmal hat Wien natürlich eine unerhörte Spitalsdichte, wie Du richtig gesagt hast, eine unerhörte Dichte an universitären Einrichtungen, an hochqualifizierten, teuren Einrichtungen. Aber ich muß jetzt, wenn schon der Name gefallen ist, schon erinnern, daß der Landeshauptmann natürlich selber nicht verhandelt hat.

Sondern daß er natürlich als Landeshauptmann de jure die Unterschrift unter eine Vereinbarung setzen muß. Verhandelt hat meines Wissens Landesrat Mag. Freibauer, und Landesrat Wagner war dabei. *(LR Wagner Ewald: Nein! Ich nicht!)*

Sie waren nicht dabei? Moment! *(LR Wagner: Das Gesundheitswesen in Österreich wird grundsätzlich von den Finanzreferenten verhandelt, damit das geklärt ist!)*

Das weiß ich nicht. Also ich war sicher nicht dabei, das steht fest. Dazu bin ich zu gering. Aber eines muß ich schon sagen: Selbst wenn es so wäre, ich werde dann fragen, wer dabei war, aber selbst wenn es so wäre, hätte es auch nicht geschadet. Ich will jetzt versöhnlich aber doch sagen, die Beziehungen der SPÖ in Niederösterreich zum sozialdemokratischen Finanzminister und zum sozialdemokratischen Gesundheitsminister sind ja nicht so schlecht. Da hätte man ja, wenn man wirklich helfen wollte, noch in die Speichen greifen können und sicherlich ein besseres Ergebnis unter Gleichgesinnten herbeiführen können. Hätte man es gewollt, hätte man es machen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das sage ich nur, weil hier eine wirklich unbeeilte Person ins Spiel gebracht wurde. Landeshauptmann Dr. Pröll hat nicht selbst verhandelt, alles kann er nicht selber machen. Und so schließe ich auch mit der Ankündigung meiner Fraktion, daß wir zu diesem Zwischenschritt, zu diesem vorletzten Zwischenschritt natürlich Ja sagen. Aber ich füge, selbst schon besorgt als Bürgermeister und Spitalserhalter, an, daß bitte diese Sommerpause genutzt wird, die Bilanzen, die jetzt hereinkommen, gut durchzurechnen. Vor allem bitte mit einem Ziel: Daß nicht die, die sich am wenigsten wehren können, sozusagen von einer einseitigen Belastung oder Verschiebung der Kosten betroffen werden. Ob man jetzt Deckelung sagt oder nicht, wir haben eben nur einen Topf. Und wir wissen, daß wir nur eine gewisse Summe bekommen, der Topf ist nicht beliebig erweiterbar. Sie wissen, Sie spüren, was ich meine. Ich meine, daß man jetzt wirklich gut durchrechnen muß und schauen, wer hat was, welche Leistungen gehören wie codiert und vor allem mit Punkten versehen. Die verschiedenen Charakteristika der Spitäler sind ja auch kein Geheimnis. Es kann ein Spital oft nichts dafür, daß es ein typisches Leistungsspital ist. Ein anderes hat aber die Aufgaben gut gemacht und hat die Leistungen, wie viele andere Spitäler, schon erbracht. Also ich würde bitten, daß das Referat gut durcharbeitet und daß vor allem im NÖGUS dann, wo ja in Wahrheit die finanzielle Entscheidung fällt, im NÖGUS hier eine

gemeindefreundliche Position eingenommen wird. Ich glaube aber trotz aller richtigen Einwendungen, daß das System nicht gleich ein hundertprozentig perfektes ist. Daß das LKF-System, zu dem wir heute eigentlich im Grunde Ja sagen, die einzig richtige Methode ist, der Explosion der Gesundheitskosten Herr zu werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur ein paar Bemerkungen.

Zuerst einmal glaube ich tatsächlich, wenn man sich die Summe im Gesundheits- und Sozialfonds ansieht und 9,6 Milliarden insgesamt bereitstellt, so muß man eigentlich bei der Einführung des LKF sagen, daß es eine hohe Zielgenauigkeit gegeben hat. Und daß diese Umstellungsphase, eine gewaltige Umstellungsphase, mit eineinhalb bis zwei Prozent Abweichung eine ist, die man sich üblicherweise in anderen Bereichen nur wünschen kann. Und ich glaube auch, daß man sagen muß, sollte es notwendig sein, diese Deckelung etwas höher zu schrauben, dann ist das im Hinblick auf die Größenordnung in der Gesamtheit des Gesundheits- und Sozialfonds sicher auch vertretbar. Der Herr Kollege Treitler hat ja zuerst von Skonti gesprochen, die irgendwo dann so mitverwendet werden. Das wäre auch in dieser Größenordnung, Herr Kollege, von den Prozenten her, die man hier zur Anwendung bringt.

Warum ich mich gemeldet habe ist, weil ich Danke sagen möchte. Danke sagen möchte an die Verhandler, an den Herrn Landesrat Wagner, an Herrn Landesrat Mag. Freibauer und an die Frau Bundesminister Hostasch. Weil ich glaube, daß uns in Niederösterreich, im Bewußtsein, daß wir noch vieles im Gesundheitswesen zu straffen haben, zu reorganisieren haben, es doch gelungen ist, daß wir in diesen Verhandlungen alle niederösterreichischen Standorte und Standpunkte in Wirklichkeit durchgesetzt haben. Es war nicht so selbstverständlich, daß diese fünf Standorte, die wir noch zu regeln hatten und wo wir letztlich sehr, sehr viele Gespräche mit dem Bund noch zu führen hatten, daß diese nun abgeschlossen erscheinen. Und ich bin davon überzeugt, von der Regelung Korneuburg/Stockerau, Korneuburg mit 161 Betten und Stockerau mit 140 Betten, und daß dieser Koordinierungs-Ausschuß, der paritätisch besetzt ist von den Krankenhausträgern und von den Direktoren, eine

Kommission sein wird, die gut arbeiten wird. Aus den Zwängen, aus den Sachzwängen heraus. Und daß das Beste für die Region und für die Menschen geleistet werden wird. Davon bin ich überzeugt, wenngleich es am Anfang vielleicht eine gewisse Holprigkeit geben kann oder gegeben hat. Ich bin überzeugt, daß aus den Sachzwängen heraus die Arbeit eine hervorragende sein wird.

Eggenburg ist außer Diskussion gestellt und ich möchte auch bitten, daß nicht der eine oder andere Abgeordnete von Bundeseite vielleicht noch Hoffnungen in einer Region sät, die eigentlich jetzt mit dieser Regelung, 30 Betten im psychosomatischen Bereich und 30 im tagesklinischen Bereich, so geregelt ist, daß die Eggenburger selber zufrieden sind. Man sollte nicht dann von außen immer wieder etwas hineintragen und sagen, na, ich werde schon noch wo versprechen, damit das vielleicht auch noch geht.

Was nun die Sonderkrankenanstalten betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich sehr, sehr glücklich darüber als Weinviertler, daß das Versprechen gegenüber den Gänserndorfern eingehalten wird. Und ich bin überzeugt, daß diese Tagesklinik mit den entsprechenden Einrichtungen und dem Rundumbetrieb eine Verbesserung der Versorgung darstellt und daß es eine Ergänzungseinrichtung in der gesamten Region ist.

Was Allentsteig betrifft, möchte ich hier noch einmal wiederholen, daß es mir und unserer Fraktion vor allem darauf ankommt, daß dieser Krankenhausstandort außer Diskussion steht und erhalten bleibt. Daß die Investitionen dort auch gesichert sind und daß letztlich damit auch die Arbeitsplätze dort gesichert sind. *(Abg. Dr. Strasser: Bravo! Das ist eine Änderung!)*

Diese fünf Standorte waren im Paket enthalten, ich habe immer nur folgende Befürchtung gehabt. Weil da durchgeklungen ist, daß ich eine Flexibilität fordere. Die fordere ich tatsächlich. Weil es wäre nicht gut für Niederösterreich und wir wären schlecht beraten, wenn man hier unter größtmöglicher Bereitschaft diese fünf Standorte, auf die es uns angekommen ist, sie noch in diese Regelungen hineinzubekommen und der NÖGUS ja auch seine Beschlüsse gefaßt hat, wir aus einem Justament-Standpunkt heraus vielleicht an ein Wort uns so geklammert hätten, daß letztlich der ganze Standort gefährdet wäre. Es geht um Worte und um Inhalt. Aber - und das muß man auch zur Kenntnis nehmen - man kann nicht hingehen, ein Packerl hinlegen, um es

deutlich zu sagen, und glauben, es ist da und nun wird nicht mehr geredet darüber. Ich bekenne mich zu dem Abkommen und ich bekenne mich zu den fünf Standorten. Wenn aber die sachlichen Argumente von Medizinern, von der Fachwissenschaft uns dann sagen, daß sie einen anderen Schwerpunkt für sinnvoll erachten und dieser Schwerpunkt letztlich dann auch so vom Bund akzeptiert und umgesetzt wird, dann meine ich, daß im Interesse des Paketes, im Interesse auch dieses Standortes - um den es mir geht, genauso wie es Euch darum geht, meine sehr geehrten Damen und Herren - daß das dann auch anerkannt wird. Damit man letztlich zu einem Abschluß kommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß wir für Niederösterreich Interesse haben an dieser raschen Umsetzung, an einer ÖKAP-konformen Umsetzung. Und ich gehe auch davon aus, daß wir wirklich diese Diskussionen um Worte abschließen sollten und zu den Taten schreiten sollen. Und das heißt für mich, der Bevölkerung sichtbar zu machen, daß das, was wir zugesagt haben, das, was wir uns mühsam erarbeitet haben und was auch vertretbar ist, auch aus medizinischer Sicht, daß das umgesetzt wird. Und sollten irgendwo organisatorische Schwierigkeiten auftauchen, dafür die Spaten zu besorgen, die Sozialdemokratische Partei wird diese beistellen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. WÖGINGER (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Gesundheits-Ausschusses):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt Ltg. 605/A-3/40. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Haberler, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg. HABERLER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Gratzler, Treitler, Dkfm. Rambossek, Ing. Eichinger, Haberler, Dr. Mautner Markhof, Hrubesch, Dr. Prober, Marchat, Hiller, Preiszler und Rosenkranz betreffend Verhinderung des Road Pricing-

Systems auf Autobahnen und Schnellstraßen zu berichten. Seitens der österreichischen Bundesregierung werden Vorbereitungen getroffen, ein sogenanntes Road Pricing-System zur Bemaunung von Autobahnen und Schnellstraßen einzuführen. Der Antrag befindet sich in den Händen der werten Abgeordneten. Ich stelle daher den Antrag des Verkehrs-Ausschusses *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere Herr Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll als Verkehrsreferent, werden aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und Verhandlungen mit dem Ziel zu führen, daß es zu keinem Road Pricing-System auf Autobahnen und Schnellstraßen kommt."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlung einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzler.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem Antrag eine Schlagzeile der ÖAMTC-Zeitung "auto touring": "Road Pricing - Nein danke!" Wenn nichts passiert, zahlen wir bald 70 Groschen pro Autobahnkilometer. Einmal Wien-Salzburg und retour, kostet dann 420,- Schilling - ohne Sprit. Jetzt können wir als Niederösterreicher darüber philosophieren, ob das annähernd die Strecke ist von Zöbern bis nach St. Valentin oder wie auch immer. Tatsache ist, daß wir in Niederösterreich als größtes Bundesland über das größte Straßennetz und auch über das größte Autobahnnetz verfügen. Und wenn man dieses Beispiel hernimmt, das der ÖAMTC vorrechnet, so wird man, ist dieses Road Pricing in der vorgesehenen Form eingeführt, ganz locker wahrscheinlich in manchen Bereichen, je nachdem, welchen Beruf man ausübt, in ein bis zwei Tagen schon auf jenen Wert kommen, den man heute für das ganze Jahr für die Autobahnvignette bezahlt.

Niederösterreich ist auch das Bundesland mit den meisten Pendlern, die mit Autos unterwegs sind. Sehr viele sind auf das Auto angewiesen. Wir können heute nicht so tun, als könnte jeder mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein. Es sind ganz einfach zu viele auf die Autos angewiesen. Das würde daher bedeuten, daß die Pendler gerade in Niederösterreich

außergewöhnlich belastet würden. Da sprechen manche von 20.000,- Schilling pro Jahr, manche sprechen von 30.000,- Schilling pro Jahr. Je nachdem, wie hoch man ein Gehalt ansetzt, ist es ungefähr ein Monatsgehalt, das ein Pendler aufbringen müßte, wenn er jetzt hier darunterfällt, wenn dieses Road Pricing eingeführt wird.

Nun, das Road Pricing steht nach wie vor im Raum. Der Herr Bundeskanzler mit seinem Technologieexperten, der im übrigen beim Dreikönigstreffen der ÖVP war, der Technologieexperte, mittlerweile ist er der Technologieexperte des Bundeskanzlers, die basteln nach wie vor daran. Da wird sogar im Zusammenhang mit der Chipcard für die Sozialversicherung daran gebastelt. Es ist derzeit auch noch immer in Auftrag gegeben die sogenannte kontaktlose Chipcard, also eine, die man eben von irgendwo außerhalb ablesen kann, ohne daß man mit der Chipcard direkt in einen Automaten reinfährt. Das alles ist nach wie vor im Gerede. Und daher ist es, glaube ich, so wichtig, daß gerade wir in Niederösterreich als jenes Bundesland, welches von dieser Einführung des Road Pricings am meisten betroffen wäre, auch aktiv werden. Und es freut mich, daß wir unseren Antrag eingebracht haben und daß die Damen und Herren der ÖVP bei diesem Antrag mitgehen. Wir haben den Namen etwas geändert, vom elektronischen Mautsystem zum gängigen Begriff des Road Pricing, aber es ist aus beidem ja klar, worum es geht.

Und ich glaube, daß das ein sehr wichtiger Akt ist. Denn die Bundesregierung muß darauf hingewiesen werden, daß das eine Form der Belastung ist, die wir uns ganz einfach für die Menschen dieses Landes nicht mehr leisten können. Und daher ist es für mich unverständlich, wenn die SPÖ einen Antrag einbringt und sagt, wir wollen das, aber nur für Lkw. Denn wir wissen, wenn das technische System einmal steht, wäre es nur für Lkw unwirtschaftlich. Da gibt es ja auch Berechnungen dafür, was die Stationen, was die gesamte Einrichtung kostet, wie lange man braucht, bis man das hinbekommt und daß das System wirtschaftlich ist. Wir wissen das. Und wir wissen auch, wenn einmal etwas eingeführt ist, daß das dann auch bleibt. Wir haben das erlebt bei der Vignette. Und ich glaube, so blamiert wie bei dieser Vignette hat sich Österreich noch selten. Noch heute ist der "Vignetten-Mann" berühmt und als Figur, ich glaube, er hat sogar den dummen Augustin schon übertroffen an Popularität in diesem Land. Ich glaube, es ist bereits so weit. Und wir dürfen das nicht ganz vergessen, was sich da die Republik geleistet hat, nicht nur den eigenen Bürgern gegenüber,

sondern auch dem Ausland gegenüber. Und wenn man sagt, dem Ausland gegenüber, muß man ja auch fairerweise sagen, Österreich kann ja dieses Road Pricing nicht im Alleingang durchziehen. Wir können ja nicht in Österreich so mitten als Insel ein Road Pricing-System einführen und glauben, alle anderen schauen erfreut zu und werden da vielleicht mitmachen.

Es gibt noch einige Argumente, die vor allem diejenigen, die noch immer für dieses Road Pricing sind, auch sehr beherzt annehmen sollten. Wenn es eine Studie des Wirtschaftsministeriums gibt, die zwar natürlich nur eine Schätzung ist oder eine Studie eben und kein Nachweis - Gottseidank kein Nachweis - die aber immerhin aussagt, daß dieses Road Pricing uns im Jahr zirka 100 Verkehrstote mehr beschert, dann muß ich mich fragen, mit welcher Leichtigkeit man über diese Studie hinweggeht. Oder wenn es Studien gibt, die eindeutig nachweisen, daß bei Einführung des Road Pricing-Systems die Umwelt mehr belastet wird, dann frage ich mich, wie kann man über diese Studien so locker hinweggehen? Wir haben die Auswirkung ja bereits gesehen bei der Vignette. Ich darf das aus meiner eigenen Gemeinde sagen. Ich komme aus Münchendorf. Bei uns wurde voriges Jahr im Oktober die Anbindung der A 3 an die A 2 realisiert. Und ich darf berichten, diese Einbindung war ein wahrer Segen für unsere Gemeinde. Es war ein spürbares Aufatmen, der Verkehr wurde weniger. Mit der Einführung der Autobahnvignette - und das wird jeder bestätigen, der dort an der B 16 wohnt - wurde der Verkehr wieder mehr. Vornehmlich mehr Ostfahrzeuge, die ganz einfach, wenn sie jetzt nur nach Wien fahren, sich kein "Autobahnpickerl" kaufen, weil sie es auch nicht brauchen. Das bringt wahrscheinlich nur wenige Minuten. Tatsache ist, allein die Einführung der Autobahnvignette, die jetzt 550,- Schilling im Jahr kostet, hat die Bundesstraßen spürbar mehr belastet. Um wieviel mehr wird dann ein Road Pricing die Bundesstraßen belasten, wenn wir schon zum Beispiel für zwei, drei Tage diese 550,- Schilling aufbrauchen würden. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich nur noch einmal appellieren, hier wirklich als Niederösterreicher - in dem Fall muß man ganz definitiv auch als Niederösterreicher denken, weil es uns am meisten betrifft - für die Menschen des Landes zu denken und auch zu handeln. Und sich ganz entschieden gegen dieses Road Pricing zu wehren.

Nachdem der Herr Abgeordnete Dirnberger später noch einen Resolutionsantrag einbringen wird, dem ich auch beigetreten bin, möchte ich

mich jetzt schon dazu äußern. Er beinhaltet die Zweckbindung der Mineralölsteuer. Ich kann dem nur zustimmen, weil es ein weiteres Element dafür ist, daß die Gelder für das verwendet werden, wofür sie vorgesehen sind. Wenn das Geld von den Autofahrern kommt, für den Straßenbau und nicht für etwas anderes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Muzik.

Abg. MUZIK (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages! Herr Klubobmann, ich erlaube mir, hier von dieser Stelle aus ebenfalls als Abgeordneter des Landes Niederösterreich zu sprechen. Zu Ihren einleitenden Worten, Herr Klubobmann: Da sind wir ganz einer Meinung, was den Pkw-Verkehr betrifft, da bin ich ganz Ihrer Meinung.

Allerdings werde ich jetzt unser Argument darlegen, warum wir glauben, daß es gerade für den Lkw-Verkehr so wichtig ist, dieses System einzuführen. Und wenn ich Ihren bereits angekündigten gemeinsamen Resolutionsantrag vorwegnehme, meine Damen und Herren, dann bedeutet es von unserer Warte aus zusammengefaßt durch diese Zweckbindung, daß die Mittel in Niederösterreich für den Nahverkehr, für den Ausbau der Park-and-ride-Anlagen, für den bereits abgeschlossenen Vertrag mit den Österreichischen Bundesbahnen und dergleichen mehr gebunden sind. Meine Damen und Herren! Damit fallen wir aber auch unseren Pendlern in Niederösterreich wieder in den Rücken, wenn diese Mittel auf Grund der Zweckbindung für den Straßenbau entzogen werden. Daher werden wir diesem Antrag sicher nicht die Zustimmung geben können. Dies nur vorweg zu diesem gemeinsamen Resolutionsantrag.

Meine Damen und Herren! Die ebenfalls bereits erwähnte seit 1. Jänner 1997 geltende Mautvignette schafft alleine sicher keine Abhilfe. Weder beim Finanziellen, noch beim Verkehrsfluß, noch bei der Umwelt. Und daher ist es so besonders wichtig und daher führt sicher auch kein Weg an einer Bewirtschaftung der Straße vorbei. Denn durch die Ostöffnung und durch den EU-Beitritt ist das Verkehrsaufkommen in Gesamt-Österreich, und dies muß man jetzt gesamtösterreichisch betrachten, rasant gestiegen. Der Nord-Süd-Lkw-Transit zum Beispiel explodierte ein Jahr nach dem EU-Beitritt bereits um 25 Prozent. Trotz Transitvertrag und Ökomaut donnern heute bereits fast 6.000 Lkw pro Tag über den Brenner. Dramatisch, meine Damen und Herren, ist aber die Situation im

Osten Österreichs, nämlich bei uns in Niederösterreich und in Wien. Die Zahl der Lkw-Fahrten aus und in die Oststaaten ist allein von 1988 bis 1993 um 40 Prozent gestiegen. Und die Tendenz ist weiter steigend, jährlich um einige Prozentsätze. Meine Damen und Herren! Geht dies so weiter, verblaßt die Transitplage am Brenner gegen die Verkehrshölle bei uns in der Ostregion. Und Verkehrsexperten erwarten bereits für das Jahr 2000 zum Beispiel für die Westautobahn inklusive des inländischen Schwerverkehrs zirka 10.000 Lkw täglich.

Eine ähnliche Situation finden wir auf der Südatautobahn, wo diese 10.000 Lkw bereits jetzt täglich verkehren. Spitzenreiter ist allerdings die A 23 in Wien mit jetzt gar schon 15.000 Lkw täglich. Seit der Aufhebung der Zweckbindung der Mineralölsteuer vor zehn Jahren und der Finanzierung des Baues und der Erhaltung der Straßen über die Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungs AG ASFINAG sind die Kosten explodiert. Heute hat, wie aus dem Antrag bereits erfahrbar, die ASFINAG 77,4 Milliarden Schilling Schulden, die zu tilgen sind, meine Damen und Herren! Die Zinsen für die ASFINAG in der Höhe von 4,5 Milliarden Schilling jährlich werden weiterhin aus dem laufenden Budget des Bundes finanziert. Auch die bauliche und betriebliche Erhaltung belastet das Bundesbudget mit knapp drei Milliarden Schilling, meine Damen und Herren.

Aus dem Erlös der Vignette können etwa zwei Milliarden Schilling in den Neubau investiert werden. Da aber damit nur ein Bruchteil der Kosten für Neubau, Erhaltung und Betrieb des knapp 2.000 km langen Netzes finanziell gedeckt werden kann, muß das Ziel in einer Bewirtschaftung des gesamten Netzes liegen. Grundlage ist die bereits in der Koalition beschlossene fahrleistungsabhängige Mauteinhebung oder, wie Sie das bereits genannt haben bis jetzt immer, das Road Pricing. Ich werde also in Hinkunft ebenfalls dieses Wort "Road Pricing" verwenden.

Der wichtigste Schritt ist daher die Einführung des Lkw-Road Pricings. Diese Maßnahme ist deshalb so wichtig, weil damit ein Schritt in Richtung Kostenwahrheit im Verkehr gesetzt werden soll. Denn gerade der schwere Lkw deckt, wie eine Studie, die Sie bereits erwähnten, im Auftrag des Wirtschaftsministeriums zeigt, die von ihm verursachten Kosten nur zu einem Drittel selbst. Meine Damen und Herren! Dazu gibt es eine Neubearbeitung der steuerlichen Belastung des Lkw-Schwerverkehrs. Der enthält den Vergleich der

Belastungen Österreichs mit jenen der Nachbarstaaten, den Vergleich einiger europäischer Mauttarife, die Situation in anderen europäischen Ländern, die Ausgangslage, wie es zu einer Maut kommen sollte, nämlich die Entwicklung, sowie vier Szenarien und wirtschaftliche Eckdaten über Kosten und Erlöse sowie den jetzigen Projektstand für die Vorbereitung der fahrleistungsabhängigen Mauteinhebung. Ich glaube, es ist sicher nicht angebracht, daraus zitieren zu müssen, denn jenes Elaborat ist sicher in den Händen aller Fraktionen, meine Damen und Herren. Dazu gibt es die Vorlage vom 22. April im Ministerrat, wo sämtliche Szenarien unter gleichen Bedingungen aufgeschlüsselt sind, auch die Ausländermauteinhebung der an Österreich angrenzenden Staaten, und dergleichen mehr. Ein sehr großes Elaborat, das also zu einer Beschlußfassung eines Systems führen soll, meine Damen und Herren.

Aus dem Lkw-Road Pricing können Einnahmen in der Höhe von 3,5 bis 4 Milliarden Schilling erwartet werden, wenn diese Gebühr im gesamten Autobahn- und Schnellstraßennetz flächendeckend eingehoben wird. Damit wird die mit dem EU-Beitritt notwendig gewordene schrittweise Reduktion des Straßenverkehrsbeitrages von 85.000,- Schilling auf 16.500,- Schilling wieder etwas kompensiert, meine Damen und Herren. Denn der Einnahmenverlust für den Staat gegenüber 1994 beträgt 1997 beim Lkw voraussichtlich zwei Milliarden Schilling. Mit diesen Einrichtungen werden aber auch in- und ausländische Lkw gleichmäßig erfaßt, was, glaube ich, sehr wichtig ist. *(Abg. Gratzner: Falls sie auf der Autobahn fahren!)*

Herr Klubobmann, ich habe in der vergangenen Sitzung vom Herrn Kollegen Hiller eine Ermahnung bekommen, ich möge meine Nerven schonen. Ich komme dieser Aufforderung sehr gerne nach und ich werde heute keinen Dialog mit meinen Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause eingehen. Wenn Sie etwas wissen wollen, es gibt die Unterlagen. Es erübrigt sich, darauf Antworten zu geben.

Meine Damen und Herren! Es dürfen keine neuerlichen Geschenke an die Transportwirtschaft in Form von weiteren Verzögerungen des Road Pricing-Prinzips für Lkw zu Lasten der Steuerzahler, die Sie erwähnten und der vom Lkw-Transit geplagten Bevölkerung verteilt werden. Kein Verständnis kann ich daher dem Antrag der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei entgegenbringen, welcher die Verhinderung eines elektronischen Mautsystems auf

Autobahnen und Schnellstraßen zur Gänze fordert. Beim Pkw sind wir ja, meine Damen und Herren, alle Fraktionen hier im Hohen Haus einer Meinung. Ich bin aber auch der Meinung, daß mit dem Road Pricing-System für Lkw Kostenwahrheit im Verkehr geschaffen wird und damit die Privilegien des Schwerverkehrs gegenüber dem Individualverkehr und der Bahn beseitigt werden. *(Abg. Marchat: Weißt Du, wie es den Transportfirmen geht?)*

Der Individualverkehr, und hier vor allem die Pendler, um die es uns geht, müssen nämlich die Zeche in Form einer massiven Querfinanzierung für den Lkw-Verkehr bezahlen. Darüber hinaus hat der Schwerverkehr auf massive ÖVP-Interventionen erst im Herbst des vergangenen Jahres ein 200 Millionen Schilling-Geschenk in der Form der Absenkung der Straßenbenützungsabgabe erhalten. Nunmehr ist es an der Zeit, zur Kostenwahrheit zu kommen. Die Umsetzung dieses Konzeptes liegt im Kompetenzbereich von Wirtschaftsminister Farnleitner. Die negativen Erfahrungen bei der Einführung der Vignette lassen Schlimmeres bei der Umsetzung der weiteren Schritte in Richtung Road Pricing befürchten. Für das Lkw-Road Pricing ist daher ein genauer Ablaufplan, in dem die wesentlichen Entscheidungen, Abhängigkeiten und Maßnahmen dargestellt sind, von Minister Farnleitner vorzulegen. Gravierend werden die Einnahmenverluste sein, wenn bei der Einführung dieses Systems ähnliche Fehler wie bei der Vignette gemacht werden. Denn hier kostet, meine Damen und Herren, jeder Monat Verzögerung bereits 300 Millionen Schilling. Diese Gelder fehlen dann wiederum bei der raschen Realisierung des Lückenschlusses für das Autobahnnetz und gehen auch zu Lasten der Beschäftigung in der Bauwirtschaft. Der Wirtschaftsminister sollte daher umgehend über den Stand dieses Systems informieren sowie die notwendigen politischen und administrativen Vorgaben formulieren. Das Jahr 1998 muß aber auch nach wie vor der fixe Termin für die Einführung dieses Systems bleiben. Denn damit kann - und das ist sehr wichtig, meine Damen und Herren - der für die Erfüllung der Maastricht-Kriterien so wichtige Beitrag, nämlich die Ausgliederung der ASFINAG-Schulden umgesetzt werden.

Ein klares Nein sagen wir Sozialdemokraten für ein Road Pricing oder eine andere leistungsabhängige Mauteinhebung für Pkw. Denn dies würde unter anderem zu Lasten einer Bevölkerungsgruppe gehen, die ich bereits erwähnte, die ohnehin schon viele Entbehrenungen hinnehmen

muß, nämlich unsere Pendler, meine Damen und Herren. Weiters bin ich aber auch der Meinung, daß ein Road Pricing-System aus der Sicht der technischen Entwicklung voll ausgereift ist und auf Grund der gesamteuropäischen Normen und Regeln, die in diesem Jahr weitestgehend abgeschlossen werden sollen, auch voll kompatibel anzusehen ist. Aus diesem Grund erscheint für mich ein dringender Handlungsbedarf gegeben, ein System für Lkw zur Ausschreibungsreife zu entwickeln und auszuschreiben. Überdies könnten die erforderlichen Überkopfeinrichtungen zugleich für die schon dringendst benötigten Verkehrsleitentwicklungen benützt werden, meine Damen und Herren. Dies böte unserer Elektroindustrie zugleich die Möglichkeit, die Serienreife ihrer Entwicklungen unter Beweis zu stellen. Ein Road Pricing-System für Pkw ist jedoch kategorisch abzulehnen. Es darf, und ich wiederhole mich, zu keinen weiteren Belastungen von Pkw-Benutzern kommen, meine Damen und Herren!

Ich möchte abschließend feststellen, daß es uns Sozialdemokraten um mehr Kostenwahrheit im Schwerverkehr geht und elektronisches Pkw-Road Pricing daher außer Diskussion gestellt wird. Um dies sicherzustellen, ist es erforderlich, daß das Bundesstraßenfinanzierungsgesetz auch dahingehend geändert wird, meine Damen und Herren. Ich möchte begründen, warum uns die Pendler und die Pkw-Benutzer so am Herzen liegen und wir da sicher auch einer Meinung sind. Wird nämlich kein Lkw-Road Pricing oder eine andere fahrleistungsabhängige Mauteinrichtung für Lkw bis 1998 verwirklicht, droht folgendes Szenario: Die Zinsenzahlungen der ASFINAG und die Straßenerhaltung von zusammen 7,2 Milliarden können nicht aus Vignetten- und Mauteinnahmen von zusammen 4,5 Milliarden aufgebracht werden. Und, meine Damen und Herren, hören Sie jetzt gut zu: Die EU erläßt in den nächsten Monaten die Wegekostenrichtlinie, womit die Straßenbenützungsabgabe für Lkw über 12 Tonnen nicht erhöht werden kann. Da gleichzeitig kein Zuschuß aus dem Budget mehr geleistet werden soll, müßte in diesem Fall die Vignette um 150 Prozent, das heißt in dem Falle, wenn wir beim Pkw bleiben, von 550,- Schilling jährlich auf sage und schreibe 1.375,- Schilling angehoben werden, meine Damen und Herren. Dies ist für Pkw-Benutzer unzumutbar und daher auch sicher von allen abzulehnen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nach den Begriffsverwirrungen, die der Herr Abgeordnete Muzik hier eingebracht hat, muß ich eindeutig klarstellen: Road Pricing heißt, die Pendler mit Lichtschranken schrankenlos schröpfen. Kollege Muzik, Dein guter Wille, Pkw und Lkw zu trennen, in Ehren. Aber ich erinnere mich zu gut der Steuererfindungskunst des Finanzministers Edlinger, seines Vorgängers Klima, dessen Vorgänger Vranitzky bis zu Androsch, und - ich bin fair genug - meinetwegen bis zu Stephan Koren in den sechziger Jahren. Ich glaube, es ist völlig unrealistisch, wenn wir einem Finanzminister diese technischen Möglichkeiten in die Hand geben, zu glauben, daß das wirklich auch nur für kurze Zeit auf Lkw zu beschränken wäre. Da bin ich der Meinung, man könnte eigentlich hier Franz Josef Strauß zitieren: Eher würde sich ein Hund

einen Vorrat an Knackwürsten anlegen als daß ein Finanzminister auf die bereits technisch installierten Pendlerschöpfaktionen und -schranken verzichten würde. Und ich glaube, wir müssen eines ganz klar festhalten: Es ist gänzlich auszuschließen, daß wir auch nur kurze Zeit in der politischen Wirklichkeit diese Trennung für die Pendler aufrecht erhalten können. Und damit komme ich zum wesentlichen Punkt, Herr Kollege Muzik. Du hast gemeint, die Straße bewirtschaften, das wäre gut. Aber die Straße in diesem Sinne zu bewirtschaften, hieße die Pendler zu belasten. Und was können bitte die Pendler dafür, daß die Ostöffnung, der EU-Beitritt geschehen ist? Daß durch die Ostöffnung der Verkehr so rasant gestiegen ist? (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Ja, Sie können sich noch so aufregen, das wird niemals in der politischen Realität geschehen. Ich habe es erwähnt, Herr Kollege Kautz, erinnere Dich bitte der Steuererfindungskünste aller Finanzminister in den letzten Jahrzehnten. Wenn wir dem Finanzminister diese technischen Möglichkeiten in die Hand geben, sind die Pendler hilflos diesem Finanzminister ausgeliefert. Das steht ganz klar fest! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Alles, was Sie da sagen, ist nichts anderes als ein Lippenbekenntnis. Das ist nichts anderes als ein Wunschkonzert, das Sie vielleicht für sich selbst hier haben. An das sie doch hoffentlich nicht wirklich glauben werden.

Ich denke, daß es daher auch im Sinne der Pendler ganz wesentlich war, daß die Landeshauptleutekonferenz beschlossen hat, daß Road Pricing für Lkw nur in Abstimmung mit allen anderen europäischen Ländern in Frage kommt. Und ich möchte an dieser Stelle unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, der federführend mitgewirkt hat im Sinne dieser Meinungsbildung in der Landeshauptleutekonferenz im Namen der Pendler herzlich danken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und dazu möchte ich eines gleich vorwegnehmen. Es geht in keiner Weise darum, daß wir sozusagen nur der Straße das Wort reden. Ganz im Gegenteil! Wenn wir uns den neuesten Entwurf des Landesverkehrskonzeptes vor Augen halten, dann sehen wir ganz deutlich die vielen Ansätze des Vorranges für den öffentlichen Verkehr. Ja ich möchte sagen, unser Motto ist es eigentlich, in Zukunft "zügig" zu verkehren. Und wir haben viele Ansätze, wo wir entsprechende Initiativen setzen und auch Perspektiven vorgeben, Szenarien zeichnen, viele Facetten einbringen für den öffentlichen Verkehr. Aber das heißt ja nicht, daß wir die berufstätigen Pendler dabei bestrafen dürfen.

Eine ganz klare Sache. (*Beifall bei der ÖVP. - Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Trotz der späten Stunde, stelle ich fest, ein sehr dialogfreudiges Parlament.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich habe hier die jüngste Studie der NÖ Arbeiterkammer über die Auspendler aus ihren Gemeinden, was den Berufsverkehr betrifft. Wir haben nach dieser Studie 290.000 Tagespendler, die aus ihrer eigenen Gemeinde auszupendeln haben. Und davon, meine Damen und Herren, das muß ich hier einmal ganz klar festhalten, davon sind alleine in Niederösterreich 13.000 Auspendler, die Wegzeiten über 90 Minuten täglich in Kauf nehmen müssen. Und die wollen wir auch noch belasten! Wir haben 30.000 Pendler, die Wegzeiten zwischen 60 und 90 Minuten zurückzulegen haben. Und wir haben immerhin noch 32.000 Pendler, die 45 bis 60 Minuten täglich zum Arbeitsplatz fahren müssen und dann wieder zurückfahren müssen. Und die wollen wir bestrafen? Das kommt ja überhaupt nicht in Frage!

Daher möchte ich aber ganz klar sagen, was bedeutet denn dieses Road Pricing? Ihr wollt das immer künstlich trennen. Darf ich nochmals an die Finanzminister der letzten Jahrzehnte erinnern. Wenn man ihnen solche technische Möglichkeiten in die Hand gibt, welcher würde das niemals benutzen? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines muß ich auch ganz klar sagen, es wurde heute schon ausgeführt, obwohl mir die Pendler so am Herzen liegen, meine Damen und Herren, wichtiger noch ist die Frage nach den Verkehrsunfällen, nach den Verkehrstoten. Ich glaube, das ist eine menschlich viel tragischere, ernstere Frage. Wenn wir ganz genau wissen auf Grund der praktischen Erfahrungen, daß jedes Ausweichen auf das Bundesstraßennetz, auf das Landesstraßennetz jährlich garantiert eine große Anzahl von weiteren Verletzten, Schwerverletzten und vor allem Toten bringen wird, dann können wir doch niemals in diese Richtung gehen. Das wiegt ja noch weit schwerer als all die finanziellen Aspekte.

Oder die Fragen der Belastungen der Umwelt. Es ist keine lustige Angelegenheit, wenn wir entsprechende Verkehrseinschränkungen in fast allen Gemeinden jetzt haben, mit Kreisverkehr, Verkehrsberuhigung usw. und wenn wir dann die Lkws durchzischen lassen.

Oder: Wer hat jemals uns beweisen können in Sachen Datenschutz, daß wir hier wirklich die Sicherheit haben bei diesem Road Pricing, daß es zu keiner vollelektronischen Überwachung des Bürgers kommt? Ich glaube, das muß auch einmal in den Raum gestellt werden. Da braucht keiner etwas anzustellen, aber es ist für niemanden angenehm, wenn man staatlicherseits weiß, wo sich der Staatsbürger täglich aufhält.

Natürlich sei auch die Frage in den Raum gestellt, daß die Autofahrer heute schon mehr als doppelt bezahlen. Ich brauche die einzelnen Steuerformen hier in der gebotenen Kürze ja gar nicht anzuführen. (*Unruhe bei der SPÖ.*)

Diese künstliche Trennung, die könnt Ihr noch so oft einwerfen, die zählt einfach nicht, die ist realitätsfremd. Daß wir natürlich die Frage der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen müssen, das ist sehr wichtig. Denn Pendler nehmen im Interesse ihres Arbeitsplatzes und unserer Volkswirtschaft sehr vieles täglich in Kauf, an Zeit, an Gefahren, an Belastungen usw. Und wenn wir die noch mehr belasten, dann sind wir mobilitätsfeindlich und damit auch arbeitsplatzfeindlich, das ist doch ganz klar. Wir erwarten von den Menschen heute auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklungen, daß sie zunehmend mobil sind. Und wir kämpfen mit dieser Maßnahme des Road Pricing gegen die Mobilität an. Das kann ja nicht wahr sein, bitte! (*Unruhe im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich habe festgestellt, daß dies ein Parlament ist, in dem sich noch keine Ermüdungserscheinungen zeigen, das ist erfreulich. (*Beifall im Hohen Hause.*) Wir haben bis Mitternacht noch lange Zeit, möge es so bleiben. Der Redner möge fortfahren.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Gerne, Herr Präsident. Ich möchte bitte zu dem angekündigten Antrag kommen. Jenem Antrag, der sich bezieht auf die Frage der Finanzierung. Eines ist klar: Seit vor zehn Jahren die Zweckbindung der Mineralsteuer aufgegeben wurde, ist der Schuldenberg bei der aus dem Budget ausgegliederten ASFINAG auf 77 Milliarden Schilling angewachsen. Wenn wir das umrechnen, sind das für jeden österreichischen Autofahrer 22.000,- Schilling Schulden, die er selbst natürlich zu berappen hat, über den Weg der Steuern, der Zinsen und Zinsezinsen. Das ist klar! Und daher sollten wir dieser Misere doch mittelfristig wieder begegnen, indem wir die Gelder dort zuweisen, wohin sie auch wirklich gehören. Und ich möchte daher diesen Antrag einbringen, der heute bereits von ei-

nem Vorredner angekündigt wurde und darf ihn zunächst einmal verlesen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dirnberger und Grätzer zum Antrag der Abgeordneten Grätzer, Treitler u.a. betreffend Verhinderung des Road Pricing-Systems auf Autobahnen und Schnellstraßen, Ltg. 605/A-3/40.

Der weitere Ausbau des hochrangigen Straßennetzes, aber auch die in naher Zukunft notwendigen Erhaltungsarbeiten erfordern einen hohen Finanzierungsaufwand. Die Finanzierung soll durch die Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungs-AG (ASFINAG) erfolgen. Die Schulden der Gesellschaft sind mittlerweile auf 77 Mrd S angestiegen. Um diese Schulden zu tilgen, sind Einnahmen erforderlich, die unter anderem aus der elektronischen Bemaßung der Autobahnen und Schnellstraßen erzielt werden sollen. Aus diesen Gründen wird auch die Einführung eines Road Pricing-Systems seitens der ASFINAG befürwortet.

Dazu ist festzustellen, daß seitens der Autofahrer bereits erhebliche Steuermittel aufgebracht werden. Die Steuerleistung beginnt bereits beim Ankauf von Kraftfahrzeugen und setzt sich im Betrieb des Kraftfahrzeuges fort. Es ist daher legitim, die Forderung zu stellen, daß Steuereinnahmen, die im Zusammenhang mit der Anschaffung und dem Betrieb von Kraftfahrzeugen stehen, zumindest zum Teil für Ausgaben verwendet werden, die im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr stehen. Es wäre daher eine entsprechende Zweckwidmung von gewissen Steuereinnahmen vorzusehen. In erster Linie bietet sich dafür die Mineralölsteuer an, die bis zum Jahr 1987 eine entsprechende Zweckbindung hatte. Diese Zweckbindung der Mineralölsteuer für Zwecke des Straßenbaues soll daher wiederum eingeführt werden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, beim Bund vorstellig zu werden und um eine Zweckbindung der Mineralölsteuer für Straßenbau- und Erhaltungsmaßnahmen zu ersuchen."

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie um die Unterstützung dieses Antrages bitten, um Ihre Zustimmung ersuchen. Ich glaube, es ist eine wesentliche Frage gerade für uns Niederösterreicher. Und damit möchte ich das abrunden. Wenn

wir an unser Landesverkehrskonzept denken, allein in der Prioritätsstufe 1a und 1b stehen notwendige Mittel von 16 Milliarden Schilling an. Und wenn wir in diese Richtung etwas tun wollen, dann sollten wir auch jene Mittel, die die Autofahrer leisten, in Zukunft in die richtige Richtung lenken. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Noch zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich habe sehr interessiert diesen Diskussionen gelauscht, die Hälfte habe ich leider nicht verstanden, weil es so erregt war. Aber ich habe den Eindruck, daß das Problem hier verzerrt wiedergegeben wird. Sie machen daraus einen Klassenkampf, Sie ignorieren die Realität. In der Wirklichkeit ist es so, daß das Geld für die Straßenerhaltung fehlt. Und da ist ein ganz wahres Wort gesagt worden: Kostenwahrheit. Daß das einen Pendler nicht treffen kann, weil der es nicht verkraftet, das sieht ja wohl jeder ein. Ob das Road Pricing-System das richtige Instrument ist, das weiß ich nicht. Mir scheint es nicht ausgegoren, weil es von der Technik her gigantisch aufwendig ist und andererseits auch die Kostensituation nicht lösen wird, die klar vor uns liegt. Die Bahn ist benachteiligt, das wissen wir. Die Straße ist bevorzugt, ungefähr ein Drittel zahlen die nur. Das gilt, bitte, auch für den Pkw. Daher kann man nicht - und ich meine, so naiv können wir doch nicht mehr sein in Zeiten wie diesen, wo wir alle gebildet sind - sagen, die Lkw, die Transporteure sollen das zahlen. Bitte, wer sind denn die Transporteure? Das sind wieder wir! Die stehen ja ohnehin alle schon vor dem Konkurs. Was wollen Sie mit denen? Wollen Sie sie umbringen? *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Schauen Sie sich die Lkw-Belastung im internationalen Vergleich einmal an!)*

Doch, aber wenn, dann werden sie die Kosten weitergeben. Vom Gewinn können sie sie ja kaum mehr abschöpfen. Und einen Fehlschluß haben Sie bitte in Ihrer Überlegung. Leider ist es so. Wir haben vom WIFO einen Vortrag gehört anlässlich dieser Nationalparkenquete. Das war sehr interessant, Herr Klubobmann, Du warst ja auch dabei. Da ist für mich eigentlich eine erschütternde Zahl genannt worden. Nämlich, daß der Transitverkehr nur 11 Prozent ausmacht, maximal. Über den Semmering fahren überhaupt nur zwei Prozent und über den Wechsel drei

Prozent. Das heißt, wenn wir jetzt glauben, daß wir mit so einem System, wie Sie angekündigt haben, den Lkw-Transport auf die Bahn bringen, dann ist das leider ein Trugschluß. Leider! Weil es wäre wirklich eine gute Lösung, wenn wir das auf die Bahn brächten. Wir sind ja alle für die Bahn, aus ökologischen, auch wirtschaftlichen Überlegungen. Aber das geschieht so nicht. Diese Studie kann ich Ihnen zur Verfügung stellen. Leider ist es so. Daher kann man schwer damit argumentieren. Und ich sage daher, ich werde keinem dieser Anträge zustimmen. Wir werden nicht zustimmen.

Ich würde alle Verantwortlichen auffordern, ein sachliches Lösungssystem zu entwickeln, das billiger kommt und das der Kostenwahrheit näher kommt und ermöglicht, daß die Bahn das wird, was wir uns alle wünschen. Und die Autofahrer werden - leider - dazu einen Beitrag leisten. Das werden wir auch mit dem Pkw. Ob man die Pendler davon ausnimmt, da kann man ja immer noch Ausnahmegesetze machen, das ist ja keine Frage, wenn einer gezwungen ist, das Auto zu benutzen. Aber die meisten sind es nicht. Sie fahren aus Überlegungen, weil das Auto nach wie vor eine heilige Kuh ist, die aus Steuermitteln finanziert wird. Das ist nämlich das Budget für die Straße. Danke schön.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. HABERLER *(FPÖ)*: Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Verkehrs-Ausschusses):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, FPÖ; Ablehnung SPÖ, LIF.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Resolution der Abgeordneten Dirnberger und Gratzter betreffend Verhinderung des Road Pricing-Systems auf Autobahnen und Schnellstraßen. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, FPÖ; Ablehnung SPÖ, LIF.)*

Hohes Haus! Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 617/H-11/13, Ltg. 619/H-11/14, Ltg. 620/H-11/17, Ltg. 621/H-11/15 und Ltg. 622/H-11/16 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Der Herr Abgeordnete

Pietsch ist Berichterstatter zu allen genannten Geschäftsstücken. Ich ersuche ihn daher um seinen Bericht.

Berichterstatter Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Geschäftsstücke Ltg. 617/H-11/13, Ltg. 619/H-11/14, Ltg. 620/H-11/17, Ltg. 621/H-11/15 und Ltg. 622/H-11/16 handeln alle vom Ausbau, Umbau bzw. Zubau von Krankenanstalten wie Gesamtausbau, 3. Bauabschnitt des A.ö. Krankenhauses Amstetten, 4. Bauabschnitt im A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Thaya im Rahmen einer Sonderfinanzierung, Errichtung eines OP-Traktes im A.ö. Krankenhauses Waidhofen/Ybbs, Küchenneubau mit begleitenden Umbaumaßnahmen im A.ö. Krankenhaus Lilienfeld und die Durchführung des Bauabschnittes II im A.ö. Krankenhaus Scheibbs.

Alle diese Bauvorhaben wurden im Kommunalgipfel, im Spitalsgipfel und im ständigen Ausschuß des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds freigegeben. Weitere Anmerkungen kann ich mir ersparen, da die Motivenberichte zu allen Punkten sich in den Händen der Abgeordneten befinden. Ich stelle daher seitens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgende Anträge:

Zu Ltg. 617/H-11/13 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben 'Gesamtausbau (3. Bauabschnitt) im A.ö. Krankenhaus Amstetten' in der Höhe von S 942,200.000,- auf Preisbasis 1.11.1996 werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60%igen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs.2 NÖ KAG 1974, LGBl.9440-8.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich, auf Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes, durch die Leasingfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im

Ausmaß von ca. 5,93 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 7 Jahre und 2,84 % für die restlichen 18 Jahre. Diese errechneten Zahlungsleistungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von den erfolgten KRAZAF-Leistungen bzw. Leistungen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der Zinsentwicklung."

Zu Ltg. 619/H-11/14 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben '4. Bauabschnitt, A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Thaya' in der Höhe von S 55,000.000,- auf Preisbasis Jänner 1996 werden genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60%igen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs.2 NÖ KAG 1974, LGBl.9440-10.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich, auf Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes, durch die Leasingfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 5,36 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 7 Jahre und ca. 3,02 % für die restlichen 18 Jahre.

Diese errechneten Zahlungsleistungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von den erfolgten Fonds-Leistungen und der Zinsentwicklung."

Zu Ltg. 620/H-11/17 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Gesamtinvestitionskosten für das Investitionsvorhaben 'Errichtung eines OP-Traktes, A.ö. Krankenhaus Waidhofen/Ybbs' in der

Höhe von S 150,853.000,- auf Preisbasis Jänner 1997 werden genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60%igen Landesbeitrages für die Gesamtherstellungskosten des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs.2 NÖ KAG 1974, LGBl.9440-8.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen bei Fertigstellung des Projektes, durch die Kreditfinanzierung eine voraussichtliche jährliche Belastung des Landes im Ausmaß von ca. 4,84 % der Gesamtinvestitionskosten. Diese errechneten Zahlungen können nicht als fix angesehen werden, da die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung tatsächlich erwachsenden Belastungen noch abhängig sind von erfolgten Valorierungen, tatsächlichen Leistungen des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds und der Zinsentwicklung."

Zu Ltg. 621/H-11/15 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die 2. Rate der projektvorbereitenden Planungskosten in der Höhe von S 7,000.000,- für das Investitionsvorhaben Küchenneubau mit begleitenden Umbaumaßnahmen im A.ö. Krankenhaus Lilienfeld mit geschätzten Gesamtkosten von S 95,000.000,- werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 80%igen Landesbeitrages für die projektvorbereitende Planung des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs.2 NÖ KAG 1974, LGBl.9440-9.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen eine jährliche Belastung des Landes im Falle einer Leasingfinanzierung im

Ausmaß von 6,3 % der Gesamtinvestitionskosten auf die Dauer von 25 Jahren.

Die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung erwachsenden Belastungen werden erst nach erfolgter Planung abschätzbar sein."

Zu Ltg. 622/H-11/16 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die erste Rate für die projektvorbereitenden Planungskosten in der Höhe von S 3,500.000,- für das Investitionsvorhaben 'Bauabschnitt II' im A.ö. Krankenhaus Scheibbs mit geschätzten Gesamtkosten von S 174,000.000,- werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Anwendung eines außerbudgetären Sonderfinanzierungsmodells wird zugestimmt. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die Gewährung des 60%igen Landesbeitrages für die projektvorbereitende Planung des Investitionsvorhabens zuzusichern. Die Ermächtigung erfolgt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen des § 70 Abs.2 NÖ KAG, LGBl.9440-11.

Bezogen auf die Gesamtherstellungskosten exklusive Bauzinsen errechnet sich auf der Grundlage der derzeit geltenden Rahmenbedingungen eine jährliche Belastung des Landes im Falle einer Leasingfinanzierung im Ausmaß von 5,27 % der Gesamtinvestitionskosten für die ersten 7 Jahre und 2,59 % für die restlichen 18 Jahre.

Die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung erwachsenden Belastungen werden erst nach erfolgter Planung abschätzbar sein."

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir haben Bericht und die Anträge gehört. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin überzeugt, daß die Beschlußfassung dieser fünf Krankenhaus-Ausbauvorhaben einen gesundheitspolitischen Akzent von weitreichender Bedeutung darstellt. Es geht immerhin um eine Investition von 1,4 Milliarden Schilling. Ich habe

auch gar nicht vor, diese Vorhaben im Detail darzulegen. Wer besonderes Interesse daran hat, kann sich das ja zu Gemüte führen. Dies hier zu bringen, wäre sicherlich zu umfassend.

Der Herr Berichterstatter hat die Vorhaben namentlich genannt. Ich möchte hier einige grundsatzpolitische Überlegungen anstellen. Ich meine, daß die Einführung dieser leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung, die ja derzeit die Gemüter bewegt, auch heute hier im Landtag, die Gesundheitspolitik österreichweit zu neuen Ufern führen soll. Und das bedeutet, und Herr Kollege Gruber hat ja ganz speziell darauf verwiesen, daß sie so manchen tiefen Einschnitt in vorhandene Strukturen mit sich bringen wird. Und bedeutet wohl auch einen Abschied von bisher geübten Praktiken. Von den politischen Entscheidungsträgern erwartet man Verständnis für diese Entwicklung und auch jenes hohe Maß Verantwortungsbewußtsein, diese erforderlichen Veränderungen politisch mitzutragen. Hier ist also Kreativität gefragt.

In Niederösterreich haben wir diesen Umstrukturierungsprozeß in Gang gesetzt aus zweifelsohne ökonomischen Gründen, die heute schon genannt wurden. Die bisherige Krankenhausfinanzierung wäre explodiert oder ist explodiert, wäre auf die Dauer unfinanzierbar geworden und wir spüren alle, insbesondere die Gemeinden, daß es an allen Ecken und Enden an den erforderlichen finanziellen Mitteln mangelt. Auch wegen der Qualität der medizinischen Betreuung ist es notwendig, diese Finanzierungsform umzusetzen, weil zweifelsohne die Qualität der medizinischen Betreuung erhalten werden muß. Und ich glaube, daß auch der beschäftigungspolitische Faktor nicht unbedeutend ist, weil gerade in dem Bereich ein relativ stabiler Arbeitsmarkt gegeben ist. Der Bürger erwartet und darf von den Politikern erwarten, daß gerade im Gesundheitswesen, in einem Bereich, der ihm persönlich am allerwichtigsten ist, weil er ihn unmittelbar betrifft, alles funktioniert. Und daß er im Krankheitsfall die bestmögliche medizinische und pflegerische Betreuung erhält. Und wir haben dafür zu sorgen, meine Damen und Herren - ich sage das nicht von ungefähr, sondern aus gutem Grund - daß die Gesundheitspolitik nicht zur politischen Spielwiese wird. Schuldzuweisungen dienen niemandem und bringen uns auch nicht vom Fleck. Ganz im Gegenteil, sie würden die Entwicklung blockieren und eigentlich die Kraft, die wir für die Gestaltung der Zukunft auf diesem Gebiet einzusetzen hätten, die Kraft, die wir hier aufwenden könnten, eigentlich vergeuden.

Das gilt natürlich generell für den gesamten Bereich der Gesundheitspolitik. Ich möchte hier überleiten und den Zusammenhang zur Behandlung der bevorstehenden KAG-Novelle herstellen, die auch von den Kollegen Abg. Gruber und Prof. Breininger schon angeführt wurde. Sie haben das ja sehr ausführlich dargelegt. Ich möchte nur dazu sagen, daß die Gemeindevertreterverbände in alle die Überlegungen bezüglich einer Umgestaltung des Spitalfinanzierungssystems über den NÖGUS und NÖKAS eingebunden waren und daß im NÖGUS die Klub- und Regierungsmitglieder vertreten sind. Und daß dort sehr deutlich darauf verwiesen wurde, wie wichtig es für die Gemeinden und für das Land ist, dieses neue Finanzierungssystem möglichst rasch auf eine rechtliche Basis zu stellen. Und eben deshalb ist es ja nicht von ungefähr gekommen, daß Herr Landesrat Wagner diese Novelle als Initiativantrag einbringen wollte. Und das ist ja auch von den vier Regierungsmitgliedern, die hier vertreten sind in diesen Gremien, als notwendig erachtet worden. Jetzt gebe ich schon zu, daß die Begutachtung ein ganz wichtiges demokratiepolitisches Instrument oder ein wichtiger demokratiepolitischer Prozeß ist. Im konkreten Fall ist ja auch von den Vorrednern dargelegt worden, daß die Zeit drängt. Unbestritten drängt die Zeit. Ich gebe zu, auch eine Begutachtung hat natürlich vieles für sich, keine Frage. Aber zweifelsohne ist damit natürlich eine gewisse Unsicherheit in den Gemeinden und bei den Spitälern gegeben. Bei einigem guten Willen hätte man - ausnahmsweise, sage ich - die KAG-Novelle beschließen können. Es ist bereits kalter Kaffee, aber es hat mich gedrängt, diese Feststellung hier zu treffen. Weil es so ausgeschaut hat oder weil man es so dargestellt hat, wie wenn der Herr Landesrat Wagner ausschließlich die Schuld an dieser Entwicklung trägt.

Nach diesem Exkurs über die aktuellen gesundheitspolitischen Probleme darf ich zu dem aus meiner Sicht bedeutendsten Vorhaben, nämlich dem Ausbau des Krankenhauses Amstetten, zum Bauabschnitt 3, einige Anmerkungen treffen. Die Idee zum Krankenhausausbau stammt schon aus den Jahren 1976 bis 1978. 1991 erfolgte dann ein Umdenkprozeß in Richtung Gesamtkonzept, das jetzt vorliegt, das alle Hürden genommen hat - KRAZAF, Landesregierung und NÖGUS - und nun mit 942,2 Millionen Schilling über eine Leasingfinanzierung zur Errichtung freigegeben wurde. Amstetten verfügt derzeit über 374 Betten und wird nach der Fertigstellung inklusive der Kinderabteilung, für die 30 Betten vorgesehen sind, 381 Betten

aufweisen. Der Bauzeitplan sieht sofortigen Baubeginn, also im Herbst, im September 1997, vor und die Inbetriebnahme ist mit 2004 vorgesehen. Und mir erscheint eben von besonderer Bedeutung, daß die Bürgermeister des Mostviertels, Bürgermeister Katzengruber aus Amstetten, Bürgermeister Mag. Sobotka aus Waidhofen/Ybbs und auch der Bürgermeister aus Scheibbs, der Herr Abgeordnete Ing. Gansch die Herausforderung dieses neuen Krankenhausfinanzierungssystems angenommen haben. Daß sie nicht der Dinge geharrt haben, die da auf sie zukommen, sondern sich längst im klaren darüber waren, daß nur durch eine spitalsübergreifende Zusammenarbeit Parallelstrukturen vermieden werden können. Was natürlich in dem Zusammenhang die Gemeindefinanzen auch schonen helfen wird. Diese Zusammenarbeit wird schon praktiziert. Amstetten und Waidhofen arbeiten zusammen durch die Aushilfe mit Sachgütern und Dienstleistungen, durch Kooperation im Bildungsbereich, über gemeinsamen Einkauf. Aber auch Scheibbs und Waidhofen haben, glaube ich, eine Zusammenarbeit beim Geräteankauf entwickelt. Das ist natürlich alles erst im Anfangsstadium. Aber ich glaube, daß das ein Lösungsansatz ist und auf besondere Kreativität und besonderes Engagement hinweist. Und auch die Bereitschaft dokumentiert, neue Wege zu beschreiten. Und darum geht es ja grundsätzlich bei dem neuen leistungsbezogenen oder leistungsorientierten Finanzierungssystem.

Die Bürgermeister dieser Region haben große Zukunftspläne und sie reden nicht von ungefähr von einem "Klinikum NÖ West", das sie in dem Zusammenschluß oder in der Zusammenarbeit dieser Krankenhäuser sehen. Längerfristig peilt man seitens dieser Krankenhausverantwortlichen die die Schwerpunktfunktion an und vor allem die Errichtung weiterer vier Abteilungen in diesem Raum, nämlich die einer Urologie - die ist derzeit noch nicht notwendig, weil St. Pölten noch Kapazitäten auf dem Sektor hat. Es besteht die Überlegung, eine Dermatologie zu errichten, eine HNO-Abteilung ist beabsichtigt und auch eine Augenklinik oder eine Augenabteilung wäre vorgesehen. Und wenn man in diese Überlegungen noch die Landesnervenklinik West mit der Psychiatrie und der Akutneurologie mit einbezieht, dann ist für das südwestliche Niederösterreich eigentlich eine umfassende medizinische Versorgung in diesem Raum gegeben.

Alle diese Überlegungen sind getroffen unter der Prämisse, daß jedes Krankenhaus nur einen Schwerpunkt und nicht alle miteinander das glei-

che anbieten. Vieles spricht dafür, etwa ein Vergleich der Einwohner aus dem Einzugsbereich der Krankenhäuser von NÖ West mit 764 Betten bei 200.000 Einwohnern aus dem Einzugsgebiet. Verglichen natürlich mit St. Pölten und dem Zentralraum St. Pölten-Krems ist jenes natürlich etwas anderes. Aber mit der Südregion verglichen zum Beispiel ist dieses Verhältnis ein äußerst gutes. Man hat sich sicher bemüht, permanent zu reformieren. Amstetten hat auch laufend Betten abgebaut und zählt zu den sogenannten Gewinnern. Und dort hofft man natürlich auch, daß jene Mittel verfügbar wären, daß sie auch Gewinner bleiben. Selbst bei laufendem Bettenabbau war es möglich, den Leistungsumfang aufrecht zu erhalten. Das allerwichtigste ist, daß diese Baracke, in der die interne Abteilung seit Jahren untergebracht ist, endlich einem Neubau weicht und moderne Strukturen erhält.

Abschließend und grundsätzlich meine ich, meine Damen und Herren, daß der Weg, den diese Krankenhausstandort-Bürgermeister beschreiten oder eingeschlagen haben, alles für sich hat. Und daß, wie ich hoffe, die heutige Beschlussfassung über diese Ausbauprojekte tatsächlich ein wesentlicher und wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Wir als sozialdemokratische Fraktion werden selbstverständlich gerne dieser Vorlage die Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofmacher.

Abg. HOFMACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich pflichte natürlich meinem Vorredner in den meisten Ausführungen bei. Nur nicht, was das Krankenanstaltengesetz betrifft. Alles andere zu diesen Tagesordnungspunkten teile ich selbstverständlich. Und glauben Sie mir, daß es für mich eine besondere Freude ist, nicht nur als Mandatar in diesem Haus, sondern als einer der Mitverantwortlichen einer Trägergemeinde, daß nun dort auch entsprechend ausgebaut wird.

Ich glaube, mit diesen Maßnahmen setzen wir Prioritäten in der ambulanten und medizinischen Versorgung in den verschiedenen Regionen unseres Landes Niederösterreich. Ich werde auch auf die einzelnen Vorlagen nicht im Detail eingehen, ob es Amstetten ist, wo Baumaßnahmen vorgesehen sind in einer Größenordnung von 942 Millionen Schilling. Im

Detail ausgeführt, muß man sagen, daß damit auch für die Bauwirtschaft Maßnahmen gesetzt sind, welche ihr einen besonderen Impuls geben.

Auch im Krankenhaus Waidhofen/Ybbs, wo die Kosten 150 Millionen Schilling betragen, ist es nicht nur ein frommer Wunsch der Verantwortlichen, was Waidhofen/Ybbs betrifft, sondern eine unbedingte Notwendigkeit, daß Maßnahmen, das heißt, ein OP-Trakt, eine Zentralsterilisation und eine postoperative Überwachung, hier geschaffen werden. Das gilt auch für Lilienfeld mit einem Küchenneubau mit den begleitenden Maßnahmen oder für das Krankenhaus Scheibbs mit 174 Millionen Schilling, wo der zweite Bauabschnitt realisiert werden soll, und auch für Waidhofen/Thaya, wo der 4. Bauabschnitt realisiert werden soll.

Dieses Investitionsprogramm von 1,4 Milliarden Schilling, also 1.400 Millionen Schilling, das uns zur Beschlußfassung vorliegt, hat eine derartige dimensionale Größenordnung, weil erstens dies der Verbesserung unserer Grundversorgung im Gesundheitssystem dient, woraus uns Auftrag und Verpflichtung natürlich erwächst, und zum zweiten dient dieses Investitionsprogramm in seiner Größenordnung sicher auch der Ankurbelung der Wirtschaft. Wir haben in Niederösterreich verglichen mit Österreich eine positive Arbeitsmarktbilanz bezüglich der Arbeitslosenzahlen, nämlich vom Mai 1997 mit 507.426 unselbständig Erwerbstätigen. Und ich glaube, daß wir in Niederösterreich zu Österreich im Durchschnitt noch entsprechend gute Zahlen vorweisen können. Eines ist klar: Nicht alles von der Investition fließt in die Bauwirtschaft, weil ja auf Grund der EU-weiten Ausschreibungen bei den einzelnen Maßnahmen in Niederösterreich meistens nur die Aufträge für die Bauwirtschaft bleiben, und natürlich im medizinischen und haustechnischen Bereich der Anlagen auch andere zum Zug kommen werden. Aber wie überall steigen auch nicht nur in Niederösterreich die Ausgaben im Gesundheitswesen weitaus stärker als die öffentlichen Einnahmen. Auch aus diesem Grund ist das Gesundheitssystem als ganzes auf strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten und Kostensenkungspotentiale zu prüfen.

Die Lebenserwartung steigt sicher und der Bedarf in der medizinischen Versorgung ist daher unbedingt gegeben. Mein Vorredner hat bereits die Elemente der regionalen Versorgungsstrukturen angeführt, und daß aus Kostengründen auf eine Nutzungssteuerung des vorhandenen, aber auch des zu Schaffenden besonderes Augenmerk gelegt werden sollte. Wir haben in Niederösterreich eine Humanomed-Studie und wir haben ei-

nen österreichischen Krankenanstaltenplan, der gibt uns die Grundlage. Und wir haben daraus die Rahmenbedingungen zu setzen, um eine langfristige Sicherung einer regional ausgewogenen Versorgungsstruktur mit einem entsprechenden Niveau vorzufinden.

Und auch hier bin ich der Meinung meines Vorredners, daß Spitalsstrukturierungen im Westen Niederösterreichs sicher von Vorteil wären, das heißt, das Klinikum Niederösterreich Südwest. Ich würde mich jetzt wiederholen, denn hier vertrete ich die Meinung, daß verstärkte Kooperationen zwischen den einzelnen Häusern stattfinden sollten, ein gemeinsames Planen und Handeln. Und natürlich sollten Synergien ausreichend genutzt werden. Ich glaube, daß die Gespräche sehr sinnvoll sind, die zwischen den einzelnen Bürgermeistern und den Verantwortlichen der Krankenhäuser geführt wurden, Bürgermeister Ing. Gansch, Bürgermeister Katzensgruber und Bürgermeister Mag. Sobotka. Und daß diese fortgesetzt werden sollen, auch unter Einbeziehung unserer Landesnervenklinik Mauer.

Meine Damen und Herren! Den Vorlagen, die von unserem Berichterstatter vorgetragen wurden, wird die NÖ Volkspartei gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. PIETSCH (SPÖ): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 617/H-11/13, Krankenhaus Amstetten, Gesamtausbau):* Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 619/H-11/14, Krankenhaus Waidhofen/Thaya, 4. Bauabschnitt): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 620/H-11/17, Krankenhaus Waidhofen/Ybbs, Errichtung eines OP-Traktes): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 621/H-11/15, Krankenhaus Lilienfeld, Küchenneubau): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 622/H-11/16, Krankenhaus Scheibbs, Bauabschnitt II): Einstimmig angenommen!

(Präsident Mag. Romeder erhebt sich.)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind am Ende der letzten Sitzung des Arbeitsjahres 1996/97. Es ist und war das letzte vollständige Arbeitsjahr der XIV. Gesetzgebungsperiode. Höhepunkt dieses Arbeitsjahres war zweifellos der Abschied von Wien am 24. April bzw. der Beginn unserer Arbeit in St. Pölten am 21. Mai mit dem ökumenischen Gottesdienst, der Festsitzung des Hohen Hauses und dem Festkonzert. Auf diese Zäsur in der Landesgeschichte und die Folgen, die mit der Errichtung der Landeshauptstadt und der Übersiedlung von Landtag und Landesregierung nach St. Pölten verbunden sind, wurde heuer vielfach hingewiesen.

Das "Landtagsschiff" ist damit, Hohes Haus, in See gestochen. Und ich hoffe und wünsche ihm, daß es weiterhin auf einem guten Kurs im Interesse des Landes und im Interesse der Menschen in diesem Land fährt. Mit der Übersiedlung haben sich auch für den Landtag selbst und für die Mitglieder des Hohen Hauses viele Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und in so mancher Gewohnheit ergeben. Die Arbeitsbedingungen wurden - und das wurde bereits sehr positiv anerkannt - wesentlich verbessert.

Trotz dieser Umstellung hat der Landtag aber auch inhaltlich im abgelaufenen Jahr wieder eine sehr umfangreiche Arbeit geleistet und in 52 Ausschusssitzungen, in 8 Unterausschusssitzungen sowie in 11 Arbeitssitzungen 72 Geschäftsstücke erledigt. In der vergangenen Sitzung haben wir bereits zum zweiten Mal den Voranschlag für das kommende Jahr noch vor der Sommerpause beschlossen und damit, so glaube ich, einen sehr zweckmäßigen Schritt gesetzt und den Gemeinden und der gesamten Wirtschaft eine erheblich bessere Planung für ihre Arbeit ermöglicht. Ein Budget der Konsolidierung, aber auch eines neuer Chancen.

Wesentlich verbessert hat sich, Hohes Haus, die Informationsarbeit durch bessere und größere Besuchergalerien hier in diesem Sitzungssaal, durch eine sehr informative und trotzdem kompakte Ausstellung im Sockelgeschoß dieses Hauses, wozu im Herbst noch ein Videofilm kommen wird, sowie durch eine Besucherbroschüre, die auf sehr großes Interesse gestoßen ist und von

der in den knapp eineinhalb Monaten seit Beginn unserer Arbeit in St. Pölten bereits mehr als 3.000 Stück abgegeben wurden.

Mit diesen Maßnahmen wurde die Öffentlichkeitsarbeit entscheidend verbessert und ausgebaut und wir hoffen, daß damit auch die Transparenz für die Bürger gestiegen ist und wir einen wichtigen Schritt gegen die vielzitierte Politikverdrossenheit setzen konnten. Die Besucherfrequenz ist gegenüber Wien bereits deutlich gestiegen. Im Herbst wird eine weitere Broschüre erscheinen, in der alle bei der Festsitzung gehaltenen Reden diesen historischen Augenblick und die dabei getroffenen grundsätzlichen Feststellungen auch für die Zukunft dokumentieren werden.

Das Landesparlament hat auch in diesem Arbeitsjahr die Außenpolitik des Bundeslandes Niederösterreich entsprechend unterstützt und so gab es enge Kontakte mit der Legislative von Karelien, mit den Landesparlamenten von Flandern und Wallonien und mit dem Ungarischen Komitat Veszprém und mit dem Landesparlament von Nizny Novgorod sowie dem Landtag von Sachsen und dem Kantonalparlament von Zürich. Bei uns zu Besuch war eine Delegation des Bayerischen Senates und eine solche des Tschechischen Nationalrates.

Im kommenden Frühjahr werden wieder Landtagswahlen stattfinden und ich hoffe, daß diese ohne wesentliche Auswirkungen auf die Arbeit im Landtag im kommenden Herbst zumindest bleiben. Zuvor aber kommt, Hohes Haus, ein hoffentlich schöner Sommer für alle Landesbürger. Den Schülern wünsche ich daher schöne Ferien, den Schulabgängern trotz mancher Probleme den notwendigen gesuchten Arbeitsplatz, den Bauern eine gute Ernte und den im Fremdenverkehr Tätigen eine erfolgreiche Saison.

Für viele Mitbürger stehen Urlaub und Erholung im Vordergrund und viele werden dabei Reisen in nähere oder weiter entfernte Gebiete unternehmen und dabei Neues in vielfältiger Weise kennenlernen. Möge damit nicht nur eine Erweiterung des persönlichen Horizontes und ein besseres Verständnis für andere Kulturen und Lebensumstände - und damit mehr Toleranz - verbunden sein, sondern auch bei der Heimkehr die Erkenntnis und das Bewußtsein, daß die Heimat, unser Niederösterreich, eben ein ganz besonderes Stück Erde ist, für das zu arbeiten es sich immer wieder lohnt. In diesem Sinne, Hohes Haus, darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Mitgliedern des Landtages und

der NÖ Landesregierung einen erholsamen Urlaub, Erholung, Entspannung wünschen. Hohes Haus! Auf ein gesundes Wiedersehen im Herbst bei der weiteren Arbeit für unser Land, für seine Menschen. *(Beifall im Hohen Hause. - Präsident Mag. Romeder nimmt Platz.)*

Abg. GRUBER (SPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren!

In St. Pölten ist vieles anders. Auf jeden Fall ist alles neu. Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Mag. Franz Romeder! Ich darf im Namen der Kollegenschaft für die guten Wünsche herzlich danken und ich darf auch Dir, lieber Freund Landtagspräsident, für die bevorstehenden Ferien gute Erholung wünschen im Rahmen Deiner Familie. Wichtig ist, neue Kraft zu schöpfen und alles im Urlaub zu unternehmen, was wiederum dazu beiträgt, im Herbst mit voller Kraft an die Arbeit gehen zu können.

Ich darf auch die gleichen guten Wünsche dem Zweiten Präsidenten Anton Koczur, dem Dritten Präsidenten Ing. Leopold Eichinger überbringen. Ebenso die guten Urlaubswünsche den anwesenden Mitgliedern der Landesregierung, der Frau Liese Prokop, unserer Landeshauptmannstellvertreterin, der Frau Landesrat Traude Votruba und Herrn Landesrat Ewald Wagner.

Hier unter dem Wappenschild im neuen Sitzungssaal haben wir bereits demokratische Diskussionsbeiträge geliefert und wir haben wieder die Atmosphäre der Demokratie erlebt. Demokratie ist so wichtig und so schön. Heute wurde einige Male das Wort "Bundesheer" ausgesprochen und "Grenzsicherung". Ich kann

nur wünschen, daß wir weiterhin als österreichisches Volk in der Lage sind, selber in der Lage sind, unsere Grenzen gut zu schützen. Und wenn ich an das Militär denke, dann kommt mir immer wieder auch der Gedanke im Rahmen der Diskussion über die Bedeutung der Neutralität in den Sinn. Wir brauchen sie. Diese Neutralität ist ein Selbstverständnis der österreichischen Bürgerinnen und Bürger geworden. Ich glaube, wir Niederösterreicher wissen es besonders zu schätzen, wie wichtig es ist, ein eigenes Militär im eigenen Land zu haben. Und so soll es bleiben. Wir haben ein schönes Land. Der Herr Präsident hat es schon gesagt, wir können stolz darauf sein. Und wir sollen das Bewußtsein dieses Landes auch unserer Jugend vermitteln. Es hat einen tiefen Sinn, diese Vermittlung weiter zu tragen.

Dieser Staat beruht auf drei Säulen, auf der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit. Und wir wissen, daß in der letzten Zeit eine vierte Macht dazugekommen ist und jeder Politiker, jede Politikerin muß mit dieser vierten Macht auskommen. Auch auf diese Macht demokratisch Einfluß zu nehmen, ist sehr wichtig. Demokratie erfordert Transparenz, Offenherzigkeit und Ehrlichkeit. Und in diesem Sinne wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen des Landtages ebenfalls eine gute Erholung, einen schönen Urlaub. Bewahren wir uns die gute, tolerante Diskussion! *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich danke für die so persönlichen Worte und die guten Ferienwünsche, die Du erstmals in Deiner Landeshauptstadt, in unserer Landeshauptstadt gesprochen hast. Uns allen nochmals einen guten Sommer. Die Sitzung ist geschlossen. *(Beifall im Hohen Hause. - Schluß der Sitzung um 21.49 Uhr.)*